

STADTARCHIV  
BRAUNSCHWEIG

Stadtarchiv Braunschweig

DII 2a:

41



## B e r i c h t

über die Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig in deren Sitzung am 15. Dezember 1921.

---

Tagesordnung:

- 1) Antrag **S t u k e n b e r g**, betreffend die Überwachung der Ausfahrt der Postfuhrwerke aus dem Johannis Hofe.
- 2) Antrag **S e h n a l t z e** auf Einrichtung eines Gesundheitsfürsorgeamts.
- 3) Antrag **S a u e r b i e r** auf Anstellung eines zweiten Überwachungsbeamten für die Vergnügungssteuer.
- 4) Wahl von 2 Mitgliedern und 2 Stellvertretern derselben für den Sachverständigenausschuß gemäß den Vorschriften der Satzung gegen Verunstaltung der Straßen und Plätze.
- 5) Antrag auf Ausübung des Vorkaufsrechts seitens der Stadt bezüglich eines Grundstücks.

Registrator

- 6) Antrag **L e h n e r t** , betreffend Gleichstellung der Krankheitsausweise der Krankenkassen mit den ärztlichen Krankheitsbescheinigungen bei Schulversäumnis von Kindern.
- 7) Instandsetzung der Gasbeleuchtungsanlage in der Turnhalle der **Johann Albrecht-Oberrealschule**.
- 8) Aufhebung eines Interessentenweges in der Feldmark **Altewiek („Kolonnenweg“)**
- 9) Lieferung der Aschenurnen bei Feuerbestattungen.
- 10) Instandsetzung außerstädtischer Fußwege betreffend.
- 11) Herrichtung einer Beleuchtungsanlage in der Schule **Leonhardstraße**.
- 12) Beitritt der Stadt zu einem gerichtlichen Vergleich, betreffend das Haus **Hagenstraße 7**.
- 13) Instandsetzung der Heizanlage im städtischen **Kindenheim**.
- 14) Anschaffung weiterer Milchkühe für das städtische **Rieselgut**.
- 15) Erhöhung der Vergütungssätze für Hilfslehrkräfte.
- 16) Verkauf von Baustellen an der **Honrothstraße**.



- 17) Verpachtung einer Geländefläche an den Ruderklub  
Argentina.
- 18) Verrechnung von Anleihebeträgen.
- 19) Erhöhung der Stammanlage bei der Braunschweigi-  
schen Siedelungsgesellschaft.
- 20) Anfrage B u r g d o r f f über den augenblick-  
lichen Stand des Bahnhofsumbaues.
- 21) Anfrage J a h n s , betreffend
- 1) die Kündigung der Pächter auf dem Großen  
Exerzterplatze und
  - 2) die Verpachtung der Ländereien am Hopfengarten.
- 22) Anfrage M a a ß , betreffend das Beten der Schul-  
kinder vor dem Essen nach dem Kochunterricht in  
der Fortbildungsschule.
- 23) Anfrage M a a ß , betreffend die Verteilung einer  
Spende an notleidende Kinder.
- 24) Anfrage J a s p e r , betreffend die Nachprüfung  
und Neuregelung der Armengelder und Ausschußsätze  
Damit verbunden: Antrag G r a f , betreffend

Neu-

## Neufestsetzung der Armenunterstützungssätze.

---

Am Ratstische die Herren Oberbürgermeister Retemeyer, Bürgermeister Meyer, Stadtrat von Frankenberg, Stadtbaurat Gebe n s l e b e n, Stadtrat Schaper, Stadtrat Vogler, sowie die Stadträte Burgderrf, Burgold, Füermann, Pinnow, Rüter.

Es fehlen die Stadtverordneten Dr. <sup>Rönke</sup>~~Jasper~~,  
und Fräulein Nolters.

---

Vorsitzender Friede: Ich eröffne die Sitzung. ~~und~~ <sup>Es</sup> sind zunächst der Versammlung verschiedene Eingänge mitzuteilen.

Der Rat der Stadt hat an die Stadtverordneten eine Mitteilung gelangen lassen über die Benach-  
richtigung an die Bezirksvorsteher der 26 Armen-  
bezirke, die dahingeht, daß vom 1. Dezember an erhöhte Armenunterstützungssätze zur Ausführung

kommen.

kommen, Ich werde die Mitteilung im einzelnen bei der Anfrage des Herrn Dr. Jasper geben, die dahin gerichtet ist, daß der Rat der Stadt Auskunft geben möge über die Schritte, die er inbezug auf die Festsetzung der Höhe der Armenunterstützungssätze und Anschlußsätze getan hat.

Die Schuldienervereinigung hat an die Stadtverordnetenversammlung das Ersuchen, gerichtet, sich dafür einzusetzen, daß die Reinemachefrauen in den Schulen besser gelohnt werden. Frau Graf hat in der vorigen Sitzung einen dahingehenden Antrag gestellt. Dieser Antrag ist der Schulkommission überwiesen und ich überweise auch diese Eingabe der Schuldienere der Schulkommission als Material.

Frau G o l d a p p , die Besitzerin der Rotenburg bei Broitzem und der dazu gehörigen Ländereien wendet sich an die Stadtverordnetenversammlung mit dem Ersuchen, den Beschluß des Rats der Stadt bezüglich der zur Rotenburg gehörenden Ländereien aufzu-  
heben.

heben, Diese Ländereien (ich weiß nicht, ob ein Teil oder das Ganze) sind von der Stadt auf Grund des Verkaufsrechts in Anspruch genommen, die Rotenburg selber aber nicht, und Frau Goldapp macht geltend, daß die Rotenburg ohne diese Ländereien wertlos sei.  
- Ich überweise dieses Schreiben dem Rechtsausschuß.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Ich habe Ihren Worten nicht entnommen, ob diese Eingabe auch dem Rat der Stadt zugegangen ist.

V o r s i t z e n d e r : Ich habe mich darnach erkundigt und vom Herrn Sekretär Müller die Auskunft erhalten, daß der Rat <sup>keine</sup> ~~ohne~~ Mitteilung erhalten hat.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Ich kenne den Wortlaut der Eingabe an die Stadtverordnetenversammlung nicht, aber jedenfalls haben wir <sup>hier</sup> die Eingabe auch erhalten. Die Angelegenheit ist auch <sup>im</sup> dem Finanzausschuß zur Sprache gekommen, und dieser hat beschlossen, von dem Verkaufsrecht Gebrauch zu machen. Ich weiß nicht, ob es nicht zweckmäßiger wäre, die Sache demselben Ausschuß zu überweisen, der sich schon einmal damit beschäftigt hat.

**V o r s i t z e n d e r :** Nach dieser Aufklärung überweise ich die Eingabe dem Finanzausschuß.

Ein Fräulein von Eberstein bittet, sie von der <sup>Hunde-</sup>erhöhten Grundsteuer zu befreien oder die Steuer für ihren Hund zu ermäßigen. Sie hängt offenbar an ihrem Hunde mit ganzem Herzen; es ist ~~daß~~<sup>so</sup> einzige, was sie noch auf der Welt hat. Die Erhöhung der Hundesteuer tritt erst am 1. April ein, <sup>wir</sup> ~~was~~ können uns heute noch nicht mit der Befreiung von einer Steuer befassen, die noch nicht zur Geltung gekommen ist. Ich überweise das Schreiben dem Rat der Stadt.

Der Sportverein Wacker, gezeichnet Ernst Krull, richtet an die Stadtverordnetenversammlung das Ersuchen, mit ihm einen Platz zu Sportzwecken pachtweise zu überlassen. Der Rat hat ein diese Angelegenheit betreffendes Schreiben des Vereins bekommen, wir ~~waren~~<sup>sind</sup> also seine Stellungnahme ab.

Stadtrat



**Stadtrat S o h a p e r :** Wir haben zu dem Antrage des Sportvereins Wacker schon Stellung genommen und den Verein einen Bescheid zuteil werden lassen.

**V o r s i t z e n d e r :** Dann müssen wir natürlich die Eingabe einer Kommission überweisen - dem Bauausschuß.

**Der Nachtschutzmann S o h e i l e c k e** bittet um Weiterbeschäftigung in den städtischen Diensten als Nachtschutzmann, weil er entlassen werden soll. Ein gleiches Schreiben ist beim Rat der Stadt eingegangen, und deshalb warten wir die Stellungnahme des Rates ab.

**Herr S i e v e r s** hat eine Anfrage gestellt, die folgendermaßen lautet.

**„In der Stadt Braunschweig fehlt ein städtisches Jugendheim. Zu Ostern 1922 wird die Kaufmännische Fortbildungsschule die Räume in Dannes Hotel aufgeben.**

Ist

Ist der Rat der Stadt bereit, sich um diese Räume zur Einrichtung eines Jugendheims zu bemühen oder eventuell an derer Stelle die Einrichtung eines Jugendheims den Stadtverordneten vorzuschlagen?"

• Sodann liegt ein Dringlichkeitsantrag von Herrn Regener vor:

• Die Stadtverordnetenversammlung genehmigt die Errichtung eines Kinderheims auf dem Gelände des Prinz Albrecht-Parks durch das Fürsorgeamt.

Die Zuweisung eines geeigneten Platzes erfolgt durch den Rat der Stadt."

Der Antrag und die Anfragen werden am Schlusse der Tagesordnung zu Begründung kommen.

1. Antrag Stukenberg, betreffend die Überwachung  
der Ausfahrt der Postfuhrwerke aus dem Johannishof.

Stadt v. M a r t h : Meine Damen und Herren!

Herr Kollege Stukenberg hat folgenden Antrag gestellt:  
„Das Ausfahren der Postfuhrwerke aus dem Johannishof  
erfolgt vielfach in einer Weise, die die Verkehrs-  
sicherheit sehr gefährdet. Der Rat der Stadt wolle  
daher bei der Polizeidirektion dahin vorstellig wer-  
den, daß die Ausfahrt der Postfuhrwerke durch einen  
Polizeibeamten überwacht wird.“ Bei der Begründung  
seines Antrages hat Herr Stukenberg auf den Vorfall  
hingewiesen, daß ein aus dem Johannishof gekommenes  
Postfuhrwerk in die Elektrische hineingefahren ist,  
daß ähnliche Unfälle auch späterhin nicht ausge-  
schlossen seien, wenn nicht eine Überwachung statt-  
finde. Der Bauausschuß hat sich mit dieser Ange-  
legenheit beschäftigt und ist zu der Ansicht ge-  
kommen, daß die Lage dieser Ausfahrt - es handelt  
sich um keine Straßenkreuzungspunkt - nicht so

gefährlich  
und unangenehm

*gefährlich*  
~~mit~~

~~angenehm~~ ist, daß durch ihre Benutzung durch die Post ~~oder~~ andere Fuhrwerke oder die Straßenbahn gefährdet würde, da nur die Fuhrwerke der Post für das Ausfahren aus dem Johannishofe in Frage kommen, und daß auch nur dann einige Bedenken obwalten könnten, wenn die Postfuhrwerke im Trabe fahren, denn der Weg von der Ausfahrt aus dem Johannishofe bis zum Damm ist immer noch so lang, daß die Straßenbahn oder andere Fuhrwerke von dem Führer der Postwagen wahrgenommen werden und ein Zusammenstoß vermieden werden könnten, wenn ein vorschriftsmäßiges Fahren der Postwagen stattfindet. Die Post stellt übrigens beim Ausfahren ihrer Wagen immer einen Beamten auf, der das Fuhrwerk beobachtet, bis es in die städtische Straße eingefahren ist. Aus diesen Gründen hat sich der Bauausschuß auf den Standpunkt gestellt, daß es finanziell nicht zu verantworten sei, wenn man verlangen würde,

dort

dort einen Schutzmannposten aufzustellen, denn dann müßte man dasselbe <sup>2f</sup>Herlangen bezüglich anderer Straßenkreuzungen stellen müssen, die viel gefährlicher seien. Es wird von der Baukommission vielmehr empfohlen, die Polizeidirektion und die Postverwaltung zu ersuchen, daß den Führeren der Postfuhrwerke verboten wird, im Trabe zu fahren, bis <sup>sie</sup> zu auf dem Damme angelangt sind. Es dürfte auch angebracht sein, daß die Postverwaltung den Postbeamten zur Beachtung solange vor dem Johannishofe stehen läßt, bis der Postwagen auf dem Damme verschwunden ist - das auszuführen, wäre für die Post eine Kleinigkeit.

Die Baukommission bittet, das Ersuchen an den Rat zu richten, daß von ihm in dieser Weise auf die Postverwaltung <sup>mit Polignis</sup> eingewirkt wird, und glaubt, daß dadurch der Mißstand beseitigt werden wird. Joh bitte Sie, sich diesem Beschlusse anzuschließen.

- 16 -

*Die Versammlung stimmt dem Beschlusse des  
Bauausschusses zu.*

*(Punkt 1.)*

2. Antrag Schultze auf Einrichtung eines Gesundheitsfürsorgeamts.

Stadtverordneter H e r b s t : Meine Damen und Herren!  
Herr Stadtverordneter Dr. Sch<sup>ul</sup>tz~~e~~ hat folgenden Antrag  
gestellt: „Der Rat der Stadt wird ersucht, der  
Stadtverordnetenversammlung tunlichst bald eine  
Vorlage betreffend Einrichtung eines Gesundheits-  
fürsorgeamts zu machen.“ Im Rechtsausschuß haben  
wir uns mit diesem Antrage recht eingehend be-  
faßt, zumal uns die Begründung, die Herr Professor  
Dr. Schultze seinem Antrage hinzugefügt hatte,  
uns die nötigen Unterlagen zur Beurteilung seines  
Antrages gegeben hatte. Es ist allgemein <sup>anerkannt</sup> bekannt,  
~~geworden~~, daß eine Zusammenfassung der Gesund-  
heitspflege-Maßnahmen in der Stadt Braunschweig  
unter einer fachmännischen Leitung von großem  
Vorteil sein würde, und so ist der Rechtsausschuß  
zu dem Beschluß gekommen, der Stadtverordnetenver-  
sammlung zu empfehlen, entsprechend dem Antrage

zu beschließen, den Rat zu ersuchen, eine diesbezügliche Vorlage zu machen. Weitere Ausführungen kann ich mir vorläufig wohl ersparen, da die ganze Sache noch nicht so weit gediehen ist, daß im einzelnen dazu Stellung genommen werden müßte. Das könnte erst geschehen, wenn die Ratsvorlage eingegangen ist und ~~wenn~~ <sup>wir uns</sup> an Hand derselben über die Sache selbst schlüssig werden müssen. Heute liegt lediglich der Antrag des Rechtsausschusses vor, daß ~~Weitere~~ dem Rat der Stadt zu überlassen, der dann mit einer entsprechenden Vorlage zu kommen ersucht wird.



*Dem Antrage des Rechtsausschusses entsprechend  
wird der Antrag Schültze angenommen.*

3. Antrag Sauerbier auf Anstellung eines zweiten Überwachungsbeamten für die Vergnügungssteuer.

Stadtv. Herbst: Herr Stadtverordneter Sauerbier hat den Antrag gestellt: „Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, einen zweiten Überwachungsbeamten für die Vergnügungssteuer baldigst einzustellen.“ Auch dieser Antrag hat den Rechtsausschuß beschäftigt. Wir haben uns nach eingehender Prüfung der Verhältnisse bei der Tätigkeit des Überwachungsbeamten davon überzeugt, daß es notwendig ist, daß zur Unterstützung dieses Beamten und zu dem Zwecke, daß der ~~V~~ortrag aus der Steuer in der Zeit, wo der Überwachungsbeamte ganz besonders überlastet ist, uns nicht zum Teil verloren gehen<sup>A</sup>, ein zweiter Beamter tätig ist, <sup>namentlich</sup> ~~nämlich~~ für die Winterzeit möchte der Rat der Stadt ersucht werden, einen Herrn, der schon im Rathause beschäftigt ist, zur Entlastung des jetzigen Überwachungsbeamten mit der gleichen Tätigkeit zu beauftragen. Der Rat der Stadt hat

uns

uns in dieser Beziehung schon eine Zusage gemacht.  
Ich bitte, in der Weise zu verfahren, daß wir den Rat  
ersuchen, entsprechend dem Antrage des Herrn Antrag-  
stelle<sub>KS</sub> vorzugehen.

Stadt. R e g e n e r : Dem Herrn Berichterstatte ist es wohl entgangen, daß anläßlich dieser Beratung im Rechtsausschusse <sup>= *läufig*</sup> ~~vorjährig~~ ein anderer Standpunkt durch den Ausschuß eingenommen worden ist, nämlich daß der jetzige Überwachungsbeamte, falls er nicht mehr das Abstempeln der 15 000 Vergnügungskarten während des Tages vorzunehmen brauchte, durch diese Entlastung ~~allein~~ schon in der Lage wäre, seine Überwachungsgeschäfte <sup>*allein*</sup> (zu) besorgen, und erst dann, wenn sich das als nicht durchführbar erweise, sollte es dem Rat überlassen bleiben, einen zweiten Beamten vorzuschlagen. Jedenfalls wurde dieser Wunsch ausgedrückt, und der Rat hat zugestimmt, daß <sup>*läufig*</sup> ~~vorjährig~~ versucht werden sollte, durch Entlastung des Beamten, der am Tage mit dem großen Gumnistempel <sup>*herumwühlen*</sup> und Nachts zur Überwachung auf den Straßen liegen muß, um die Lokalitäten zu kontrollieren, die Überwachung durch diesen einen Beamten allein zu beschicken.

**S t a d t v. H e r b s t :** Ich kann den Worten des Herrn Vorredners nicht ganz zustimmen, es wurde gerade von dem Herrn Antragsteller gerade noch darauf hingewiesen, daß diese Entlastung ~~nicht~~ allein nicht genügend sei, um den Beamten, der des Nachts fortwährend auf den Beinen sein muß, zu entlasten, sondern daß gerade für diese Zeit, in der der Beamte für die Überwachung tätig sein muß, jemand gebraucht wird, der diese Tätigkeit mit ausübt, denn der Überwachungsbeamte ist nicht imstande, alle Lokalitäten abzuklappen, sondern kann unter Umständen nur 2 - 3 davon <sup>auf-</sup> ~~zu~~ suchen. Um <sup>das</sup> ~~der~~ Erträgnis der Steuer ergiebiger zu gestalten, <sup>war</sup> ~~ist~~ die Ansicht vorherrschend, daß für die Zeit, wo viele Vergnügungen stattfinden, noch ein zweiter Überwachungsbeamter beschäftigt werden sollte.

Stadt v. S a u e r b i e r : Meine Damen und Herren! Ich glaube, Herr Regener hat sich geirrt, oder er hat <sup>m</sup>Mißverstanden, was über die Sache gesagt worden ist. Die Abstempelerei ~~tet~~ in den Morgenstunden macht zwar herhebliche Arbeit und könnte dem Manne abgenommen werden, aber die Hauptsache ist doch, daß die Möglichkeit vorliegt, daß der Beamte oder die Beamten/Machts um 11, 1 und 2 Uhr die einzelnen Lokalitäten ~~besonders~~ besuchen und Aufsicht führen, ob die Betreffenden, die ihr Vergnügen für die Zeit bis 11 oder 2 Uhr angemeldet haben, nicht länger tanzen. Da an Sonnabenden und Sonntagen viele Vergnügen angemeldet sind und diese in der Zeit von 11 und 2 Uhr überwacht werden müssen, so müssen mehrere Beamte da sein, damit ~~hies~~ erreicht wird, den ~~Ertrag~~ aus den Steuern so ergiebig zu gestalten, wie es sich aus den Satzungsbestimmungen ergibt. Daß die Tätigkeit des Beam-

ten

ten nicht unnütz ist, erhellt daraus, daß er in der Zeit vom ~~vom~~ 1. Juli bis 31. Oktober Nachzahlungen erwirkt hat - indem er ermittelt hat, daß die Vereine an der einen Stelle vielleicht eine ganze Stunde glänger getanzt haben, an der anderen Stelle nicht 100, sondern 200 Personen anwesend gewesen sind -, die den Betrag von 5 186 M ausmachen, in der Zeit vom Juni bis 31. Juli Nachzahlungen im Betrage von 9 125 M und in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. März 5 186 M. Das machen<sup>4</sup> im halben Jahre die runde Summe von 15 000 M aus, und der Beamte sagt frei heraus, daß er bestimmt das Doppelte für die Stadt zusammengebracht haben würde, wenn er an allen Stellen hätte kontrollieren können. Wenn er aber um 1 Uhr im Weißen Roße ist, so kann er nicht zu gleicher Zeit im Hoffjäger oder im Konzerthause oder auf der Karlstraße sein, wo auch Vergnügungen für die

Dauer

Dauer bis 1 Uhr angemeldet worden sind. Um nun dem Manne die furchtbare Rennerei in den Hauptstunden in der Nacht von 12 - 2 Uhr zu nehmen, habe ich den Antrag eingebracht, einen zweiten Beamten zu ernennen, der ihm behülflich sein kann, und das würde sich bezahlt machen. Ich will nicht sagen, daß die Vereine mit einer gewissen Schlaueit vorgehen, indem sie ihre Vergnügungen nur bis 12 Uhr anmelden und wenn kein Überwachungsbeamter mehr kommt, ihre Vergnügen über diese Zeit ausdehnen. Aber wenn die Vereine wissen, es kommt ganz bestimmt ein Beamter zur Überwachung, dann melden sie ihre Vergnügungen auch richtig an und bezahlen die fällige Steuer. Gerade das gibt für die Zukunft die Gewähr, daß die Steuer voll und ganz entrichtet wird. Wenn aber die Kontrolle lax

gehand-



gehandhabt wird, dann wird ohne weiteres das eintreten, daß die Vergnügungen<sup>(Veranstaltenden)</sup> durch die Bank versuchen, durch die Bestimmungen des Statuts durchzuschlüpfen. Ich habe allerdings im Rechtsausschuß gesagt, weil von Ihrer Seite darauf verwiesen wurde, daß schon ein Beamter vorhanden wäre, wir könnten es dem Rat der Stadt überlassen - und das wird Herr Regener falsch verstanden haben - eine geeignete Persönlichkeit zu bestimmen, es könnte ja auch einer aus dem Betriebe genommen werden. Aber für dieses Amt muß eine volle Kraft da sein. Und die macht sich bezahlt. Ausgaben sind für die Stadt damit nicht verbunden, im Gegenteil, die Maßnahmen soll dazu beitragen, der Stadt Einnahmen zu verschaffen.

Stadtv. S t e g m a n n : Meine Damen und Herren! Es scheint mir nicht nötig zu sein, daß für diesen Dienst noch eine volle Kraft angestellt wird. Wenn ausdrücklich gesagt wird, daß es sich hauptsächlich um die Sonnabende und um die Sonntage handelt, dann hätte der zweite Beamte ja an den meisten Abenden in der Woche wenig oder nichts zu tun. Bei den jetzigen finanziellen Verhältnissen der Stadt sollte man davon Abstand nehmen, einen zweiten Beamten hierfür anzustellen. Es wird möglich sein, aus dem Kreise der Beamten im Rathause jemand zu finden, der ~~dem~~<sup>am</sup> Sonnabend und am Sonntage mit tätig ist, und vielleicht kann dem Überwachungsbeamten auch die Abstempelung der Karten abgenommen werden, weil er dafür an den Abenden um-somehr auf den Beinen sein muß. <sup>Meine</sup> Bei Freunde sind dagegen, daß ein zweiter Beamter für diesen Zweck festangestellt wird.

wird. Es muß genügen, wenn ein zweiter Beamter an bestimmten Tagen hilfsweise herangezogen werden, und das wird zweifellos auch möglich sein.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g : Der Rat der Stadt hat zu der Sache noch keine Stellung genommen, aber ich glaube, die Erörterung durch eine Mitteilung abkürzen zu können.

Selbstverständlich wird der Rat, ehe er Ihnen mit einer Vorlage wegen Annahme einer neuen vollständig beschäftigten Kraft oder einer besoldeten Hilfskraft kommt, auch die Frage prüfen, die Herr Stegmann und Herr Regener erörtert haben: ob es möglich sein sollte, nebenher die zweite Kraft aus den Reihen unserer ohnehin schon beschäftigten Beamten zu nehmen. Die Herrschaften werden dazu also noch endgültig Stellung nehmen können. Inzwischen wird Vorsorge getroffen werden, daß der angenommene Überwachungsbeamte mit der Abstempelung nur ausnahmsweise und nebenher beschäftigt wird, während er in der Hauptsache nur für die

Überwachung

Überwachung tätig sein wird, weil es<sup>zu</sup>/schade  
sein würde, wenn wir die für die Abend- und  
Machmittag Nachtstunden verwendbare Kraft dieses  
Beamten für diesen Zweck dienstbar machen würden  
und dadurch die eigentliche Überwachung leidet.

V o r s i t z e n d e r : Der Antrag des Ausschusses ging dahin, zuzustimmen, daß ein zweiter Überwachungsbeamter für die Überwachung der Vergnügungssteuer angestellt wird. Der Rat wird also dazu aufgefordert und wir ~~erwähnten~~ *erwarten* eine diesbezügliche Vorlage.

Der Antrag des Rechtsausschusses wird angenommen.

4. Wahl von 2 Mitgliedern und 2 Stellvertretern derselben für den Sachverständigenausschuß gemäß den Vorschriften der Satzung gegen die Verunstaltung der Straßen und Plätzen.

Stadtv. L e h n e r t : Gemäß den Vorschriften der Satzung gegen Verunstaltung der Straßen und Plätze muß ein Überwachungsausschuss gewählt werden, zu dem die Stadtverordneten 2 Mitglieder und 2 Stellvertreter zu entsenden haben. Der Rechtsausschuß empfiehlt Ihnen als Mitglieder die Herren Stadtverordneten Rasche und Mädge, und als Stellvertreter die Herren Stadtverordneten Marth und Testmann zu wählen. Ich bitte Sie, sich diesem Beschlusse anzuschließen.

Der Wahl der vom Rechtsausschusse *Vorge-*  
schlagenen stimmt die Versammlung zu.

(Punkt 1.)



5. Antrag auf Ausübung des Vorkaufsrechts seitens der Stadt bezüglich eines Grundstücks.

Stadtv. J a h n s : Meine Damen und Herren!  
Von sechs hiesigen Einwohnern, die Land zu  
Schrebergärten auf der zwischen der Cellerstraße  
und der Rudolfstraße gelegenen Gartenlandfläche  
gepachtet haben, ist an die Stadtverordneten das  
Ersuchen gerichtet, das Vorkaufsrecht der Stadt  
für Erwerbung dieser Flächen geltend zu machen.  
Das Grundstücke gehört der Witwe S a n d e r ,  
Geysstraße 5 wohnhaft, und soll verkauft werden  
an einen Herrn Matthies, Liebigstraße 9.  
Die Gesuchsteller haben dieses Grundstück in  
Teilflächen längere Zeit gepachtet gehabt, haben  
ihre Mühe und Sorgfalt darauf verwandt, das  
Grundstück so herzurichten, wie es jetzt <sup>vorhanden</sup> ~~fähig~~  
ist, haben Bäume gepflanzt und alles mögliche  
aufgewandt, um das Land in Gail und Gare zu er-  
halten, sodaß sie meinen, nunmehr Anspruch auf  
einen längeren Pachtvertrag zu haben. Sie

behaupten, einen Ausfall zu haben, wenn ihnen das Pachtverhältnis nicht weiter zugestanden würde. Sie hatten auch an den Rat der Stadt das Ersuchen gestellt, ein nebenbei <sup>ge</sup>leghes Grundstück auch im Wege des Vorkaufsrechts zu erwerben. Darüber ist ein Abkommen getroffen, wodurch der neue Erwerber diese Herren abgefunden hat. Sie beantragen nunmehr, das Vorkaufsrecht der Stadt auszuüben, und ihnen das bisher benutzte Land weiter zu verpachten.

Wir haben uns im Rechtsausschusse mit der Sache befaßt. Der Rat der Stadt hat erklärt, daß die Erwerbung des Grundstücks für die Stadt keinen Wert haben könnte, denn es liege gewissermaßen eingeeengt von anderen Bauwerken und Gärten und derartig<sup>f</sup> entfernt von der Straße, daß irgendwelche Bautätigkeit auf ihm nicht vorgenommen werden könnte, sodaß es der Rat der

Stadt

Stadt höchstens jetzt erwerben könnte, um es demnächst einmal wieder zu verkaufen. Es liege kein Grund vor, den Erwerb des Grundstücks vorzunehmen, um dem Interesse der wenigen Personen gerecht zu werden. Im Rechtsausschusse ist hervorgehoben, daß der einzige Käufer, der für dieses Grundstück augenblicklich in Betracht kommen könnte, der Herr Matthias ist, der sein Grundstück daneben liegen hat, und daß deshalb es berechtigt ist, wenn sich der Rat der Stadt nicht dem Wunsche angeschlossen hat, das Grundstück für die Stadt im Wege des Vorkaufsrechts zu erwerben. Auf der anderen Seite wurde aber darauf hingewiesen, daß das Pachteinigungsamt erklären wird: „Wir können nicht das Kündigungsrecht zugestehen, ehe das Grundstück verkauft ist,“ und der Verkäufer wird sagen: „Ich kann nicht eher das Grundstück verkaufen, ehe ich nicht weiß, daß das Pachtrecht aufgehoben wird.“

Alle

- 35a -

Alle diese Gründe haben den Rechtsausschuß bewogen, Ihnen zu empfehlen von Ausübung des Vorkaufsrechts Abstand zu nehmen.

Stadt v. Dr. J a s p e r : Meine Damen und Herren! Mich hat die Bemerkung des Herrn Berichterstatter~~s~~ stutzig gemacht, daß die Stadt kein Interesse daran habe, den Pächtern den Pachtbesatz zu erhalten. Dieser Ansicht möchte ich widersprechen insofern, als es in der gegenwärtigen Wirtschaftslage doch als eine Aufgabe der Gemeinde anerkannt ist, daß sie in gewissem Umfange die Selbstversorgung erleichtert. Auch wir haben im steig<sup>=den</sup> Umfange Kleingärten durch Vermittelung der Stadt den Interessenten zur Verfügung gestellt. Wenn wir ~~das~~ auf der anderen Seite nicht ohne Teilnahme mit ansehen, daß die Gefahr besteht, daß Ländereien diesem Zwecke entzogen werden, sondern wir müssen fragen, ob hier in dem einen Falle ein Eingreifen der Stadt geboten ist, ~~um~~ die Kleingärtenbenutzung sicher zu stellen. Die Gründe,

---

das auf der einen Seite nun, um unsern Bürgern Ländereien für ihre Zwecke dienstbar zu machen, so kann man

die dagegen angeführt sind, waren wesentlich allgemeiner Natur, in ~~den~~ man sagte: *Wir* bekümmern uns um diesen Einzelfall nicht. Die Ablehnung des Vorkaufs ist auch dadurch begründet, daß wir das Land zu Bauzwecken nicht gebrauchen können. Die ganze Fragestellung ist im Ausschuß eine einseitige gewesen, und ich möchte bitten, klar zu stellen, zu welchen Bedingungen diese Grundflächen überhaupt zu haben sind, und unter welchen Voraussetzungen wir das Vorkaufsrecht ausüben können. Ich habe aus den Ausführungen des Herrn Berichterstatters nicht entnommen, ob der Fall der Möglichkeit der Ausübung des Vorkaufsrechts vorliegt, ob schon die nötigen Formalitäten unter den anderen Beteiligten gewechselt sind, sodaß die Stadt gehört wurde. Als ich den Punkt auf der Tagesordnung sah, stutzte ich zunächst über die Abweichung von dem <sup>durch</sup> Brauche, diese Angelegenheit <sup>den</sup> Finanzausschuß

zu

zu erledigen. Dieser Ausschuß hat bekanntlich von Ihnen Vollmacht erhalten, für die Stadtverordnetenversammlung das Vorkaufsrecht ausüben zu lassen. Hier wurde dem Finanzausschuß vorbeigebrungen und eine andere Stelle mit der Vorberatung betraut. Es rechtfertigt sich das ja vollkommen dadurch, daß es sich um einen Antrag handelt, der von den Pächtern gestellt worden ist. Es ist nun die Frage, ob und zu welchen Bedingungen das Vorkaufsrecht ausgeübt werden könnte. Wenn diese <sup>Vorfrage</sup> Vorlage zu ver<sup>n</sup>feinen wäre, so ist die ganze Frage damit erledigt, sonst aber möchte ich bitten, die Angelegenheit von den Gesichtspunkten aus zu betrachten, die ich hervorgehoben habe. Es wird sich dann notwendig machen, die Sache nochmals an einen Ausschuß zu verweisen, um die Einzelheiten zu prüfen. Beispielsweise ist mir aufgefallen, daß es sich nicht um ein Grundstück handelt, sondern auch um ein benachbartes, hinsichtlich ~~müssen~~ <sup>dessen</sup> eine

Einigung

Einigung mit den Beteiligten zustande gekommen  
sein soll. Die Gartennutzung zu sichern, das  
scheint mir das erste zu sein, was wir hierbei  
beachten müssen.

*beachten*



Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Vorweg möchte ich schicken, daß die Stadt bereits auf Ausübung des Vorkaufsrechts bezüglich des fraglichen Landes verzichtet hat. Sie wissen, daß die Frist für die Erklärung der Stadt zur Ausübung des Vorkaufsrechts eine sehr kurze ist; innerhalb 3 Wochen müssen wir uns darüber schlüssig machen, sonst gehen wir dieses Rechtes ohne weiteres verlustig. Der Verzicht ist diesmal vom Rat der Stadt ausgesprochen. Einfache Fälle werden vom Dezernenten ohne Weiteres nach Anhörung des Tiefbauamts erledigt, schwierigere Fälle aber erst im Rat der Stadt erörtert. Ein derartiger Fall ist dieser, in dem der Dezernent zweifelhaft sein <sup>könnte</sup> ~~kann~~, ob das Vorkaufsrecht ausgeübt werden sollte oder nicht. Es kann in dieser Sache also nichts mehr geschehen. Nichtsdestoweniger ist die Sache im Rechtsausschuß - allerdings nicht im Finanzausschuß, der eigentlich zuständig gewesen wäre - zur Sprache gebracht, und dort hat

man

man sich den Gründen, die seitens des Rats der Stadt angeführt worden sind, angeschlossen. Das betreffende Grundstück liegt an der Ecke der Geller- und Liebigstraße, von Häusern umgeben, unmittelbar hinter dem Grundstück des Allgemeinen Konsumvereins. Wenn der Weg hinter dem Konsumverein einmal aufgehoben sein wird, ist das Grundstück nicht mehr von der Straße aus zugänglich, sondern nur von den benachbarten Grundstücken<sup>aus</sup>. Es ist gekauft von einem Anlieger der Liebigstraße, dessen Grundstück unmittelbar an dieses Gartengrundstück anschließt. Welchen Zweck hat die Ausführung des Verkaufsrechts für uns? Einmal <sup>den</sup> ~~um~~ die Spekulation zu verhüten. Der Fall liegt hier nicht vor, denn der betreffende Anlieger ist allein derjenige, der es gebrauchen kann, - ~~der oder die beiden anderen Nachbarn.~~ Der Käufer hat es zweifellos gekauft, um es selbst zu benutzen. Der zweite Zweck der Ausübung des

Vor-

Vorkaufsrechts könnte der sein, das <sup>nutzbare</sup> Nachbarland zu ~~Kleinen~~ Gärten bereit zu stellen. Auch dieser Fall liegt hier nicht vor; das Land wird bereits als Gartenland benutzt. Nun könnte vielleicht die Frage aufgeworfen werden: <sup>Will</sup> der Käufer vielleicht die Kleingärten verteuern oder in eigennütziger Weise selbst gebrauchen. Da stand <sup>st</sup> den Betreffenden der Schutz der Kleingärten, und Kleinpachtsordnung zur Verfügung. Es ist im Ausschuß zur Sprache gekommen, daß ein derartiges Pachtverhältnis nicht ohne weiteres aufgelöst werden kann, sondern daß die reichsgesetzlichen Bestimmungen für die Pächter den Schutz ohne weiteres gewähren. Aus diesen Erwägungen heraus hat der Rat der Stadt auf das Vorkaufsrecht verzichtet, und der Rechtsausschuß hat sich dem angeschlossen.

Stadt. **R e s s e n i u s** : Joh möchte doch erwähnen, daß den Pächtern von Seiten des ehemaligen Besitzers bereits gekündigt worden ist. Er kann nur kündigen, wenn ein neuer Besitzer sich findet; unter diesen Umständen stand ihm das Recht zu, mit einmonatlicher Kündigungsfrist zu kündigen. Das hätte den Rat der Stadt bekannt sein müssen, und zum Schutz der Pächter hätte das Vorkaufsrecht ~~nicht-sehr-teuer~~ doch ausgeübt werden müssen. In diesem Falle waren die Interessen von kleinen Leuten zu wahren, da das Land mittels des Vorkaufsrechts nicht sehr teuer zu erwerben war. Es wurde den Pächtern ein Angebot auf Erwerb des Landes von 25 M für das Quadratmeter gemacht, das ist den Leuten zu teuer. Diesen Preis hätte der Rat der Stadt durch Ausübung des Vorkaufsrechts niederdrücken und das Land weiter an die bisherigen Pächter verkaufen können unter der Auflage, daß<sup>es</sup>/nur zu Kleingärten verwendet werden soll.

Der

Der jetzige Käufer soll das Gelände nur deshalb erworben haben, damit er seinen Gartenbetrieb vergrößern kann, der schon sehr groß ist. In dieser Sache sind also die Interessen der Kleinpächter nicht gewahrt worden.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Soweit ich unterrichtet bin, hat der Liebigstraße 9 wohnende Käufer nur einen kleinen Hof, und daran stößt dieser Garten. Es kann also keine Rede davon sein, daß er bereits einen größeren Garten besitzt. Nun <sup>meinte</sup> ~~könnte~~ Herr Nessenius, der daß der Verpächter beim Verkaufe nur eine einmonatliche <sup>ige</sup> Kündigung <sup>= schriftl.</sup> einzuhalten brauche. Dagegen ist zu sagen, daß die Kündigung nur mit Genehmigung des Pachteinigungsamts ausgesprochen werden darf. Die Betreffenden haben sich lediglich an das Pachteinigungsamt zu wenden; dieses <sup>hat</sup> ~~haben~~ auf Grund der Kleinpachtsordnung das Recht, die Verlängerung des Pachtsverhältnisses zu beschließen. Das gerade ist mit ein Zweck der Kleinpachtsordnung.

Stadt v. M a r t h : Meine Damen und Herren!  
Ich bedaure, daß hier nicht von dem Verkaufsrecht  
der Stadt Gebrauch gemacht worden ist. Die Sa-  
che liegt h<sup>ier</sup> doch insofern noch etwas anders,  
als der neue Käufer in der Nähe 4 Morgen Acker  
hat, die er bewirtschaftet und einen Morgen Spar-  
gel, den er <sup>an</sup> ~~den~~ Pächter in Lehdorf abgegeben hat.  
Der Käufer hat erklärt, daß ~~er~~ das fragliche Land  
nicht zu Klein<sup>gärten</sup>igkeiten hergeben könne, sondern  
daß er es zur <sup>Abrundung</sup> ~~Ablehnung~~ seiner sonstigen gärtneri-  
schen Anlagen für seinen Erwerb gebrauche. Sein  
Gärtner nämlich wollte nicht mehr bei ihm bleiben,  
wenn er ihm nicht einen Morgen Land abgebe. Durch  
diese<sup>Vorgänge</sup> ganzen ~~Umfang~~ ist es gekommen, daß ~~wird~~ diese  
innerhalb der Stadt bestehende<sup>n</sup> Kleingärten, die  
sich Einwohner der Stadt mit Aufwendung eigener  
Gelder nutzbar gemacht haben, dadurch illusorisch  
gemacht werden, daß zu einem Wucherpreise —

das

das kann man sagen, da es sich um keine Baugelände handelt — sich jemand diese Gärten aneignet, der nicht auf den Ertrag aus diesen Gärten angewiesen ist und sie einem außerhalb der Stadt wohnenden Gärtner <sup>übergeben</sup> ~~ausgeben~~ will. Man sollte doch darauf <sup>die</sup> bedacht sein, ~~das~~ Kleingartenbesitzer zu schützen, und auch der Rat der Stadt <sup>müßte</sup> diese Verpflichtung haben. Die Kleingartenbe-  
<sup>nutzung</sup> ~~sitzer~~ wäre möglich gewesen, wenn das Vorkaufs-  
recht geltend <sup>gemacht</sup> ~~geworden~~ wäre und später, wenn die Leute den Garten <sup>er</sup> ~~erstehen~~ sollten, ihnen das Land zu angemessenen Preisen verkauft worden wäre. Die jetzigen Gartenbesitzer haben erklärt, daß sie den Zins eines angemessenen Kaufpreises gern anlegen wollten, um diesen Garten zu erwerben. Herr Stadtbaurat weist auf das Stadtbauamt hin, das sich dahin geäußert hat, daß die Pachtverträge bestehen bleiben würden. Aber das Pachteinigungsamt hat die Kündigung bestätigt, und so möchte ich bitten, daß der Rat der Stadt von dem Verkaufsrecht unbedingt Ge- ~~und~~  
brauch macht,



Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Soweit ich unterrichtet bin - und Herr Jahns wird mich darin unterstützen können -, handelt es sich in dieser Sache, bei der wir auf das Vorkaufsrecht verzichtet haben, nicht um einen großen Garten, sondern um eine Fläche von vielleicht 500 Quadratmeter Größe, das ist ein der fünfte Teil eines Morgens. Ich verstehe also nicht, wenn hier von einem großen Garten geredet wird (Zuruf: 6 Gärten!). Die Herren, die das fragliche Grundstück kennen, werden bestätigen können, daß es eine winzige Fläche ist, bei dem kaum 6 Pächter in Frage kommen können. Es handelt sich lediglich um diesen kleinen Garten - ob noch andere Käufer getätigt sind, entzieht sich meiner Kenntnis.

Stadto. Tostmann: Meine Damen und Herren!

Es wird in diesem Falle nichts mehr mit Ausübung des Verkaufsrechtes zu machen sein, weil die Stadt bereits darauf verzichtet hat. Soweit ich informiert bin, handelt es sich um ein größeres Stück. Es ist das Besitztum eines früheren Stadtverordneten, der verstorben ist; es soll verkauft werden und zwar zu Preisen, die nicht angemessen sind, sondern zu Wucherpreisen. Das Gelände ist auch den Pächtern angeboten, aber zu einem Preise, den ~~Zeh~~ zu zahlen den Pächtern unmöglich ist.

Wer dies Grundstück kennt und weiß, was früher dort für Grundflächen gefordert worden ist, wo Straßenzüge durchgelegt werden sollten, der muß sagen, daß der Preis, der heute bezahlt werden soll, ein Wucherpreis ist. Gerade einem solchen Treiben muß die Stadt entgentreten. Überall, wo Grundstücke verkauft werden, muß darauf geachtet werden — ganz gleich, ob die Stadt das

Land

Land augenblicklich selber gebrauchen kann, weil <sup>es nun</sup>  
~~einmal~~ <sup>es nun</sup> ein Straßenzug <sup>geplant ist</sup> ~~durchkommt oder nicht~~ — ,  
<sup>im ganzen Falle mag die Stadt es ergreifen, bis es baulich ist</sup>  
~~das von dem Gelände, das in der Stadt liegt, damit~~  
<sup>wurden kann</sup>  
~~nichts zu Wucherpreisen verkauft wird, um zu ver-~~  
~~hindern, daß es erschwert wird, späterhin Straßen-~~  
~~züge zu bauen.~~ Durch zu hohe Preise für solches  
Gelände wird das Bauen noch mehr erschwert, als  
es heute schon der Fall ist. Deshalb ist ja das  
Gesetz geschaffen, <sup>daß</sup> die Städte und Gemeinden das  
Vorkaufsrecht ausüben dürfen. Das Grundstück,  
das hier zum Verkauf kommen soll, ist meiner  
Schätzung nach mit 8 M per Quadratmeter gut be-  
zahlt, und wenn es an Straßenzügen zu liegen  
käme, würden im höchsten Falle 10 M dafür in  
Frage kommen. Aber die Verkäuferin hat hier  
24 M für das Quadratmeter bekommen, weil sie die  
einzelnen Pächter in einer Zwickmühle gebracht  
hat, indem sie gesagt hat: „Ich habe einen an-

deren

deren Käufer, der diesen Preis geben will", und dann dasselbe dem andern Reflektanten entgegengehalten hat. Solchen Machinationen, wie die bei einzelnen Grundstücksverkäufen in der Stadt getrieben werden, muß mit Entschiedenheit entgegengetreten werden, wenn wir späterhin eine gesunde Bautätigkeit haben wollen.

Stadtverordneter J a h n s : Meine verehrten Damen und Herren! Aus der Eingabe der 6 Pächter ist die Größe des Grundstücks nicht zu ersehen. Bei der Beratung im Rechtsausschuß haben wir vom Rat der Stadt einen Plan bekommen, und danach handelt es sich nur um ein Grundstück von ungefähr 500 qm. Größe. Wenn ein anderes Grundstück in Frage kommen sollte, dann hat der Rechtsausschuß unter falschen Voraussetzungen beraten, aber immerhin darf ich erwähnen, daß das Vorkaufsrecht auszuüben, seitens des Rats der Stadt abgelehnt war, und daß die Eingabe schon vom 16. November datiert, sodaß unsere ganzen Verhandlungen hier kaum noch Erfolg haben werden, auch wenn wir uns gegen die Ablehnung des Vorkaufsrechts sträuben wollten. Ich persönlich vertrete ja auch die Ansicht, daß nach Möglichkeit derartige Schrä<sup>e</sup>bergärten erhalten werden sollen, weil die Not die heute in der

Lebens-

Lebensmittelfrage herrscht, dazu drängt, daß der eine oder der andere, der in der Lage ist, ein kleines Grundstück zu kaufen oder zu pachten, es selber bewirtschaftet, und hier scheinen in der Tat nur kleine Leute inbetracht zu kommen, denen man unbedingt dabei helfen muß, daß sie das Pachtland beibehalten können, um über die Misere der Zeit hinwegzukommen. Ich glaube aber nicht, daß es irgend welche Bedeutung haben wird, heute noch über die Sache weiter zu sprechen, da die Stadt <sup>betreffs</sup> des fraglichen Grundstücks nicht mehr in der Lage ist, das Vorkaufsrecht auszuüben.

Stadtverordneter M a r t h : Anscheinend liegt ein Irrtum darüber vor, um welches Gelände es sich bei der Besprechung handelt. Nach meiner Kenntnis der Sache handelt es sich um 6 Pächter, die jeder  $1/4$  Morgen als Garten dort bewirtschaftet haben. Wenn der Rat der Stadt auf das Vorkaufsrecht bei 500 qm verzichtet hat, so ist das ein anderes Stück Land, und in dem von mir besprochenen Falle könnte das Vorkaufsrecht noch geltend gemacht werden. Nach der Erklärung des Herrn Stadtbaurats hat man auf das Vorkaufsrecht <sup>für</sup> nicht ein Grundstück von 500 qm verzichtet. Ich möchte nun erfahren ob bei diesem Stücke, um das es sich für mich handelt, von dem Vorkaufsrecht kein Gebrauch gemacht werden soll oder ob es noch Zeit ist, daß man es ausübt. Sollte das noch möglich sein, so bitte ich, zu beschließen, das Vorkaufsrecht auszuüben.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n: Ob noch andere Verkäufe durch Frau Sander <sup>getätigt</sup> gemacht worden sind, entzieht sich meiner Kenntnis. Ein Fall liegt schon längere Zeit zurück, und in dem ist auf das Vorkaufsrecht der Stadt verzichtet. Ich glaube aber nicht, daß es sich um das Stück handelt, das Herr Marth meint. Es scheint, als ob die ganzen Gärten aufgeteilt worden sind und der Verkauf in dieser Weise ausgeführt werden soll. In dem Falle, der dem Rechtsausschuß vorgelegen hat, handelt es sich lediglich um den Verkauf von 500 qm, und die Örtlichkeit <sup>habe ich</sup> ~~hat er~~ ja schon beschrieben. Die Fläche liegt hinter dem Grundstück Liebigstraße 9, sie ist von dem Besitzer dieses Grundstücks erworben, und für diese Fläche ist der Verzicht auf das Vorkaufsrecht aus dem Grunde, den ich vorhin angeführt habe, ausgesprochen. Ob abgesehen von diesem Verkaufe und dem anderen, der zeitlich weiter zurückliegt, noch andere getätigt

tigt



tigt sind, weiß ich nicht. Wenn das geschehen  
sein sollte, so müssen uns <sup>nach</sup> bei der Auflassung die  
Kaufverträge vorgelegt werden, damit wir uns  
entscheiden, ob wir das Vorkausrecht <sup>ausüben</sup> ~~übernehmen~~  
wollen oder nicht. Diese eventuellen Käufe können  
uns also nicht entgehen, die Verträge darüber  
werden uns noch rechtzeitig <sup>vor-</sup> ~~vor-~~ zugelegt werden.

Stadtverordneter L e h n e r t: Ein Irrtum bezüglich der besprochenen Fläche muß hier unzweifelhaft vorliegen. Nach den Angaben des Herrn Marth handelt es sich um 6 Pächter, die jeder  $1/4$  Morgen haben, und das im Rechtsausschusse besprochene Stück hat vielleicht einen Inhalt von 486 qm., was noch nicht einmal ein Viertelmorgen wäre. Diese 6 Viertelmorgen liegen nach der Glückstraße zu, vielleicht nach der Goslarschenstraße hin. Wenn Herr Stadtbaurat Gebensleben sagt, daß die Kaufverträge dem Rat noch nicht vorgelegt sind, so handelt es sich bei dem Grundstücke, von dem Herr Marth spricht, um ein ganz anderes als das, über das der Rechtsausschuß gesprochen hat. Wenn da der Weg nach den Farbwerken aufgehoben wird, können andere Leute als die, die benachbarten Grundstücke besitzen, gar nicht an die fragliche Fläche

heran-

herankommen. Höchstens könnte der Allgemeine  
Konsumverein als Käufer neben dem <sup>M</sup>ann von der  
Liebigstraße noch in Frage kommen.

Stadtverordneter J a h n s : Der Beschluß des Rechtsausschusses geht dahin, von dem Vorkaufsrecht bezüglich der ungefähr 500 qm großen Fläche keinen Gebrauch zu machen. Aber es könnte ja immerhin ein Irrtum vorliegen und dann ist der Beschluß im Rechtsausschusse unter falschen Voraussetzungen gefaßt.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Ich glaube, der Rechtsausschuß hat sich irrtümlicherweise mit einer Sache beschäftigt, die eine ganz andere ist, als sie teilweise hier zur Besprechung gekommen ist. Ich habe nichts anderes erwartet, als daß nunmehr die ganze Sache an den Ausschuß zurückverwiesen wird.

Stadtverordneter S a u e r b i e r: Es handelt sich nur um die Fläche, die hinter dem Konsumverein liegt. Ein Irrtum des Rechtsausschusses kann nicht vorliegen.

Auf Anfrage des Vorsitzenden erklärt sich die  
Versammlung damit einverstanden, daß die Sache  
an den Rechtsausschuß zur nochmaligen Vorberatung  
zurückverwiesen ~~ist~~ wird.

- 61 -

Stadtverordneter S t e g m a n n übernimmt den  
Vorsitz.



6. Antrag L e h n e r t, betreffend Gleichstellung  
der Krankheitsausweise der Krankenkassen mit den  
ärztlichen Krankheitsbescheinigungen bei Schulver-  
säumnisse von Kindern.

Stadtverordneter S t u k e n b e r g: Herr  
Stadtverordneter Lehnert hatte vor einigen Wochen  
folgenden Antrag gestellt:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen,  
den Rat der Stadt zu ersuchen, dahin zu wirken, daß  
die Krankheitsausweisungen der Allgemeinen Orts-  
krankenkasse, der Betriebskrankenkassen usw. den  
Lehren, als Ausweis bei Erkrankungen von schulpflich-  
tigen Kindern genügen und den ärztlichen Beschei-  
nigungen gleichgestellt werden.“ Der Schulausschuß  
hat sich in seiner letzten Sitzung mit diesem Antra-  
ge beschäftigt. Es wurde im Ausschuß zunächst ange-  
zweifelt, daß die Stadtverordnetenversammlung für die-  
sen Antrag zuständig sei, und auch der Vertreter des  
Rats hatte in dieser Hinsicht Bedenken, indem er da-  
rauf hinwies, daß in der Schulordnung <sup>(Bestimmungen)</sup> enthalten sei-  
en, die in Zweifelfällen die Vorlage von ärztlichen

Be-

Bescheinigungen fordern<sup>n</sup>. Trotz dieser Bedenken trat man doch <sup>in</sup> für eine Aussprache ein, weil der Fall, den der Herr Stadtverordneter Lehnert zum Anlaß seines Antrages nahm, von grundsätzlicher Bedeutung ist.

Nach ausgiebiger Erörterung des Für und <sup>Wider</sup> ~~Wann~~ kam es dann zur Abstimmung, die das Ergebnis von 4 Stimmen für und 4 Stimmen gegen den Antrag hatte, wobei zu bemerken ist, daß der Vorsitzende sich der Abstimmung enthielt. Für die Ablehnung des Antrages ist ein Punkt von ausschlaggebender Bedeutung, auf den ich hier noch hinweisen möchte. Die ärztliche Behandlung eines Kindes schließt den Schulbesuch nicht immer aus, und für den Fall ist es erforderlich, daß der Arzt eine Bescheinigung darüber ausstellt, ob das Kind die Schule besuchen kann oder nicht. Der vorliegende Fall beweist diese Tatsache ganz deutlich.

habe

Ich ~~erhebe~~ den Auftrag, Ihnen im Namen des Schulausschusses die Ablehnung des Antrages vorzuschlagen.

*Stallknecht*

Vorsitzender F r e d e: Meine Herrschaften !

Ich nehme das Wort zu der Angelegenheit, um mich zu dem Falle zu äußern, der Herrn Lehnert Anlaß zur Stellung seines Antrages gegeben hat. Herr Lehnert hatte in der vorvorigen Sitzung, als er die Begründung seines Antrages vortrug, eine Darstellung des Falles gegeben, die nicht in allen Punkten gutgeheißen werden kann. *und ich* ~~Ich~~ hatte mich auf meinen Platz im Saale verfügt, um sofort eine Aufklärung zu geben, wenn bei der beantragten Dringlichkeit des Antrages die Besprechung desselben erfolgen sollte. Es ereignete sich das Eigentümliche, daß die Freunde des Herrn Lehnert nicht für die von ihm beantragte Dringlichkeit stimmten, weshalb die Aussprache nicht *sofort* ~~erfolgen~~ kann.

Was den Fall, der Herrn Lehnert Anlaß zur Stellung seines Antrages gab, anbelangt, so liegt er folgendermaßen: Es hat der Schüler A l l e w e l t in der Schule am 5., 6., 8., 9., 10., 11., 12. und 13. August in der

Schule

Schule gefehlt - der 14. war ein Sonntag - und ist am 15. wieder zur Schule gekommen. Angezeigt ist er für den 8. - 13. (die beiden ersten Tage sind dabei weggelassen), also für 6 Tage. Die Anzeige ist aus formellen und materiellen Gründen erfolgt. Die Schulordnung, die bei Beurteilung dieses Falles maßgebend ist, schreibt vor, daß für ein Kind, das nicht wegen Krankheit die Schule versäumt, sondern wegen irgend einer anderen Sache, vorher Erlaubnis geholt werden muß; ist es krank geworden, so muß innerhalb der ersten 3 Tage eine Benachrichtigung an den Lehrer erfolgen. Das ist in dem zur Besprechung stehenden Falle nicht geschehen, sondern in der ganzen Zeit des Fehlens ist keine Benachrichtigung der Schule erfolgt. Nun meinte Herr Lehnert damals, die Sache wäre zu streng gehandhabt. Um das beurteilen zu können ,

muß

muß berücksichtigt werden, ob die Eltern in der Lage <sup>(gewesen)</sup> wären, diese Benachrichtigung der Schule ~~gehen~~ <sup>zu</sup> lassen, und da ist festzustellen, daß der Schüler zwei Geschwister in der Schule hat, einen Bruder und eine Schwester, wovon der erstere 12 Jahr alt ist und die Schwester 10 Jahre. Beide besuchen die nämliche Schule an der Sophienstraße, die auch der fehlende Schüler besucht. Es erhellt daraus, daß eine Benachrichtigung durch die Eltern mit leichter Mühe hätte vorgenommen werden können. Noch aus einem anderen Umstande erhellt die Nachlässigkeit der Eltern beziehungsweise des Kindes - aber die Eltern sind hier für haftbar. Der Knabe hat nicht das Bett gehütet; er hat <sup>te</sup> eine Verletzung am Finger, der geschnitten werden mußte. Dieser Schnitt ist am 5. geschehen. Nun hat mir der Knabe gesagt, daß er jeden Tag auf der Straße gewesen ist, und wenn er in der Stube gewesen ist, habe er gelesen. Daraus erhellt ohne weiteres, daß er hätte in der Zeit, wo er lesen konnte, an den Dis-

ziplin

ziplin<sup>en</sup> hätte teilnehmen können, bei denen eine Betätigung der Hand nicht in Frage kommt, sondern es nur auf das Zuhören und Aufmerken ankommt. Jedenfalls mußte darüber ein Arzt urteilen. Wenn der Knabe mir sagt: „Ich sollte nicht zur Schule kommen“, dann müßte ich darüber eine Bestätigung haben, daß wirklich der Schulbesuch unmöglich war. Aus den Umständen, die ich vorgetragen habe, ergab sich nicht ohne weiteres, daß der Schulbesuch unmöglich war. Darum habe ich ein ärztliches Attest gefordert, und darauf schrieb mir die Mutter einen Brief, der einen unhöflichen Ausklang hatte. Er schloß damit: Wenn Sie dem Jungen 20,- $\text{M}$  geben, dann kann er ein Attest holen.“ Einen Ausweis für seine Krankheit hat der Knabe nicht mitgebracht. Es handelt sich übrigens gar nicht um die Ortskrankenkasse, sondern der Vater ist in einer

Kasse

Kasse bei Büssing, die auch Familienunterstützung hat. Ich habe Herrn Dr. Wolze gefragt, ob er dem Knaben gesagt habe, er müsse aus der Schule wegbleiben, und darauf hat er ~~hier~~ erwidert, das wüßte er nicht mehr, aber er hätte allerdings gesagt, der Junge könne umherlaufen. Soviel er wüßte, wäre keine Ursache vorhanden gewesen, den Knaben aus der Schule fernzuhalten, aber das könne er jetzt nicht mehr beurteilen.

So liegt die Sache. Eine Nachlässigkeit seitens der Eltern liegt vor, weil sie mit leichter Mühe eine Entschuldigung durch die Geschwister in der Schule hätten vorbringen können, und auch deshalb, weil der Knabe selbst täglich auf der Straße gewesen ist. Dann hätte er auch zur Schule kommen und mich über den Sachverhalt unterrichten können. Das ist nicht geschehen.

Was

Was nun die grundsätzliche Stellungnahme anbelangt, die Herr Lehnert geregelt wissen will, so beantragt Herr Lehnert, daß die Bescheinigungen der Krankenkassen als gleichwertig den ärztlichen Zeugnissen angesehen werden sollen. Darüber hat in der Schulkommission und im Schulvorstande eine Aussprache stattgefunden. Durchschlagend ist gewesen, daß man <sup>daran</sup> ~~dann~~ erinnert hat, wie eine ~~Menge~~ Fälle denkbar sind, wo Krankheit vorliegt, aber der Schulbesuch doch möglich ist. Mir selbst ist es schon so gegangen; ich habe lange Zeit in ärztlicher Behandlung gestanden und doch sämtliche Arbeiten erledigt, und so geht es auch bei Kindern. Die Bescheinigung der Krankenkasse über eine ärztliche Behandlung der Kinder kann für die Beurteilung, ob das Fehlen eines Kindes in der Schule nötig ist, nicht maßgebend sein.

Darum



Darum haben wir uns im Ausschuß gegen den Antrag Lehnert erklärt.

Ich habe nun aber nicht nur wegen dieser beiden Punkte das Wort genommen, sondern noch eines dritten Punktes wegen, und der ist etwas heiterer Natur, und es ist ja auch schön, wenn die ganze Sache einen heiteren Abschluß findet. Sie haben gesehen, daß ich in der vorvorigen Sitzung meinen Platz dort am Tische verlassen und meinen Platz hier <sup>eingegenommen habe</sup> ~~einnehme~~, um sofort in die Besprechung eingreifen zu können. In der „Freiheit“ hat nun folgendes ~~wörtlich~~ gestanden:

Nachdem berichtet ist, was Herr Lehnert zu seinem Antrage ausgeführt hatte, heisst es weiter:

„Man sah sich vergeblich nach dem Vorsitzenden um; der Stadtverordnete Frede hatte es vorgezogen, so lange zu verschwinden.“ (*fort, fort! und Güterkeit*)

nun

Nun meine Herren, ich glaube, selbst diejenigen, die zu meinen Freunden nicht gehören, werden mir diese entsetzliche Furcht vor einem Antrage des Herrn Lehnert nicht zutrauen - feige bin ich sicher nicht. Ich habe lediglich auf meinem Platze im Saale darauf gewartet, daß ich in der Besprechung mit eingreifen konnte.

Im übrigen ist der Fall des Knaben Allewelt <sup>geführt</sup> durch den Schulleiter dahin <sup>regelt</sup> geregelt, daß, trotzdem die Anzeige <sup>war</sup> berechtigt ist, die verfügte Strafe niedergeschlagen ist - sie ist also nicht zu bezahlen.

Stadtverordneter L e h n e r t: Meine Damen und Herren! Ich will bei dem Letzten anfangen, bei dem Herrn Frede aufgehört hat, daß die 15,-M Strafe niedergeschlagen sind. Eigenartig erscheint es mir doch, daß Herr Frede nach der Stadtverordneten-sitzung, in der über diese Sache gesprochen ist, den Jungen gefragt hat: „Habe ich gesagt: die 15,-M müßte<sup>ih</sup>er doch bezahlen!“ Worauf der Junge geantwortet hat: „Jawohl.“ – „Wer ha<sup>A</sup>ben das gehört?“ – Die ganze Klasse hatte es gehört. Herr Frede wußte vielleicht selber nicht mehr in der Rage des Gefechts, ob er dem Jungen das gesagt hatte. Niedergeschlagen ist die Sache aber doch nur aus dem Grunde, weil Sie zugeben müssen, daß der Arzt Dr. Wolze gesagt hat: „Ich weiß nicht mehr genau, ob ich dem

Jungen

Jungen gesagt habe, daß er in der Schule wegbleiben soll, "und da haben sich die Behörden gesagt: " Um des lieben Friedens willen wollen wir auf die 15,-~~M~~ verzichten.

Der Grundgedanke bei dieser ganzen Angelegenheit ist der: Über kurz oder lang wird die obligatorische Familienhilfe bei den Krankenkassen eingeführt werden. Dann gibt es bei der Versicherungspflicht das nicht mehr, daß man zur Bestätigung eines Krankheitsfalles zum Arzt <sup>4</sup>gehe, sondern auf Grund der Familienhilfe wird bestätigt, daß das Kind erkrankt gewesen ist. Dieser § 16 im Schulgesetz wird über kurz oder lang geändert werden. In der Zeit, als diese <sup>4</sup>Satzung festgelegt ist, hat man nicht damit rechnen können, daß ein ärztliches Attest soviel kosten würde, wie es momentan der Fall ist. Wenn jemand schon lange Zeit verkürzte Arbeitszeit hat und für 5 Kinder zu sorgen

hat

hat, und es wird ihm dann gesagt: „Du mußt 15,- M Strafe zahlen, weil du kein ärztliches Attest beigebracht hast“, so ist es erklärlich, wenn dann keine humoristische Antwort von ihm erteilt wird, sondern etwas anderes. Herr Frede hat das nicht durchzumachen. Wenn er 6 - 7 Wochen Ferien hat, dann heißt es doch: Stadthauptkasse, bezahle! Bei einem, der in einem Arbeitsverhältnis steht, ist das aber anders; da wird jede Stunde, die er nicht arbeitet, abgezogen. Bemerken möchte ich noch, daß der Vertreter des Rats erklärt hat: „Ich habe nichts gegen solche Bescheinigungen der Krankenkasse einzuwenden und möchte ersuchen, daß Sie diesen Antrag dem Schulvorstande zur wohlwollenden Prüfung überweisen.“ So lauteten die Ausführungen des Herrn Stadtrat Schaper in dieser Sache, in der Schulausschußsitzung aber wollte man, nach

den

dem wir uns eine ganze Stunde lang über die Sache unterhalten hatten, ganz einfach sagen: „Wir lassen das nicht zu; Strafe muß sein.“ Nachdem auch ~~von~~ Herr Sievers seine Stellung zu der Sache klargelegt hatte, <sup>wurde</sup> ~~und~~ zur Abstimmung geschritten. Da kam Frau Götze noch hinzu und hat in gutem Glauben, weil die anderen Herrschaften ihrer <sup>Richtung</sup> ~~Rechnungen~~ ebenso stimmten, ohne daß sie die Verhandlungen gehört hat, auch für die Ablehnung meines Antrages gestimmt, trotzdem der Vertreter des Rats gesagt hatte, er habe nichts dagegen, wenn der Schulvorstand die Sache eingehend prüfe.

Stadtverordneter M a a B: Meine Damen und Herren! Ich glaube, wenn <sup>das</sup> ~~die~~ Kind~~er~~ seiner Freundschaft angehört hätte~~n~~, wenn es auf diese Weise Herrn Frede näher gestanden hätte, dann hätte er die Anzeige nicht erstattet. (Hört, hört!) Schon des <sup>ich</sup> ~~Sch~~ ~~st~~ ~~ter~~en sind aus den Reihen der Unterstützten Klagen über den Herrn gekommen, sodaß selbst die Geschwister von fehlenden Kindern~~n~~ ungern zu ihm gegangen sind, um ihren Bruder zu entschuldigen. Ich bin auch in der Lage, ein schwächliches Kind zu haben, das an der Quäkerspeisung teilnimmt, aber die Geschwister meines kranken Kindes wagen nicht, dem betreffenden Lehrer eine Entschuldigung zu bestellen, sondern sagen: „Du mußt selber eine Entschuldigung schreiben, sonst nimmt das der Lehrer nicht an.“ Wenn hier der Fall so vorgelegen hat, wie er dargestellt ist, so kann <sup>ich</sup> ~~er~~ es nicht gutheißen, daß eine Anzeige erstattet ist. Wenn selbst der Arzt nicht sicher in dem Glauben gewesen ist, ob das Kind

VOM

vom Schulbesuch befreit werden kann, so kann auch der Lehrer nicht sagen: „Du kannst zur Schule kommen,“ denn es gibt in jeder Stunde Zeiten, wo die Hand zu schriftlichen Arbeiten gebraucht werden muß, und das konnte das Kind in diesem Falle, wo es am Finger geschnitten worden ist, nicht tun. Ich habe gehört, daß Herr Frede gegen die Kinder kolossal <sup>streng</sup> vorgeht, die anders gesinnten Leuten angehören. Das wird schon dadurch bewiesen, daß mein Junge von ihm eine Ohrfeige bekommen hat, weil er als Dissident ein kirchliches Lied nicht mitgesungen hat. (Hört, hört!).



Stadtv. F r e d e : Was Herr Maaß eben zuletzt gesagt hat, ist unwahr. Ich <sup>nur</sup> gebe niemals einem Kind eine Ohrfeige, und wegen einer solchen Sache <sup>gäbe</sup> ~~würde ich es zu allerletzt tun.~~ So etwas kommt bei mir nicht vor. (Zuruf Maaß: Ich kann Ihnen den Jungen bringen.) Es ist nicht wahr, es ist unwahr !

Herr Lehnert hat sich aufgeregt über etwas, was nicht begründet ist. Ich soll gesagt haben : „Um die Bezahlung der 15 M kommt ihr nicht weg!“ Auch das ist nicht wahr. (Zuruf.) Das Anzeigeformular wird allerdings vom Lehrer ausgefüllt, aber er weiß dabei nicht, wie hoch der Strafantrag ist, mit dem die Eltern des Kindes bestraft werden sollen. In der vom Lehrer ausgefüllten Anzeige steht lediglich, an welchen Tagen das Kind ohne genügende Entschuldigung gefehlt hat, und dem Schulleiter oder Herrn Direktor Dr. Appuhn bleibt

bleibt es überlassen, den Strafsatz dahinter zu setzen. Ich habe also gar nicht gewußt, wieviel als Strafe festgesetzt war, sodaß ich gar nicht gesagt haben kann : „Um die Bezahlung der 15 M kommt ihr nicht herum!“ (Zuruf: Um die Strafe!)

Nun sagt Herr Lehnert, ich hätte am andern Tage gefragt : „Habt ihr die 15 M bezahlt ?“ Das ist mir nicht eingefallen. Herr Lehnert hat seine Ausführungen lediglich nach dem Berichte des Vaters des Kindes gemacht, und das ist eine vollständig einseitige Darstellung. Die Sache ist so gewesen: Ich wollte wissen, ob der Junge Schmerzen gehabt habe, denn im Schulverstand war die Rede davon gewesen, daß die Sache schmerzhaft gewesen sein könnte, und deshalb habe ich den Jungen <sup>früher</sup> gefragt : „Wie lange haben die Schmerzen gedauert“, und darauf antwortete er mir : „In den ersten Tagen.“ Nun sagten die Kinder : „Sie

stehen

stehen in der „Freiheit“; Sie sind aus dem Saale  
gelaufen.“ Ich fragte darauf, ob einer der Knaben  
das Blatt bei sich habe, denn ich lese das Blatt  
nicht; darauf habe ich den Ausschnitt, <sup>bekommen</sup> den ich  
vorgelesen habe. Herr Lehnert, es ist eine <sup>un-</sup>voll-  
ständig<sup>z.H.</sup> falsche Information, die Sie bekommen haben.  
Hier können wir die ganze Klasse natürlich nicht  
vernehmen, doch ist das, was ich hier sage, die  
reine Wahrheit.

Stadtrat S c h a p e r : Meine Damen und Herren! An dem Tage, der demjenigen folgte, an dem Herr Lehnert hier in der Stadtverordnetenversammlung seinen Antrag gestellt hatte, war Schulvorstandssitzung, und ich habe Gelegenheit genommen, dort diesen Fall zur Sprache zu bringen, weil nach meinem Dafürhalten die ganze Sache zur Zuständigkeit des Schulvorstandes gehört. Wir haben in der Sitzung erst über diesen einen Fall im besonderen gesprochen und mußten feststellen, daß die Eltern leider ihrer Pflicht der Schule gegenüber nicht voll entsprechen haben (Hört, hört !) und daß Herr Frede im Recht gewesen ist, wenn er die Anzeige erstattet hat. . Über die Feststellung der Höhe des Strafantrages hat Herr Frede schon gesagt, daß sie nicht in den Händen des Herrn Frede gelegen hat, sondern, daß es das Recht und die Pflicht des Schuld<sup>habers</sup>~~direktors~~ Dr. Appuhn ist, diese Ordnungsstrafe zu verhängen bzw. eine polizeiliche Strafe zu beantragen.

Wir

Wir haben in der Schulvorstandssitzung auch das Grundsätzliche des Antrages Lehnert besprochen, ob die Krankenkassenbescheinigungen als voller Ersatz für ärztliche Bescheinigungen gelten können. Man war der Meinung, daß das nicht der Fall sein könnte. Ärztliche Bescheinigungen werden in den Volksschulen nur in seltenen Ausnahmefällen verlangt, namentlich wenn der Fall so liegt, daß die Schule nicht weiß, ob das Kind zur Schule kommen kann, obwohl es in ärztlicher Behandlung ist. Das Kind kann z.B. einen Hautausschlag haben und steht deswegen in ärztlicher Behandlung. Ist dieser Ausschlag nicht ansteckend, so kann es die Schule besuchen, sonst aber nicht. Ähnlich lag die Sache in diesem Falle. Vielleicht hätte der Junge in den ersten Tagen seines Krankseins die Schule versäumen müssen, aber in den letzten Tagen, nachdem seit dem Schneiden 3, 4 Tage vergangen waren, hätte er vielleicht zur Schule ~~W~~ kommen können. Ich ~~wo~~

will

will damit nur ausführen, daß es Fälle gibt, in denen die Schule eine ärztliche Bescheinigung verlangen muß, um einwandfrei feststellen zu können, ob die Schulversäumnis berechtigt war. Vielleicht lassen sich die Krankenkassenausweise noch anders gestalten, indem der in Frage kommende Arzt darauf bemerkt, ob das Kind zur Schule kommen kann oder nicht.

Dann war von einem Redner der Vorwurf gegen die Lehrerschaft erhoben - ich weiß nicht, ob das im allgemeinen gelten sollte -, daß sie einige Kinder schlechter behandle als andere, weil es Dissidentenkinder sind. Ich kann mir nicht vorstellen, daß dieser Vorwurf berechtigt ist (Zuruf Sievers : Ist aber leider Gottes richtig !), und muß die Lehrer dagegen in Schutz nehmen. Wenn Sie glauben, daß in einem Falle die Dissidentenkinder benachteiligt worden sind, dann steht Ihnen es frei,

sich

sich deswegen an die Schulleitung zu wenden, damit diese in der Lage ist, den Fall zu untersuchen und wenn Ungerechtigkeiten vorgekommen sein sollten, für Änderung zu sorgen. (Zuruf: Beim Lehrer Siemann werden die Kinder doch weiter schikaniert.) Melden Sie den Fall ! (Der Schulinspektor weiß den Fall!) Ich kann nicht anders sagen, als : Wenn ich noch Schulleiter wäre, so würde ich die Sache untersuchen und, wenn Ungerechtigkeiten vorgekommen sein sollten, auch eingreifen. Ich möchte Sie aber bitten, in dieser Allgemeinheit der Lehrerschaft diesen Vorwurf nicht zu machen.

Stadtv. L e h n e r t : Nachdem vom Vertreter des Rates erklärt worden war : Es ist besser, Sie überweisen diesen Antrag dem Schulvorstand zur Prüfung, habe ich mich seinerzeit damit einverstanden erklärt. Nun aber wird von Herrn Frede erklärt, ich hätte mit unwahren Behauptungen operiert, und deshalb will ich feststellen, daß ich zunächst zu dem betreffenden Vater gesagt habe : „Auf leeres Gespräch gebe ich nichts; wenn Sie etwas haben, muß ich positive Unterlagen haben. " Darauf hat der Vater des Knaben schriftlich niedergelegt, was vorliegt, auch die Daten, wie sie Herr Frede angegeben hat. Ein Sprichwort sagt : „Fingerschmerzen gehen zu Herzen“, <sup>und</sup> wer schon ein Geschwür am Finger gehabt hat, der soll sich so und so lange besonnen haben, ehe er zum Schneiden übergeht. Wenn dann doch ein operativer Eingriff am Finger vorgenommen werden muß, so wissen wir, wie unbehaglich schon

dem



dem Erwachsenen zumute ist, wie viel mehr muß das beim Kinde der Fall sein. Es ist tatsächlich so, daß man hier in eigenartiger Weise vorgegangen ist.

Wenn gesagt wird, daß Herr Schuldirektor Dr. Appuhn die Strafe festsetzt, so kann sie doch nur festgesetzt werden nach dem Berichte, der eingeliefert worden ist - davon lasse ich mich nicht abbringen. Es mag nach den Paragraphen bis zum Tipfelchen über dem i gehandelt sein, wenn der Strafantrag so gestellt wird : Der Knabe hat so- undsoviel Tage gefehlt, also hat der Betreffende so undsoviel Strafe zu bezahlen. Aber dann konnte Herr Frede den Rat befolgen, den Herr Sievers gegeben hat. Ich bin erfreut, daß jüngere Pädagogen den Lehrerberuf anders auffassen wie Herr Frede. Wenn jemand nicht liebevoll zu den Kindern sich benimmt, so wirkt das abstoßend.

Nun habe ich ja keine Veranlassung, für

den

den Berichterstatter der „Freiheit“ einzuspringen, aber ich muß doch darauf hinweisen, daß der Vorsitzende wohl sehen kann, wo der Berichterstatter sitzt, aber der Berichterstatter nicht weiß, wohin <sup>Herr Frede</sup> ~~er~~ gegangen ist, wenn Herr <sup>er</sup> ~~Frede~~ von seinem Platze da oben heruntergegangen ist.

Im übrigen liegt die Sache so: <sup>Über</sup> kurz oder lang wird bei den Krankenkassen die Familienhilfe eingeführt, und dann muß die Schulleitung - ob sie will oder nicht - damit zufrieden sein, daß ~~ihnen~~ ihr dies Attest von den Krankenkassen gegeben wird. Als die Sitzung vorbei gewesen ist, habe ich noch mit mehreren Herrschaften über diese Sache gesprochen, und sie haben mir gesagt: <sup>Zu</sup> gleicher Zeit ist auch an uns die Anfrage wegen der Bescheinigungen der Krankenkassen gestellt worden, und die betreffenden Lehrer haben sich alle damit zufrieden gegeben, nur der Lehrer von der ersten Klasse auf der Sophienstraße weicht nicht von

dem

dem Tüpfelchen auf dem i ab. Ganz verschiedenartig ist es, wenn man sich darauf beruft, was dieses oder das Kind gesagt hat. Manches Kind hat vor manchem Lehrer mehr Furcht, wenn er sich nur blicken läßt, als vor einem andern, der die Kinder in anderer Weise unterweist.

Nun wirft Herr Stadtrat Schaper die Frage auf, ob die Dissidentenkinder anders behandelt werden als die Kinder sonst. Als meine jüngste Tochter im letzten Jahr zur Schule ging, gab sie zu ihren Personalien an, daß ihr Vater Dissident wäre. Seit der Zeit hatte sie bei dem betreffenden Lehrer - er ist jetzt verstorben - verloren, trotzdem sie das letzte Jahr in der ersten Klasse saß. Sie wäre nicht zur Oberklasse mitgekommen, wenn der betreffende Lehrer noch länger dageblieben wäre - er wurde zu Weihnachten krank - , weil der Vater Dissident war und weil der betreffende Lehrer mehr

Bibel=

Bibelverse und Gesangbuchverse  $\neq$  lernen ließ als alles andere. (Unruhe.) Ich sehe lieber, daß einer ins Freie geht, als dass er Sonntags mit Zylinder und großer Bibel in der Stadt herumrutscht.

V o r s i t z e n d e r :      Es sind noch 5 Redner auf der Rednerliste eingetragen. Der Fall Frede ist nun wohl genugsam besprochen, und ich möchte die nachfolgenden Redner bitten, nun nur noch zu der grundsätzlichen Frage aus dem Antrage Lehnert Stellung zu nehmen, ob die Ausweise der Krankenkassen den ärztlichen Bescheinigungen gleichzustellen sind, das Persönliche aber auszuschneiden.

Stadtv. Dr. S c h u l t z e : Meine Damen und Herren ! Ich hatte auch die Absicht, zu bitten, nunmehr den Antrag des Herrn Lehnert zu besprechen und auf den speziellen Fall nicht weiter einzugehen. Wie es einmal in der Zukunft sein wird, kann uns für die heutigen Verhältnisse ziemlich gleichgültig sein, denn Herr Lehnert wünscht, daß die Gleichstellung der Krankenkassenausweise mit den ärztlichen Bescheinigungen jetzt gleich erfolgen soll. Nur ist mir eins an dem Antrag nicht ganz klar : die Kinder bekommen doch gar keinen Krankenkassenschein. (Zuruf: Aber bei der Familienhilfe!) Der Kassenschein wird doch erst ausgestellt, wenn das Geld erhoben wird, und dann ist die Sache in der Schule schon vorbei. Die Ausführung des Antrages ist praktisch unmöglich, weil es keine Krankenkassen gibt, die für <sup>die Kinder</sup> ~~ihrer~~ Mitglieder spezielle Krankenscheine ausstellen.

Sc=

Sodann muß ich sagen, daß solche Kassenschei-  
*manu non fit fallu*  
ne ~~den~~ ärztlichen Bescheinigungen schon deswegen  
nicht gleichgestellt werden können, weil es eine  
ganze Menge Krankheiten - Fingergeschwüre, Zahn-  
krankheiten usw. - gibt, die es nicht ausschlies-  
sen, daß das behandelte Kind die Schule besucht.  
Ich habe mich gefreut, daß Herr Stadtrat Schaper  
sagte, daß ärztliche Bescheinigungen von der  
Schule nur in den seltensten Fällen verlangt wer-  
den, denn <sup>die</sup> wir Ärzte haben sowieso viel <sup>zum</sup> zu schrei-  
*be daß sie auf ihre Befähigung hin zu prüfen,*  
ben, ~~Ich~~ meine, eine Verständigung darüber, ob  
das Kind zur Schule gehen kann oder nicht, müßte  
auch ohne solche ärztliche Bescheinigungen möglich  
sein, und ich glaube, dazu brauchte man auch  
keinen Krankenkassenschein. Eine solche Beschei-  
nigung wird höchstens einmal der Schularzt aus-  
zustellen haben, aber nur in den allerseltensten

Fällen

Fällen der behandelnde Arzt.



Stadtv. M E d g e : Meine Damen und Herren !  
Es ist eben allerdings der Wunsch ausgesprochen,  
daß der Fall Frede jetzt noch möglichst wenig  
erörtert werden solle, und auch ich habe nicht die  
Absicht, darüber noch viele Worte zu machen, aber  
doch halte ich mich für verpflichtet, wenigstens  
einige Worte dazu zu äußern. Ich verstehe nicht  
recht, wie man bei Erörterung eines derartigen  
Antrages einen solchen Einzelfall an dieser Stelle  
derartig aufbausch<sup>en</sup> und unbewiesene Angriffe gegen  
einen Stadtverordneten aus seiner privaten Tätig-  
keit heraus richten kann. Das ist etwas, was ich  
unter keinen Umständen billigen kann. Es wirkt  
außerordentlich befremdlich, wenn jemand <sup>dem</sup> hier  
vorgeworfen wird, wie er es in dem einen oder  
anderen Falle gemacht hat; es sind das für die  
Stadtverordnetenversammlung beweislose Behauptungen  
die als weiter nichts angesehen werden können

als

als eine Herabsetzung des Betreffenden in der Öffentlichkeit, bei denen er sich zu wehren nicht in der Lage ist, denn hier läßt sich das alles nicht klarstellen. Wenn von Herrn Frede oder einem anderen Lehrer solche Sachen, wie sie hier erwähnt sind, vorgekommen sein sollten, dann würde das von allen Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung mißbilligt werden, aber warum werden derartige Fälle nicht an die zuständige Stelle gebracht ? Derartige gehört nicht hierher, und es ist unerhört, daß Sie die Zeit der Stadtverordneten in dieser Weise verschwenden. Dagegen müssen wir hier Einspruch einlegen.

(Zuruf Lehnert : Wenn die Angriffe auf Herrn Sievers gingen, würden Sie es durchgehen lassen !) Wenn sie Herrn Sievers betrafen, würden wir genau so protestieren dagegen, daß die Zeit der Stadtverordneten in dieser nicht sachgemäßen Weise

ver-

vertrödelt wird.

Zu dem Antrag selbst möchte ich sagen : Das Gutachten des sachverständigen Arztes kann nicht ersetzt werden durch eine Äußerung der Krankenkasse, denn diese letztere ist nicht in der Lage, bei einem Zweifelsfall beurteilen zu können, ob das Kind infolge der Krankheit die Schule besuchen kann oder nicht - das kann nur der Arzt. Selbstverständlich würde es ein arger Mißbrauch sein, wenn wegen jeder Lappalie ein ärztliches Gutachten eingefordert würde, und es wird auch keinem vernünftigen Lehrer einfallen, solche Ansprüche an die Eltern zu stellen. Es kommen nur seltene Fälle in Frage, wo vielleicht die Eltern nicht richtig vorgegangen sind, wie das bei dem hier des breiteren erörterten Falle geschehen ist. Warum richten sich die Eltern nicht nach den Bestimmungen, die erlassen sind. Wo bliebe die Ordnung, wenn sich

jeder

jeder über die gültigen Bestimmungen hinwegsetzen wollte ! Mag der Vater aufpassen und seine Pflicht tun, dann entstehen auch keine besonderen Kosten. Wäre alles von den Eltern in ordnungsmäßiger Weise erledigt worden, dann hätte kein Mensch daran gedacht, ein ärztliches Gutachten zu fordern. Wenn aber einmal ein Gutachten eingefordert werden muß, dann kann es nicht von jemand ausgestellt werden, der nicht sachverständig ist, sondern es muß das Gutachten eines Sachverständigen, eines Arztes sein.

Stadt v. S t e i n e r t : Wenn ich kurz auf den prinzipiellen Fall eingehe, so möchte ich hier einmal klarlegen, wie es in Wirklichkeit mit den Krankenscheinen der Kasse beschaffen ist. Vorher aber möchte ich Herrn Mädge sagen, daß wir hier mit Tatsachen dienen und es immer so machen, wenn wir auftreten, nicht so, wie die Freunde des Herrn Mädge in Landtage, wo sie Behauptungen aufstellen, bei denen sie nicht in der Lage sind, mit Tatsachen zu dienen. Ich kann mitteilen, daß ein großer Teil der Schulleiter und Lehrer sich schon jetzt mit den Scheinen der Krankenkasse zufrieden geben. Vorläufig gibt es nur einzelne Betriebskrankenkassen, die die Familienhilfe haben, aber Herr Lehnert sagte ja schon, daß die größte Krankenkasse in Braunschweig, die Allgemeine Ortskrankenkasse, dabei ist, die Familienhilfe einzuführen. Die betreffenden Herren können sich ohne weiteres bei den Scheinen, die von den Krankenkassen ausgestellt werden,

darauf

darauf verlassen, daß sie den Tatsachen entsprechen und brauchen nicht zu glauben, daß dabei Unfug getrieben wird, denn auch die Krankenkassenbeamten haben Verantwortlichkeitsgefühl und bescheinigen nur das, was wirklich Tatsache ist. Außerdem stehen sie mit den Ärzten in Verbindung. Bekanntlich holt ein Bote morgens die Nachweisungen vom Arzte zur Krankenkassenstelle, und so wird es auch bei der zukünftigen einzurichtenden Familienhilfe werden. Die Krankenkasse weiß bestimmt, wer aus der Familie krank ist und so können wir uns auf ihre Bescheinigungen verlassen. Herr Stadtrat Schaper hat schon zugegeben, daß sich ein großer Teil der Lehrer mit den Krankenscheinen der Kasse begnügen. Wir können nicht verlangen, daß jeder Familienvater 20 Mark herauszulegen muß, um der Form zu genügen, damit ein Schein von Arzt ausgestellt wird. Auch sämtliche

Lehrer

*Lehrer der Schulen müssen sich in Zukunft hier  
hineinfinden, daß sie es sich genügen lassen bei  
den Bescheinigungen der Krankenkassen.*

Stadt v. M ä d g e : Meine Damen und Herren !

Ich glaube, diese ganze Frage ist jetzt zur Genüge  
erörtert. (Widerspruch) Ich stelle deshalb den An-  
trag auf Schluß der Besprechung. (Unruhe. Zuruf Leh-  
nert: Das ist einzig in seiner Art, daß jemand, der  
gesprochen hat, den Antrag auf Schluß der Debatte  
stellt. Zuruf Maaß: Das ist ein Fall für die lusti-  
gen Blätter.)



Der Schluß der Debatte wird mit 17 gegen 11 Stimmen beschlossen.

Darauf wird der Antrag Lehnert mit 17 gegen 12 Stimmen abgelehnt.

Intz. Frankfurter - Anweisung  
f. d. Abgaben

7. Instandsetzung der Gasbeleuchtungsanlage in der  
Turnhalle der Johann-Albrecht Ober-Realschule.

Stadtv. S c h m e r b a c h: Die Deckenbeleuchtung in der Turnhalle der Johann-Albrecht Ober-Realschule ist in sofern in einem mangelhaften Zustande, als wohl Zündflammen bei ihr angebracht sind, aber die Zwischenhähne fehlen. Die Hebel an den Gasleitungen müssen deshalb jedesmal beim Anstecken und Auslöschen der Gasflammen mit einer 5 Meter langen Stange geöffnet und geschlossen werden, was namentlich bei Dunkelheit oft zur Zertrümmerung der Glühstrümpfe führte. Es ist dies die einzige Schulturnhalle, wo die Zwischenhähne fehlen, sie haben während des Krieges nicht geliefert werden können. Die Einrichtung ist notwendig und wird eine Ausgabe von 800 Mark erfordern. Der Schulvorstand wie auch der Schulausschuß hat der Ausgabe zugestimmt und ich habe Sie namens des Letzteren zu ersuchen, gleichfalls Ihre Zustimmung zu geben.

*Der Vorsitzende nimmt das Einverständnis der  
Versammlung mit dem Antrage des Schulausschusses an.  
( Gasbeleuchtung in der Ober-Realschule )*

8. Aufhebung eines Interessentenweges in der Feld-  
mark Altwiek ( „Kolonnenweg “ )

Stadt. N e s s e n i u s : Die fortschreitenden Arbeiten am Bau des Ostbahnhofes machen es notwendig, daß der sogenannte Kolonnenweg gesperrt wird. Das vorschriftsmäßige Einverständnis der Feldmarks-Interessenschaft ist eingeholt, aber die Feldmark - - Interessenschaft Altwiek bittet den Rat der Stadt, Obacht zu geben, daß bei den weiteren Bahnbauten der andere Zugangsweg zu ihren Feldern von der Helmstedterstraße aus erhalten bleibt. Zu dem Zwecke müste eine Unterführung geschaffen werden. Es müste ein Weg gefunden werden, der der Bahn die Verpflichtung auferlegt, dafür zu sorgen, daß dieses städtische Gelände nicht nur von der einen Seite her erreicht werden kann, sondern auch von der anderen Seite her zugänglich zu machen. Man muß der Feldmarksgemeinde in diesem Wunsche zustimmen, wenn man über die ganze

Frage

Frage nicht kleinlich denkt - man ist jetzt ja gewohnt, mit Millionenzahlen zu operieren. Ein Gelände, das sehr groß ist und vielleicht in kommenden Jahren bebaut werden muß, ohne die genügende Zufahrt zu lassen, wäre ein großer Fehler. Ich bitte den Rat, seinen Einfluß auszuüben, daß der Zugangsweg erhalten bleibt. Im übrigen ist dem Antrage des Eisenbahn-Betriebsamtes auf Aufhebung des Kolonnenweges stattzugeben - der Bauausschuß empfiehlt Ihnen, die Zustimmung dazu auszusprechen.

Der Vorsitzende nimmt das Einverständnis  
der Versammlung mit dem Antrag des Bauausschusses  
an.

( Aufhebung des Kolonnenweges ).

9. Lieferung der Aschenurnen bei Feuer-  
bestattungen.

Stadt. D i e t e r m a n n: Meine Damen und Herren ! Bei der kolossalen Preissteigerung des Rohmaterials haben sich auch die Preise für die Aschenurnen, deren vorhanden gewesener Bestand jetzt aufgebraucht ist, von 15 auf 35 Mark erhöht. Der Etat der Verbrennungsstation balanciert so, daß er diese erhöhte Last nicht tragen kann, und Herr Friedhofs-Inspektor Heumann ist deshalb an den Rat der Stadt mit dem Antrage herangetreten, daß in Zukunft diese Anschaffungskosten für die Blechkapseln, welche als Aschenurnen bei Verbrennungen mitgeliefert werden, den Angehörigen des Verstorbenen, der verbrannt wird, angerechnet werden. Er hatte sich schon mit der Firma Paul Wolff in Zittau in Verbindung gesetzt, welche diese Blechkapseln zum Preise von 8,50 Mark liefern wollte, aber diese hat auf das Anschreiben des In-

spektors

spektors nicht geantwortet und auch auf ein zweites Anschreiben nicht, sodaß jetzt der Preis von 35 Mark angelegt werden muß. Der Rat der Stadt bittet nun um Zustimmung der Stadtverordneten, daß fortan bei Einäscherungen die Urnen nur gegen Erstattung der Beschaffungskosten geliefert werden. Die Verbrennungskosten betragen für Einheimische augenblicklich 60 Mark, und diesen Kosten würden die 35 Mark für die Urne hinzuzusetzen sein, sodaß die Verbrennung bei Mittlieferung der Aschenurne 95 Mark kostet.

In der Ausschuß-Sitzung wurde angeregt, bei den hiesigen Blechwarenfabriken anzufragen, ob sie nicht instande sind, diese Blechkapseln billiger als zu 35 Mark zu liefern. Im übrigen aber habe ich Annahme des Ratsantrages zu empfehlen.

llen,



len, daß also in Zukunft der Preis der Blechkapseln  
bei Verbrennungen in Anrechnung gebracht wird.

- 111 -

*Die Versammlung stimmt dem Antrage zu.*

*( Aechenurnen 35 Mark )*

10. Instandsetzung außerstädtischer Fußwege  
betreffend.

Stadtverordneter P i e p e r : Meine Herrschaften!  
Das Tiefbauamt hat sich mit einem Schreiben an den  
Rat der Stadt gewandt und auf folgendes hingewie-  
sen: Es sind in letzter Zeit mehrere Anträge auf  
Aufbesserung und Instandsetzung verschiedener Fuß-  
wege angenommen worden und die Mittel, die in den  
Etat für solche Arbeiten eingesetzt sind, sind  
nunmehr erschöpft, sodaß es nicht möglich ist, in  
dieser Sache weitere Arbeiten auszuführen, ehe  
nicht weitere Mittel eingesetzt sind. Es sind in  
ganzen in diesem Jahre auf 72 Straßen 57 900 qm  
Fußwege ausgebessert worden, nämlich

auf 40 Straßen	32 000 qm	Fußwegchaussierung,
" 21	" 22 500 "	<del>Ortsflächenteilung,</del> <i>Oberflächenentleerung,</i>
" 11 Straßen	3 400 "	Teermakadamedecke.

In Frage kommen würden noch

die

*für*

die Ausbesserung des Fußweges  
auf dem Bienröderwege

rund 16 000 M

für die Fußwege der Martenstraße

" 5 500 "

" " " " Rosenstraße

" 9 000 "

" " " " Kramerstraße

" 4 000 "

" " Landstraße

" 2 500 "

für Ausbesserung der Betonfußwege

auf der Bismarckstraße

" 13 000 "

für abgängiges Kleinpflaster auf

der Salzdahlumerstraße

180 000 "

für verschiedene Nachpflasterungen,

auch Nachaufbrüchen über den unter-

irdischen Leitungen

45 000 "

für Gummibereifung der Lastwagen rund

25 000 "

in ganzen:

300 000 M.

Der Bauausschuß steht auf dem Standpunkt, daß es  
augenblicklich bei den Witterungsverhältnissen sowie  
so nicht angebracht ist, die noch in Frage kommenden  
Arbeiten jetzt in Angriff zu nehmen und ist mit dem

Rat

Rat der Stadt der Ansicht, daß es richtig ist, die Arbeiten bis zum 1. April nächsten Jahres aufzuschieben. Der Rat der Stadt beantragt, daß in dem nächstjährigen Voranschlage die nach sorgfältiger Prüfung am notwendigsten erscheinenden Instandsetzungsarbeiten vorgesehen werden und der Bauausschuß schließt sich diesem Antrage an.

Stadtv. Dr. Jasper: Der Vorschlag ist etatrechtlich etwas eigentümlich. Wir sollen jetzt Beschlüsse fassen, die den nächstjährigen Stadthaushalt betreffen, und das ist in formeller Beziehung ein eigen Ding. Ich habe sachlich nichts dagegen einzuwenden, wenn im nächsten Jahre die Arbeiten, die notwendig sind, gemacht werden; wir kommen sowieso nicht darum weg, sie zu bewilligen. Aber es werden in diesem Jahre Überschreitungen gemacht sein, was ja durch die Preisverhältnisse verständlich ist.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n :

Die Sachlage ist folgende: Das Tiefbauamt hat über die verschiedenen Anträge auf Ausbesserung von Fußwegen, denen die Stadtverordnetenversammlung zugestimmt hat, einen Bericht erstattet und darin ausgeführt, daß, wenn alle Wünsche, die seitens der Stadtverordneten geäußert und angenommen sind, noch in Erfüllung gehen sollen, noch namhafte Mittel aufzuwenden sein würden. Weiter hat das Tiefbauamt darauf hingewiesen, daß im letzten Jahre schon ganz außerordentlich hohe <sup>Aufw.</sup> ~~Verw.~~endungen für diesen Zweck gemacht worden sind. Sie wissen, daß in den letzten 7 Jahren des Krieges wegen verhältnismäßig wenig Instandsetzungen von Fußwegen und Fahrdämmen haben vorgenommen werden können aus Gründen, die ich nicht weiter auszuführen brauche. Jetzt ist es nicht möglich, alle diese Vernachlässigungen, die man hat begehen müssen, in einem Jahre wieder gutzumachen, sondern es müssen darüber natürlich mehre-

re

re Jahre ins Land gehen. Das Tiefbauamt hat nun den Nachweis geführt, daß in dem letzten Jahre in dieser Sache schon außerordentlich viel geschehen ist, und weist ferner darauf hin, daß in dem nächstjährigen Voranschlage, um in diesem Tempo weiter fortfahren zu können, entsprechende Mittel beantragt werden müssen.

Ich habe übrigens den Beschluß des Ausschusses nicht so aufgefaßt, daß beschlossen wäre, diese Mittel in den nächstjährigen Etat einzusetzen, sondern man hat sich nur grundsätzlich mit der Maßnahme des Tiefbauamtes einverstanden erklärt, daß auch in den nächstjährigen Etat erhebliche Mittel eingesetzt werden, um den Wünschen der Stadtverordneten in dieser Beziehung Rechnung zu tragen. Es sind nicht etwa schon Summen genannt, mit denen wir uns ~~etatrechtlich~~ festlegen. Darüber werden die Stadtverordneten, wenn seitens des Rates der Stadt der nächstjährige Voranschlag vorgelegt wird,

noch



noch Beschluß zu fassen haben. Es ist nicht die Rede davon gewesen, daß man den Betrag von 300 000 M einsetzt, sondern man hat nur grundsätzlich zugestimmt: es soll im nächsten Jahre wie im verflossenen kräftig dafür gesorgt werden, daß die Instandsetzungsarbeiten an den besserungsbedürftigen Fußwegen fortschreiten. Wir sehen also den Vorschlägen des Tiefbauamtes für das nächste Jahr entgegen und werden dann Beschluß zu fassen haben.

Stadtv. P i e p e r : Ich habe die Summe von 300 000 M nur aus dem Grunde genannt, um die Höhe der Ausgabe damit kenntlich zu machen, und glaube auch nicht gesagt zu haben, daß wir jetzt schon diese 300 000 M in den Haushaltsplan für das nächste Jahr einsetzen wollen. Ich habe nur diese Summe, die evtl. in Frage kommen wird, uns vor Augen führen wollen und zeigen wollen, daß sie in diesem Jahr nicht mehr aufgewendet werden kann. Aus diesem Grunde und weil die Witterungsverhältnisse Straßenarbeiten nicht gut gestatten, ist in Aussicht genommen, die Arbeiten auf das nächste Jahr zu verschieben. (Zuruf <sup>des Herrn</sup> Dr. Jasper : Wie lautet der Antrag ? )

Der Tiefbaubeamte schreibt, daß bis dato schon 338 200 M für Ausbesserungsarbeiten an Fußwegen ausgegeben sind, diese Ausgabe den im Haushaltsplan eingestellten Betrag schon erheblich über-

schrei-

schreitet, und daß zur Ausführung der von den Stadtverordneten beschlossenen Arbeiten noch weitere 300 000 M nötig sind, dafür aber keine Mittel vorhanden sind. Deshalb stellt das Tiefbauamt dem Rat der Stadt die Entscheidung anheim, ob und in welchem Umfange noch Ausbesserungen an Fußwegen vorgenommen werden sollen, wobei noch erwähnt wird, daß in den schon genannten Fußwegen längst nicht alle schadhaften enthalten sind.

Diese Mitteilungen mit dem Vorschlage des Rates sind dem Bauausschuß zur Vorberatung überwiesen und der Bauausschuß empfiehlt, dem Antrage des Rates nachzukommen.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Herr Stadtverordneter Dr. Jasper wünscht mit Recht zu hören, was der Rat der Stadt zu diesem Berichte des Tiefbauamtes beantragt hat. Es wäre besser gewesen, wenn der Herr Berichterstatter das deutlich ausgeführt hätte und sich weniger auf die Mitteilungen des Tiefbauamtes bezogen hätte. Ich kann aus dem Kopfe den Antrag des Rates nicht mitteilen, aber er hat sich an die Stadtverordnetenversammlung mit dem Ersuchen gewandt, zuzustimmen, daß den Vorschlägen des Tiefbauamtes entsprochen wird, und das grundsätzliche Einverständnis damit auszusprechen, daß im nächstjährigen Veranschlage die nötigen Mittel dafür eingesetzt werden. Es handelt sich in der Hauptsache darum, daß der Bericht des Tiefbauamts der Versammlung zur Kenntnisnahme zugeschickt ist; bindende Beschlüsse für den nächstjährigen Etat, insbesondere Geldbewilligungen betreffend, sind heute nicht zu fassen.

Stadt. Dr. J a s p e r : Etwas klarer ist mir die Sache jetzt geworden; ich glaube, nun auch klar darüber sein zu können, daß das Schreiben des Rates an uns überflüssig war, denn ein Beschluß soll von unserer Seite nicht gefaßt werden - das soll erst geschehen, wenn der nächstjährige Haushaltsplan uns vorgelegt wird. Deshalb ist es wohl besser, wenn der Rat die Sache zurückzieht. Was will der Rat von uns? Nichts. Daß wir damit grundsätzlich einverstanden sind, daß alle Wege und Stege möglichst gut gebessert werden, soweit Mittel vorhanden sind, darüber sind wir ohne weiteres einig, darüber braucht uns der Rat nicht zu fragen.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r :

Das kommt davon, wenn der Rat zu höflich ist!

(Heiterkeit) Die Sache ist die: die Stadtverordneten haben uns ersucht, schleunigst verschiedene Wege instand zu setzen. Statt nun zu sagen: „Das lehnen wir ab!“ macht es der Rat umgekehrt und sagt, In diesem Jahr geht es nicht mehr, sondern im nächsten Jahr. Es ist also gewissermaßen ein Rückschreiben. Wir ersuchen Sie, sich damit zu begnügen, daß diese Instandsetzungen im nächsten Jahre stattfinden.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n :

Ich wollte ungefähr dasselbe sagen. Es hätte  
genügt, wenn der Vorsitzende das Schreiben vor-  
getragen hätte und damit <sup>zur</sup> ~~der~~ Kenntnisnahme der Ver-  
sammlung übermittelt hätte. Wir haben lediglich ge-  
schrieben, weil eine ganze Anzahl von Beschlüssen  
der Stadtverordneten in dieser Sache vorliegen,  
die wir nicht einfach in der Vers<sup>senk-</sup>ammlung verschwinden  
lassen wollten, sondern Ihnen vor Augen führen  
wollten, warum wir ihnen nicht sofort nachkommen  
können, sondern erst im nächsten Jahre.

V o r s i t z e n d e r : Die Sache  
ist damit erledigt, einen Beschluß brauchen wir  
nicht zu fassen.

(Instandsetz/ung von Fußwegen)



11. Herrichtung einer Beleuchtungsanlage  
in der Schule Leonhardstraße.

Stadtv. Frau G r a f : Im Haushaltsplan ist unter Kap. XIII eine elektrische Beleuchtungsanlage für die Fortbildungsschulklasse in der städtischen Bürgerschule am Bültenwege im Betrage von 8 000 Mark vorgesehen. Es hat sich inzwischen durch Verlegung mehrerer Schulklassen notwendig gemacht, daß diese Beleuchtungsanlage nicht in der Schule am Bültenweg, sondern in der Schule an der Leonhardstraße ausgeführt <sup>werden muß</sup> wird. Herr Schuldirektor Heinemann hat einen <sup>schon</sup> entsprechenden Antrag gestellt. Der Umfang der Anlage bleibt derselbe, so daß der Stadt keine größeren Unkosten daraus entstehen. Der Rat der Stadt sowie der Schulausschuß haben sich mit dem Antrage des <sup>ersten</sup> Fortbildungsschuldirektors einverstanden erklärt und ich gebe somit der Versammlung <sup>ebenfalls</sup> ~~ebenfalls~~ anheim, ihre Zustimmung dazu zu geben.

Der Vorsitzende nimmt das Einverständnis  
der Versammlung mit dem Antrage des Schulausschusses  
an.

(Beleuchtungsanlage Leonhard-  
straße).

12. Beitritt der Stadt zu einem gerichtlichen Vergleich, betreffend das Haus Hagenbrücke 7.

Stadt v. Frau S c h u l z e : Die bisherigen Eigentümer des Hauses Hagenbrücke 7, die Geschwister Meyer, haben dieses Haus im September 1919 an den Geschäftsführer Bergwerk notariell verkauft und im Sommer 1920 aufgelassen. Der Grund und Boden, auf dem das auf Pfählen ruhende Haus steht, gehört nicht dem Eigentümer, sondern der Stadt. Diese eigentümliche Rechtslage ist dadurch geschaffen, daß der frühere Besitzer des fraglichen Hauses sich an den Kosten der Kanalisation des Burgmühlengrabens nicht beteiligte, obwohl sein Haus über dem Flußbette erbaut war. Infolgedessen fiel das unter dem Hause liegende Flußbett, nachdem es mit Beendigung der Kanalisation in Verkehr gebracht war, in das Eigentum der Stadtgemeinde, und dieses Eigentumsrecht ist seinerzeit auch in das Grundbuch eingetragen

tragen worden.

Der jetzige Erwerber des Grundstückes, der Geschäftsführer Bergwerk, behauptet nun, daß er bei dem Erwerb vom Eigentum der Stadt nichts geußt habe und hat Klage gegen die Meyer'schen Erben auf Verschaffung des Eigentums erhoben. Um nun den Rechtsstreit gütlich beizulegen, hat das Landgericht, vor dem der Prozeß schwebt, einen Vergleich ausgearbeitet, der von den Parteien bereits angenommen ist, zu dem der Beitritt der Stadt nötig ist. Der Vergleich lautet:

1. Die Stadt Braunschweig verkauft das bezeichnete Grundstück zu 1,36 a an den Kläger für 1000 M. Die Auflassung soll sofort erfolgen.

2. Die Beklagten verpflichten sich gegen Auflassung des Grundstückes an Herrn Bergwerk der Stadt Braunschweig die Summe von 1000 M zu zahlen.

3. Der Geschäftsführer Max Bergwerk verpflichtet sich, diejenige 26 qm große Fläche des Grundstückes,

welche

welche bei der geplanten Verbreiterung der Hagenbrücke in die Straße entfällt, an die Stadt Braunschweig wieder zu verkaufen. Die Stadt Braunschweig ist berechtigt, das Wiederkaufsrecht auszuüben, sobald die städtischen Behörden die Verbreiterung der Hagenbrücke beschlossen haben. Das Wiederkaufsrecht erlischt am 1. Januar 2022. Als Erwerbspreis werden 7,50 M für das Quadratmeter festgesetzt.

4. Der Geschäftsführer Max Bergwerk verpflichtet sich, zu Gunsten der Stadt Braunschweig folgende dingliche Rechte an dem bezeichneten Grundstücke zu bestellen:

- a) Der jeweilige Eigentümer des Grundstücks soll verpflichtet sein, die unter dem Grundstück sich hinziehende Kanalstrecke des kanalisierten Burgmühlengrabs auf seine Kosten zu unterhalten,
- b) zur Sicherung des künftigen **Anspruchs** der Stadt auf Auflassung der unter das Wiederkaufs-

kaufs-

kaufsrecht fallenden Fläche soll eine Vermerkung in das Grundbuch eingetragen werden.

5. Die Prozeßkosten und die Kosten für Ausführung<sup>g</sup>

des Vergleichs tragen die Geschwister Meyer. <sup>Obfolg</sup> Da durch den Vergleich alle Interessen der Stadt in der vorliegenden Sache gewahrt sind, so bittet der Rat der Stadt um Zustimmung der Stadtverordneten zum Beitritt der Stadt zu dem eben mitgeteilten Vergleich. Der Rechtsausschuß hat sich mit dieser Sache beschäftigt, hat sich mit dem Beitritt der Stadt zu dem Vergleich einverstanden erklärt und empfiehlt Ihnen durch mich, das gleiche zu tun.

- 132 -

Die Versammlung erklärt sich mit dem Beitritt der  
Stadt zu dem Vergleiche einverstanden.

Betr. Haus Hagenbrücke.

13. Instandsetzung der Heizanlage im Städtischen  
Kinderheim.

Stadt v. E f f n e r : Im Städtischen Kinderheim ist an dem rechtsstehenden gußeisernen Gliederkessel das hintere Stirnglied gesprungen und muß durch ein neues ersetzt werden. Die Kosten für diese unvorhergesehene Instandsetzung werden voraussichtlich 4000 M betragen. Da der Kessel bei der jetzigen Jahreszeit zur Beheizung des Kinderheims mit herangezogen werden mußte, ist das Städtische Betriebsamt bereits mit der Ausbesserung des Kessels beauftragt. Der Rat der Stadt ersucht nun um Nachbewilligung der Kosten. Der Bauausschuß hat sich mit der Sache befaßt, ist für die Bewilligung eingetreten und ~~bestimmt~~ bittet die Stadtverordnetenversammlung, dem Antrage des Rates stattzugeben.



Die Kosten für Instandsetzung des Kessels werden  
nachverwilligt.

betr. Kinstesfain.

14. Anschaffung weiterer Milchkühe für das  
Städtische Rieselgut.

Stadt v. B u r g d o r f f: Meine Damen und Herren! Wie Ihnen bekannt sein wird, werden auf dem Städtischen Rieselgute 50 Milchkühe gehalten und dadurch war es im Laufe des verflossenen Sommers möglich, das Städtische Kranken- und Pflegehaus, das Landeskrankenhaus, das Säuglingsheim und das Mütterheim an der Kaiser Wilhelmstraße mit Frischmilch (täglich rund 500 Liter) zu versorgen und zeitweilig auch noch Milch an die Braunschweiger Molkeret zu liefern. Nach Aufhören der Grünfütterung ist der Milchertrag naturgemäß zurückgegangen, und so hat der Gutsverwalter anheimgegeben, ihn zum Ankauf von noch 4 frischmilchenden Kühen zu ermächtigen, für deren Unterbringung die Möglichkeit geschaffen ist. Die Zuzucht von Kühen ist erst allmählich möglich und doch ist es erwünscht, die Milcherzeugung auf der bisherigen Höhe zu erhalten. Die

Die Anschaffung der 4 Kühe wird von dem Verwalter des Rieselgutes, ungeachtet des Umstandes, empfohlen, daß die Kühe 15 000 M das Stück kosten, da die Milchpreise die Rentabilität der Anschaffung sichern. Der Rat der Stadt gibt demgemäß anheim, der Aufwendung einer Summe bis zu 60 000 Mark zwecks Anschaffung von 4 weiteren Milchkühen zuzustimmen.

Der Finanzausschuß hat sich mit der Frage ebenfalls beschäftigt und ich bin von ihm beauftragt, Ihnen in seinem Namen die Zustimmung zu dem Ratsantrage anheim zu geben.

Die Versammlung stimmt der Anschaffung zu.

(Milchkühe für das Rieselgut).

15. Erhöhung der Vergütungssätze für Hilfs-  
lehrkräfte.

Stadt. S i e v e r s : Meine Damen und Herren! Wir haben vor einiger Zeit einen Ratsantrag hier angenommen, daß den an den höheren Schulen vorübergehend beschäftigten ~~Seminaristen~~<sup>isth</sup> oder technisch vorgebildeten Hilfslehrkräften die Unterrichtsstunde mit 8 Mark vergütet werden soll. Jetzt hat sich herausgestellt, daß an den übrigen städtischen Schulen auch derartige Lehrer beschäftigt werden, und der Rat der Stadt beantragt nun, auch denen 8 Mark für die Unterrichtsstunde zukommen zu lassen. Desgleichen soll eine Vergütung von 8 M für die Unterrichtsstunde bezahlt werden an die Lehrkräfte, die Sonderturnunterricht erteilen, also Turnunterricht an verkrüppelte Kinder. Der Schulausschuß hat sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt und empfiehlt Ihnen Annahme des Ratsantrages.

Die Versammlung stimmt gemäß dem Antrage des  
Schulausschusses dem Ratsantrage zu.

(betreffend Hilfslehrkräfte).

16. Verkauf von Baustellen an der Honrothstraße.

Stadto. R a s c h e : Die Braunschweigische Baugenossenschaft hat den Antrag gestellt, die an der Honrothstraße belegenen baureifen Baustellen ihr käuflich zu überlassen und der Rat der Stadt ist bereit, auf den Antrag einzugehen. Es handelt sich um 3 Baustellen, und der Preis für das Quadratmeter ist auf 12 Mark festgesetzt. Der abgeschlossene Vertrag lehnt sich eng an den für den Verkauf der Baustellen auf der Charlottenhöhe von den städtischen Behörden genehmigten Entwurf an. Es ist wohl nicht nötig, daß ich die einzelnen Paragraphen vorlese. Der Bauausschuß hat sich mit der Sache befaßt und empfiehlt Annahme des Ratsantrages.

Die Zustimmung zu dem Verkaufsvertrage wird von  
den Stadtverordneten erteilt.

(Baustellen auf der Honrothstraße)



17. Verpachtung einer Geländefläche an den  
Ruderklub Argentina.

Stadt v. M a a ß : Meine Damen und Herren!

Der Ruderklub Argentina hat sich mit einem Gesuch an den Rat der Stadt gewandt, ihm eine Fläche auf dem Maschplatze zur Aufstellung eines Bootshauses zu verpachten. Es steht dort schon ein Bootshaus, das dem Ruderklub Normannia gehört. Der Rat der Stadt will dem Antrage des Vereins entsprechen und der Bauausschuß hat sich mit der Sache beschäftigt. Die Fläche, die verpachtet werden soll, ist etwa 450 qm groß, und für das Quadratmeter soll eine jährliche Pacht von 20 Pfg. bezahlt werden, so daß jährlich 90 Mark dabei herauskommen, die im voraus an die Stadt zu zahlen sind. Auch im übrigen wird die Fläche zu denselben Bedingungen verpachtet, wie sie für die Normannia aufgestellt sind. Der Bauausschuß empfiehlt der Versammlung, die Zustimmung zu dieser Verpachtung zu erteilen.

Die Versammlung genehmigt die Verpachtung zu  
den angegebenen Bedingungen.

(Ruderklub Argentina).

18. Verrechnung von Anleihebeträgen.

Stadtverordneter M u n t e: Meine Damen und Herren! Es handelt sich bei diesem Punkte der Tagesordnung um die Zuschrift des Rats der Stadt vom 27. November d. Js. an die Stadtverordneten. Soviel ich weiß, ist jedem Mitgliede der Versammlung dieses 4<sup>ten</sup> seitenlange Schriftstück zugegangen, sodaß den Herrschaften bekannt ist, daß es sich darum handelt, daß das Reich der Stadt noch Rückzahlungen auf die Vorschüsse zu machen hat, die die Stadt an die Frauen und Kinder der Kriegsteilnehmer für das Reich gezahlt hat, und die sich insgesamt auf 35 456 657,30 Mark belaufen. Das Reich hat bereits 16 316 722,50 Mark der Stadt überwiesen. Es soll der Rest von 19 139 934,80 Mark jetzt gleichfalls erstattet werden. Wie Ihnen bekannt ist, kann das Reich trotzdem riesenhaften Eifer, mit dem die Notenpresse arbeitet, nicht hinter den Ausgaben, die <sup>ihm</sup> ~~im~~ Erwachsen sind, herkommen

kommen

kommen, und es wird vorgezogen, in dieser Sache wieder das Anleiheverfahren in Anwendung zu bringen. Das Reich hat sich bereit erklärt, die Garantieleistung dafür zu übernehmen, daß die Stadt eine Anleihe in der Höhe des Restbetrages der Reichsschuld an die Stadt aufnimmt, und die Braunschweigische Staatsbank will dieses Geld zu einem Zinsfuße von 5% hergeben. Die Stadt bekommt auf diese Weise die 19 Millionen <sup>herz</sup> ~~rein~~, und der Rat empfiehlt die Verteilung dieser Summe in seinem Schreiben in der Weise, daß 6 857 220<sup>26</sup> Mark zur Deckung der noch nicht erstatteten Familienunterstützungen verwendet werden, während über die Verwendung der übrigen rund 12 282 000 Mark noch Beschluß zu fassen ist. Der Rat hält es für zweckmäßig diese 12 Millionen einstweilen dem Extraordinarium zuzuführen und abzuwarten, welcher Mittel diese Rechnungsabteilung des städtischen Haushalts in nächster Zeit bedarf. Sollte sich herausstellen, daß sich

die

die Finanzlage der Stadt schließlich günstiger gestaltet, als augenblicklich angenommen werden darf, so wird der Rat der Stadt den Stadtverordneten die Verwendung des <sup>Über-</sup>~~Ausschusses~~ zu Zwecken empfehlen, deren Erreichung eine solide Finanzwirtschaft gebieterisch fordert. Es ist dieses Verbuchen im Extraordinarium um des ~~Willen~~ nötig, weil es sich um keine ordentliche Einnahme, sondern um eine außerordentliche handelt und man nicht vorher wissen kann, wozu dieses Geld verwendet werden muß. Bis zum 31. Dezember sind die Zinsen vom Reiche zu bezahlen, und die müssen im Ordinarium vereinbart werden, wo sämtliche Zinsen verbucht sind. Das Ganze sieht sich ~~aber~~ sehr umfangreich an, hat aber nur Bedeutung als Formsache. Der Antrag des Rats ~~aber~~ lautet folgendermaßen:

Zuzustimmen, daß von der durch die neue Anleihe zu beschaffende Summe von 19 139 934,80 der Betrag von 6 857 220,26 Mark zur Deckung der einstweilen

vor-

vorschüssig verrechneten restlichen Familienunterstützungen in gleichem Betrage verwandt, und der Rest zu 12 282 714,54 Mark beim Extraordinarium der Kammereikasse vereinnahmt und daselbst zu Verfügung der Städtischen Behörden gehalten ~~werden.~~ *wird.*

Die Sache hat dem Haushaltsausschusse zur Beratung vorgelegen, und der hat sich im großen und ganzen mit den vorgeschlagenen Maßnahmen einverstanden erklärt. Es handelt sich nur noch um die Höhe der Verzinsung mit  $\frac{5}{\text{oder } 5 \frac{1}{4}\%}$ , und die Klärung hierüber ist ja erfolgt. Der Finanzausschuß empfiehlt Ihnen Annahme des Ratsantrags.

Die

Die Versammlung stimmt zu, daß im Sinne des Ratschreibens verfahren wird.

(Verrechnungen von Anleihebeträgen)

12. Erhöhung der Stammeinlage bei der Braunschweigischen Siedlungsgesellschaft.

Vorsitzender: Über diese Sache bin ich Referent. Sie ist ziemlich einfach, und ich kann wohl gleich von hieraus berichten.

Es wird Ihnen bekannt sein, daß im Jahre 1918 die Braunschweigische Siedlungsgesellschaft mit dem Zweck gegründet worden ist, das Siedlungswesen im Lande Braunschweig zu fördern. Es sind an ihr beteiligt der Staat, die Gemeinden, eine Anzahl Industriellen und andere Privatpersonen. Unter den Gründern befindet sich auch die Stadt Braunschweig, die eine Stammeinlage von 75 000 Mark beigesteuert hat. Durch die Geldentwertung gezwungen, ist die Siedlungsgesellschaft an ihre Genossenschafter herangetreten und hat um eine Erhöhung der Stammeinlage gebeten, und der Staat hat dann auch 500 Millionen Mark nachbewilligt, auch verschiedene Gemeinden haben ihre Einlagen erhöht. Der Rat der Stadt Braunschweig ist

aber



aber nicht gleich eingesprungen, sondern hat erst feststellen wollen, ob die Verhältnisse der Kassenkasse einen erhöhten Beitrag erlauben. Als dann von der Siedlungsgesellschaft wiederholt angebohrt wurde, hat sich der Rat entschlossen, den Stadtverordneten zu empfehlen, sich mit der Erhöhung der Stammeinlage von 75 000 Mark auf <sup>125 000</sup> ~~225~~ Millionen Mark einverstanden zu erklären, oder der ersten Stammeinlage noch <sup>50 000</sup> ~~50~~ Millionen Mark zuzusetzen.

Der Finanzausschuß hat sich mit dieser Frage befaßt, ist aber nicht zu einer Befürwortung des Ratsantrags gekommen, sondern ist der Ansicht, daß sich die Braunschweigische Siedlungsgesellschaft in anderer Weise Geld beschaffen könnte. Auf eine Verzinsung des Geldes ist nicht sicher zu rechnen. Es steht zwar in den Statuten, daß 4% Dividende gewährt werden können; ob das aber geschieht ist eine zweite Frage. Da das Geld von der Stadt zu einem höheren Zinsfuß geliehen werden muß, als sie höchstens an Zinsen von

der

der Siedlungsgesellschaft zurückbekommt, <sup>hat</sup> haben sie bei Hergabe des Geldes zweifellos einen Zinsverlust zu leiden. Aus diesen eben angegebenen Gründen empfiehlt Ihnen der Finanzausschuß, der Ratsvorlage nicht zuzustimmen, sondern die geforderte Erhöhung der Stammeinlage abzulehnen.

Die

Die Ratsvorlage auf Erhöhung der Stammeinlage wird  
abgelehnt und der Antrag des Finanzausschusses an-  
genommen.

19. Anfrage B u r g d o r f f über den augenblicklichen Stand des Bahnhofsumbaues.

Wortlaut der Anfrage: Ist der Rat der Stadt in der Lage, über den augenblicklichen Stand des Bahnhofsumbaues Auskunft zu geben?

Stadtverordneter B u r g d o r f f (zur Begründung): Die Beantwortung dieser Frage ist deshalb von großem Interesse, weil <sup>allgemeinen</sup> ~~Allgemein~~meldungen zufolge die Bahnhofsumbauten weiter vorgeschritten <sup>sein sollen.</sup> ~~sein.~~ Wir möchten gern hören, was der Rat darüber zu berichten in der Lage ist.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n: Verehrte Damen und Herren! Viel kann ich allerdings auch nicht darüber sagen. Mir ist nur bekannt, daß der Eisenbahnfiskus nach dem Kriege, also seit einiger Zeit bei dem Bahnhofsbau Notstandsarbeiten zur Ausführung gebracht hat. Es scheint sich darum zu handeln, den Werkstättenbahnhof und die Werkstätten selbst in Angriff zu nehmen. Jedenfalls sind zunächst Planierungsarbeiten für die Werkstätten vorgenommen, und die Herrschaften wissen wohl auch, wo die Erdmassen hingefahren sind. Sie können sie in der Buchhorst liegen sehen, <sup>wo</sup> ~~damit dort~~ ein Damm aufgeschüttet werden kann. Ferner ist ein Antrag eingegangen auf Zustimmung zur Anlage eines Verwen- <sup>bin-</sup> dungsgleises vom Ostbahnhofe nach dem neuen Werkstättenbauplatze. Diese Gleisanlage wird in kürzester Zeit zur Ausführung kommen - es steht dieser Bau in Verbindung mit dem Punkt, über den Herr N~~ie~~senius berichtet hat. Dieses Gleis durchschneidet den

Ko-

Kolonnenweg, und aus dem Grunde muß der Kolonnenweg aufgehoben werden. Ich habe auch gehört, daß an den Bau der Werkstatt im nächsten Jahre etwas kräftiger herangegangen werden soll, ja es soll geplant sein, in den nächstjährigen Voranschlag des Reichs sehr erhebliche Mittel einzusetzen, um mit dem Bahnhofsumbau etwas flott<sup>er</sup> vorwärts zu kommen. Ob die Mittel tatsächlich bewilligt werden, kann heute noch kein Mensch wissen. Von unserm Standpunkt aus können wir nur dem Wunsche Ausdruck geben, daß diese Hoffnung nicht eitel sein möge. Woher diese gewaltigen Mittel kommen sollen, ist mir zunächst noch unerfindlich, denn wenn etwas Wirksames geschehen soll, kann es sich nicht um Millionen, sondern nur um Hunderte von Millionen handeln.

20. Anfrage Jahns, betreffend

1. die Kündigung der Pächter auf dem Großen Exer-  
zierplatze und

2) die Verpachtung der Ländereien am Hopfengarten.

Wortlaut der Anfrage:

„Ist dem Rat der Stadt bekannt, daß den Kleinpäch-  
tern auf dem großen Exerzierplatze gekündigt wor-  
den ist und aus welchem Grunde?

und

sind bereits Schritte wegen Verpachtung der Waisen-  
hausländereien am Hopfengarten unternommen?

Stadtv. J a h n s (zur Begründung): Meine ver-  
ehrten Damen und Herren! Die bisher verpachteten  
Ländereien auf dem Großen Exerzierplatze sollen  
gekündigt worden sein und es wäre erwünscht,  
daß Nähere darüber zu erfahren. Ich habe damals  
den Antrag unterstützt, daß die Länderei am  
Hopfengarten den Herrschaften zur Verfügung ge-  
stellt

stellt wird. Da es im Interesse der Pächter liegt, daß solche Ländereien ihnen zur Pachtung erhalten bleiben, so möchte ich um Auskunft bitten, wie die Angelegenheit liegt.



Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Zunächst möchte ich die erste Frage beantworten: Aus welchem Grunde den Kleinpächtern auf dem Exerzierplatze gekündigt worden ist. Die Sache liegt für uns sehr einfach: Wir mußten den Kleinpächtern um deswillen kündigen, weil uns seitens der Militärverwaltung die Mitteilung geworden ist, vom 1. Oktober 1922 ab würde seitens der Militärverwaltung der ~~gesagte ganze~~ Exerzierplatz wieder für militärische Zwecke benutzt werden. (Hört, hört!) Da uns das Land nicht weiter zur Verfügung gestellt wird, so blieb uns nichts anderes übrig, als unsererseits den Kleinpächtern zu kündigen. [ Ferner hat Herr Jahns gefragt, ob die Stadt sich schon Mühe gegeben hätte, die Waisenhausländerei am Hopfengarten zu ~~verpach-~~ten. Auch diese Frage kann ich beantworten. Wir haben uns nicht bloß in diesem, sondern auch schon im vergangenen Jahr bemüht, die Ländereien am Hopfengarten, die seitens des Waisenhauses an

die

die Konservenfabrik Max Koch verpachtet sind, für die Stadt zu bekommen und wollten im vergangenen Jahr, auch auf Grund des Landbeschaffungsgesetzes, <sup>Zwangnahme</sup> einschreiten. Dabei kamen wir aber in die Brüche, weil die Ausführungsbestimmungen zum Landbeschaffungsgesetz uns im Stich ließen. Es wurden seitens des Rechtsbeistandes der Firma Max Koch erhebliche Bedenken geäußert gegen das Verfahren, wie es im Landbeschaffungsgesetze vorgeschrieben ist, nämlich daß in der ersten Instanz der Landbeschaffungsausschuß zu fungieren hat und im zweiten <sup>Zustanz</sup> ~~Falle~~ der Rat der Stadt. Da der Rat der Stadt bei einer solch <sup>prüfungs</sup> Zwangsbeschaffung selbst Partei ist, wurden seitens des Rechtsbeistandes Bedenken dagegen geäußert, daß der Rat in eigener Angelegenheit zu entscheiden hätte. Diese Bedenken haben wir geteilt und darum das Ministerium vor mindestens einem Jahre ersucht, diese Ausführungsbestimmungen abzuändern; <sup>war</sup> hatten ~~in ihm~~ Ministerium sogar den Wortlaut der neuen Ausführungs-

be-

bestimmungen vorgeschlagen. Seitdem haben wir an die Angelegenheit mehrfach erinnert, vor Wochen mündlich Vorstellung erhoben, aber es hat nichts genutzt; wir haben noch heute keinen Bescheid. Aus dem Grunde wird es uns nicht möglich sein, für das zukünftige Erntejahr gegen die Firma Koch zwangsweise vorzugehen. Ich kann zu dieser Angelegenheit weiter nichts sagen, als nur noch unserm Bedauern Ausdruck zu geben, daß das Ministerium unserm Wunsche bislang nicht Rechnung getragen hat.

Auf Antrag des Herrn N ö l l <sup>wird</sup> ~~haben wir~~ Bespre-  
chung der Anfrage beschlossen.

Int. Laufsoffenbau

Stadt v. N 5 1 1 : Meine Damen und Herren!

Wir haben uns mit dieser Angelegenheit, den Großen Exerzierplatz betreffend, in der Siedlungswesengesellschaft beschäftigt und haben an zuständiger Stelle angefragt, wie es sich mit dieser Sache verhält. Darauf haben wir zu hören bekommen, daß man der Militärverwaltung als Ersatz für dieses Gelände des Exerzierplatzes ein anderes Gelände bei Bienrode zur Verfügung gestellt hat, in dem Landwellen und Dünen enthalten sind und wo sich die Soldaten schön eimbuddeln können. Aber dieses Gelände ist von der Militärverwaltung abgelehnt, weil es zu klein wäre. Früher haben auf dem Großen Exerzierplatze 2 - 3 Regimenter sich umher/tummeln können und heute soll das noch Vorhandene zu klein sein. Auf Grund von Verhandlungen mit der Regierung hat man versucht, auf Grund welches Rechtes der Militärverwaltung der Exerzierplatz zur Verfügung gestellt worden ist, und da hat sich herausgestellt, daß der Militärfiskus auf Grund der bestehenden Verträge kein

An-

Anrecht hat, zu verlangen, daß der Staat dem Militärfiskus Gelände zur Verfügung stellt und daß der bestehende Vertrag mit dem Militärfiskus binnen Jahresfrist gekündigt werden kann. Es ist vom Ministerium versprochen worden, daß diese Kündigung zum nächsten Jahre erfolgen soll, also mit demselben Termin, zu dem die Pächter auf dem Exerzierplatze gekündigt worden sind. Der Militärbehörde soll das Gelände bei Bienrode angeboten werden, und wenn sie das nicht haben will, dann soll ihr anheim gegeben werden, sich selber Gelände für ihre soldatischen Übungen zu beschaffen. Wir waren der Meinung, daß bei der geringen Truppenzahl das Gelände, das zur Verfügung steht, ausreichen würde, die Soldaten zu beschäftigen und daß den Pächtern vom Exerzierplatze deswegen das Land nicht genommen zu werden braucht.

Stadt. S c h m e r b a c h : Bezüglich des Pachtlandes am Hopfengarten ist man aus Kleinpächterkreisen an mich herangetreten und hat sich darüber beklagt, weil das Waisenhausland von der Firma Koch nicht genügend ausgenutzt wird. Es ist eine Tatsache, daß diese sehr guten und zweckmäßigen Ländereien von der Firma Koch schlecht ausgenutzt werden. Ich habe mich deswegen in der Sache an Herrn Stadtbaurat Gebensleben gewandt, aber wie dieser eben bereits ausgeführt hat, konnte mir von ihm keine andere Antwort gegeben werden, als daß der Fehler in dieser Sache lediglich bei dem Ministerium zu suchen sei. Meine Andeutung, ob es zweckmäßig sei, daß ich mich an die Regierung wende, hat Herr Stadtbaurat Gebensleben befürwortet, und so habe ich mich gleich auf demselben Wege zu Herrn Regierungsrat Christoph begeben. Es gelang mir auch, den Herrn anzutreffen und um Aufklärung anzugehen. Aber Herr Regierungsrat Christoph verhielt sich sehr geheimnisvoll, und das Ganze, was ich aus ihm herauskriegen konnte, war,

war, daß er andeutete, daß seitens der Regierung mit diesen Ländereien ein Projekt vorläge, aber was und wie könne er mir nicht sagen. Es handelt sich also um ein Geheimnis, was mit dem Lande geschehen soll, und das liegt weniger bei dem Rat der Stadt, sondern bei der Regierung. Das ist ein schlechter Trost für die Kleinpächter, da das Land besonders günstig gelegen ist und sie es viel besser ausnutzen könnten, als es jetzt geschieht. Wenn nun aber die Regierung irgendein Projekt vorhat, dann muß ich als gewöhnlicher Sterblicher wohl mich mit dem begnügen, was mir seitens des Regierungsrats Christen gesagt worden ist. Es schwebt darüber ein tiefes Geheimnis; es liegt ein Projekt vor, aber was für eins, das weiß niemand.



Stadt v. M e s s e n i u s : Ich habe gestern einen Bericht des Direktoriums vom Waisenhaus gelesen, daß diese Fläche am Hopfengarten für den Neubau des Waisenhauses benutzt werden soll. Ob das jemals von uns erlebt wird, daß das Waisenhaus sich erweitert und an dieser Stelle neu aufgeführt wird, das möchte ich bezweifeln. Aber jedenfalls hat das Direktorium diese Absicht, und so wird das Gelände für andere Zwecke als den Neubau des Waisenhauses nicht in Frage kommen können.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r :

Zu dieser Sache möchte ich kurz bemerken, daß die Stadtverordnetenversammlung unserm Antrage zugestimmt hat, das Waisenhaus, das hinter Liebfrauen liegt durch die Stadt anzukaufen. Der Kauf ist zustande gekommen und es dreht sich nur noch darum, wann die Übergabe erfolgen kann, ~~da~~ die Klassen der Fortbildungsschule in erheblich vermehrtem Maße hier untergebracht werden sollen, <sup>und</sup> so muß durch die Verwaltung des Waisenhauses auf Ersatzräume Bedacht genommen werden. Vom Arzt des Hauses war darauf hingewiesen worden, daß es für die Gesundheit der Zöglinge zuträglich wäre, daß die neuen Räume außerhalb der inneren Stadt gelegen sind, und ~~so~~ <sup>deshalb</sup> hatte man an dieses am Hopfengarten gelegene Grundstück des Waisenhauses gedacht, um dort das neue Waisenhaus aufzuführen. Nun aber ist der Krieg und die Teuerung dazwischen gekommen, und infolge dieser Verhältnisse sieht es nicht so aus, als ob das Waisenhaus dem-

nächst

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Von den Verhandlungen zwischen dem Militärfiskus und der Braunschweigischen Regierung, die Herr Nöll angedeutet hat, ist seitens des Staatsministeriums auch uns Mitteilung gemacht worden. Das Staatsministerium steht auf dem Standpunkt, daß es nicht mehr verpflichtet sei, dem Militärfiskus einen Exerzierplatz vorzuhalten. Es hat dabei zum Ausdruck gebracht : Wenn ferner ein Exerzierplatz gehalten werden müsse, <sup>so liegt das</sup> ~~gesoche die Mitwirkung des Staatsministeriums dabei~~ lediglich im Interesse der Stadt; <sup>daher</sup> ~~eigentlich~~ wäre es Aufgabe der Stadt, den Truppen einen Exerzierplatz <sup>vorzufallen</sup> ~~anzuweisen~~, und dabei könne höchstens in Frage kommen, daß die Regierung die Stadt hierin unterstütze. Wir haben beschlossen, die Sache an uns herankommen zu lassen, ~~wahrscheinlich aber wird die Lösung der Frage nicht so zustande kommen, wie es das Staatsministerium vorgeschrieben hat.~~ Tatsache aber ist, daß uns vom Militärfiskus mitgeteilt

ist

ist, <sup>wir</sup> ~~Wir~~ können über den 1. Oktober n.J. hinaus den Platz nicht behalten.

Nun war von einem geheimnisvollen Plane des Herrn Ministerialrat <sup>Dr.</sup> Christoph die Rede. Ich habe auch von dieser Sache gehört, nämlich : Es ist im Ministerium <sup>angeregt</sup> ~~eine Bewegung im Gange~~, dafür zu sorgen, daß im nächsten Jahre die Bautätigkeit in möglichst großem Umfange einsetzt, und zwar plant man im Gegensatz zu früher-jetzt <sup>sonstig</sup> ~~nicht~~ mehr Siedlungshäuser mit angrenzenden Gärten, sondern man hat Gott sei Dank eingesehen, daß es schneller zum Ziele führt, Stockwerkhäuser zu bauen (Zuruf : Endlich!), wie sie z.B. die Braunschw. Baugenossenschaft gebaut hat. Soweit ~~ich~~ ich gehört habe, ist Ministerialrat <sup>Dr.</sup> Christoph persönlich der Ansicht, es könnte auch diese ~~Waisenhausländerei~~ für Errichtung derartiger Häuser mit in Frage kommen - ich glaube, gelegentlich einmal etwas derartiges von ihm gehört zu haben. Ein Geheimnis ist das nicht, man kann ruhig

darüber

darüber sprechen. Er wird um deswillen zu dieser Ansicht gekommen sein, weil in erster Linie Grundstücke in Frage kommen sollen, die an fertig ausgebauten Straßen liegen; und <sup>da</sup> ~~in der Hinsicht~~ handelt es sich hier allerdings um ein solches Grundstück, das man - ~~wenn man nicht weiter in die Angelegenheit eingedrungen ist~~ - als baureif ansprechen kann. Ich sehe nicht ein, warum ich über dieses „Geheimnis“ nicht Mitteilungen machen sollte.

21. Anfrage Maaß, betreffend das Beten der Schül-  
kinder vor dem Essen nach dem Kochunterricht  
in der Fortbildungsschule.

Wortlaut der Anfrage : „Ist dem Rat der Stadt be-  
kannt, daß in der Fortbildungsschule nach dem  
Koch-Unterricht vor dem Essen der Schülerinnen,  
soweit sie nicht aus der Kirchengemeinschaft aus-  
getreten sind, beten müssen. Was gedenkt der Rat  
zu tun, um die Lehrerinnen von ihrem Verlangen an  
die Schülerinnen abzubringen ?“

Stadtv. M a a ß (zur Begründung) : Meine Damen  
und Herren ! In der Schule an der Pestalozzistraße  
ist ein Koch-Unterricht für schulentlassene Mädchen  
eingerichtet. Wenn der Koch-Unterricht beendet  
ist, dann werden die von den Schülerinnen fertig-  
gestellten Speisen von ihnen selbst geprüft, und  
es wird ein Essen veranstaltet, vor dem sie von  
der Leiterin angehalten werden, ohne Rücksicht

darauf

Die Zustimmung zur Aufnahme des Rechtsstreits wird  
von der Versammlung erteilt.

Diese Karte gehört nicht  
hierher,

sondern auf gar nicht in  
diesem Brief, sondern in einen  
anderen Kasten. J. Reinhard.

J. Lurings 16  
Karte 172<sup>a</sup>

darauf, ob andersgesinnte Schülerinnen darunter sind, zu beten . Das entspricht unseren heutigen Verhältnissen nicht mehr. Wenn die Leiterin ein Bedürfnis hat, beten zu lassen, mag sie das ruhig in ihrem Hause tun. Wird sie solche Anhänglichkeit haben, daß ihr die Schülerinnen darin folgen, so mag sie dort beten lassen, aber in einer öffentlichen Station, wo alle Kreise beteiligt sind, gehört eine solche Nötigung in der heutigen Zeit nicht. Ich erlaube mir anzufragen, was der Rat zu tun gedenkt, um hier Abhilfe zu schaffen.



Stadtrat S c h a p e r : Dem Rat der Stadt ist bis vor kurzem von dieser Angelegenheit nichts bekannt gewesen. Erst zwei Tage vorher, ehe Herr Stadtverordneter Maaß seine Anfrage gestellt hatte, ist mir persönlich von Parteifreunden des Herrn Maaß Mitteilung davon gemacht, und ich habe mich darauf sofort mit dem Schulleiter, Herrn Schulinspektor <sup>Hilsmann</sup> ~~Oppermann~~, in Verbindung gesetzt. Auch der hat mir geantwortet, daß er bisher nichts davon wisse. Es ist aber nachgeforscht und es hat sich herausgestellt, daß in <sup>der</sup> ~~dieser~~ Schule <sup>an der Pädagogischen</sup> oder in einer anderen ohne Ausübung eines Zwanges dazu vor dem Essen gebetet worden ist. Es soll gefragt sein : "Wer von euch Schülerinnen will das Tischgebet sprechen ?" Und daraufhin haben sich Mädchen freiwillig gemeldet. Irgend ein Zwang soll aber zu keiner Zeit ausgeübt worden sein. Nach Rücksprache des Schulleiters mit mir als dem Vorsitzenden des Vorstandes der städtischen Fortbildungsschule ist

ist vorläufig angeordnet, daß das laute Beten in Zukunft unterbleiben soll, daß aber jeder Schülerin Gelegenheit gegeben werden soll, wenn <sup>für</sup> ~~es~~ das Verlangen darnach fühlt, still für sich ein Gebet zu sprechen. Irgend ein Zwang aber soll nicht ausgeübt werden. Ich glaube, daß diese Anordnung den Forderungen der Duldsamkeit entspricht; sie sucht den weltlich gerichteten und den religiös gerichteten Schülerinnen gerecht zu werden. Es handelt sich dabei um eine vorläufige Anordnung; nach meinem Dafürhalten hat der Schulvorstand die Sache noch einmal zu beraten und dann endgültig Anordnung in dieser Angelegenheit zu treffen.

22. Anfrage Maaß, betreffend die Verteilung  
einer Soende an notleidende Kinder.

Wortlaut der Anfrage : Über das von Amerika an die hier notleidenden Kinder überwiesene Geld besteht ein Verteilungsausschuß, der in jüngster Zeit durch ein Mitglied ohne Befragen des Verteilungsausschusses vermehrt worden ist und dem 400 M für eine politische Partei zur Verteilung überwiesen worden ist. Ich erblicke hierin eine Ungerechtigkeit und ersuche den Rat der Stadt, Auskunft zu erteilen, was er zu tun gedenkt, diese Ungerechtigkeit in Zukunft zu vermeiden.

Stadtv. M a a ß (zur Begründung) : Meine Damen und Herren ! Vor kurzer Zeit sind von dem Verteilungsausschuß für die Amerikaspende 1000 M zur Verteilung ausgeworfen worden. Davon sind 600 M

dem

dem hiesigen Gewerkschaftskartell überwiesen, dem 28 000 Mitglieder angehören und 400 M sind einigen Vertretern der sozialdemokratischen Partei überwiesen, und zwar soll das zurückzuführen sein darauf, daß in der letzten Zeit ein Mitglied dieser Partei in diesen Verteilungsausschuß vom Rat hineindelegiert worden ist, ohne daß der Verteilungsausschuß darum befragt worden ist. Wenn derartig mit dem Geld umgegangen wird, so ist keine Gewähr geboten, daß tatsächlich die Bedürftigsten bedacht werden. Wir als Leiter der Gewerkschaften werden beauftragt, ganz bedürftige Mitglieder namhaft zu machen und schicken sie hin, damit sie die paar Mark holen können. Es kann leicht zutreffen, daß diese Leute, die mit den 400 M bedacht werden, auch bei uns Mitglieder sind, sodaß sie vielleicht in einen doppelten Genuß der Unterstützung kommen. Es ist dies bisher noch nicht geschehen, aber die Befürchtung liegt sehr nahe. Auch habe ich zu

be-

beanstanden, daß man gerade ~~daß~~ einer politischen Partei das Recht der Vornahme einer solchen Verteilung zuspricht. Geschieht das, dann können sämtliche ~~politischen~~ politische Parteien für sich besondere Summen in Anspruch nehmen. In einer solchen Maßnahme erblicke ich eine Ungerechtigkeit und frage den Rat der Stadt, was er zu tun gedenkt, um hier Abhilfe zu schaffen.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g : Meine verehrten Herrschaften! Seit längerer Zeit besteht ein Wohlfahrtsausschuß in denjenigen Kreisen, die der <sup>m</sup>Mehrheitssozialdemokratischen Partei nahe stehen. Es ist mir das dadurch bekannt geworden, daß bei Ausübung der Waisenpflege, auch der Armenpflege, bei der Unterbringung von Kindern in geeigneten Pflegestellen dieser Wohlfahrtsausschuß manchen beachtenswerten Vorschlag gemacht hat. Ich bin verschiedentlich gebeten worden, im Kreise dieses Wohlfahrtsausschusses Vorträge zu halten, und das ist dann auch ein oder zweimal geschehen. Bei den dabei gepflogenen Erörterungen wurde der Wunsch geäußert, bei Verteilung von Spenden, die dem Wohlfahrtsamt zufließen, zugezogen zu werden, wie das in betreff des Gewerkschaftskartells geschieht. Da ich jede ~~allgemeinnützige~~ Arbeit, die der Stadt dargeboten werden, zu schätzen weiß, habe ich nicht das mindeste Bedenken getragen, auf diesen Wunsch einzuugehen.

einzuweisen. Etwas Ähnliches ist auch bei anderen Ausschüssen des städtischen Wohlfahrtsamts, zum Beispiel bei dem Anstaltsausschuß geschehen. Bei dem Liebesgabenausschuß ist Frau Schlösser zugezogen, und hat an den Sitzungen teilgenommen, wie mir von der Schwester Helene Peters berichtet ist. In einer der Sitzungen ist Stellung genommen zur Verteilung von Liebesgaben im Betrage von 5 000 M die uns zugewendet waren für Kinder des Arbeiter- und des Mittelstandes, und es ist dort unter Zustimmung sämtlicher Mitglieder des Ausschusses der Beschluß gefaßt worden, daß das Gewerkschaftskartell 600 M und dieser erwähnte Wohlfahrtsausschuß 400 M zur Verteilung ohne Zuziehung des Ausschusses erhalten sollte, ebenso auch der Charitasverband eine Summe und das Wohlfahrtsamt selber. Was die Verteilung für bedürftige Kinder des Mittelstandes betrifft, so sind 2 500 M zur Verfügung geblieben mit dem Ersuchen an die Ver-

treter

treter des Mittelstandes, die sich in dem Liebesgabenausschuß befinden, sie möchten Vorschläge zu der Verteilung machen. Das ist denn auch insoweit geschehen, daß von einzelnen Mitgliedern, soweit sie passende Fälle wüßten, Vorschläge gemacht worden sind. Als sich dann einige Tage später die Vertreter des Gewerkschaftskartells im Wohlfahrtsamt einfanden und die Ansicht vertraten, daß Frau Schlösser als Vertreterin des Wohlfahrtsausschusses wohl Vorschläge machen könne, aber die endgültige Bestimmung im Gewerkschaftskartell vorbehalten bleiben müsse, hat Schwester Helene Peters als Leiterin des Wohlfahrtsamt geglaubt, auf einen so weitgehenden Wunsch nicht eingehen zu können, weil nun einmal der Liebesgabenausschuß eingesetzt wäre und die Vorschläge jedes einzelnen Mitgliedes berücksichtigt werden müßten. Sie hat sich dieser Verteilung in der beschlossenen Weise mit Sorgfalt angenommen und dem Beschlusse gemäß ist die Verteilung sachgemäß vorgenommen.



Auf Antrag des Herrn *D i e t e r m a n n*  
wird Besprechung der Anfrage beschlossen.

(Maß, betr. Wohlfahrtsausschuß.)

(*Gründungsbeihilfe*)

*Schulze*  
~~Götze~~

Stadtv. Frau ~~Götze~~ : Meine Damen und Herren!  
Soweit ich unterrichtet bin, ist keiner sozialdemo-  
kratischen Partei Geld überwiesen, sondern einem  
von Reiche aus bestehenden Arbeiter-Wohlfahrtsaus-  
schuß, und dieser ist nicht eingerichtet insbesondere  
für die sozialdemokratische Partei, sondern für die  
notleidenden Kinder aller Parteien. Es befinden  
sich in diesem Ausschuß auch Kommunisten ebenso-  
wohl wie Unabhängige und Mehrheitssozialisten.  
Wo man weiß, daß Bedürftigkeit vorhanden ist, soll  
durch den Ausschuß geholfen werden. (Lachen.) Es  
können von Ihnen (zu den Unabhängigen gewandt)  
jederzeit in den Arbeiter-Wohlfahrtsausschuß, der  
von der Arbeiterschaft eingesetzt worden ist, <sup>Mitglieder</sup> ein-  
treten und können mit helfen.

Persönlich bin ich der Ansicht, daß man alle  
diese Sachen dem Wohlfahrtsamte zur Verteilung über-  
weisen sollte, dann können solche Verdächtigungen,  
wie sie hier aufgekommen sind, nicht platzgreifen.

Stadt. D i e t e r m a n n : Meine Damen und Herren! Herr Stadtrat von Frankenberg hat sich die Sache sehr leicht gemacht, wenn er behauptet, daß ein einstimmiger Beschluß in der Sitzung des Verteilungsausschusses zustande gekommen wäre. Ich kann konstatieren, daß der Vertreter unseres Gewerkschaftskartells nicht in der Sitzung anwesend war und vollständig überrascht war, als ihm mitgeteilt wurde, daß er zur Verteilung nur 600 K anwenden könne. Er hatte schon über 1 000 K verfügt, indem er uns als dem Gewerkschaftsvorstand mitteilte: „So und so viel Personen könnt ihr mir zuschicken.“ In dem Gewerkschaftskartell haben wir Personen ohne Prüfung der politischen Richtung; auf diese kommt es bei uns nicht an (oh!), Haupt-~~sächlich-~~sache für uns ist es, daß die Mitglieder gewerkschaftlich organisiert sind. Hier ist festgestellt, daß 400 K einem Wohlfahrtsausschuß zugewendet worden sind, der vielleicht ein paar

*hundert*

Mit-

Mitglieder ~~in~~ hat, während das Gewerkschaftskartell 28 000 Mitglieder in sich birgt. Führen Sie sich diesen Gegensatz vor Augen, dann werden Sie zugestehen müssen, daß eine solche Maßnahme ein Unding ist, daß das nicht den Ruf der Gerechtigkeit für sich in Anspruch nehmen kann. Nachdem Beschluß im Verteilungsausschuß stünden dem Wohlfahrtsausschuß die Mittel zur Verfügung, aber er hätte nicht darüber bestimmen dürfen unter Ausschluß der einzelnen Fraktionen, die hierbei in Frage kommen. Der Wohlfahrtsausschuß ist mir ein unbekanntes Ding, ich hatte noch nichts davon gehört. (Zuruf: Volksfreund!) Ich lese den Volksfreund nicht, weil mir ein anderes Blatt zur Verfügung steht. Sie müssen dies schon in den anderen Blätter<sup>n</sup> auch bekannt machen lassen, damit auch andern das zugute kommen kann, was zur Verfügung gestellt wird, um den Ärmsten unter die Arme zu greifen. Es könnte ja jede politische Partei herkommen; einen Wohlfahrts-

auschuß

ausschuß bilden und einen Antrag an den Rat der Stadt stellen: Bewilligt uns diese und diese Summe, damit wir in stande sind unsere Mitglieder zu unterstützen! Soweit geht doch die Herrlichkeit nicht hin! Verbleiben wir doch auf dem Wege, wie wir bisher verfahren haben, dann haben wir ein gerechtes Verfahren, das nicht zu Unstimmigkeiten Anlaß gibt!

Stadt v. M a r t h : Meine Damen und Herren! Die Ausführungen, die bisher gemacht worden sind, bestätigen mir die Ansicht, daß es unzweckmäßig ist, die für die Allgemeinheit bestimmten Gelder verschiedenen Gruppen zuzuweisen. Ich verurteile es ebenso, daß dem Gewerkschaftskartell wie dem Wohlfahrtsausschuß einer Partei Gelder anheimfallen sollen. Die Gelder gehören dem Wohlfahrtsamt, und dieses hat die Gelder zu verteilen (sehr richtig!). Wenn Herr Dietermann meinte, daß das Gewerkschaftskartell die einzige richtige Stelle für die Verteilung ist, so bezweifle ich das. (Sehr richtig!) Das Gewerkschaftskartell vertritt eine bestimmte politische Richtung, alle anderen politischen Richtungen werden dort an die Wand gedrückt. (Widerspruch.) Ich habe von den politischen Richtungen gesprochen, die in der Gewerkschaft tätig sind, (Zuruf: Sie bleiben den Beweis schuldig!) (Unruhe und Glocke des Vorsitzenden.) und aus dem Grunde halte ich es

für

für zweckmäßiger, daß solche Gelder künftighin nur dem Wohlfahrtsamt verbleiben, das über die Verteilung zu entscheiden hat. Es ist aus den verschiedenen Gruppierungen zusammengesetzt und ist in der Lage, die gerechte Verteilung vorzunehmen.

**Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :**

**Meine Herrschaften.** Auch bei der Armendirektion, die sich häufig mit der Verteilung von Stiftungsgeldern und anderen Spenden zu befassen hat, haben wir das Verfahren eingeführt, daß einzelne erfahrene Mitglieder bestimmte Vorschläge machen und wir uns darüber verständigen, bis zu welchem Umfange jedem einzelnen Mitgliede das Vorschlagsrecht eingeräumt werden soll. Dann wird von der Zentralstelle eine Aufstellung gemacht, um doppelte Verwilligungen zu vermeiden und darnach die Auszahlung vorgenommen. Soweit ich unterrichtet bin, wird auch <sup>im</sup> ~~---~~ Wohlfahrtsamt ebenso verfahren, und es ist wohl nur eine summarische Ausdrucksweise, wenn gesagt wird, dem Gewerkschaftskartell stehen 600 M zu und dem Wohlfahrtsausschuß 400 M. Es ist damit gemeint, daß <sup>nur</sup> ein solches Vorschlagsrecht er einen oder anderen Stelle gegeben wird.

Sollte



Sollte davon abgewichen sein, so würde ich das in Übereinstimmung mit Herrn Marth nicht für richtig halten, zumal die Gelder regelmäßig von der Stadthauptkasse ausgezahlt werden. Das Wohlfahrtsamt hat anderes zu tun als sich mit der Auszahlung zu beschäftigen. Geht man so vor, dann kann nicht die Rede davon sein, daß einzelne politische Gruppen bestimmte Gelder bekommen hätten, sondern man hat es den betreffenden Personen zuwenden wollen auf Vorschlag der dafür in Frage kommenden Persönlichkeiten. Ich glaube, es lohnt sich nicht, daß man eine derartige Sache zum Zankapfel zwischen Gruppen und Parteien macht. Das haben sich die Spender ganz gewiß nicht träumen lassen, denen wir doch herzlich dankbar sein wollen.

23. Anfrage Jasper, betreffend die Nachprüfung und Neuregelung der Armengelder und Ausschlußsätze. Damit verbunden: Antrag Graf, betreffend Neufestsetzung der Armenunterstützungssätze.

Wortlaut der Anfrage Jasper: Am 20. Oktober haben die Stadtverordneten den Rat der Stadt er- sucht, unverzüglich eine Nachprüfung der Armengelder und Ausschlußsätze vorzunehmen und die Armen- deputation mit der vor<sup>läufigen</sup> jährigen Neuregelung zu betrauen. Gleichzeitig wurde dem Rat der Stadt ein Antrag überwiesen, der eine Neuregelung der Armengelder und Ausschlußsätze wünschte.

Wie hat sich der Rat der Stadt zu diesen Beschlüssen der Stadtverordneten, die nahezu einstimmig gefaßt wurden, gestellt? [Welche vor<sup>läufige</sup> jährige Regelung hat die Armendeputation getroffen?

Welche endgültige Regelung wird der Rat der Stadt den Stadtverordneten vorschlagen?

Wann

Wann ist die Vorlage über die endgültige Regelung zu erwarten?

---

Wortlaut des Antrages Graf:

Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Rat zu ersuchen, die Sätze der laufenden Armenunterstützung wie folgt festzusetzen:

für alleinstehende Personen beziehungsweise Haushaltsvorstand 250 M,

für jede weitere unterstützungsbedürftige

Person über 6 Jahren 150 M

für Kinder unter 6 Jahren 80 M und ein halbes Liter Milch pro Tag,

für Pflegekinder über 6 Jahren 150 M,

„ „ „ unter 6 Jahren 120 M und die dementsprechende Milch extra.

---

Stadtv. Dr. J a s p e r (zur Begründung): Meine Damen und Herren: Was ich zu/<sup>wissen/</sup>wünsche, ist ziem-

lich

lich klar und unzweideutig in meiner Anfrage ausgedrückt. Sie werden sich alle der Vorgänge erinnern, die schon einige Wochen zurückliegen, wie wir uns über die Höhe der Armengelder bei einem Antrage des Herrn Testmann auseinander gesetzt haben. Es ist eigentlich eine Abweichung von dem Antrage Testmann, daß die Aussprache soweit ausufert. Man verhandelte nicht mehr über die Anrechnung des Arbeitsverdienstes und der Invalidengelder, sondern über die Angemessenheit der Sätze im allgemeinen, und der Ausk<sup>was</sup>lang<sup>e</sup> Es sind Zweifel vorhanden, daß die Sätze ausreichen; wir wünschen sofortige Nachprüfung, die so beschleunigt werden soll, daß wir den außergewöhnlichen Weg wählen wollen: zunächst Vollmacht, dann Bericht und schließlich Festsetzung von Seiten der städtischen Behörden. Das ist am 20. Oktober geschehen. Heute haben wir den 15. Dezember; das sind 30 Novembertage, 11 Oktobertage und 15 Dezembertage, im ganzen 56 Tage oder 8 Wochen. Da kann ich wohl fragen: <sup>4</sup>Ist der Rat mit seiner Vorlage,

lage, die kommen sollte, noch nicht fertig? Was ist in dieser Beziehung geschehen, denn es sollte schnell etwas geschehen, und wir wollten keine Vollmacht auf die Dauer geben, sondern nur, soweit schnell geholfen werden sollte. Ich bitte, der Reihe nach die Fragen klar zu stellen, was von Rat und der Armendirektion geschehen ist, was vorgeschlagen werden soll und wann wir die Vorlage zu erwarten haben. Selbst wenn wir keine Vorlage zu erwarten hätten, wäre es wohl nett von Rat der Stadt gewesen - und der Herr Oberbürgermeister legt ja von <sup>jeher</sup> ~~seiner~~ Wert auf nette Umgangsformen, jetzt aber besonderen Wert -, wenn er uns gesagt hätte: Es ist geprüft und alles für gut befunden, wie es bisher war. Dann hätten wir Anlaß gehabt, auch zu prüfen und Stellung zu nehmen, ob wir uns der Meinung „für gut befunden“ anschließen müssen. Aber in diesen 8 Wochen haben wir nichts gehört, und deshalb meine Anfrage.

V o r s i t z e n d e r : Zur Anfrage des Herrn Dr. Jasper ist zu erwähnen, daß ein Schreiben des Rats in dieser Sache eingegangen ist, das ich gleich mitteilen werde.

Es wird übrigens angebracht sein, wenn wir den Antrag der Frau Graf, der in der vorigen Sitzung gestellt ist, jetzt mit behandeln.

Das Schreiben des Rats lautet:

„Braunschweig, den 8. Dezember 1921.

An die Herren Bezirksvorsteher der 26 Armenbezirke,

h i e r .

Hierdurch benachrichtigen wir Sie ergebenst, daß wir mit Ermächtigung der städtischen Behörden für die Zeit vom 1. Dezember d. Js. ab folgende Erhöhungen der monatlichen Armenunterstützungssätze gutzuheßen beschlossen haben:

a) für Alleinstehende 150 M,

- b) für Haushaltungsvorstände 120 M,
- c) für die zweite erwachsene Person der Haushaltung 80 M,
- d) für fernere Haushaltungs-Angehörige (Erwachsene sowie Kinder von mehr als 5 Jahre) je 60 M
- e) für jedes Kind unter 5 Jahren 1/2 Liter Milch täglich sowie in bar 40 M,
- f) für Pflegekinder je 150 M (außerdem für Pflegekinder unter 5 Jahren ebenfalls 1/2 Liter Milch täglich).

Bei den sonstigen Regeln (Anrechnung der Renten, des Arbeitsverdienstes, der Legate über 60 M usw.) soll es vorläufig bewenden.

Die Armendirektion."

Auf der anderen Seite:

„Abschrift

an die Stadtverordneten  
zur gefälligen Kenntnissnahme."

Wir

Nir werden mit möglichster Beschleunigung eine Vorlage der geehrten Versammlung unterbreiten, sobald das Ergebnis der von uns hierneben veranlaßten Erkundigung über die jetzt in den Nachbarstädten gewährten oder in nahe Aussicht genommenen Unterstützungssätze eine endgültige Stellungnahme für uns gestattet.

Der Rat der Stadt."



Stadtrat von Frankenberg: Meine geehrten Herrschaften! Als bald nach dem die Stadtverordneten im Oktober den von Herrn Dr. Jasper erwähnten Beschluß gefaßt hatten, haben wir Anfangs November mit den Bezirksvorstehern die Frage durchgesprochen, ob und in welcher Richtung eine Erweiterung der Unterstützungssätze zweckmäßig wäre. Wir kamen in der Sitzung der Armendirektion unter <sup>Einwirkung</sup> ~~Zuziehung~~ des Rats dahin überein, daß für Alleinstehende, über 65 Jahre alte Personen eine Erhöhung des Monatssatzes von 100 M auf 120 M und für schulpflichtige Kinder eine Erhöhung von 40 auf 50 M zweckmäßig wäre. Gleichzeitig wurde der Wunsch ausgesprochen, daß an die Bezirke nochmals geschrieben werden möchte, damit sie in der monatlichen Sitzung zu der ganzen Frage Stellung ~~nehmen möchten~~. Weiter hat <sup>sich</sup> der Rat der Stadt an die ~~Vereinigung Deutscher Städte und an den Vorstand des Deutschen Städtetages~~ <sup>unter geplanter Einzelheit</sup> um Auskunft über die sonstigen üblichen Sätze gewandt und ein reiches Material erhalten über

die

die inzwischen in Wachsen begriffenen Unterstützungssätze. Am 7. Dezember, also gestern vor 8 Tagen, haben wir mit den Armenbezirksvorstehern die Angelegenheit nochmals durchgesprochen und sind dann auf Grund der Anhörung der Bezirke und in Übereinstimmung mit der Mehrheit dieser Bezirke zu der Ansicht gelangt, daß es ratsam sein würde, eine weitere Erhöhung ~~platzgreifen~~ zu lassen. Das ist also die zweite Erhöhung, seitdem der Rat und die Stadtverordneten sich im September über die Armenunterstützungssätze geeinigt hat<sup>ben</sup>. Diese Erhöhung ist so erfolgt, wie sie aus unserem Schreiben, daß vom Herrn Vorsitzenden vorhin leider nicht vollständig verlesen worden ist, zu entnehmen ist. Herr Dr. Jasper wird aus unserem Schreiben ersehen können, daß wir bemüht gewesen sind, der steigenden Teuerung auf Schritt und Tritt mit unseren Unterstützungssätzen nachzuhelfen *Folgen*.

Wir haben weiter auf Beschluß des Rats hin heute

vor

vor 8 Tagen uns an 10 benachbarte und etwa der  
Stadt Braunschweig gleich<sup>anliegende</sup> ~~große~~ Städte mit der Bitte  
gewandt, uns bis zum 20. d. Mts. nochmals mitzutei-  
len, welche Sätze augenblicklich dort gelten und  
welche Erhöhungen etwa in Aussicht genommen sind.  
Wir beabsichtigen, sobald dieses Material vorliegt,  
der verehrten Versammlung eine Verlage zu machen  
und ihr Gelegenheit zu geben, dazu Stellung zu  
nehmen. Wir hoffen, durch dieses Material und durch  
das, was uns inzwischen vom Städtetag mitgeteilt  
worden ist, auch für Sie eine Unterlage zu schaffen,  
die ~~Sie-ihm~~ sie Ihnen nur erwünscht sein kann.  
Dabei können Sie überzeugt sein, daß wir für die  
Zwischenzeit in Einvernehmen mit der Armendirektion  
den rechten Gebrauch gemacht haben von der Vollmacht  
die uns die Versammlung gegeben hat.

Der V o r s i t z e n d e verliert den Antrag  
Graf.

(f. O. 192.)

Stadtv. Frau G r a f (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Es ist schon richtig, daß es 8 Wochen her ist, seitdem Herr Tostmann in Anbetracht der wachsenden Teuerung den Antrag stellte, die laufende Armenunterstützungssätze zu erhöhen. Der Rat der Stadt wurde damals beauftragt, im Einvernehmen mit der Armendirektion ~~zu~~ diese Arbeit vorzunehmen. Der Rat der Stadt hat <sup>hier</sup> dann zu diesem Zwecke ~~sich~~ aus allen Armenbezirken Gutachten geholt, die natürlich ganz verschieden ausgefallen sind. Daß <sup>weiteren gehende</sup> ~~am weitgehende~~ Gutachten ist das des 20. Armenbezirks, es deckt sich ungefähr mit den Vorschlägen, die ich in meinem Antrage genannt habe. Meine Fraktion steht auf dem Standpunkte, daß dieses <sup>nur</sup> die Mindestsätze sein <sup>können</sup> ~~sollen und müssen~~, wenn man jemand, der sich nicht selber helfen kann, vor Kälte und Hunger <sup>hin soll.</sup> ~~schützen~~ ~~will~~. Aber dieser Vorschlag fand bei der Mehrheit in der Armendirektion kein Wohlwollen, und man einigte sich auf einen geringeren Satz. Ich bin nun beauftragt werden,

worden, den Antrag auf Annahme der von mir bezeichneten Sätze im Plenum zu stellen und ~~den Antrag~~<sup>ihn</sup> der Versammlung zur Annahme zu empfehlen. Zu diesem Zwecke habe ich mir eine kleine Aufstellung gemacht und glaube, daß ich Sie durch Mitteilung dieser Aufstellung überzeugen kann, daß die genannten Sätze ~~daß~~ mindestens sein müssen dessen, was gewährt ~~wird~~<sup>werden muß</sup>. Ich habe in der Rechnung eingestellt für eine Person, die monatlich 150 M bekommen soll:

für jede Woche ein Brot, das sind im Monat 28 M.  
für jeden <sup>1 Pfund/</sup>Tag/Kartoffeln. Daß habe ich damals noch mit 1,25 M berechnet, heute ~~kosten~~ sie aber schon 1,40 M. Das waren damals 35 M.

Für ~~den~~ einen Monat 2 Pfund Margarine, also für die Woche 1/2 Pfund. Das machte 64 M. Die Margarine ist allerdings heute etwas billiger; wer aber daran glaubt, daß die Verhältnisse so bleiben und dieser niedrigere Preis für Margarine bestehen bleibt, der ist sehr naiv. Jeder kann

sich

sich sagen, daß dies nur ein Börsenmanöver ist.

Ferner 1 Pfund Talg zum Kochen für den ganzen Monat = 24 M.

Damit ist schon eine Summe von 151 M herausgekommen. Ein jeder von Ihnen wird <sup>zugeben</sup> ~~sagen~~ müssen, das ~~ich~~ so minemal wie möglich gerechnet habe, nur das Allernotwendigste, und schon ist die Summe von 151 M herausgekommen.

Für den Haushaltungsvorstand habe ich 250 M gerechnet. <sup>aufser seinem Lebensunterhalt auch noch</sup> Er muß davon die Miete bezahlen, Kohlen und Licht, was alles sehr teuer ist. Ferner können die Herren Armenpfleger infolge der ungeheueren Preise <sup>der</sup> Kleidungsstücke nicht mehr das geben, was sie geben müßten. Sie dürfen nur das Allernotwendigste bewilligen, sodaß die Armen gezwungen sind, sich auch noch Kleidungsstücke zu anschaffen. Und wenn man bedenkt, daß das alles von 100 M bestritten werden soll,

die

die dem <sup>unfr</sup>Haushaltungsverstand zur Verfügung stehen,  
so werden Sie zugeben müssen, daß man mit 100 M  
bei derartigen Einkäufen nichts anfangen kann.

Nun wird man mir sagen - es sind <sup>ja</sup>mehrere Haus-  
frauen anwesend - daß es nicht unbedingt nötig  
ist, 2 Pfund Margarine zu berechnen; man wird  
vielleicht sagen: Man kann auch Zwetschenmus oder  
Sirup essen. Dagegen kann ich <sup>aber</sup>als Hausfrau be-  
haupten, daß Zwetschenmus und Sirup nicht billiger  
sind als Margarine. Ich denke noch sehr oft  
an die Tage zurück, wo wir gezwungen waren,  
ständig Zwetschenmus und Sirup zu essen, <sup>weil man,</sup> ~~mitunter~~  
~~weil das Fett fehlte, manchmal fühlte ab, daß man~~  
~~so viel, daß wir uns nicht wohl fühlten, und~~  
~~nicht mehr wohl fühlte, und trotzdem noch Hungerig war.~~  
~~doch traurig waren, weil uns das Fett fehlte.~~  
Das wollen wir doch auch dem Ärmsten nicht weiter  
zumuten. Wenn wir ihnen 2 Pfund Margarine  
bewilligen und nichts anderes, dann ist das gering

gerechnet.



gerechnet. Was nützt es uns, wenn wir Gelder für ein Gesundheitsamt bewilligen, wenn wir neue Kräfte anstellen für <sup>die</sup> Wohlfahrtspflege, wenn wir Mittel dafür bewilligen, daß Kinder in Erholungsstätten geschickt werden, wenn wir ~~Pflege~~ <sup>nicht dafür sorgen,</sup> ~~stellen~~, daß die Seuchenherde beseitigt werden. Gerade in diesen Familien, wo das Einkommen nicht ausreicht, um die notwendigsten Lebensmittel <sup>mit</sup> anzuschaffen, um sie vor Hunger und Kälte zu schützen, sind die Seuchenherde zu finden. Ich bin der Meinung, daß wir Tuberkulose und Skrophulose am besten bekämpfen, wenn wir den Leuten, wo die Krankheit am meisten anzutreffen ~~ist~~, <sup>eine ausreichende Unterstützung gewähren.</sup> ~~so viel zum Leben geben, wie sie notwendig gebrauchen, denn diese Krankheiten werden am besten durch ausreichende Nahrung bekämpft, und die kann man mit den geringen Armensätzen nicht beschaffen.~~

Man wird vielleicht sagen: Die Armenunterstützung soll keine Rente sein. Aber jeder ~~muß~~ <sup>wird</sup> gegeben sagen

<sup>zugeben</sup>  
~~sagen~~ müssen, daß man <sup>von den</sup> ~~für die~~ geringen Sätzen, die  
ich angegeben habe, <sup>auf mich</sup> ~~nicht~~ leben kann, sondern daß  
die Armen gezwungen sind, soweit es ihnen möglich  
ist, noch zuzuverdienen. Ich bin der Meinung, wenn  
Sie diese Mittel bewilligen, die allerdings die  
Stadt stark belasten, so geben wir sie nicht an  
unrechten Platz aus, sondern leisten vorbeugende  
Arbeit und können an anderen Stellen Mittel  
sparen.

Ich habe meinen Antrag nicht aus dem Grunde  
gestellt - wie mir von gewisser Seite gesagt wurde -  
weil ich Wahlmache treiben wollte; das liegt mir  
völlständig fern. Wir haben den Antrag aus dem  
Grunde gestellt, weil wir die Not des Volkes kennen  
und dafür eintreten wollen, daß sie wenigstens zu  
einem geringen Teile beseitigt wird. Ich glaube,  
wenn Sie diese Zahlen sich aufgeschrieben und  
übersehen haben, was man dafür kaufen kann, dann  
<sup>werden</sup>  
~~wenn~~ Sie sich ~~mit~~ dem nicht verschließen können,

daß

daß ich das ~~Mindeste~~ <sup>Mindeste</sup> verlangt habe, und wenn sie ebenfalls den guten Willen dazu haben, <sup>und</sup> ~~werden Sie~~ einsehen, daß es eine Pflicht des Staates und der Kommunen ist, <sup>für</sup> ~~für~~ alle, die nicht selber für sich sorgen können, in ausreichendem Maße fürsorgend einzutreten, und dann möchte ich Sie bitten, meinem Antrage Ihre Zustimmung zu geben.

*Die dringliche Behandlung des Antrages Graf  
wird von der Versammlung angenommen.*

Stadto. M ä d g e ! Meine Damen und Herren!  
Ich habe bei der Beratung hier damals angeführt,  
daß ich auf dem Standpunkt stände, dass Armenunter-  
stützung in dem Maße gegeben werden muß, daß der  
Arme mit dem ihm Gewährten leben kann, und das ist  
heute noch meine Auffassung. Ich erkläre heute  
wie damals, daß ich unbedingt dafür eintreten  
werde, daß derartige Sätze für die Armen festge-  
legt werden, aber ich kann nicht dafür eintreten,  
daß man dem Antrage der Frau Graf jetzt ohne wei-  
teres zustimmt. Nicht etwa deswegen, weil ich  
sage: „Die Sätze sind zu hoch!“ - das liegt mir fern.  
Wir haben von Herrn Stadtrat von Frankenberg gehört,  
daß umfangreiches Material in dieser Sache vom  
Rat der Stadt gesammelt wird und wissen, daß <sup>etwas</sup> in  
dieser Sache geschehen ist, also der Rat der Stadt  
sicht nicht darauf beschränkt hat, die Sache liegen  
zu lassen oder sie wenig zu fördern. Er hat sofort  
alles getan, was man von ihm hat erwarten können,

hat

hat sich mit den zuständigen Stellen und mit den verschiedenen Armendistrikten in Verbindung gesetzt und hat angefragt bei den anderen Städten. Es ist auch eine vorläufige Maßnahme getroffen, die ja vielleicht noch nicht ausreichend sein mag - aber ich würde ~~es~~ nicht für richtig halten, wenn man jetzt, während diese <sup>Ermittlungen</sup> ~~Richtungen~~ im Gange sind und dicht vor ihrem Abschluß stehen, einen definitiven Beschluß fassen sollte. Es <sup>kann</sup> ~~mag~~ nicht mehr lange dauern, bis die Antworten eingehen, uns vorgelegt werden und wir an Hand des vollständigen Materials zu sagen in der Lage sind: <sup>Der</sup> und der Satz ist jetzt der Zeit angemessen. Ich würde dann geneigt sein, weitergehende ~~Vorschläge~~ vorzuschlagen:

~~Schreitet~~ die ~~Feuerung~~ fort, dann werden zu diesen Sätzen entsprechende prozentuale Zuschläge gegeben, nimmt die ~~Feuerung~~ ab, dann werden Prozente abgezogen. Ich halte es für richtig, daß jetzt endlich einmal an Hand des festen Materials genau von uns

festgestellt

festgestellt wird, wieviel die Stadt an Armen-  
unterstützung in diesem Augenblick geben kann und  
muß, sowie daß wir gleichzeitig bestimmen, die  
daß zu dem neu~~en~~ festzustellenden Sätze unter  
Umständen prozentuale Zuschläge hinzutreten oder  
ein prozentualer Abstrich erfolgt. Ein solcher  
Satz kann heute nicht ohne weiteres auf Grund von  
Rechnungen festgesetzt werden, deren Richtigkeit  
ich nicht anzweifeln will - ich bin überzeugt, daß  
Frau Graf richtige Zahlen eingesetzt hat, und  
wenn ich höre, für welche Lebensmittel das gesche-  
hen ist, dann muß ich auch sagen: Das ist das  
Wenigste, was ein Mensch haben muß. Trotzdem ist  
es mir keine ausreichende Unterlage. Ein klareres  
Bild kann man sich machen, wenn die ~~Raten~~<sup>Ernährungs</sup> ~~Mittel~~<sup>Mittel</sup> ~~teilung~~<sup>ben</sup>  
ihren Abschluß gefunden hat, die Herr Stadtrat  
von Frankenberg in <sup>die</sup> ~~den~~ Wege geleitet hat, und wenn  
zu diesem Material noch das hinzugefügt wird, was  
Frau Graf vorgetragen hat; dann steht man genau,

wie

wie die Verhältnisse liegen. Ich glaube also in Vorschlag bringen zu sollen, daß man diese Sache zurückstellt, nicht daß man sie vertagt ad calendas graecas, nicht erst über Jahr und Tag darauf zurückkommt. Die Sache muß ständig im Auge behalten werden, aber auf die 3 - 4 Wochen, die es noch dauern kann, kann es nicht ankommen. (Zuruf: Ich danke, 3 - 4 Wochen noch hungern!) Man sieht den guten Willen und muß ihn anerkennen. Es sind doch die Leute befragt, die in <sup>Häufiger</sup> lebendiger Fühlung mit der Materie sind, und die haben ihre Vorschläge gemacht. Herr Stadtrat von Frankenberg hat erklärt, es seien Zulagen gegeben, die ein Mittel zu treffen scheinen. Wenn wir in ein paar Wochen an Hand eines guten, einwandfreien Materials uns entscheiden können, dann soll man nicht ohne genügende Unterlagen <sup>wieder</sup> etwas <sup>It</sup> Vorläufiges schaffen. Wir können ja aber so weit gehen, daß wir Herrn <sup>Stadtrat</sup> von Frankenberg bitten, noch einmal nachzuprüfen, ob der vorläufige

erhöhte



erhöhten Satz unter Umständen nach Anhörung der beteiligten Kreise auch wieder vorläufig noch erhöht werden <sup>soll</sup> bis zu der Festsetzung, die wir demnächst treffen. Ich glaube nicht, daß das als eine Verzögerung aufgefaßt werden kann, die ausschlaggebend ist.. Wir treffen dann die neue Ordnung nicht für 4 Wochen oder für ein Vierteljahr, sondern setzen einen Betrag fest, der die Grundlage bilden soll für eine recht lange Zeit. Bei einer solchen Festsetzung muß eine genaue sachliche Prüfung stattfinden. Ich möchte bei Frau Graf anregen, sich damit einverstanden zu erklären, daß i Ihr Antrag in diesem Sinne behandelt wird.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g :

Der Vorschlag des Herrn Stadtverordneten Mädge wird von Frau Graf geprüft werden. Ob Sie darauf eingehen werden, ist mir zweifelhaft, weil Frau Graf als Mitglied der Armendirektion an der Beschlußfassung teilgenommen hat, die die Grundlage für die gegenwärtige, ihr nicht ausreichend erscheinende vorläufige Regelung bildet. Es liegt mir fern, auf die Entschlüsse der Frau Graf einen Zwang auszuüben; jeder ist für die Auffassung verantwortlich, die er vertritt, aber ich glaube erklären zu können, daß nach den Auskünften, die wir bisher erhalten haben, die Stadt Braunschweig durchaus in der Reihe steht. Die Stadt Magdeburg hat z.B. unter dem 11. Oktober mitgeteilt, daß für den laufenden Monat eine Unterstützung von 140 M für Alleinstehende maßgebend sei, und dann sind wir mit 150 Mark um 10 Mark über diesen Satz hinausgegangen. Hildesheim schreibt unterm 22. November: Für Alleinstehende 90 Mark, -

da

da geben wir 60 M mehr. Frau Graf selber ist ein Mißgeschick insofern passiert, als sie ersucht, für Pflegekinder unter 6 Jahren 120 M festzusetzen, während diejenigen, die der Verlesung des Ratsschreibens aufmerksam gefolgt sind, gehört haben werden, daß wir 150 M und für Pflegekinder unter 5 Jahren täglich 1/2 Liter Milch dazu vorgeschlagen haben. Da Frau Graf den Armen freundlich gesinnt ist, liegt ihr selbstverständlich nicht daran, in diesem Falle 30 M abzuziehen. (Widerspruch) (Zuruf: 150 M ist vorgelesen). Ich glaube, wir werden nicht anders vorgehen können, als daß wir jetzt das Ergebnis der Ermittlung abwarten, das im Laufe der nächsten Woche abgeschlossen werden kann - die Frist läuft bis zum 20. Dezember. Der Rat ist nicht imstande gewesen, Hals über Kopf ohne diese Auskünfte Stellung zu nehmen. Wenn man die Sache ruhig überlegt, kann man zu einem anderen Resultat wie der Rat nicht kommen.

Stadtv. R e g e r : Meine Damen und Herren!  
Ich möchte Sie bitten, der Ansicht des Herrn Mädge<sup>d</sup> <sup>ur</sup>  
des Herrn <sup>Stadt</sup>rat von Frankenberg nicht zu folgen. Sie sehen,  
wie langsam und sachte der Antsschimmel hier gezo-  
gen hat. Es ist verdüchtig, Herr Stadtrat, daß  
diese Benachrichtigung an die Armenbezirksvorsteher  
gerade am 8. Dezenber erfolgte, just vielleicht einen  
Tag später nachdem der Antrag des Herrn Dr. Jasper  
eingegangen ist. (Zuruf des Stadtrats von Franken-  
berg: Falsch!) Dann ist es wohl einen Tag zuvor  
gewesen, in den man von der Absicht der Stellung  
des Antrages Wind gekriegt hatte. Jeder von uns  
ist davon überzeugt, daß durch die Überweisung an  
die kombinierte Kommission, die Herr Dr. Jasper  
bewerkstelligen wollte, eine Beschleunigung der  
Sache stattfinden sollte; stattdessen befindet sie  
sich noch im Zustande der Erädigung, und wenn die  
abgeschlossen ist, sind soundsöviel Leute bereits  
an Hunger/typhus gestorben. Das läßt Sie kalt, wenn

nur

nur die Sache gründlich behandelt ist. Legen Sie doch die Gehaltsgruppe XII zugrunde und fragen Sie Ihre Frau, was sie im Monat für den Haushalt gebraucht, dann wissen Sie, wie den armen Menschen zumute ist, die <sup>auch</sup> essen und trinken müssen und doch auch an den Genüssen des Lebens teilhaftig werden wollen. So problematisch, wie die Sache dargestellt wird, ist sie in Wirklichkeit nicht, wenn nur der gute Wille vorhanden ist, aber ich habe das Gefühl, daß dieser gute Wille nicht vorhanden ist. Zeugt es nicht von einer Gemütsverrohung ohne gleichen, daß die Forderung einer Armenunterstützung von monatlich 250 M der Ausbruch einer agitatorischen Idee sein soll. Ich erinnere daran, daß Herr Dr. Jasper damals sagte: „Wir haben unlängst die Armensätze festgesetzt, und ich kann mir nicht denken, daß seit der Zeit die Lebenshaltung so viel teurer geworden ist. Soweit ich unterrichtet bin, kostete bei der ersten Festsetzung das Schmalz höchstens

18 Mark und bald darnach war es schon auf 24 M gestiegen. So sprunghaft ist die Teuerung vor sich gegangen. (Zuruf.) Ich habe damals den Zuruf gemacht: Dann wissen Sie nicht, welche Preise gezahlt werden müssen. Der Fehler des ganzen Systems ist, daß es zu starr ist.

Herr Stadtverordneter Mädge meinte, es müßte ein Satz festgelegt werden, zu dem wir Prozente zulegen sollten, falls die Teuerung noch zunimmt oder von dem wir Abzüge zu machen berechtigt wären, wenn die Teuerung fällt. Da erinnere ich daran, wie seit Jahren 10 Kohlenkarten im Werte von 1 M an die Armen ausgegeben werden. Dafür konnte man in früheren Zeiten sehr schön Feuerung kaufen. Gehen Sie jetzt aber einmal hin und kaufen sie mit diesen Karten Kohlen, wo der Zentner Brikkett 29 M kostet. Wenn Sie das bedenken, dann wissen Sie, was die Haushaltsvorstände mit diesen Kohlenkarten anfan-

gen

gen können.

Ich bitte Sie, den Antrag der Frau Graf heute anzunehmen, damit die Armensätze endlich genügend erhöht werden. Der Mensch verhungert nicht in 3 - 5 Tagen, sondern das geschieht langsam, wir aber wollen nicht mit daran schuld sein. Was nützt uns die Errichtung von Kinderheimen, wenn der Nachwuchs unterernährt und verkrüppelt bleibt. Das Versagen der Armenpflege gibt die Prädestinierung zu einem solchen Nachwuchs. Darum bitte ich Sie, stimmen sie dem Antrage der Frau Graf zu, dann haben die Leute Gelegenheit, daß sie sich etwas zu essen holen können und sind nicht auf die schönen Worte des Rates angewiesen.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g : Ich nehme es als selbstverständlich an, daß Herr Regener, als er sagte, das Verhalten in dieser Sache zeuge von einer Gemütsverrohung, niemand der Anwesenden, weder am Ratstische noch sonst im Saale gemeint hat; der Herr Vorsitzende hätte das sonst ja auch gerügt. (Sehr richtig!) Im übrigen glaube ich Herrn Regener gegenüber darauf hinweisen zu können, daß die Verhandlungen der Armendirektion mit den Bezirksvorstehern, seitdem die bedauerliche Teuerung eingesetzt hat, fortwährend im Gange gewesen sind. Wir haben vom 1. November ab die neuen Sätze eingeführt, haben, als gestern vor acht Tagen eine weitere Erhöhung durch die Armendirektion beschlossen wurde, vom 1. Dezember ab die Sache durchführen lassen und haben heute weiter den Beschluß gefaßt, diese letzte Rundfrage zu veranstalten und sofort den Stadtverordneten Mitteilung zugehen lassen. Sie sehen, daß der

Amts-



Amtsschimmel durchaus nicht langsam angezogen hat.  
(Zwischenruf.) Solange ich in Armensache arbeite,  
sind Sie, Herr Regener, der erste, der es wagt, den  
Vorwurf zu machen, daß unsere Arbeit sich im lang-  
samen Tempo bewegt. Alles, was in dieser Sache  
zu geschehen hatte, ist mit möglichster Beschleuni-  
gung vor sich gegangen, ich habe es mir besonders  
angelegen sein lassen, die Angelegenheit so rasch  
wie möglich zum Abschluß zu bringen. Wenn der Rat der  
Stadt es trotzdem für nötig gehalten hat, neue Un-  
terlagen dafür zu gewinnen, ob nicht andere Städte  
höhere Sätze bezahlen, so bedeutet das ein Entgegen-  
kommen gegenüber der Auffassung der Frau Graf, sonst  
hätten wir uns auf den Standpunkt stellen können,  
den die Mehrheit der Armenbezirke eingenommen hat.  
Das haben wir nicht getan. Uns daraus einen Strick  
drehen zu wollen, zeugt von einer bedauerlichen Ver-  
kennung der ganzen Sache. (Sehr richtig!)

Stadt. Frau S c h u l z e : Meine Damen und Herren: Ich vertrete auch heute noch den Standpunkt, den ich in der Armendirektion eingenommen habe: daß ~~man~~ den armen Menschen, die nicht arbeiten können, die krank, bettlägerig sind und nichts weiter haben als das ihnen von der Stadt Zugewandte, auf <sup>nd</sup>irge eine Weise noch geholfen werden muß. Ich habe das Vertrauen zu den hiesigen Armenpflegern und Bezirksvorstehern, daß sie in ihren Bezirken denen helfen, die in dieser Weise betroffen sind. Dafür müssen wir ihnen Mittel zur Verfügung stellen. Man soll aber nicht einfach sagen: Wir erhöhen die Armensätze ohne Rücksicht darauf, wer in Armenpflege ist. Wer täglich in dieser Arbeit steht, der weiß auch, daß sehr viele von der Armenpflege Unterstützte noch andere Einnahmen haben. Ich kann Ihnen darüber einen Fall erzählen - der Name tut nichts zur Sache. In der vorigen Woche komme ich in die Wohnung einer Familie, die schon jahrelang in Armenpflege steht, und treffe

Er saß den Mann mit Stiefel und Überzieher angezogen.  
Ich frage: „Sie haben wohl Arbeit, Sie sind Gelegenheitsarbeiter? Was haben Sie denn verdient?“ Er antwortete mir: „Ich habe keinen Verdienst.“ Trotzdem wußte ich aber schon, als ich in die Wohnung trat, daß der Mann Verdienst haben muß. Solche Menschen haben wir ~~MASSIV~~ viele in der Armenpflege, und auch das hat der Krieg verschuldet. Wir wissen, daß nicht jeder aus dem Kriege so willensstark zurückgekommen ist, um sich zu sagen: „Du hast die Pflicht, für dich und deine Familie zu sorgen.“ Da bin ich der Ansicht, daß man in dieser Hinsicht einen Unterschied macht. Man braucht die Armensätze nicht höher zu setzen, wie heute hier vorgeschlagen ist, aber denjenigen armen Menschen, die weiter nichts haben, mag man auf irgend eine Weise helfen, sei es durch das Wohlfahrtsamt oder durch die Bezirksarmenpfleger, denen noch andere Mittel zur Verfügung gestellt werden, Geld, Kohlenscheine oder sonst etwas, was die Leute haben müssen. Man muß auch an die Arbeiter

Arbeiter denken, die eine große Familie haben, ihre Pflicht und Schuldigkeit tun, indem sie von früh bis spät arbeiten und doch noch Hilfe nötig hätten. Ich empfinde es als eine Ungerechtigkeit, wenn solche noch für andere arbeiten sollen, die da sagen: „Ich habe keinen Verdienst“ und doch trotz ihres gelegentlichen Arbeitsverdienstes das Armengeld ohne weiteres einstecken.

*Und für die Häuser mit für zahlen müssen -*

Stadt v. T o s t m a n n : Als seinerzeit mein Antrag beraten wurde, hat Herr Mädge erklärt, daß er meinem Antrage nicht zustimmen könne, daß er aber ohne weiteres zustimmen würde, wenn ein Antrag käme, die Sätze der Armenunterstützung zu erhöhen, denn das Existenzminimum müßten diese Leute haben. Ich habe damals geantwortet, wir würden Gelegenheit geben, diese Zustimmung erteilen zu können, aber der Verdacht, den ich damals schon ausgesprochen habe, verwirklicht sich heute abend. Wir haben aus dem Munde des Herrn Mädge erfahren, daß er selbstverständlich den Armen helfen will, aber die Unterstützungssätze zu erhöhen, ist er augenblicklich nicht in der Lage, sondern dazu müssen seiner Ansicht nach noch Ermittlungen stattfinden, damit wir ja nicht mit den Sätzen zu hoch gehen. Ich habe damals schon darauf hingewiesen, daß jeder an seinem Leibe verspüren könne, was nötig ist; er mag nur seine Frau fragen, was sie gebraucht. Ermittlungen brauche man deswegen nicht erst anzustellen. Frau Graf hat

Ja

ja schon ein treffendes Beispiel dafür angeführt, wie mit den paar notwendigsten Sachen schon die 150 M verbraucht sind. Was nun die Ermittlungen sollen, die in anderen Städten eingezogen werden, so kann es nur darauf ankommen, zu erfahren, wieviel bei den niedrigen Sätzen in anderen Städten schon verhungert sind. Ich kann mir nicht denken, daß die vom Rat angegebenen Sätze für einzelne Personen oder für den Haushaltungsvorstand hinreichend sind. Um das zu ermitteln, braucht man keine Erkundigungen einzuziehen, das ist so schon selbstverständlich.

Nun ist es richtig, daß an die Bezirksvorsteher das Ersuchen gerichtet worden ist, daß sie sich äußern möchten über die Höhe des Nötigen. Die Antworten sind verschieden ausgefallen, aber ein großer Teil derselben ist gleichmäßig ausgefallen, und zwar deshalb, weil man von einer Seite gedruckte Zettel herausgegeben hatte und viele Armenpfleger die darauf vertretenen Anschauungen vertreten haben. Aber es gibt

gibt Bezirke, die mit dieser Aufstellung nicht ein-  
verstanden waren, die eine ganz andere Auffassung

über die Pflege der Armen haben als diese Betreffen-  
den, *die die Forderung aufgestellt haben. Es wurde ausdrücklich erklärt:*  
und diese haben erklärt ~~ohne Rücksicht~~  
*daß die Sätze nicht aufzuheben, sondern den Armen mindestens*  
~~darauf, ob es Sozialisten oder Bürgerliche waren.~~

~~das sind keine Sätze, die heute gezahlt werden kön-~~  
~~nen, das <sup>ein</sup> Minimum von 250 M <sup>gewährt werden.</sup> müssen die Armen haben.~~

So war auch die Meinung der sämtlichen aus meinem  
Bezirk anwesenden Armenpfleger, nicht nur der Ar-  
beiter, sondern auch der Bürgerlichen. Sie sehen  
daraus: auch in diesen Kreisen hat man zum Teil  
sehr wohl Verständnis für die Bedürfnisse der Armen.

Nun ist in der Armendirektion das Ergebnis dieser  
Nachfrage gesiebt worden, und dabei ist das Resultat  
herausgekommen, was eigentlich kein Resultat ist.

Ich will nicht weiter auf das Beispiel hinweisen,  
das Frau Graf angeführt hat; Sie können sich ja auch  
schon aus den Auslagen in den Schaufenstern ein Bild  
davon machen, was eine Familie in der Armenpflege

gebraucht.

gebraucht. Auch im Oktober ist eine Nachfrage gehalten, und dabei ist als Ergebnis herausgekommen, daß von anderen Stellen mehr gezahlt wird, als wir damals zahlten, und so wird es wiederkommen, wie ich glaube. Ich habe Nachricht aus Leipzig, daß die Armen dort Fleisch nicht mehr essen können, sondern auf Schmalz und Margarine angewiesen sind, und doch hat es dort schon im September 250 Mark für den Haushaltsvorstand und für die Frau 204 M pro Monat gegeben. Solch ein Resultat hat uns Herr Stadtrat von Frankenberg nicht mitgeteilt, sondern eins von Hildesheim und von anderen Städten, ~~die unserer Meinung entgegen waren.~~ Es gibt also auch Städte, die höhere Sätze zahlen, und das Resultat wird die nächste Nachfrage denn auch ergeben. Deshalb ~~zitiere~~/// bin ich der Ansicht, daß wir die Erhöhung der Armenunterstützungssätze nicht hinausschieben können, sondern schon jetzt dem Antrag der Frau Graf zustimmen müssen, dann weiß der Rat der Stadt, welche Sätze

er



er auszahlen muß.

Wenn nun von Frau Schulze gesagt ist, daß den Armenbezirksvorstehern noch Mittel zur Verfügung stehen müßten, die an die Bedürftigsten der Armen ausgezahlt werden sollen, so weiß ich nichts von solchen Mitteln. Ich bin Bezirksvorsteher, aber mir sind noch keine solche Mittel übergeben worden. 450 M habe ich bekommen, die sollen aber an die ausgezahlt werden, die keine Armenunterstützung bekommen. Infolgedessen habe ich für die bedürftigsten Armen nichts Besonderes abzugeben.

Und wenn dann gesagt worden ist, es gäbe unter den Armen solche, die das Recht auf Unterstützung mißbrauchen, so gebe ich das wohl zu, aber es ist Sache der Bezirksvorsteher und der Armenpfleger, darauf zu achten, daß so etwas nicht vorkommt, daß sie die nötige Kontrolle üben. In dem Bezirk, wo ich Vorsteher bin, wird genau darauf geachtet - wir kennen unsere Pappenheimer genau. Solche einzelnen Vorkommnisse soll man aber nicht verallgemeinern.

meinern, denn es kann sich doch nur um einzelne Fälle handeln, so daß nicht die Rede davon sein kann, daß die Arbeiter im allgemeinen für solche Leute arbeiten müssen, die zu Unrecht Armenunterstützung beziehen. Solche Leute müßten selbstverständlich keinen Pfennig haben, aber diejenigen, die es nötig haben, müssen doch so viel bekommen, daß sie nicht verhungern.

Stadtv. F a y : Meine Damen und Herren!

Wenn man die vorgeschlagenen Unterstützungszahlen gehört hat und dazu die Illustration der Frau Graf - die wir uns ja auch selber machen konnten, denn soweit sind wir doch selber unterrichtet -, dann muß man sich wundern, daß von seiten der Antragsteller über diesen Punkt der Tagesordnung so lange geredet worden ist. Es wäre tatsächlich nötig gewesen, daß die Abstimmung schon stattgefunden hätte. - Wenn Sie auf Grund der Entgegnung des Herrn Mädge diese Reden <sup>auf</sup> ~~gegen~~ uns <sup>hin</sup> runter regnen lassen ~~wollen~~, so möchte ich doch die rechte Seite des Hauses dagegen in Schutz nehmen. Das gute Herz für die Armen brauchen Sie bei uns nicht <sup>suchen</sup> (Zuruf: Na, na!) Jedenfalls liegt es so, daß Herr Mädge mit seinen Worten nur den juristischen Standpunkt hat klarstellen ~~wollen~~, <sup>und</sup> ~~hat~~ damit sagen wollen, daß er die Sache genau festgelegt sehen will. Bei der Festlegung der Sätze selber wird er jedenfalls noch hinausgehen über den

Satz

Satz von 250 M, denn darüber ist sich die rechte Seite des Hauses und der Rat der Stadt einig, daß mit ~~diesen~~<sup>dem jetzigen</sup> Satze bei der heutigen Teuerung ein Haushaltungsvorstand nicht existieren kann.-Meine verehrten Damen und Herren! Wir haben vor acht Tagen der Beamtenbesoldungsreform bis oben hinauf zugestimmt, trotzdem Gegenanträge eingegangen waren, wir haben <sup>auf</sup> ohne weiteres den vorgeschlagenen Sätzen für die Arbeiter zugestimmt, <sup>mir</sup> auch der Erhöhung, die über die ursprüngliche Vorlage hinausgingen, wir <sup>haben</sup> gewissermaßen auf das Läuten der Weihnachtsglocken gehört; lassen Sie sie uns in diesem Falle auch hören, lassen Sie uns mitfühlen die Nöte der Ärmsten der Armen. Ich meinerseits wenigstens will unterstützen, daß höhere Sätze genommen werden. Ob das in formalem Sinne heute schon geschehen soll, oder ob der Rat erst diesen von ihm vorgeschlagenen formalen Weg noch gehen muß, das weiß ich nicht, aber davon bin ich überzeugt, daß der Rat imstande sein wird.

wird, nachdem er schon so viel bewilligt hat, im  
Vorschußwege <sup>auf</sup> diese höheren Sätze zu bewilligen.  
Wenn es nicht <sup>auf</sup> endgültig formalem Wege geschehen  
kann, dann bitte ich diese Sätze in der von mir  
vorgeschlagenen Weise zu bewilligen, und zwar so  
schnell, daß sie Weihnachten noch zur Auszahlung  
kommen können.

Stadtv. M ä d g e: Herr Tostmann spielte darauf an, daß er mir früher schon einmal entgegnet hätte, er bezweifle, daß ich meine Zusage ausführen würde, dafür einzutreten, daß ausreichende Unterstützungssätze festgesetzt würden. Herr Tostmann scheint in mir etwas unerklärlicherweise meine Worte so aufgefaßt oder in Erinnerung behalten zu haben, als wenn ich erklärt hätte, Wenn irgend ein Antrag auf irgendwie höhere Sätze kommt, daß ich unbedingt für jeden solchen Antrag eintreten würde. Ein<sup>derartiger Unsinn</sup> kann mir doch ein vernünftiger Mensch nicht zutrauen. Ich bin doch nicht von Gott verlassen, daß ich für Anträge stimmen sollte, die vielleicht auf eine Erhöhung auf 500 oder 1000 Mark hinauslaufen. Es ist selbstverständlich, daß ich nur für Sätze eintreten kann, die angemessen sind. Für das Notwendige werde ich ohne jeden Zweifel eintreten. Wenn ich heute sage: „Ich halte die Sache <sup>noch</sup> nicht für spruchreif“, so ist das durchaus keine Ablehnung einer bestimmten

Summe,

Sunne, sondern ich sage: Wir können heute eine definitive Regelung nicht treffen, weil wir die Unterlagen, die angefordert sind, nicht zur Hand haben und es erstaunlich sein würde, wenn wir - nachdem der Rat der Stadt sich Mühe gegeben hat, die Sache in Ordnung zu bringen, und da keine Verschleppungstaktik getrieben wird, sondern der Amtschimmel nicht müde wird und so schnell läuft, wie wir es nur wünschen können - in dieses schwebende Verfahren eingreifen. Das wäre doch ein unbegreifliches Vorgehen. Ich kann es also nicht verstehen, daß man sagt: Das alles muß sofort geschehen! Ich habe selbst schon angeregt, daß unter Umständen auch von der Armendirektion und vom Rat erwogen wird, <sup>daß</sup> wie z.B. in Leipzig, mehr bezahlt wird, und daß er beim weiteren Anziehen der Preise zunächst eine Zulage für den Monat Dezember gibt, und auch für den Januar, wo Kohlen gekauft werden müssen, noch etwas zulegt. Daß so etwas geschieht, dafür würde ich sein, aber keineswegs können

Sie

Sie mir einen Vorwurf <sup>daraus/</sup> machen, daß ich nicht ohne weitere Unterlagen Sätzen, wie sie Frau Graf aufstellt, zustimme. Wäre die Armendirektion und die Personen, die mit der Sache gründlich vertraut sind, im absoluten Einverständnis damit, dann würde ich, keine Bedenken tragen, zu sagen: „Schön, dann sind weitere Überlegungen überflüssig. Aber so legt uns Frau Graf eine Rechnung vor und Herr Tostmann - von dem ich allerdings annehme, daß er als Bezirksvorsteher <sup>T</sup> gut unterrichtet ist - verkündet uns, daß in Leipzig schon im September 250 Mark gezahlt sein sollen. Ja-wohl, das alles sind ohne Zweifel Sachen, die als Material berücksichtigt werden. Aber dann kommt die Äußerung der Frau Schulze, der man doch Sachkenntnis nicht absprechen kann, denn sie arbeitet doch auf diesem Gebiete - ich weiß ja nicht, wie weit ihre Sachkenntnis geht (Zuruf: Ihre Ansicht ist die des Rats!), aber ich habe von Leuten, die auch auf diesem Gebiete arbeiten, bisher über die Tätigkeit der Frau Schulze

nur



nur Lobenswertes gehört, daß sie sachlich objektiv und mit warmen Herzen wirkt, daß ihre Tätigkeit von den Kreisen, für die sie sorgt, auch anerkannt wird. Frau Schulze erklärte hier, die Regelung, wie sie zuletzt getroffen ist und die auch eine Verbesserung darstellt, sei ausreichend, man könne mit den Sätzen auskommen, wenn noch für besondere Fälle etwas getan würde. Ich will nicht sagen: Auf Grund der Äußerung der Frau Schulze allein, die nach Ihrer Ansicht die Meinung des Rats sein soll, stellen wir uns auf den Standpunkt: „Das jetzt Gewährte ist genug.“ Solch eine Stellung wollen wir gar nicht einnehmen. Aber warum scheuen Sie eine derartige Nachprüfung, wenn Sie wirklich der Überzeugung sind, daß die von Ihnen beantragten Sätze angemessen sind? Man kann doch Frau Schulze glauben, daß die Sache nicht so liegt, daß bei einer Nichtbewilligung gleich heute wirklich ein großes Malheur in der nächsten Zeit vorkommen wird. Die endgültige Regelung soll doch

doch nur vertagt werden, bis die Auskünfte erwogen sind, von denen Herr Stadtrat von Frankenberg sagte, daß am 23. die Frist für ihren Eingang abläuft. Bis zu der Zeit kann auch Herr Tostmann noch weitere Unterlagen bringen, die dazu getan werden können. Dann kann die Armendirektion das Material prüfen, und auch die Armenpflger können sich darüber äußern. Herr Tostmann kann für sich doch nur in Anspruch nehmen, daß seine Stimme so gewürdigt wird, wie die der übrigen Armenbezirksvorsteher. Er beruft sich auf die in seinem Bezirk herrschende Ansicht der bürgerlichen Armenpflger, ja, dann weiß ich nicht, warum wir uns heute aufregen sollen. Wir können zu dem Rat der Stadt das Zutrauen haben, daß er, wenn die Preise noch steigen und die allgemeine Stimmung der Armenpflger dafür ist, für diese kurze Zeit vorläufig erst einmal eine Zulage gibt, die die Armen aus der gefährlichen Notlage heraushilft. Ich kann aber nicht  
die

die Überzeugung gewinnen, auch aus den Worten der Herrn Testmann und Regener nicht, daß die Notlage heute derartig ist, daß heute eilig und durch endgültigen Beschluß geholfen werden muß - dem stehen die beachtenswerten Ausführungen der Frau Schulze entgegen. (Zuruf: Sie sind eben nicht arm, das ist der Fehler!) Sie doch auch nicht, ich glaube wenigstens nicht, daß Sie <sup>Unterstützung beifahren</sup> ~~arm sind~~. Ich bitte nochmals, daß der Antrag zurückgezogen wird und erledigt wird bei der allgemeinen und endgültigen Regelung. (Zuruf: Bis zum Sankt Nimmerleinstag !)

Stadtrat von F r a n k e n b e r g :

Auch wenn der Antrag Graf uns nicht als Material überwiesen werde/n würde, so würde es doch selbstverständlich sein, daß wir das, was heute dazu ausgeführt worden ist, auf das sorgfältigste bei unserm Vorschlage für die endgültige Ordnung dieser Sätze berücksichtigen; das sind wir den Stadtverordneten schuldig. Hinweisen möchte ich noch auf Folgendes: Es brauchen die Sätze, welche wir haben, nicht ängstlich als ein eng eingeschnürtes System angesehen zu werden. Es geht keine Sitzung der Armendirektion vorüber, in der wir nicht über diese Sätze erheblich hinausgehen, wenn Anlaß zu einem solchen Vorgehen vorhanden ist. Was Herr Fay wünscht und auch Herr Mädge, das wird von Sitzung zu Sitzung der Armendirektion schon fortwährend geübt. Wenn es beantragt wird, werden wir zu dem Vorschlage, für den laufenden Monat Nachträge zu bewilligen gern Stellung nehmen. Ich will nicht unterlassen, darauf hinzuweisen,

weisen,

weisen, daß es ein alter Brauch ist, in der Dezember-Sitzung mit Rücksicht auf das nahende Weihnachtsfest eine große Zahl von Gaben zu verteilen. Wir haben in dieser Sache neulich die große Freude gehabt, daß die Deutschen, die in Mexiko leben, uns namhafte Zuwendungen zugunsten der bedürftigen Kinder aus allen Ständen gemacht haben. Durch die Schulpflegerinnen und Wohlfahrtspflegerinnen haben wir den Beteiligten diese Spende zugute kommen lassen. Es ist aber ein geregeltes Handhaben solcher Angelegenheit nicht möglich, wenn von Woche zu Woche überstürzte Anträge auf Bewilligungen kommen. Die freundlich gemeinte Anregung des Herrn Fay stößt also auf Schwierigkeiten. Jede Armenunterstützung ist ein Vorschuß, es kann also bei allem, was wir in dieser Sache geben immer nur von einer Vorschußgewährung die Rede sein. Gönnen Sie doch auch den Organen der Armenpflege, den Armenpflegern, in dieser Frage der Höhe

Höhe der Unterstützungen das Wort. Sie haben sich dazu bereits eingehend geäußert. Es waren dabei drei Richtungen zu bemerken: Eine, die nicht wesentlich über die Sätze hinausgehen wollte, eine andere, die sehr weit, bis 250 M., ging, und die mittlere Strömung, die die stärkste war, und der sich mit den meisten Bezirken die Armendirektion angeschlossen hat. Ich glaube, es ist kein ganz schlechtes Wort, daß die Wahrheit meist in der Mitte liegt. Ich bitte: Fassen Sie heute keinen übereilten Beschluß, sondern verlassen Sie sich auf diejenigen Stellen, die mit der ~~Ver~~Handhabung der Armenpflege betraut sind.

Stadt v. T o s t m a n n : Meine verehrten Herrschaften! Selbstverständlich traue ich Herrn Hädge solchen Unsinn nicht zu, daß<sup>er</sup> zustimmen würde, wenn der Vorschlag auf eine Armenunterstützung von 1000 M für die einzelne Person gemacht werden würde, und das habe ich mit meinen Worten auch nicht gemeint. Aber er hat seinerzeit von einer angemessenen Unterstützung gesprochen. Was ist denn eine angemessene Unterstützung? Darüber mag jeder nur seine Frau fragen, und die wird ihm schon das Nötige sagen. Oder er kann auch die Preise in den Schaufenstern ansehen, dann wird er merken, was eine angemessene Unterstützung ist. Darüber erst noch Ermittlungen anzustellen, finde ich nicht für nötig.

Nun sagte Herr Stadtrat von Frankenberg, ein starres System sei es nicht, wo gesagt würde: Nur bis zu einem gewissen Punkte dürfen die Armenpfleger und Bezirksvorsteher gehen. Ich möchte einmal sehen, was geschähe, wenn ich einmal einem Pfleger über die

Taxe

Taxe hinaus gegeben hätte; dann hätte ich innerhalb dreier Tage ein Schreiben im Hause, daß ich den Mehrbetrag wieder einsparen solle. Alle Monate bekommt man ja solch ein Schriftstück. (Zuruf des Herrn Stadtrats von Frankenberg: Zur Begründung der Überschreitung!) Wenn man 5 Mark über die Kreide gegangen ist, wird es sofort moniert. Jeder Bezirksvorsteher hütet sich, mehr auszusahlen, als die Sätze nun einmal betragen. Wenn Bezirksvorsteher Sitzungen im Großen Saale abgehalten werden, so nimmt nicht jeder <sup>gern</sup> einige diesbezügliche Winke von Herrn Stadtrat von Frankenberg an. Deshalb schon sagt sich jeder: „Du zahlst nicht mehr, wie vorgeschrieben ist; dabei hört es auf.“



Stadt v. Frau Böhm: Meine Damen und Herren!

Immer sammelt man Unterlagen, aber in der Zwischenzeit können die Armen verhungern. Der Vorschlag, den Frau Graf gemacht hat: 250 M für die Haushaltsvorstände, ist nicht zu hoch. Den Herren von der Rechten möchte ich zu bedenken geben, daß sie keine zwei Tage mit diesen 250 M auskommen würden. Was Frau Graf als Ausgabe für die notwendigsten Lebensmittel angab, das ist noch lange nicht genug für Fett und Kartoffeln; dabei ist noch nichts zum Ankochen berücksichtigt, denn mit Fett und Kartoffeln werden auch die armen Familien wohl nicht auskommen können, sie müssen noch Reis, Graupen, Bohnen oder sonst etwas dazu haben. Werden die Ausgaben dafür noch berücksichtigt, so sind die 250 M bald überschritten. Frau Schulze kann ich wirklich nicht verstehen, wie sie als Arbeiterfrau sagen kann, daß jemand mit solchen Beträgen auskommen kann, daß 250

Mark

Mark Armenunterstützung als angemessen anzusehen  
sein sollen. Ich möchte dafür eintreten, daß nicht  
noch lange Unterlagen gesammelt werden, sondern einfach  
den Antrage von Frau Graf zugestimmt wird.

Stadtv. Dr. S c h u l t z e : Meine Damen und Herren ! Wir wissen alle, daß in gewissen Kreisen Not besteht. Damit es nun diesen Leuten <sup>mit zur Entlastung der Ratskassa</sup> nicht zu schlecht geht, möchte ich den Vorschlag machen, für den Monat Dezember eine bestimmte Zulage zu geben und dann die Anträge des Rates abzuwarten, durch die eine endgültige Festsetzung der Armenunterstützungssätze vorgeschlagen wird. Ich bitte, dies als einen Vermittlungsantrag anzusehen und folgendes zu beschließen : [ Die der Armenunterstützung unterstehenden Personen erhalten bis zur endgültigen Regelung der Armenunterstützungssätze, vorläufig nur für den Monat Dezember, eine monatliche Zulage von 80 M <sup>für</sup> den Haushaltungsvorstand, 60 M <sup>jede</sup> für weitere Erwachsene <sup>Personen</sup> und <sup>jede</sup> 40 M für Kinder über 6 Jahre zu den jetzigen Sätzen.

NB: "über 6 Jahre"

müssen für Kopien bleiben

(Kopf von  
Garnicht 16  
Tisch 1799  
Pena 1600  
K. 1799)

Stadtv. N e s s e n i u s : Meine Damen und Herren ! Die Materie ist nun wohl heute genug behandelt und schlage deshalb vor : Heute über 14 Tage kommen wir wieder zusammen und setzen die Besprechung fort, denn die Lösung dieser Frage ist so dringend, daß Gelegenheit genommen werden muß, die Angelegenheit restlos zu klären. Ich glaube, daß auch der Vermittlungsvorschlag des Herrn Dr. Schultze nicht weitgehend genug ist. Ich schlage vor, das vorliegende Material zu sichten und der in 14 Tagen stattfindenden Versammlung eine Vorlage zu machen, dieser die Berichte beizufügen, die der Rat der Stadt noch erwartet und dann die endgültige Feststellung zu machen. Sollte an einigen Stellen eine besondere Notlage vorhanden sein, so bitte ich, unsere Armenpfleger zu ermächtigen, besonders in dieser Weihnachtszeit von den weitergehenden Maßnahmen Gebrauch zu machen, wie sie Herr

von

von Frankenberg erwähnt hat. Da dürfen die Armenpfleger nicht denken, sie dürften weitergehende Anträge nicht stellen. Ich stelle den Antrag, die endgültige Beratung heute über 14 Tage stattfinden zu lassen.

Stadtv. Nessenius reicht folgenden Antrag ein :  
Am 29. Dezember ist auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung die Regelung der Armenunterstützungssätze zu setzen.

Stadtv. Frau G r a f : Wenn Herr Nessenius meint, daß wir mit der Erledigung dieser Sache warten sollen bis heute über 14 Tage, wo sie endgültig geregelt werden könne, dann möchte ich daran erinnern, daß wir bei alle den letzten Bewilligungen für Gehälter und Löhne immer gesagt haben, wir wollten darauf sehen, daß diejenigen, die in Genuß der erhöhten Bezüge kommen sollen, soweit es möglich ist, sie noch vor Weihnachten erhalten. Ich möchte deshalb bitten, auch zu dem heutigen Beschluß in der Armenunterstützungsfrage die Worte hinzuzusetzen : „Wenn möglich, noch vor Weihnachten.“ Wie viele der armen Kinder haben kein Weihnachtsbäumchen; sie müssen sich an der Freude anderer mit ergötzen. Ebenso möchte ich bitten, wenigstens das zu bewilligen, daß die armen Familien einigermaßen etwas zu essen haben, wenn sie auch auf das Bäumchen verzichten müssen.

Herr

Herr Fay sagte vorhin, ich hätte meinen Antrag nicht so eingehend zu begründen brauchen, dann *Nun,* müssen Sie <sup>schon</sup> wohl entschuldigen, daß ich das Vertrauen zu einigen verloren habe, auch zu Stadtverordneten, die in der Sitzung der Armendirektion zugegen waren und gegen diese Sätze, wie <sup>ich</sup> sie vorgeschlagen habe, gewesen sind, <sup>weil für</sup> ~~die~~ der Meinung waren, daß die niedrigeren Sätze für die heutige Zeit genügen. Deshalb hielt ich mich für verpflichtet, Ihnen einmal die wirklichen Teuerungsziffern vor Augen zu führen und Ihnen zu zeigen, daß tatsächlich die von mir angeführten Sätze den heutigen Verhältnissen entsprechen, nicht zu hoch, sondern lange noch nicht ausreichend sind, um einigermaßen leben zu können.

Herr Stadtverordneter Mädge meinte, man müßte erst umfangreiches Material sammeln, wenn er auch nicht sagen wolle, daß die Sätze zu hoch seien. Nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich frage : Wer ist's denn, der das Material zusammenbringt ?

Die

Die Armenpflege wird zumeist von Herren ausgeführt,  
Hausfrauen sind nur wenige <sup>maxim</sup> in der Armenpflege tätig.

~~Das~~ Gutachten und das Material dafür werden also  
in der Hauptsache von diesen Herren geliefert.

Ich glaube, wenn lauter Hausfrauen in der Armen-  
pflege tätig wären, so <sup>man</sup> käme ein anderes Resultat

~~heraus und die Gutachten würden anders lauten.~~ Ich

<sup>so mit</sup> kann ~~wohl~~ sagen : Ich bin <sup>als</sup> immer eine einfache Arbeiterfrau

~~gewesen und bin~~ daran gewöhnt, mich den

Verhältnissen anzupassen, <sup>ich</sup> bin nie über meine Ver-

hältnisse gegangen. Wenn also ich zu der Überzeu-

gung komme : „Daß ich so und so viel zum Haushalt

gebrauche, wenn ich meine Familie gesund erhalten

<sup>dann will ich, daß</sup> will, ~~so sind~~ diejenigen, die mit diesem Armengeld

<sup>haben</sup> auskommen sollen, nicht <sup>finst.</sup> imstande, ihre Familie bei

~~Gesundheit zu erhalten,“~~ <sup>finst.</sup> Sie können Sie meinen Worten

Glauben schenken und sagen : Ich muß das anerkennen,

<sup>noch</sup> die Sätze ~~sind~~ nicht so hoch, <sup>finst.</sup> wie sie sein müssen.

<sup>muß</sup> Es tut nicht nötig, daß noch anderes Material



gesammelt wird. Was soll denn <sup>damit</sup> begründet werden  
~~durch das andere Material~~ ? Will man vielleicht  
damit glauben machen, daß <sup>man</sup> die ~~Sätze~~ auch <sup>mit</sup> etwas  
~~niedriger ausfallen können~~ ? Sie müssen doch ein-  
sehen, daß sie nicht genügend sind.

Wenn hier <sup>= flossen nicht</sup> bestimmt wurde : „Die erhöhten  
Armenunterstützungen sollen gezahlt werden, ganz-  
~~gleich an wen~~“, dann heißt es doch immer nur :  
„bis zu“, also daß sie nicht immer vollständig aus-  
gezahlt werden, daß etwa noch vorhandene Einkünfte  
berücksichtigt werden sollen. Ich bin die aller-  
letzte, die die Faulheit hegen und pflegen will.  
Wer mich persönlich kennt, der weiß genau, daß ich  
alle diejenigen hasse, die gesunde Glieder, aber  
keine Lust zur Arbeit haben. Aber ich bin der  
Meinung, daß man die, die nicht selber für sich  
sorgen können, so weit unterstützen muß, daß sie  
leben können. Wenn es sich um Familien handelt,

die

die sich von der Arbeit drücken wollen, wie es Frau Schulze und auch Herr Testmann erwähnten, dann liegt es in der Hand der Armenpfleger, wie weit sie in der Bewilligung gehen. Es muß leider festgestellt werden, daß es eine Reihe Armenpfleger gibt, die ihre <sup>Armen</sup> ~~Leute~~ nicht so kennen, wie sie sie kennen müßten. (Zurufe : Überhaupt nicht ! - Es gibt auch Leute, die betrügen!) Das mag in Ihrem Bezirke wohl so sein, und Ihnen, Frau Schulze, spreche ich ~~die Kenntnis auch nicht~~ ab.

Wenn Herr Mädge vorhin sagte, daß Frau Schulze von allen Seiten gelobt würde, dann muß ich von mir sagen, daß ich - vor allen Dingen bei den Herren Bezirksvorstehern <sup>in den</sup> ~~und wenn die~~ Sitzungen der Armen-  
direktion ~~stattfinden~~ - nicht sehr beliebt bin,  
und zwar deshalb, <sup>nicht</sup> weil ich mich der Mühe unterzogen habe, in die Familien hineinzugehen, die von der Armenunterstützung leben und wo Krankheit eingezogen

war

war, daß <sup>mit mir</sup> ~~einem~~ <sup>manne ich selber mußte, daß</sup> das Grausen anging, wo allein-  
stehende Frauen, die 3 Kinder hatten, 3 und 4 Wo-  
chen lang krank lagen und der Herr Armenpfleger  
sich noch nicht einmal um sie gekümmert hatte.  
Ich will einen solchen Fall anführen : Ich fand  
eine Frau, die seit 3 Wochen an Lungenentzündung  
erkrankt war, mit 39 Grad Fieber. Sie hatte 3  
schulpflichtige Kinder, und der allergeringste  
Satz stand ihr zur Verfügung. Trotz ihrer Krank-  
heit hatte sie nicht mehr bekommen. Ihr Mittag-  
essen hatte sie vor sich stehen. Eine arme Frau  
nebenan hatte ihr getrocknete Birnen geschenkt,  
und die hatte sie mit Wasser aufkochen lassen.  
Das Zimmer war ungeheizt. Und dabei hatte ihr  
der Arzt gesagt, daß sie müßte sich gut ernähren,  
es sei Unterernährung bei ihr festzustellen. Ich  
bitte Sie, wovon soll die Frau leben ? Es war  
nicht einmal trocken Brot im Hause. Den Fall

habe

habe ich gemeldet und die Folge davon ist, daß ich das Wohlwollen der ganzen Bezirksvorsteher nicht mehr habe. Ich betrübe mich deswegen allerdings nicht, sondern freue mich dessen vielmehr.

Ich möchte bitten, meinem Antrage stattzuge-  
ben, <sup>außerordentlich</sup> ~~wenigstens~~ aber dem, was Herr Fay vorgeschla-  
gen hat. Er will sein gutes Herz sprechen lassen  
und wünscht, daß, wenn die von mir vorgeschlagenen  
Sätze nicht festgelegt werden, wenigstens vor-  
läufig diese Sätze, <sup>beson zu Abweisung</sup> ~~gezahl~~ werden, weil er <sup>auf</sup> ~~einsieht~~,  
daß die Armen nicht mit weniger auskommen können.  
Ich möchte Sie bitten, ~~von dem Grundsatz auszu-~~  
<sup>befreiigen</sup> ~~gehen~~ : Wer schnell hilft, hilft doppelt !

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Der Beschluß der Armendirektion und des Rates, sich der großen Mehrheit in der Meinung der Armenbezirke anzuschließen und die heute mitgeteilten Sätze für richtig anzusehen, ist hauptsächlich mit darauf zurückzuführen, daß bekanntlich inzwischen der Reichstag ein Gesetz zur Ergänzung der Bezüge der Invaliden- und Altersrentenempfänger beschlossen hat. Dort ist bekanntlich gesagt, daß diesen Rentenempfängern ein gesicherter Bezug bis zu 3000 M jährlich zukommen soll. Das bedeutet genau 250 M monatlich, wie es Frau Graf und Herr Testmann Ihnen für die Armenunterstützung vorschlagen. Da haben wir uns in der Armendirektion und im Rat der Stadt gesagt : Wenn ein solcher Rentner in lebenslanger Tätigkeit und durch Beitragsleistung sich eine Rente in einem Betrage von 250 M erwirbt und der Notbedarf für diese Rentner auf diese Höhe eingeschätzt wird, dann ist es nicht richtig, denjenigen, der

als

als Empfänger einer Armenunterstützung an die Öffentlichkeit herantritt, mit demselben Maß zu messen, sondern wir haben gemeint, daß es richtig wäre, einen davon verschiedenen Maßstab anzulegen und die Rentenempfänger etwas auskömmlicher versehen sein zu lassen als diejenigen, die Armenunterstützung erhalten. Das mag manchen von Ihnen hart und streng erscheinen, aber die Armendirektion ist doch auch in vielen Beziehungen entgegengekommen. Eine Unbilligkeit würde es meiner Ansicht nach gegenüber den Alters- und Invalidenrentnern sein, wenn wir diejenigen, die sich nicht durch Beitragszahlungen einen Rentenanspruch erworben haben, mit ihnen gleichstellen würden und die Empfänger von Armenunterstützung gleichsam zu Stadtrentnern machten, die dieselben Bezüge erhielten.

Der Antrag des Herrn Stadtverordneten Schultze ist durchaus beachtenswert. Es wird aber über-

sehen

- 258a -

mit besonderer Freude zu begrüßen sein.

Stadtv. H e r b s t : Meine Damen und Herren!  
Zu der Sache selbst möchte ich nichts mehr sagen -  
ich glaube, was dazu zu sagen nötig wäre, ist  
erschöpft. Nicht aber schweigen kann ich zu dem,  
was Frau Graf in ihrer letzten Rede angeführt hat.  
Wir haben es in den Bezirksversammlungen allerdings  
als reichlich unangenehm empfunden, wenn Frau Graf  
gegen uns Armenpfleger vorgegangen ist. Vernünftigen  
Vorstellungen sind wir immer gern nachgekommen, aber  
es muß unangenehm empfunden werden, wenn man mit  
allgemeinen Reden kommt, nichts beweisen kann und  
keine Namen angibt (Zuruf der Frau Graf : Ich werde  
Sie nicht wieder schonen !). Wir bitten, bei sol-  
chen Gelegenheiten uns allemal die Namen derjenigen  
zu nennen, die in ihrem Amt als Armenpfleger nicht  
so gehandelt haben, wie sie handeln sollen, dann  
wird das auch von uns gerügt werden. Aber diese  
genauere Bezeichnung müssen wir verlangen, nicht  
allgemeine Anschuldigungen, sondern **K** Tatsachen

mit



mit Namensnennung. Das möchte ich im Namen der Armenpfleger verlangen, die in einem mühevollen Amt stehen, denn das Amt eines Armenpflegers ist durchaus kein angenehmes. Die Amtsführung ist nicht so einfach, wie es hingestellt wird, und es sind auch nicht nur einzelne Fälle, bei denen der Armenpfleger von den Unterstützungsempfängern übers Ohr gehauen <sup>werden</sup> wird; es ist das vielmehr der Fall, als es von Herrn Testmann hingestellt wurde. Was den Armen zukommt, unbedingt ! Aber in jeder Beziehung muß darauf geachtet werden, daß der Armenpfleger nicht hinters Licht geführt wird, und das kommt leider Gottes sehr oft vor. Daß manchmal auch eine gewisse Härte eintritt, läßt sich allerdings nicht bezweifeln, denn wir alle sind Menschen.

Stadtv. S t e i n e r t : Meine Damen und Herren ! Wenn Herr Herbst sich so vor den Kopf gestoßen fühlt, daß meine Freunde und Frau Graf es mißbilligen, daß verschiedene Armenpfleger es nicht für nötig halten, in den Sitzungen der Armenpfleger zu erscheinen, so kann ich Herrn Herbst auch mit Tatsachen dienen, wie er sie haben wollte. Vor allen Dingen möchte ich darauf hinweisen, daß in der letzten Bezirksführersitzung von einigen Bezirksführern gesagt worden ist, sie könnten kein Resultat aus ihren Bezirken bekanntgeben, weil keine Armenpfleger in ihren Bezirkssitzungen dagewesen sind. (Sehr richtig!) Auch aus meiner Tätigkeit als Armenpfleger kann ich Herrn Herbst mit Namen dienen. Ich bin schon eine ganze Zeit lang Armenpfleger, bin in sämtlichen Armenpflegersitzungen gewesen, habe aber leider den Fabrikanten Schmalbach noch in keiner Armenpflegersitzung

ge-

gesehen. Ich glaube, das dürfte Herrn Herbst genügen, sodaß er sich nicht zu sehr über seine Freunde ins Zeug zu legen braucht. Die Herren wollen wohl nach außen hin mit ihrem Namen glänzen, daß sie ihre Tätigkeit als Armenpfleger ausüben, aber in Wirklichkeit lassen sie, wenn die Armen kommen, durch ihre Beamten das Geld auszahlen, und schon ist ihre Tätigkeit erledigt. Ach nein, es wird denn doch mehr verlangt von den Armenpflegern; sie sollen auch mit Taten dienen und das Amt selbst ausführen, wie es von ihnen verlangt werden kann.

*Konferenz Aufzuchtserziehung des Marktk. v. Frankenberg*

Stadtv. Dr. S c h u l t z e : Ich möchte mei-

nen Antrag dahin abändern, daß an der Stelle, wo  
*60.66 für 1000*  
~~„Kinder über 6 Jahre“~~ steht, der Zusatz „über 6 Jahre“  
*hinzugefügt*  
~~gestrichen~~ wird (Zuruf des Stadtrats von Franken-  
*der 1000 Mark gilt* *Platz* *4000 Mark müssen* *bestehen*  
berg: ~~also für alle Kinder~~). *In dieser Form möchte*  
ich meinen Antrag aufrecht erhalten. Man weiß, was  
Kinder in dem Alter, wo die Muskulatur ansetzt, für  
Kosten machen, da sie dann gut genährt werden müssen,  
und deshalb würde ich es nicht für zu viel halten,  
wenn auch diese Kinder mit berücksichtigt werden  
und so den kinderreichen Familien besondere Zuschüs-  
se geleistet werden.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Die geschäftskundige Leiterin des Wohlfahrtsamtes hat erklärt : Wenn wir mit dem Satze für Pflegekinder auf 150 M hinaufgehen und für Kinder unter 5 Jahren noch die nötige Milch geben, dann bekommen wir damit ausreichend Pflegestellen. In dieser Höhe wird der Satz für Pflegekinder empfohlen von der Gruppe, die von den Ansichten des Herrn Testmann und Frau Graf abweichen<sup>A</sup>; Frau Graf hat dafür nur 120 M beantragt. (Zuruf : 150 M beantragen wir!!) Wenn Sie jetzt 150 M festgesetzt zu sehen wünschen, dann haben Sie sich damit unseren ~~WM~~ Sätzen angepaßt. In alle den angeführten Fällen noch Zulagen zu den Ihnen heute mitgeteilten Sätzen zu gewähren, das würde ich bei aller Wertschätzung der Sachkunde des Herrn Stadtverordneten Dr. Schultze als über das Ziel hinausschießend bezeichnen müssen. Ich möchte die Versammlung bitten, in Überlegung zu

ziehen

ziehen, ob nicht berechtigten Wünschen schon dadurch entsprochen werden kann, daß Sie beschließen, durch die Armendirektion den Armenbezirksvorstehern mitteilen zu lassen, man möge in besonderen Notfällen eine Zulage bis zu 25 % der Sätze vom Dezember geben. Damit wird die Armenpflege über die bösen Zeiten hinwegkommen.

In der Abstimmung wird der Antrag **G r a f** abgelehnt.

(s. L. 192)

und darauf der Antrag **S c h u l t z e** angenommen.

(s. L. 246 und 263)

**V o r s i t z e n d e r** : Der Antrag des Herrn **Nessenius**, der wünscht, auf die Sitzung vom 29. Dezember die Regelung der Armenunterstützungssätze zu setzen, ist damit wohl noch nicht als erledigt anzusehen.

(s. L. 248)

Stadtv. Dr. J a s p e r : Meiner Ansicht nach ist das gar kein Antrag, der zur Abstimmung oder Besprechung verstellt werden kann. Es kann auf die Tagesordnung nur eine Ratsvorlage oder ein Antrag aus dem Hause gestellt werden, und aus dem Hause liegt ein geschäftsordnungsmäßiger Antrag nicht vor.



V o r s i t z e n d e r : Herr Nessenius  
wünscht mit seinem Antrage, daß am 20. Dezember  
eine Vorlage des Rates in dieser Angelegenheit  
beraten werden soll.

Stadtv. N e s s e n i u s : Ich wundere mich,  
nicht von Ratsseiten aus zu hören, daß am 29.  
Dezember eine Sitzung stattfinden soll. (Zuruf :  
Das ist nicht Sache des Rates ! )

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Dem Wunsche des Herrn Nessenius will ich entgegenkommen, indem ich folgendes mitteile : Wir hatten uns vorgenommen, die geehrte Versammlung am Schlusse der Tagesordnung zu ersuchen, zwischen Weihnachten und Neujahr noch eine Sitzung abzuhalten, und zwar aus folgendem Grunde : Die Ausgaben sind nunmehr angenommen, aber nun müssen wir daran denken, das Geld dafür zu beschaffen, und wollen vorschlagen, trotz der Einwendungen, die vor einiger Zeit dagegen gemacht worden sind, die Preise für Gas und Wasser zu erhöhen. Es kommt hinzu, daß die Satzung über die Vergnügungssteuer geändert werden muß, weil das vom Reichsfinanzminister beantragt worden ist. Ich habe also an die geehrte Versammlung das Ersuchen zu richten, zwischen Weihnachten und Neujahr noch einmal zu tagen.

V o r s i t z e n d e r : Nach den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters dürfte es also wohl Tatsache werden, daß zwischen Weihnachten und Neujahr eine Sitzung stattfindet; es kann also dem Wunsche des Herrn Nessenius entsprochen werden.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Schlange kein sachlicher Antrag oder eine Vorlage des Rates <sup>eingegangen ist</sup> stattfindet, kann hier nicht abgestimmt werden. Es ist aber möglich, den Vorsitzenden zu beauftragen, eine Sitzung in der Zeit anzusetzen.

V o r s i t z e n d e r : Jedenfalls ist es die Absicht des Herrn Nessenius, durch seine Anregung den Wunsch der Stadtverordneten, diese Armenunterstützungssätze definitiv zu regeln, in Erfüllung gehen zu lassen, denn die Regelung nach dem Antrage Schultze ist nur eine solche für den Monat Dezember.

Stadtv. M ä d g e : Ich muß mich den Ausführungen des Herrn Dr. Jasper in vollem Umfange anschließen. Der von Herrn Nessenius eingebrachte „Antrag“ ist kein Antrag und es kann nicht darüber abgestimmt werden. Der eine wünscht dies und der andere das; wenn man die Wünsche der einzelnen Mitglieder des Hauses entgegennehmen wollte, so wäre das unmöglich.

V o r s i t z e n d e r : Ich bleibe auf dem Standpunkt stehen, daß die Stadtverordnetenversammlung beschließen kann, den Rat zu ersuchen, diese Armenunterstützungsfrage auf die Tagesordnung der Sitzung vor Neujahr zu setzen, das heißt : die versprochene Vorlage der Versammlung zu unterbreiten.



Stadtv. Dr. J a s p e r : Eine solche Ver-  
kennung des Verhältnisses zwischen Stadtverordne-  
ten und Rat der Stadt ist mir bei einem Vorsitzen-  
den noch nicht vorgekommen. Wer beruft die Sitzun-  
gen ein ? Der Stadtverordnetenvorsteher. Wer  
setzt die Tagesordnung fest ? Der Stadtverordneten-  
vorsteher, und nicht der Rat. Wir können das  
Ersuchen an den Rat richten, die Vorlage möglichst  
zu beschleunigen, und wenn sie da ist, kann sie  
auf die Tagesordnung gesetzt werden, sonst aber  
nicht. Herr Nessenius hat keinen sachlichen An-  
trag gestellt, der Antrag Graf ist erledigt -  
was wollen Sie denn auf die Tagesordnung setzen ?

V o r s i t z e n d e r : Wir reden an einander vorbei. Die Stadtverordnetenversammlung kann doch den Wunsch aussprechen, daß der Rat der Stadt die ~~verprochen~~ versprochene Vorlage auf diese Tagesordnung setzt. (Zuruf : Das kann er nicht ! - Zuruf Sievers: Die Vorlage so beschleunigt einbringt, daß sie auf die nächste Tagesordnung gesetzt werden kann. )

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Ich will Ihnen nicht Gelegenheit geben, offene Türen einzurennen, und erkläre deshalb : Der Rat ist entschlossen, Ihnen sobald als möglich die versprochene Vorlage zugehen zu lassen. Was ich daran tun kann, daß die Vorlage in der nächsten Sitzung behandelt werden kann, das soll geschehen. Wer nun nicht der Meinung ist, daß meine „Gemütsverrohung“ einen bedenklichen Grad erreicht hat, kann sich mit dieser Erklärung zufrieden geben.

V o r s i t z e n d e r : Ich nehme an, daß nach dieser Erklärung die Versammlung einverstanden ist, daß der Antrag des Herrn Nessenius erledigt ist.

Es stehen auf der Tagesordnung noch 3 Anfragen aus der vorigen und 2 aus dieser Sitzung. Ist die Versammlung bereit, die Sitzung noch fortzusetzen ?

In der Abstimmung entschließt sich die Versammlung für Schluß der heutigen Sitzung.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung.

Schluß der Sitzung 8 3/4 Uhr.

B e r i c h t  
über die Verhandlungen der Stadtverordneten  
zu Braunschweig  
in deren Sitzung am 29. Dezember 1921.

---

Tagesordnung:

- 1) Zeitweise Erhöhung des offenen Kredits der Stadt bei der Staatsbank.
- 2) Antrag auf Ausübung des Vorkaufsrechts seitens der Stadt bezüglich eines Grundstücks (Sanders Erben).
- 3) Antrag auf Aufhebung eines Beschlusses des Rates der Stadt wegen Ausübung des Vorkaufsrechts (Retenburg).
- 4) Antrag G r a f auf Erhöhung der Löhne für die Reinmachefrauen in den städtischen Schulen.
- 5) Anfrage S t e g m a n n , betreffend die Erhaltung der Turnuhren.
- 6) Anfrage S t e v e r s , betreffend Errichtung eines städtischen Jugendheims.

- 7) Antrag **F a y** auf Einrichtung einer Pforte in der Einfriedigung des Hauptfriedhofes dicht hinter der Brauerei Streitberg.
- 8) Antrag **H e s s e n i u s** , bis Ostern 1922 für die Kinder der Siedler in Lehdorf Schulgeldfreiheit zu gewähren.
- 9) Antrag **S t e g m a n n** , betreffend Erhöhung des als Existenzminimum in der Erwerbslosenfürsorge festgesetzten Betrages.
- 10) Nachherwilligung eines Beitrages für den Deutschen Städtetag.
- 11) Neuwahl der Beisitzer des Einigungsamts für Kleingarten- und Kleinpachtland.
- 12) Anbringung von vier Doppelfenstern im Gildehause.
- 13) Gesuch des Sportvereins Wacker um Überweisung des Eisenbütteler-Spielplatzes.
- 14) Legung eines Wasserhauptrohres auf der Charlottenhöhe.
- 15) Änderung der Satzung über die Vergnügungssteuer.
- 16) Herriichtung eines Lastkraftwagens zu Wassersprengzwecken.

- 17) Zuschuß zur Weiterführung der Geschäfte der Luftverkehrsstelle.
- 18) Erhöhung der Gas- und Wasserpreise.
- 19) Aufnahme eines Rechtsstreits (Kühnel).
- 20) Erweiterung der Werkstätten und Lagerräume auf dem Gelände des Wasserwerks Bürgerpark.
- 21) Erhöhung der Armenunterstützungssätze.
- 22) Erhöhung der Gebühren für Benutzung der Brausebäder.
- 23) Zuschuß der staatlichen Bewilligung für Unterstützungsbedürftige in der Stadt Braunschweig (besonders der nicht unterstützten Erwerbslosen).

-----

An Ratstische die Herren Oberbürgermeister  
R e t e n e y e r , Bürgermeister M e y e r ,  
Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g , Stadtbau-  
rat G e b e n s l e b e n , Stadtrat S c h a p e r  
Stadtrat V ö g l e r , sowie die Stadträte L a n -  
g e m a n n , P i n n o w und R a l f s .

Es fehlte Herr Stadtverordneter H e r b s t .

**Vorsitzender F r e d e :** Ich eröffne die Sitzung der Stadtverordneten und erteile dem Herrn Oberbürgermeister vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort.



1. Zeitweise Erhöhung des offenen Kredits der Stadt bei der Staatsbank.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Meine verehrten Damen und Herren. Es ist Ihnen bekannt, daß der Stadt bei der Braunschw. Staatsbank ein Kredit in Höhe von 30 Millionen Mark eröffnet ist. Diese 30 Millionen waren in der letzten Zeit schon erheblich überschritten, doch hat die Staatsbank dieserhalb Einwendungen nicht erhoben. Durch die sehr erheblichen Bewilligungen aber, die in der letzten Zeit <sup>erfolgt</sup> ~~eröffnet~~ sind, ist nun eine derartige Überschreitung dieses Kredits nötig gewesen, daß die Staatsbank Bedenken geäußert hat, ob in g~~lei~~cher Weise wie bisher verfahren werden könnte. Ich habe darüber mit der Staatsbank verhandelt und hoffe, daß wir in diesen Tagen noch das Geld bekommen, um alle bevorstehenden Zahlungen leisten zu können. Wir haben von dieser Sache hier bisher absichtlich nichts vorgebracht, weil - wie Ihnen bekannt ist - der Stadt ein Darlehen von 19 Millionen

Mark

Mark ~~bewilligt~~ gewährt werden soll, das auf Kosten des Reiches verzinst und getilgt wird. Aber die Verhandlungen darüber sind immer noch nicht ganz zum Abschluß gebracht, und <sup>infolgen</sup> ~~ebenfalls~~ dessen konnte der offene Kredit nicht herabgemindert werden.

Es muß allerdings auch eine Entscheidung darüber herbeigeführt werden, ob <sup>nach</sup> ~~Reichs~~zahlung der 19 Millionen weiter der offene Kredit in Höhe von 30 Millionen Mark bestehen bleiben soll; das bedarf der Zustimmung der Stadtverordneten und der Genehmigung des Ministeriums. Wir haben in unserem Bericht an das Ministerium darüber gesagt, daß wir die Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung, diesen Kredit bestehen zu lassen, sofort einholen würden. Aber damit kommen wir nicht über die nächste Zeit hinweg; bis die 19 Millionenanleihe endgültig genehmigt und gewährt worden ist, müssen wir damit rechnen, daß wir den Kredit bei ~~der Einnahmen-nicht-gegenüberstehen~~ <sup>aufrechter</sup> Staatsbank überschritten haben. Da nun in der nächsten Zeit uns ziem-

liche

lich erhebliche ~~Aus~~Zahlungen bevorstehen, denen entsprechende Einnahmen nicht gegenüberstehen, so bleibt nichts anderes übrig, als bis dahin, daß die Anleihe uns gewährt wird, einstweilen um Erhöhung der Kreditgrenze zu ersuchen. Am Sonnabend müssen die Zahlungen der Gehälter und Löhne erfolgen, und wenn weiter eine größere Zahlung für ~~Löhne~~<sup>Rosen</sup> noch ausgeführt wird, dann werden wir den Kredit bereits um 4 Millionen Mark überschritten haben - er wird dann annähernd die Summe von 34 Millionen Mark ausmachen. Da eine Besserung immer noch nicht in Aussicht steht, insbesondere niemand weiß, ob und wann wir den in Aussicht gestellten Zuschuß vom Reiche zu den gewaltigen Gehaltserhöhungen und Lohnaufbesserungen bekommen werden, so möchten wir Ihnen anheimgeben, den offenen Kredit bei der Staatsbank auszudehnen bis zu der Grenze von 37 Millionen Mark. Dementsprechend ist an das Ministerium berichtet, und wir warten sehnsüchtig auf dessen Entscheidung. Wir wollen deshalb nicht zögern,

zögern, Ihnen jetzt sofort die Bitte ans Herz zu legen, Ihrerseits diesen Maßnahmen zuzustimmen. Es geht selbstverständlich nicht an, daß wir eines schönen Tages den Leuten, die von uns ihr Geld haben wollen, zu erklären: „Augenblicklich ist kein Geld mehr da.“ Hauptächlich Anlaß gegeben, diesen Kredit in Anspruch zu nehmen, haben die 25 Millionen für Kriegskonten, und darunter bildet ein Hauptkonto die Summe von 16 Millionen Mark, die wir für den Ankauf von Bretern ausgegeben haben. Diese erhebliche Summe kostet selbstverständlich eine erhebliche Menge Zinsen, aber andererseits haben wir den Trost, daß wir bis Mai oder Juni mit Korn eingedeckt sind. Selbstverständlich können wir keine Sendung Korn, die uns angeboten wird, zurückweisen, auch wenn wir noch mehr als 6 % Zinsen bezahlen müssen, denn mit Mehl müssen wir unsere Einwohner auf alle Fälle versorgen. Die einzelnen Posten brauchen wir wohl nicht im einzelnen aufzuführen.

Unsere Anträge gehen dahin - um es zu wieder-

Helen

nolen - : einstellen die Grenze des offenen Kredits der Stadt bei der Staatsbank auf 37 Millionen Mark zu erhöhen, und, sobald die Anleihe von 19 Millionen genehmigt sein wird, gleichwohl die Grenze des offenen Kredits auf 30 Millionen Mark zu belassen.

In der letzten Beziehung darf ich noch auf folgendes hinweisen. Wenn wir jetzt den offenen Kredit bis 34 Millionen ausgenutzt haben und demnächst 19 Millionen bekommen, dann würde dadurch doch nicht so viel gewährt werden, daß wir sagen könnten: „Mit dem dann uns verbleibenden kommen wir aus,“ denn die Zahlungen gehen weiter und die Einnahmen von Reichen stehen vorläufig noch nicht in Aussicht. Deshalb bleibt nichts anderes übrig, als die Grenze von 30 Millionen auch nach Aufnahme der 19 Millionen anleihe <sup>a</sup> Aufrecht zu erhalten. Wir hoffen, daß es nicht allzulange mehr dauern wird, bis die Finanzen der Stadt sich bessern. Ehe jedoch die Einschätzungen zur Reichseinkommensteuer nicht beendet, die

Steuer-

Steuern nicht ausgeschrieben <sup>sind</sup> und man nicht weiß, was eingeht und was eventuell von den Reichseinkommensteuern der Stadt mehr überwiesen werden, als <sup>nur</sup> ~~sie~~ nach dem Landessteuergesetz zu beanspruchen haben, eher ist keine Aussicht auf Besserung.

Ich bitte, den beiden Anträgen des Rats zuzustimmen und sie sofort zu beraten. Wir müssen sofort an das Ministerium berichten, damit es weiß, wie die Stadtverordnetenversammlung sich zu unseren Anträgen stellt.

Stadt v. S t e v e r s : Meine Damen und Herren!  
Wir haben schon einmal das Schauspiel erlebt, daß  
Millionengeschäfte der Stadt vom Rat der Stadt ~~aus~~  
uns <sup>- fflagen</sup> vorgelegt werden, ohne daß vorher uns etwas  
schriftliches darüber vorgelegt worden ist. Ich  
sehe nicht ein, warum der Rat der Stadt mit dem  
<sup>so furchtbar</sup> Papier/<sup>sparsam</sup> ist und nicht die Angaben hierüber,  
die sehr flüchtig und ~~un~~skizzenhaft gemacht sind,  
eingehend und klar zu Papier gebracht haben<sup>A</sup>. Dann  
wäre die Möglichkeit gewesen, über diese Frage zu  
urteilen. So aber bedeutet dieser Antrag weiter  
nichts als die Aufforderung: „Stadtverordnetenver-  
sammlung, schlucke die Sache! Wir haben euch das  
Material, um über die Angelegenheit sachlich zu  
urteilen, nicht an die Hand gegeben, damit ihr uns  
nicht Schwierigkeiten machen könnt, und jetzt ist  
es die höchste Zeit, daß ihr eure Zustimmung gebt!“  
Ich bin überzeugt, daß vorgestern der Rat der Stadt  
ganz genau diese Finanzkalamität schon kannte; er  
hätte also gestern eine Vorlage zur Verteilung

bringen

bringen und den Stadtverordneten damit Gelegenheit geben können, <sup>Haltung</sup> ~~einen Standpunkt~~ dazu einzunehmen.

[Von unserm politischen Standpunkte aus gesehen, sind wir über diese Schwierigkeiten der Stadt nicht überrascht. Die Wirtschaft, wie sie von Ihnen getrieben wird, kann so nicht weitergehen. Die Schuld wird all<sup>mählich</sup> ~~monatlich~~ von 30 Millionen auf 37 Millionen hinauf gehen. Auch wenn die 19 Millionenanleihe ~~ku-~~stande gekommen ist, will man die Zahl von 30 Millionen bestehen lassen, und so klettert die Zahl für <sup>den Kredit</sup> ~~die Anleihe~~ bei der Staatsbank immer weiter in die Höhe. Da drüben sitzt die große Mehrheit, die hierher gekommen ist, um die Stadt aus aller Not herauszureißen. Wo sind Ihre Taten? Ich merke nicht, daß seit 3/4 Jahren die Finanzlage der Stadt sich erholt hat, im Gegenteil, es geht immer tiefer in den Dreck hinein. Sie sind doch nur gekommen, um Ihre Wirtschaftsordnung in der Stadt aufrecht zu erhalten, sie zu stützen und zu heben. Meine Herren! Fangen Sie bald an, wenn Sie ihr System noch

stützen



stützen wollen! Sagen Sie nicht zu allem ja und Amen, sondern halten Sie sich die ernste Situation, die für Sie besteht, klar vor Augen.

Zu der vorgeschlagenen Finanzoperation an sich haben wir uns nicht ablehnend <sup>zu</sup> ausgesprochen, weil durch die zu kreditierenden Gelder die Zahlung der Gehälter und Löhne im wesentlichen <sup>möglich</sup> abhängig sein werden. Wir stimmen zu, um den Angestellten der Stadt nicht die unliebsame Überraschung bereiten zu müssen, daß sie ohne die Bezüge sind, die ihnen zustehen. Ich bemerke aber nochmals, daß wir dieses Gebaren der Stadt für wenig erfreulich halten, und das wir in Zukunft erwarten, daß der Rat der Stadt Millionengeschäfte zum mindesten mit derselben sorgfältigen Vorbereitung betreibt, wie es es sonst bei wenig Tausenden zu machen pflegt.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Diesen Rat hätten wir nicht nötig gehabt. Sie alle kennen uns, daß wir besonders im Geldpunkt nicht leichtsinnig wirtschaften. Es ist unwahr, daß die Sorge um das Rapter den Rat veranlaßt hat, Ihnen die Vorlage nicht schriftlich zu machen. Das ist lächerlich! (Zuruf Sievers: Das finde ich auch!) Selbstverständlich liegt die Sache anders, das versteht Herr Sievers aber nicht. (Zuruf Sievers: Aha!) Wir haben von Tag zu Tag darauf gerechnet, daß das Abkommen wegen der 19 Millionen mit der Staatsbank zustande kommen sollte, und das sind Sachen, die sich nicht für die Öffentlichkeit eignen, und deshalb nahmen wir Abstand, darüber in der Öffentlichkeit zu sprechen. Wir hatten angenommen, daß wir vor acht Tagen das Geld bekommen würden, und es ist nicht unsere Schuld, daß sich die Verhandlungen darüber hingezögert haben. Erst am Sonnabend ist uns mitgeteilt, wir könnten das Geld nicht gleich bekommen. Ich zweifle keinen Augenblick daran, daß wir es

selbstverständ-

selbstverständlich noch bekommen werden. Ich habe sofort der Finanzkommission die Sache unterbreitet, und ich glaube, der Finanzausschuß ist von Ihnen allen bisher immer noch als die sachverständige Stelle angesehen worden, die diese Sachen zu beurteilen weiß. Auch wenn ich Ihnen den Abschluß vorführe, aus dem sich ergibt, wieviel wir nötig haben, so würden Sie doch kein klares Bild über die Finanzlage der Stadt erhalten, denn dazu ist die ganze Aufstellung zu kompliziert geworden.

Wenn im übrigen Herr Sievers uns den Vorwurf macht, daß wir die Finanzen der Stadt nicht aufgebessert haben, so weiß der Herr doch, daß uns die Hände gebunden sind. Das Reich will uns die Einkommensteuer nicht mehr lassen, hat uns die Grundsteuer genommen, und so bleibt uns nichts Wesentliches mehr übrig. Aber gern hätte ich gehört, daß Sie, Herr Sievers, an anderer Stelle solche Reden gehalten hätten, nämlich im Landtage. Ich komme nicht darüber hinweg: Wenn uns im Landtage das

früher

früher zugesichert wäre, was wir dringend nötig haben, um uns über Wasser zu halten, dann stünde es besser um unsere Stadt und um die Gemeinden im ganzen Landtage. Ich weise darauf hin, daß wir keinen Pfennig Grundsteuer und Gewerbesteuer haben einziehen können, weil der Landtag noch nicht das Gesetz erlassen hat. Da hätte Herr Sievers mit seinen Worten einsetzen sollen. Ebenso ist uns noch kein Pfennig von der Grund<sup>gewer</sup>besteuer überwiesen, obgleich wir darauf Anspruch haben, aber das Gesetz dafür ist noch nicht fertig. Daran liegt die Schuld für unsere <sup>ungünstigen</sup> ~~unzulänglichen~~ Finanzverhältnisse, und es wäre eine Dankbare Aufgabe für den Herrn Landtagsabgeordneten Sievers, wenn er im Landtage dringend darum nachsuchte, daß diese Sache erledigt wird. Wir haben alles getan, was uns möglich war. Ich höre, daß auf der nächsten Tagesordnung diese Sache steht, und es sollte mich freuen, wenn nun endlich die nötigen gesetzlichen Unterlagen für uns zustande kämen. Ähnlich steht es mit der Überweisung der

Einkommen-

Einkommensteuer vom Staate. Wir bitten seit einem halben Jahre darum, daß uns die Beträge, die uns zukommen, zugewiesen werden; es ist uns nicht gelungen, das zu erreichen. Wir warten und warten, und haben schon <sup>zu dem</sup> (etwas verzweifelt, Mittel <sup>gegriffen</sup> geschafft, die Steuern, die wir für das Reich erhoben haben, teilweise zurück-zu-halten. So etwas sollte in einem geordneten Staatswesen nicht vorkommen, aber in der Not greift man nach dem Strohalm, und so haben wir auch das getan, was andere Städte mit uns getan haben. An uns liegt es nicht, daß die Finanzen der Stadt nicht besser sind.

Den von Herrn Oberbürgermeister vorgetragenen  
Anträge des Rats stimmt die Stadtverordnetenversamm-  
lung zu.

2. Antrag auf Ausübung des Verkaufsrechts seitens  
der Stadt bezüglich eines Grundstücks (Sanders Er-  
ben).

Stadt. J a h n s : Meine verehrten Damen und Herren! Schon in der letzten Sitzung hatte uns ein Antrag von verschiedenen Pächtern eines Grundstücks zwischen der Liebig- und der Cellerstraße beschäftigt, der dahin ging, das Verkaufsrecht für dieses Grundstück durch die Stadt auszuüben. Bei der Beratung im Rechtsausschuß und auch hier waren wir von falschen Voraussetzungen ausgegangen, und erst in der Plenarsitzung wurde festgestellt, daß es sich um ein ganz anderes Grundstück handelte, als das ist über welches wir im Rechtsausschuß in Verhandlung getreten waren. Wir haben jetzt genaue Unterlagen gehabt. Es handelt sich um das Grundstück der Frau Sander, welches sich längs der Liebigstraße hinzieht und bezüglich dessen verschiedene Kaufverträge abgeschlossen worden sind. Es handelt sich um Verträge zwischen dem Fabrikbesitzer Pieper, als dem

Vertreter

Vertreter der Sander~~s~~chen Erben, mit dem Kaufmann N. Voß, Cellerstraße 22, ferner mit dem Kaufmann H. Bretrück, Alte Wage 14 und dem Kaufmann W. Hamm, Humboldtstraße 25. Die notariellen Verträge sind dem Rat der Stadt erst jetzt vorgelegt, damit er sich erklären kann, ob er das Verkaufsrecht für diese Grundstücke ausüben will. Nach~~dem~~ wir im Rechtsausschuß die Lage der Grundstücke genau festgestellt und uns mit der Sache beschäftigt haben, sind wir zu der Überzeugung gekommen, daß das eine Grundstück, da es von mehreren Straßenzügen durchquert werden wird, Baugelände darstellt und ~~es~~<sup>es</sup> in Interesse der Stadt liegt diese Grundstück zu erwerben, damit später die Stadt das Grundstücksgeschäft selber zu machen und eigene Gebäude dort zu errichten in der Lage ist. Ebenso empfiehlt der Rechtsausschuß auch den Erwerb der beiden anderen Grundstücke. Der Rat der Stadt hatte gestern noch keine Stellung genommen, hat es aber heute morgen getan, und ~~es~~ ist inzwischen auch vom Rat der Stadt

der



der Antrag eingegangen, daß die Stadtverordnetenversammlung sich mit Ausübung des Verkaufsrechts einverstanden erklären möge. Beide Beschlüsse decken sich also, und so habe ich Ihnen Namens des Rechtsausschusses zu empfehlen, den Antrage des Rats auf Ausübung des Verkaufsrechts zuzustimmen.

3. Antrag auf Aufhebung eines Beschlusses des Rats  
der Stadt wegen Ausübung des Verkaufsrechts (Reten-  
burg).

Stadt v. B u r g d o r f f : Die bisherige Be-  
sitzerin der Retenburg bei Breitzem, Frau Goldapp,  
hat die Retenburg mit dem dazu gehörigen Lande ver-  
kauft an die Ehefrau des Bauunternehmers Johann  
Hülser, früher in Mühlheim an der Ruhr. Zu dem  
verkauften Grundstücke gehört 1/ die Retenburg  
selbst, 2/ die auf ihr ruhende Krugberechtigung,  
3/ ein auf Kröppelberge gelegenes Grundstück zu  
71,96 a und 4/ das Wirtschaftsinventar für den Be-  
trieb der Gastwirtschaft. Die Stadt Braunschweig  
hat bezüglich des unter Nummer 3 genannte Grundstücks  
zu 71,96 a das Verkaufsrecht ausgeübt, und nun wen-  
det sich Frau Goldapp an die Stadtverordneten mit  
der Bitte, den Beschluß des Rats der Stadt bezüglich  
des von ihm erworbenen Grundstücks rückgängig zu  
machen. Sie betont dabei, daß sie die Retenburg  
nicht verkaufen könnte, wenn nicht das dazu gehörige

Land

Land mit in den Besitz des Käufers überginge; die Bewirtschaftung der Rotenburg wäre ohne dieses Land nicht angängig und die Existenzfrage gefährdet.

Der Finanzausschuß hat sich mit dieser Frage beschäftigt und ist zu der Überzeugung gekommen, daß es zweckmäßig ist, wenn die Stadt das Verkaufsrecht ausübt. Es erscheint das auf den ersten Blick als eine Härte, aber weil es sich um die Ehefrau eines Bauunternehmers handelt, ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß die ganze Rotenburg samt dem Lande vielleicht zu Spekulationszwecken erworben sein könnte. Aus diesem Grunde ist der Finanzausschuß in seiner großen Mehrheit dem Beschluß des Rats der Stadt beigetreten.

Stadt. R e g e n e r : Meine Damen und Herren!  
Ich glaube, es ist irrig, wenn der Finanzausschuß  
der Auffassung ist, daß, weil der Mann der Käuferin  
der Rotenburg ein Bauunternehmer ist, das gesamte Ge-  
lände zu Spekulationszwecken angeschafft worden ist,  
denn dieses von der Stadt zu erwerbende Gelände  
liegt nur 200 Meter vom Timmerlaher Busch entfernt,  
also weit, weit weg vom Weichbilde der Stadt und  
weit ab von der Rotenburg. Ich weiß nicht, was die  
Stadt mit diesem Fleckchen Erde anfangen sollte, und  
kann mich nicht dafür <sup>wärmen</sup> ~~erheben~~, der Ausübung des Ver-  
kaufsrechts zuzustimmen. Sie machen dem Manne damit  
unbändige Schwierigkeiten, das ist alles, was damit  
erreicht wird. Daß das Land nicht von der Stadt ver-  
wandt werden kann, beweist auch der Umstand, daß der  
Rat dem nachfolgenden Besitzer dieses Landes auf 20  
Jahre zur Pacht angeboten hat. Ich möchte darum er-  
suchen, dem Einsprache stattzugeben und von dem Er-  
werbe dieses Flickens Landes, das vor dem Timmerlaher  
Busch liegt, abzusehen.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Meine Herrschaften! Es handelt sich nicht darum, ob die Stadt das Verkaufsrecht ausüben will oder nicht, denn darüber ist längst entschieden. Sie werden sich daran erinnern, daß Sie vor längerer Zeit den Finanzausschuß bevollmächtigt haben, darüber zu befinden, ob das Verkaufsrecht im einzelnen ausgeübt werden soll oder nicht, und darnach ist auch in diesem Falle verfahren worden. Nachdem der Rat der Stadt bezüglich dieses Erwerbes Stellung genommen und sich dahin entschieden hatte, daß das Verkaufsrecht ausgeübt werden soll, ist diese Angelegenheit vor Wochen dem Finanzausschuß vorgetragen und dieser hat namens der Stadtverordnetenversammlung beschlossen, daß das Verkaufsrecht ausgeübt werden soll. Daraufhin ist dem ~~unserer~~ Veräußerer wie dem Grundbuchamte Mitteilung hiervon gemacht und gleichzeitig haben wir bei der Polizeidirektion beantragt, daß der Kaufpreis auf einen mäßigen Satz herabgesetzt wird. Die ganze Angelegenheit

gelegenheit

gelegenheit ist also seit Wochen in Fluß, und heute haben wir es lediglich mit einem Einspruch der Veräußerin zu tun, die wünscht, daß der Beschluß zurückgenommen wird. Wenn dem stattgegeben werden sollte, so würde die Erledigung nur in der Weise möglich sein, daß wiederum ein übereinstimmender Beschluß zwischen Stadtverordneten und Rat hierbei geführt würde, ~~nicht aber in der Weise, daß nun die Stadtverordneten allein beschließen und daraufhin der schon gefaßte gemeinsame Beschluß nicht ausgeführt würde.~~ ~~Denn~~ Wenn der Rat der Stadt auf seinem früheren Standpunkte bestehen bleiben würde, so wäre immer noch ein übereinstimmender Beschluß von früher her vorhanden. Der Einspruch <sup>ist in</sup> ~~an dem~~ Finanzausschuß eingehend erörtert werden, und es herrschte dort Übereinstimmung - ob übereinstimmige, weiß ich nicht -, daß <sup>über</sup> ~~würde~~ den Einspruch zur Tagesordnung übergegangen werden sollte. Man ist sich im Laufe der Erörterung darüber klar geworden, daß man die Probe ~~für~~ <sup>auf</sup> das Exempel machen sollte, ob wirklich der

Erwerber

Erwerber das Grundstück selbst bewirtschaften will.  
Die Erwerberin hatte <sup>bekannt</sup> ~~erwähnt~~, daß sie das Land unbedingt zur Bewirtschaftung der Rotenburg nötig hätte, und es wurde deshalb vorgeschlagen, daß man ihr das fragliche Grundstück auf eine gewisse Zeit pachtweise überlassen könnte, um zu sehen, ob es zur Bewirtschaftung gebraucht wird oder nicht. So ist die Sachlage.

Stadto. N e s s e n i u s : Meine Damen und Herren! Ich kann es immer nur begrüßen, wenn die Stadt der Not im Kleingartenwegen Abhilfe zu schaffen <sup>sucht</sup> ~~hilft~~, indem sie bei Ländereien, wo sie das Verkaufsrecht ausüben kann, Gebrauch davon machen<sup>A</sup>. Wir wissen, daß viele Anträge auf Überlassung von Kleingärten abgewiesen werden müssen, weil nicht genügend Land zur Verfügung steht. Ich bitte Sie, aus diesen Gründen nicht einmal diese Verpachtung auf lange Zeit an den Erwerber der Rotenburg zuzugeben, sondern das Land an Stadt-Braunschweig<sup>er</sup>, die Kleingärten wünschen, zur Verfügung zu stellen: Jedenfalls bitte ich aber, dem Antrage auf Aufhebung ~~des~~ Beschlusses<sup>es</sup> auf Ausübung des Verkaufsrechts, nicht stattzugeben.



Stadt. T e s t m a n n : Die Ansicht, die mein Parteifreund Regener zum Vortrag gebracht hat, ist seine persönliche, meine Fraktion dagegen steht auf dem Standpunkte, den der Finanzausschuß in seinen Beschlüsse eingenommen hat, und ich möchte Sie dringend ersuchen, diesem Beschlüsse zuzustimmen; Es kann nicht angehen, daß wir von dem Verkaufsrecht absehen, wenn von außerhalb sogenannte Bauunternehmer herkommen und mit Grundstücken Spekulation treiben wollen. Außerdem muß die Stadt bestrebt sein, Ländereien zu bekommen und sie <sup>verwalten</sup> ~~Erwerbelesen~~ zu können, wo es nur irgend möglich ist. Es ist selbstverständlich, daß man - wie Herr Nessenius andeutete - dem von außerhalb gekommenen Käufer nicht das Land auf ewige Jahre verpachten soll, sondern es lieber den Kleinpächtern aus Braunschweig hingibt. Man mag es ihm auf kurze Zeit verpachten, damit die Stadt in der Lage ist, immer darüber zu verfügen. Ich möchte also auch ersuchen, dem Antrage des Finanzausschusses zuzustimmen und den ~~Sprue~~Einspruch zu erwerfen.

**Dem Antrage des Finanzausschusses auf Verwerfung des Einspruchs stimmt die Versammlung zu.**

4. Antrag G r a f auf Erhöhung der Löhne für die  
Reinmachefrauen in den städtischen Schulen.

Stadtv. Frau G ö t z e : Frau Graf hatte vor einiger Zeit den Antrag gestellt, den Reinmache-  
frauen in den Schulen denselben Lohnsatz zu gewähren  
wie ihren übrigen Arbeitskolleginnen. Dieser Antrag  
ist in der Schulkommission zur Vorberatung gekommen.  
Wir sind dort der Ansicht gewesen, daß es nicht an-  
gängig erscheint, wenn die Reinmachefrauen in den  
Schulen, die jedenfalls keine angenehmere Arbeit als  
die Reinmachefrauen im Rathause, im Museum und in  
den sonstigen öffentlichen Gebäuden haben, weniger  
verdienen als die zuletzt Genannten, aber immerhin  
scheint doch Frau Graf bei ihrem Antrage davon aus-  
gegangen zu sein, daß die Reinmachefrauen in den  
Schulen <sup>ebenso</sup> (wie z.B. die im Rathause städtischerseits  
angenommen und bezahlt wurden, <sup>daß während</sup> ~~wodurch~~ (es bisher  
so gewesen ist, daß die Reinmachefrauen für die  
Schulen von den Schuldienern angenommen und bezahlt  
wurden. Das Hochbauamt hat nun schon eine Vermes-

der  
sung ~~daß~~ in den Schulen zu reinigenden Flächen vorge-  
nommen, und nach dieser Vermessung haben die Reinma-  
chefrauen pro Quadratmeter so und so viel für ihre  
Arbeit bekommen. Dabei sind auch Fußböden aus Holz  
anders berechnet als die mit Linoleumbelag. Der  
Schulausschuß ist nun zu der Ansicht gekommen, daß  
wenn die frühere Berechnung nicht mehr den heutigen  
Verhältnissen entspricht, das Hochbauamt veranlaßt  
werden muß, schleunigst eine neue Berechnung statt-  
finden zu lassen und darnach den Schuldienern eine  
entsprechend erhöhte Summe für die Reinigung der  
Schulräume zur Verfügung zu stellen mit der Maßgabe,  
daß den Schuldienern aufgegeben wird, darauf zu se-  
hen, daß die Reinmachefrauen in den Schulen pro Stun-  
de nicht weniger verdienen als die im Rathaus und  
anderen städtischen Gebäude, in dieser Weise tätigen  
Personen. Das ganze System zu ändern, empfiehlt sich  
aber nicht, und zwar aus verschiedenen Gründen, schon  
allein deswegen nicht, weil sehr viele der Schuldie-

ner

ner in der Lage sind, bei der Reinigung der Schulräume selber und mit ihren Frauen oder anderen Familien-Angehörigen mit zu arbeiten und dadurch einen besonderen Verdienst auch zu erwerben. Die Familienglieder als Reinmachefrauen anzunehmen und von hieraus zu löhnen, wird unmöglich sein, und außerdem würde eine weit erhöhte Summe aufgewandt werden müssen, wenn das System geändert würde. Das ergibt sich schon aus einer oberflächlichen Berechnung. Während jetzt für die Reinigung der Schulen ungefähr 200 000 M ausgegeben werden, würde künftig ein Mehr von 155 000 M zu bewilligen sein. Der Schulausschuß ist also nach längerer Beratung zu dem Beschluß gekommen, Ihnen zu empfehlen, daß das Hochbauamt eine neue Berechnung aufstellt - und das deckt sich auch mit den Anträgen, die von der Schuldienervereinigung an den Rat der Stadt gegangen sind - und <sup>daß</sup> darnach eine erhöhte Summe bewilligt wird mit der Maßgabe, daß die Schuldienere darauf sehen sollen, daß der Leohnsatz für die Reinmachefrauen in den Schulen künftig nicht

geringer

- 32a -

geringer ist wie der für die Reinmaohefrauen in  
Rathaus, Archiv und sonstigen städtischen Gebäuden,  
nämlich 4,45 M für die Stunde.

- 33 -

*Die Versammlung stimmt dem Antrage des Schulausschusses zu.*

5. Anfrage S t e g m a n n , betreffend die Regu-  
lierung der Turmuhren.

Wortlaut der Anfrage: Kann der Rat veranlassen, daß die Turmuhren der Stadt richtiggehend reguliert werden?

Stadtv. S t e g m a n n (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Ich sehe sie lächeln, und es handelt sich ja auch um eine kleinliche Sache; ich will nur ein paar Worte dazu sagen und sie ist ja auch schon zum Teil erledigt. Jedenfalls haben auch Sie bemerkt, daß seit Monaten die Turmuhren verschieden gingen, sie differierten um 12, 13 Minuten, und Abhilfe war nicht abzusehen. Wozu haben wir denn einen ~~Für~~ Uhrmacher angestellt, der jährlich 2 400 M für die Wartung der Turmuhren bekommt? Wenn das zu wenig sein sollte, müßte mehr dafür ausgegeben werden. Ich habe nun bemerkt, daß - nach den meine Anfrage bekannt geworden ist - eine Besserung eingetreten ist. Wenn die Turmuhren jetzt auch nicht ganz genau gehen, so doch einigermaßen.



Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Meine Damen und Herren! Ich habe allerdings, nach dem vor Wochen diese Anfrage an den Rat der Stadt gerichtet ist, das Hochbauamt aufgefordert - wie ich das schon wiederholt getan habe -, sich der Wartung der Turmuhren besonders anzunehmen, da auch ich persönlich wiederholt bemerkt hatte, daß der richtige Gang dieser Uhren sehr zu wünschen übrig ließ. Ich weiß nicht, ob die Herren über die einschlägigen Verhältnisse unterrichtet sind. Es handelt sich einmal um die Uhren der 7 alten Stadtkirchen, die von dem Mechanikermeister Vasterling <sup>reguliert</sup> ~~revidiert~~ werden, <sup>um</sup> die Uhren der 3 neuen Stadtkirchen und um die Rathausuhr, die von dem Oberheizer Stahlhut reguliert werden. Die Uhren der alten Stadtkirchen werden täglich aufgezogen und sollen auch täglich richtig gestellt werden - nach meinen Beobachtungen geschieht das letztere aber nicht alle Tage. Aufgezogen werden sie allerdings, sonst würden sie still stehen, aber der Betreffende mußte darauf aufmerksam gemacht werden,

daß

daß er dabei auch die Uhren richtig stellt. Die Uhr im Rathause wird alle Acht Tage aufgezogen, und die neuen Uhren der 3 neuen Stadtkirchen haben eine Selbsttätigkeit ~~elektrische~~ elektrische Aufzugeinrichtung, sie sollen alle 3 Tage nachgesehen und richtig eingestellt werden. Nach meinen Beobachtungen ist das auch nicht immer geschehen. Herr Vasterling bekommt für seine Arbeit 3 000 M, während der Oberheizer Stahlhut 400 M erhält. Die Wartung der Uhren am Dome, an der Ägidienkirche und an der Garnisonkirche wie am Waisenhouse ist keine städtische Angelegenheit. Es ist allerdings auch da beobachtet, daß diese Uhren zum Teil still stehen oder doch nicht ordnungsmäßig gehen. Jedenfalls habe ich das Hochbauamt darauf aufmerksam gemacht, daß die Wartung der Uhren <sup>- für mit für</sup> von städtischer Seite <sup>erfolgt -</sup> sorgfältiger vor sich gehen muß. Seitens des Hochbauamts ist darauf hingewiesen, daß wegen der schlechteren Unterhaltung während der Kriegszeit das Gehwerk der Uhren sehr

gelitten

gelitten habe, daß auch die Zeiger nicht mehr gut funktionieren - beim Aufsteigen bleiben sie etwas zurück und beim Fallen eilen sie etwas vor, und das leuchtet auch dem Laien ein.

Ich will meiner Beantwortung der Anfragen noch ~~hinzufügen~~ <sup>unterstützen</sup>, daß wir kurz vor dem Kriege uns mit dem Gedanken trugen, eine elektrische Uhrenzentrale für sämtliche Stadtuhren einzurichten. Es waren deswegen schon Verhandlungen mit der Firma Stems & Halleke in Berlin und andern angeknüpft. Damals war auch schon ein Kostenanschlag aufgestellt; er belief sich auf 90 000 M. Multiplizieren Sie das mit 20, dann werden Sie einen Überblick gewinnen, was das heute kosten würde. An so etwas ist heute nicht mehr zu denken, sondern wir müssen unser Augenmerk darauf lenken, daß auf andere Weise der ordnungsmäßige Gang der Uhren gesichert wird. Ich habe darauf während der letzten Zeit geachtet und bemerkt, daß es seit Wochen mit dem Gange

dieser

dieser öffentlichen Uhren besser geworden ist, und das wird hoffentlich so bleiben, wenn das Hochbauamt weiter darauf hinwirkt, daß die Regulierung ordnungsmäßig erfolgt.

6. Anfrage S t i e v e r s , betreffend Errichtung eines städtischen Jugendheims.

Wortlaut der Anfrage: In der Stadt Braunschweig fehlt ein städtisches Jugendheim. Zu Ostern 1922 wird die kaufmännische Fortbildungsschule die Räume in Dannes Hotel aufgeben. Ist der Rat der Stadt bereit, sich um diese Räume zur Errichtung eines Jugendheims zu bemühen oder eventuell an anderer Stelle die Einrichtung eines Jugendheims den Stadtverordneten vorzuschlagen?

Stadt. S t i e v e r s (zur Begründung): Im Gegensatz zu anderen Städten hat unsere Stadt kein städtisches Jugendheim, und infolge dessen ist eine ganze Anzahl von Jugendorganisationen aller Parteien in einer gewissen Verlegenheit, wo sie <sup>ihre Veranstaltung</sup> ~~die Angelegenheiten~~ unterbringen soll. <sup>die Jugendlichen</sup> Sie müssen entweder in Schulen kampieren - wie es früher der Fall gewesen und für die Schüler nicht angenehm ist, denn die Schulbänke sind bei ihrer Größe nicht gut dazu geeignet - oder sie müssen sich in den Wirtschaften

aufhalten,

aufhalten, was durchaus nicht erwünscht ist. Deshalb möchte ich Auskunft darüber bekommen, ob man sich im Rate mit dem Gedanken der Errichtung eines Jugendheims beschäftigt hat, und wenn ja, ob man nicht als geeignetes Lokal dafür die Räume zu bekommen suchen will, die jetzt in Dannes Hotel von der Fortbildungsschule benutzt werden. Ich weiß wohl, daß diese Räume nicht nur von städtischer Seite und von verschiedenen Körperschaften in Anspruch genommen werden möchte, sondern daß auch andere Organisationen dahinterher sind, sie für ihre Zwecke zu bekommen. Es wäre das ein Zweck, der für Ausnutzung dieser Räume mit ins Auge gefaßt werden müßte, wenn es möglich wäre, sie dafür freizumachen.

Stadtrat S e h a p e r : Meine Damen und Herren! Meines Wissens denkt die kaufmännische Fortbildungsschule nicht daran, ihren Unterrichtsräume in Dannes Hotel aufzugeben, weil ihr keine anderen zur Verfügung stehen. Allerdings sind im Laufe des vorigen Sommers der kaufmännischen Fortbildungsschule diese Räume vom Staatsministerium gekündigt worden - aus welchem Grunde, weiß ich nicht, ich weiß aber, daß sich die Schulleitung sofort darum bemüht hat, daß diese Kündigung aufgehoben wurde, und das ist ihr gelungen. Sie benutzt die Räume also jetzt noch, und ich glaube nicht, daß die kaufmännische Fortbildungsschule darauf verzichten will. Aber die Leitung dieser Schule bemüht sich darum, die ihr zugewiesenen Räume mit anderen Räumen in Dannes Hotel zu vertauschen, weil in den daneben gelegenen Raum zweitmalse Vorführungen und Übungen stattfinden, die <sup>den</sup> ~~an~~ Unterricht der Schule stören. Sie will also einen Tausch vornehmen, aber an eine Kündigung und eine ~~Aufhebung~~ Aufgabe der Benutzung <sup>Räume</sup> zu ihren Unter-

richtszwecken

<sup>Räume</sup>  
~~richtszwecken~~ hat die Leitung der kaufmännischen  
Fortbildungsschule bisher nicht gedacht. Soweit  
ich weiß, werden dort also keine Räume frei.

Was nun die Errichtung eines städtischen Jugend<sup>d</sup>  
heims auf Kosten der Stadt anbelangt, so hat sich  
der Rat der Stadt bisher mit dieser Frage noch  
nicht eingehend befaßt; ich bin also nicht in der  
Lage, eine Antwort des Rats auf diese Anfrage des  
Herrn Sievers zu erteilen. Man mag die Errichtung  
eines städtischen Jugendheims an und für sich für  
~~er~~<sup>er</sup> gewünscht halten, aber doch glaube ich, daß sich -  
diese Wünsche heute kaum verwirklichen lassen werden,  
einmal schon der Raumnot halber nicht, und dann auch  
nicht wegen der üblen Finanzlage der Stadt. Aber  
wie gesagt: Stellung zu dieser Frage hat der Rat  
der Stadt im ganzen noch nicht genommen.



Stadtv. S t e g m a n n beantragt Besprechung  
der Anfrage. Der Antrag wird aus der Versammlung  
genügend unterstützt, und der Vorsitzende eröffnet  
die Besprechung.

Stadt. S t e g m a n n : Ich möchte einige Worte allerdings nicht zu der Errichtung eines Jugendheims, das ich aber für notwendig halte, sondern zu den Räumen der kaufmännischen Fortbildungsschule sagen. Es ist mir bekannt geworden, daß diese Räume für den Unterricht nicht geeignet sind und daß es kein wünschenswerter Zustand ist, daß die kaufmännische Fortbildungsschule zum Teil in diesen Räumen untergebracht ist. Auch die unter der Leitung des Herrn Direktor Heinemann stehende städtische Fortbildungsschule ist in verschiedenen Schulen untergebracht, was auch nicht gutgeheißen werden kann. Dringend wünschenswert ist es, daß ein besonderes Schulgebäude für sämtliche Fortbildungsschulen, auch für die kaufmännische Fortbildungsschule mit, beschafft würde. Herr Direktor Heinemann hat sich an den Schulvorstand der städtischen Bürgerschulen gewandt und gebeten, eine Bürgerschule für den Zweck freizumachen. Man ist darauf nicht eingegangen, und es sind auch triftige Gründe

dafür

dafür angeführt. Eine eigene Fortbildungsschule können wir unter den heutigen Verhältnissen nicht erbauen, und so müßte doch der Versuch gemacht werden, eine der Bürgerschulen dafür freizumachen, *damit* ~~daß~~ sämtliche Fortbildungsschüler dort unterkommen. Es muß möglich sein, die Bürgersehüler aus mehreren Schulen ~~freizule~~ zusammenzulegen, da hier und da Klassen frei sind. Ich möchte den Rat bitten diese Frage ins Auge zu fassen und sie möglichst bald zur Verwirklichung zu bringen.

7. Antra F a y auf Einrichtung einer Pforte in der  
Einfriedigung des Hauptfriedhofes dicht hinter der  
Brauerei Streitberg.

Wortlaut des Antrages: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, an zuständiger Stelle darauf hinzuwirken, daß an dem der Stadt zugekehrten Teile des Friedhofes gleich hinter Brauerei Streitberg noch eine Pforte für Fußgänger im Interesse der alten und schwächlichen Einwohner angebracht wird.

Stadtv. F a y (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Mein Antrag entspricht sicherlich dem Wunsche vieler Einwohner Braunschweigs, besonders derjenigen Friedhofsbesucher, die Gräber an der Westseite des Friedhofes besuchen wollen. Der heute allein bestehende Haupteingang bedeutet für diese Besucher eine nicht unerhebliche Verlängerung des Weges, besonders wenn man berücksichtigt, daß eine Vervielfachung des Mehrweges in Frage kommt: einmal vom Westende des Friedhofes bis zum

Eingang

Eingang und wieder zu diesem westlichen Teile, und dann beim Zurückgehen eine Wiederholung dieses Weges. Wenn wir dabei noch berücksichtigen, daß der Weg <sup>von</sup> ~~zum~~ Streitberg an bis zum jetzigen alleinigen Eingang des Friedhofs über auf ~~Streitbergs~~ <sup>= steigendes</sup> Terrain führt, so ist es einleuchtend, daß die Anbringung einer Holzpforte gleich beim Beginn des Friedhofs für schwächliche und ältere Einwohner eine <sup>Wohltat</sup> ~~weltliche~~ sein würde.

Was die Kostenfrage anlangt, so kann ich mir die aus dieser Anlage entstehenden Kosten nicht allzu hoch vorstellen, insbesondere wenn nur die Einrichtung einer hölzernen Pforte zu berücksichtigen ist. Die Ersparnis an Zeit und an Schuhwerk für die Friedhofsbesucher muß man schließlich doch auch in Rechnung ziehen. Und die Belastung der Friedhofsverwaltung mit Arbeit wird erst recht nicht bedeutend sein, da es sich in dieser Hinsicht nur um das Auf- und Zuschließen der Pforte handelt.

Joh

Ich bitte Sie, meinen im Interesse der Allgemeinheit liegenden Antrag unterstützen zu <sup>u</sup>~~s~~ollen.

Der V o r s i t z e n d e überweist den Antrag  
dem Bauausschuß zur Vorberatung.

(Punkt 7.)

8. Antrag N e s s e n i u s , bis Ostern 1922 für  
die Kinder der Siedler in Lehdorf Schulgeldfreiheit  
zu gewähren.

Wortlaut des Antrages: Da die Gemeinde Lehdorf  
es abgelehnt hat, einen Zuschuß zu den Schullasten  
der nach dort verzogenen Siedler-Schulkinder zu  
leisten, bitte ich zu beantragen: bis Ostern 1922  
sind die Kinder der in Frage kommenden Siedler  
schulgeldfrei.

Stadt v. N e s s e n i u s ( zur Begründung ) :  
Werte Anwesende! Wir haben uns seiner Zeit schon  
einmal über das Schulgeld der nach den Vororten  
verzogenen Siedler beschäftigt und dabei ist mir  
als überraschend vorgekommen, daß man beschlossen  
hatte, bis zum 1. April solle ein Provisorium ein-  
setzen, und forderte, daß mit der Ablehnung der  
Schulgeldfreiheit für diese Siedler ein Druckmittel  
für die Eingemeindung der Vororte angewandt werden  
solle. Sie wollten damit erreichen, was Herr Dr.  
<sup>u</sup>  
Reben nicht erreichen konnte, nämlich die Einge-

meindungs-



meindungsfrage so vorwärts zu treiben, daß sie innerhalb weniger Wochen zum Wohle der Stadt perfekt werden konnte. ~~Mir~~ <sup>gemessen,</sup> ist dabei nicht gewußt ~~geworden,~~ daß man den Druck ausüben ~~sollte~~, daß die Gemeinde Lehdorf verpflichtet werden sollte, schon jetzt für die Schulkinder, die unsere Schulen von dort aus besuchen, zu zahlen, sondern daß man eine Frist lassen sollte, und daß man erst die Mehrzahlung einsetzen sollte. Es kommen im Ganzen 10 Kinder in Frage, die Belastung schließt also keine große Kalkül in sich, da von Belang ~~da~~ für die Stadt wäre. Aber für die betreffenden Einwohner, die so wie so schon für den Umzug viel Geld haben ausgeben müssen, stellt das höhere Schulgeld doch eine Belastung vor. Da nun von vielen Seiten die Sache damals falsch verstanden war, bitte ich, jetzt zuzustimmen, daß bis zum 1. April nächsten Jahres die Schulgeldfreiheit für diese Kinder einsetzt. Für die Folgezeit ist natürlich nichts zu machen, da müßte die Geschichte ihren regelrechten Lauf

nehmen.

nehmen. Ich glaube nicht, daß es im Interesse der Stadt liegt, jetzt vor Ablauf des alten Schuljahres durch dieses Mittel auf die armen Leute zu drücken und dadurch die Eingemeindung zu fördern.

Für die beantragte dringliche Behandlung des Antrages meldet sich die Mehrheit der Versammlung.

(Punkt 8.)

Stadtrat S e h a p e r : Es sind erst einige Monate her - ich glaube, 2 Monate - daß uns der Antrag des Herrn Nessenius über die Schulgeldfreiheit der Siedlerkinder hier beschäftigt hat. Es ist damals der Beschluß gefaßt worden, daß ~~wenn~~ wir nur dann den Siedlerkindern Schulgeldfreiheit zugestehen können, wenn die Wohnsitzgemeinde sich bereit erklärt, mit uns über einen Zuschuß zu unseren Schullasten zu verhandeln. Es ist niemals davon die Rede gewesen, daß die Kinder bis zum 1. April 1922 bei uns Schulgeldfrei sein sollten. Die Stadtverordnetenversammlung hat diesen Beschluß gefaßt, der Rat der Stadt ist ihm beigetreten und sofort haben wir an die betreffenden Gemeinden geschrieben, auch an Lehdorf, und haben angefragt, ob sie bereit seien, mit uns ~~dieserhalb~~ in Verhandlungen zu treten. Sämtliche Gemeinden haben das abgelehnt und Lehdorf schreibt, es sei in der Lage, diese Siedlerkinder in die dortige Schule aufzunehmen. Diesen Beschluß hat die Stadtverordnetenversammlung

nicht

nicht allein um deswillen gefaßt, damit dadurch ~~dieser~~<sup>zur</sup> Eingemeindung stärker getrieben werden sollte, sondern weil damit auch die Verpflichtung der Wohnsitzgemeinden, für die Beschulung der Kinder zu sorgen, hervorgehoben werden sollte. Ich weiß nicht, ob Sie heute diesen Beschluß umstoßen wollen. Gewiß, es handelt sich um keine große Summe, für eine Stadt wie Braunschweig; ich glaube es sind 12 Kinder, die dort wohnen, und das würde für das halbe Jahr 600 M bringen, aber immerhin handelt es sich doch darum, zum Ausdruck zu bringen: Wer hat die Pflicht, für die Beschulung dieser Kinder zu sorgen.

Stadtv. L e h n e r t : In der damaligen Sitzung des Rechtsausschusses wurden hauptsächlich vom Rat der Stadt schwere Bedenken dagegen erhoben, dieses Provisorium länger hinauszuführen als bis zum 1. April, und die Majorität der Versammlung hat sich deshalb dafür entschlossen, dem Antrage des Rats zu folgen in der Form, daß die Kinder mindestens bis zum Ende des Schuljahres in den hiesigen Schulen belassen werden, namentlich die aus der Schule zu Entlassenden, bei denen im Interesse ihrer weiteren Ausbildung keine Unterbrechung im bisherigen Schulbesuch eintreten sollte. Wenn vom Vertreter der Stadt selbst gesagt wird, es handle sich um keine große Summe, so wäre es besser gewesen, der Rat hätte einigermaßen der Meinung der Majorität der Stadtverordnetenversammlung Rechnung getragen und hätte es so gelassen, wie es der Rechtsausschuß und nachdem ihm die Stadtverordnetenversammlung angenommen hat. Herr Nessenius war seinerzeit mit der Ummodelung seines Antrages einverstanden und

so kam der Beschluß zustande, bis Ostern keine Neuregelung stattfinden zu lassen, also bis Ostern sollten die betreffenden Schüler unsere Schulen weiter besuchen. (Widerspruch des Herrn Stadtrat Schaper.) Doch, Herr Stadtrat, so ist es, und die Damen und Herren des Rechtsausschuß werden diese meine Ausführungen bestätigen können.

Stadtrat S e h a p e r : Herr Lehnert, Sie müssen sich irren. Wir haben an dem Beschlusse der Versammlung nichts geändert, sondern sind <sup>W</sup> Ratsseitig dem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung beigetreten. Ich bedauere, daß ich eben die Akten nicht hier habe, der <sup>mein</sup> Antrag <sup>Kesseniuss</sup> ist in <sup>der</sup> ~~einer früheren~~ <sup>vorigen</sup> Versammlung <sup>mit</sup> verlesen und ich wüßte nicht, daß er heute zur Verhandlung kommen würde. Ich will aber sofort die Akten holen und dann werden Sie sehen, daß der Beschluß so, wie ich dargelegt habe, gefaßt ist und daß wir ratsseitig nicht davon abgewichen sind.



Stadtv. L e h n e r t : Sie mögen darüber denken, wie Sie wollen, aber an der Tatsache läßt sich nichts ändern. Herr Nessenius hat einen bedeutend weitergehenden Antrag gestellt und der ist nachher in anderer Weise angenommen, nachdem der Herr Oberbürgermeister ausgeführt hatte, daß die Sache bis Jahresschluß so weitergehen könnte, daß er aber über den 1. April hinaus als Vertreter der Stadt keine Verantwortung für die Folgen übernehmen wolle. Die Sache kam zum Abschluß, in dem wir sagten: wir sehen <sup>das</sup> ~~nicht~~ ein; es läßt sich vielleicht ein Druck auf die Gemeinden damit ausüben, daß sie der Eingemeindung freundlicher gesinnt werden. Herr Stadtv. Jahns, der Vorsitzende des Rechtsausschusses wird bestätigen, daß die Ausführungen so gefallen sind.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Ich kann nicht anerkennen, daß ich mich in diesem Sinne ausgesprochen haben sollte. Allerdings will ich zugeben, d<sup>a</sup>ß ich nicht mehr genau weiß, was ich damals ausgeführt habe, denn es gehen mir heutzutage viele Dinge durch den Kopf, aber eins weiß ich noch: daß ich darauf hingewiesen habe, daß für die Stadtverordneten kein Anlaß vorläge, in dieser Weise zu Gunsten der Vorortsgemeinden Kosten zu übernehmen - denn darauf läuft die ganze Sache hinaus. Es wurde damals der Antrag des Herrn Nessens damit motiviert, daß in den auswärtigen Schulen nicht genügend Platz für diesen Zuzug vorhanden wäre, und darauf habe ich gesagt, es sei Sache der Gemeinden, für den nötigen Platz zu sorgen, und wenn wir dem Antrage stattgeben würden, so läge darin kein Entgegenkommen, daß nicht zu motivieren sei. Abgesehen davon, bitte ich folgendes zu erwägen: Weshalb wollen sie jetzt die Sache für ein halbes Jahr für unbedenklich halten? Glauben Sie

denn, daß die Leute nachher, wenn der 1. April ins Land gekommen sein wird, nicht wieder denselben Antrag stellen werden, mit genau denselben Gründen. Sie werden sagen: *Unsere* Kinder sind bisher in Braunschweig in die Schule gegangen und wir wünschen, sie weiter darin zu lassen. Stellen wir uns einmal auf den Standpunkt: „Aber, die Siedler da draußen haben Anspruch darauf, daß wir ihre Kinder unentgeltlich in Braunschweig unterrichten“, dann ist kein Halt mehr. Sind etwa die Leute, die deswegen, weil sie in der Stadt kein Unterkommen gefunden haben, aber in den Vorort<sup>en</sup>~~wohnung~~ Wohnung finden und in der Stadt arbeiten, in einer anderen Lage wie die Siedler? Weshalb wollte man die Vergünstigung denn nur auf die Siedler beschränken? Es sprechen ~~dort~~ *doch* erhebliche Bedenken gegen die Annahme des Antrages.

Stadtrat S e h a p e r : Ich habe hier die Niederschrift über die öffentlichen Verhandlungen der Stadtverordneten vom 20. Oktober d. Js. Es heißt dort über den Antrag Nessenius: Dem Antrage wurde in der Weise entsprochen, daß der Rat ersucht werden soll, die Kinder der Siedler noch für das laufende Schuljahr in der städtischen Schule zu belassen, sofern die Nachbargemeinden einen angemessenen Zuschuß bewilligen. Das ist der Beschluß und diesem Beschlusse ist der Rat beigetreten.

Für den Antrag N e s s e n i u s stimmt nur die Minderheit der Versammlung, er ist demnach abgelehnt.

9. Antrag S t e g m a n n , betreffend Erhöhung des  
als Existenzminimum in der Erwerbslosenfürsorge fest-  
gesetzten Betrages.

Wortlaut des Antrages: Die Stadtverordnetenver-  
sammlung ersucht den Rat auf den Fürsorgeausschuß  
der Erwerbslosenfürsorge dahingehend einzuwirken,  
daß das als durchaus ungenügend zu bezeichnende  
Existenzminium den heutigen Teuerungsverhältnissen  
entsprechend erhöht wird.

Stadtv. S t e g m a n n (zur Begründung): Der  
Antrag war vor drei Wochen als Dringlichkeits-Antrag  
gestellt worden, und unmittelbar darauf, am folgen-  
den Tage hat bereits der Fürsorgeausschuß die Erhö-  
hung vorgenommen, sodaß der Antrag an sich heute  
unnötig ist. Ich möchte doch aber auf eins hinwei-  
sen. Die Vergütung der Erwerbslosen geschieht  
noch nach Ortsklasse C, während die Beamten in  
Braunschweig in die Ortsklasse B eingesetzt sind.  
Das konnte bisher nicht anders gemacht werden,  
aber vor einigen Wochen hat, wie ich erfahren <sup>haben</sup> der

betreffende

betreffende Reichsminister eine Verordnung erlassen, nach der die Erwerbslosen ebenfalls nach Klasse B entschädigt werden können. Es wäre meiner Meinung nach ein durchaus unbilliges Vorgehen gegen die Erwerbslosen, wenn man sie nun weiter nach Ortsklasse C Entschädigen würde. Ich möchte an den Rat die Frage stellen, ob bereits Schritte getan sind, daß nun auch die Erwerbslosen nach Klasse B entschädigt werden, und wenn das nicht der Fall ist, dann möchte ich dringend bitten, daß dieses bald geschieht.

V o r s i t z e n d e r : Der Antrag wird also  
als solcher zurückgenommen und <sup>in</sup> ~~ist~~ eine Anfrage  
verwandelt.

(Punkt 9.)



Stadtrat V o g l e r : Meine Damen und Herren!  
Über die Festsetzung des Existenzminimums heute zu  
reden, würde wenig Wert haben, da bereits seit  
Neufestsetzung desselben mehrere Wochen verflossen  
sind. Bemerken möchte ich aber, daß das hier fest-  
gesetzte Existenzminimum im Vergleich zu allen an-  
deren Festsetzungen <sup>in vergleichbaren anderen Städten</sup> als das Höchste angesehen werden  
muß und daß <sup>die Mitteilung</sup> ~~die~~ Meueste von Berlin auch ~~für das Reich~~  
~~festgesetzte Entschädigung~~ nicht an die ~~übrige~~  
heran reicht. <sup>unsrige</sup>

Was die Einrangierung der Erwerbslosen in Klasse  
B betrifft, so dürfte Ihnen nicht unbekannt sein,  
daß die hiesigen Erwerbslosen ihre Unterstützung  
für 3 - 4 Monate auf Grund der Ortsklasse B <sup>bewillt</sup> erhalten  
haben, indem das Staatsministerium in dieser Weise  
vorgeschritten <sup>griffen</sup> hatte. Nachher aber ~~hat~~ es durch das  
Reichsarbeitsministerium einen Wink bekommen, daß  
die Einrangierung wieder in Klasse C erfolgen müßte,  
weil sonst besondere Schwierigkeiten bei der Ab-

rechnung

rechnung mit dem Reich erfolgen würden. Bekanntlich zahlt das Reich ~~61/12~~ 6/12 der Sätze für die Erwerbslosen, der Staat 4/12 und die Stadt 2/12. Trotzdem <sup>dann Ministerium</sup> ich mit Herrn Ministerialrat Schulze Rücksprache genommen habe und er mehrfach <sup>in Berlin</sup> vorstellig geworden ist, daß die Einrangierung in Klasse B erfolgen sollte ist das bis jetzt vom Reiche aus noch nicht geschehen. Ich werde aber nochmals in der Richtung vorgehen, daß diese Einrangierung erfolgt. Es hängt die Auszahlung nach Ortsklasse B davon ab, wann das Staatsministerium die Genehmigung dazu von Berlin aus erhält. Es ist durch sein früheres Vorgehen in eine eigenartige Situation gekommen, denn für die 3 - 4 Monate, wo es bereits die Auszahlung nach Ortsklasse B bewilligt ~~haben~~ <sup>hat</sup>, wird das Reich seine Ablehnung aufrecht erhalten und das Ministerium die Mehrzahlung selbst leisten müssen.

10. Nachverwilligung eines Beitrages für den  
Deutschen Städtetag.

Stadt v. S a u e r b i e r : Infolge der weiteren <sup>er</sup>Steigung aller Ausgaben, insbesondere auch der notwendig gewordenen Erhöhung der Besoldung der Angestellten des deutschen Städtetages ist eine weitere Beitragsnacherhebung von den Mitgliedern des Deutschen Städtetages notwendig geworden. Der Vorstand des deutschen Städtetages hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, auf je 1000 Einwohner der Mitgliedestädte 20 M nachträglich zu erheben. Auf die hiesige Stadt entfallen <sup>4</sup> bei einer Einwohnerzahl von 139 539, die der diesjährigen Beitrags-erhebung zu Grunde gelegt ist, der Betrag von 2 800 M. Der Rat der Stadt stellt den Antrag, diese Nachzahlung zu verwilligen. Der Finanzausschuß hat sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt und empfiehlt, dieser Nachverwilligung zuzustimmen.

- 70 -

Der beantragten Nachverwilligung stimmt die  
Versammlung zu.

(Punkt 10.)

11. Neuwahl der Beisitzer des Einigungsamts für  
Kleingarten- und Kleinpachtland.

Stadto. S a u e r b i e r : Die Amtszeit der  
Beisitzer des Einigungsamts für Kleingarten- und  
Kleinpachtland erlischt mit dem 31. Dezember d.Js.,  
und der Rat der Stadt ersucht die Stadtverordneten,  
die Neuwahl vorzunehmen. Die bisherigen Verpächter-  
Beisitzer waren:

1. Landwirt Adolf K e u n e ,
  2. ZiegeleiBesitzer Fritz P a p e ,
  3. Fabrikant Richard M a r t i n g ,
- und die bisherigen Pächter-Beisitzer

1. Finanzrevisor Walter B ö s c h e ,
2. Frau Annelie R i t t m e i s t e r , geb. Sell,
3. Frau Stadtverordnete E. B ö h m.

Der Rechtsausschuß ist mit der Wiederwahl dieser  
Herrschaften einverstanden mit Ausnahme der an  
zweiter Stelle aufgeführte Vertreterin der Pächter,  
der Frau R i t t m e i s t e r . Statt dieser

schlägt

schlägt der Rechtsausschuß den Werkführer Rudolf  
H e r i n g , Riddagshäuserweg 9, vor. Ich habe  
die Wahl der Genannten namens des Rechtsausschusses  
den Herrschaften zu empfehlen.

Die Beisitzer des Einigungsamts werden entsprechenden Vorschlägen des Rechtsausschusses von der Versammlung gewählt.

(Punkt 11.)

12. Anbringung von ~~einer~~ vier Doppelfenstern im  
Gildehause.

Stadt v. M a r t h : Inbetreff des früheren  
Demmerschen Hauses, welches zum Gildehaus umgewan-  
delt und an die Handwerkskammer ~~ver~~ mietet worden ist,  
ist von der letzteren der Antrag gestellt, die 4  
Fenster an der vorderen Front im Erdgeschoß mit  
Doppelfenstern zu versehen, weil die Beamten, die  
an den undichten Fenstern sitzen, der Zugluft aus-  
gesetzt seien und deshalb leicht krank werden könn-  
ten. Es handelt sich darum, nach der Innenseite  
4 leichte Doppelfenster einzusetzen, die in der  
Sommerzeit abzunehmen sind. Die Kosten dafür  
würden sich auf 3.060 M belaufen.

Der Bauausschuß hat sich mit der Sache befaßt  
und ist zu folgendem Ergebnis gekommen: Wenn man es  
genau nehmen wollte, dürfte die Einsetzung dieser  
Doppelfenster nicht Sache der Stadt, sondern des  
Mieters sein, also der Handwerkskammer. Bei der

Prüfung



Prüfung der ganzen Angelegenheit hat sich nun ferner herausgestellt, daß der Mietvertrag, welcher im Jahre 1902 abgeschlossen worden ist, nur einen Mietpreis von 2 500 M für das ganze Gebäude vorsieht und daß dieses heute viel zu niedrig ist. Deshalb gibt der Rat der Stadt anheim, den Mietpreis auf 5 000 M zu erhöhen und für den Fall der Erhöhung der Miete die Fenster stadtseitig anzubringen. Der Bauausschuß ist mit seinem Antrage noch etwas weiter gegangen. Er empfiehlt ebenfalls, die Fenster stadtseitig anzubringen und den Mietpreis vom 1. Juni ab auf 5 000 M festzusetzen. Eine Erhöhung des Mietpreises muß unbedingt eintreten, denn sonst verschlingen die auf dem Haus liegenden Lasten die Miete vollständig. Ferner beantragt der Bauausschuß, den Rat zu ersuchen, einen neuen Vertrag mit der Handwerkskammer abzuschließen, in dem außer der Zahlung des Mietpreises auch die <sup>mit</sup> Miete der Benutzung des Hauses entstehenden anderen Lasten - Wassergeld, Müllabfuhrkosten und was sonst dazu gehört - dem

Mieter

Mieter auferlegt werden und schließlich auch ein Teil der Reparaturkosten ebenfalls auf den Mieter abgewälzt werden. In Bezug auf das Letzte sollte es dem Rat der Stadt überlassen bleiben, in welcher Weise er die Reparaturkosten für die Stadt und den Mieter trennen ~~soll~~ will.

Ich bitte, diesem Beschlusse des Bauausschusses entsprechend zu beschließen.

Der Antrag des Bauausschusses wird von der Versammlung angenommen.

(Punkt 12.)

Der Antrag des Bauausschusses wird von der Versammlung angenommen.

(Punkt 12.)

13. Gesuch des Sportvereins Wacker um Überweisung  
des Eisenbütteler Spielplatzes.

Stadtv. M a a ß : Meine Damen und Herren! Der Sportverein Wacker hat sich mit einem Gesuch an den Rat der Stadt gewandt um pachtweise Überlassung des Sportplatzes an der Eisenbüttelerstraße. Sie wissen daß der Eisenbütteler<sup>4</sup>Sportplatz während des Krieges landwirtschaftlich genutzt worden ist und daß er noch heute zum Teil in Benutzung von Kleingärtnern ist. Er ist nur zum Teil ordnungsmäßig planiert<sup>4</sup> und mit Bäumen und Sträuchern bepflanzt, die Mitte des Platzes ~~zu erhalten~~, aber wird noch der Planierung unterzogen werden müssen. Der Sportverein Wacker gibt sich die größte Mühe, den Platz zu erhalten, und will auch die Instandsetzung des Platzes selbst vornehmen. Der Geist ist hier also willig, aber ich glaube kaum, daß das alles in regelrechter Weise vor sich gehen wird. Die Spielplatzkommission hat sich ~~dann~~ auch diesem Antrage des Sportvereins Wacker gegenüber ablehnend verhalten. Der Baus-

ausschuß hat die Sache einer eingehenden Prüfung unterzogen und ist ebenfalls zu einem ablehnenden Standpunkt gekommen und empfiehlt den Stadtverordneten, seinem Beschlusse zuzustimmen. — Bis hierher als Berichterstatter. Meine persönliche Meinung geht dahin, daß die Spielplatznot unbestreitbar groß in Braunschweig ist. Die Stadt hat die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß sämtlichen Vereinen zu Sportzwecken Plätze zur Verfügung gestellt werden, und die Vor<sup>arb</sup>setten dafür müssen sobald als möglich in Anspruch genommen werden. Die Stadt muß dazu übergehen, Spielplätze zu schaffen, ganz gleich, wie sie es macht, und muß sie den Vereinen zur Verfügung stellen, damit der Jugend geholfen werden kann.

**Stadtv. R e g e n e r :** Meine Damen und Herren!  
Wenn der Bauausschuß sich auf den Standpunkt stellt,  
daß aus Gründen, die uns der Herr Berichterstatter  
nicht mitgeteilt hat, die ich wenigstens nicht ge-  
hört habe, der Antrag des Sportklubs Wacker abzuleh-  
nen sei, dann möchte ich bitten, daß die Namhaft-  
machung der Gründe nachgeholt ~~wird~~<sup>werde</sup>. Ich habe eine  
andere Auffassung von der ganzen Sache. Ich gehöre  
ja diesem hohen Kollegium noch nicht sehr lange an,  
aber in dieser Zeit haben wir schon 4 bürgerlichen  
Sportvereinigungen ganz schöne Plätze hier bewil-  
ligt, während man der freien Turnerschaft, wohl  
dem größten Braunschweigischen Sportverein, nichts  
bewilligt hat. Ich erinnere daran, daß man dem  
Fußball- und Sportverein Wacker wieder<sup>um</sup>~~ung~~ die  
Erfüllung seiner Wünsche abschlägt, genau so, wie  
man abgelehnt hat, dem Radfahrerverein Solidarität  
eine Schule für seine Übungen freizumachen, wohin-  
gegen man bürgerlichen Vereinigungen zu athletischen

Übungen

Übungen erlaubt, Turnhallen zu benutzen, wobei sie  
 mit den Schwerküchtern den Fußboden entzwei-  
 schmeißen. Ich glaube, das stimmt nicht gut zu  
 einander. Ich möchte die Herren, die im Bauaus-  
 schuß sitzen, und die da sagten: „Was wissen wir  
 nicht, daß es sich damals um einen bürgerlichen  
 Ruderklub handelte“, uns hier die Gründe für ihre  
 Ablehnung mitzuteilen. Als der Ruderverein Germania  
 oder Argentinia mit Gesuchen kamen, da wußte/  
 selbstverständlicher Weise kein Mensch, daß diese  
 Sportvereine bürgerlichen Ursprungs sind. Wenn Sie  
 das nicht gewußt haben, dann alle Achtung, daß sie  
 einen so wunderbaren Instinkt dafür hatten, daß es  
 von bürgerlicher Seite kam. Aber alles, was nach  
 Arbeiterschweiß riecht, daß wird von Ihnen abgelehnt.  
 Deswegen nützt es nichts, daß die Arbeiterschaft  
 sich bemüht, die Sportbewegung zu fördern, daß sie  
 herauszu/  
 kommen versucht aus der Grenze der Häuser,  
 es wird ihr die Möglichkeit abgeschnitten, auf

große



große<sup>n</sup>, vernünftig angelegten Plätzen ihren Sport zu betreiben. Ich bitte, daß in Zukunft bei Anträgen der Arbeitervereine ebenso verfahren wird, wie es bei den bürgerlichen Vereinen geschieht, und möchte noch einmal fragen, in wie weit Gründe für die Ablehnung angeführt sind.

Stadto. S t u k e n b e r g : Meine Damen und Herren! Herr Regener irrt sich, wenn er meint, daß bei der Vorbesprechung dieses Gesuches die Gesichtspunkte maßgebend gewesen sind, die er vorgebracht hat, daß <sup>wir dort</sup> alles, was Arbeitervereine heißt, grundsätzlich abgelehnt haben. Das ist eine ganz falsche Auffassung von Herrn Regener. Wir haben uns an der Spielplatzdeputation auch mit der eben zu besprechenden Frage beschäftigt, und <sup>in</sup> ~~ist~~ dieser Ausschußsitzung <sup>war</sup> ~~ein~~ Vertreter des Sportvereins Wacker zugegen, der sich auf denselben Standpunkt stellt wie wir, nämlich daß es nicht angängig wäre, diesen ~~Sportver~~ Platz pachtweise einem einzelnen Verein zu überlassen. Wir müssen für die Allgemeinheit sorgen, von diesem Gesichtspunkt aus haben wir unseren Beschluß gefaßt. Wir wissen, daß die Spielplatznot in Braunschweig groß ist, daß es wenig <sup>Spielplätze</sup> ~~dieselben~~ gibt, aber auf der anderen Seite recht viel Sportvereinigungen, die Plätze nötig haben, bestehen, ganz ~~Winerlei~~, welcher Parteirich-

tung

tung ihre Mitglieder angehören. Sobald wir einer einzelnen Vereinigung diesen Platz überlassen würden, würden die anderen mit Gesuchen kommen. Aus diesem Grunde ist es unmöglich, daß man diesen einen Verein den Platz überläßt.

Dem Antrage des Bauausschusses gemäß wird der Antrag des Sportvereins Nacker abgelehnt.

14. Legung eines Wasserhauptrohres auf der Charlottenhöhe.

Stadtv. P i e p e r : Meine Damen und Herren!  
Die Braunschw. Siedelungsgesellschaft hat für ihre auf der Charlottenhöhe gelegene Baustelle, wo mit dem Bau von zwei Häusern begonnen worden ist, Anschluß an das städtische Wasserrohrnetz beantragt. Der Rat der Stadt wendet sich nun an die Stadtverordnetenversammlung mit dem Ersuchen, den für Legung des Wasserrohres nötigen Betrag von 51 300 M zu Lasten des Reservefonds des Wasserwerks bewilligen zu wollen. Der Bauausschuß hat dem Antrage zugestimmt, weil es notwendig ist, daß die Leute dort Wasser haben, und empfiehlt Ihnen, den Ratsantrage gemäß die Summe zu bewilligen.

- 87 -

**Die 51 300 M werden bewilligt.**

**(Punkt 14.)**

15. Änderung der Satzung über die Vergnügungssteuer.

Stadt v. S t e g m a n n : Meine Damen und Herren! Die vor einigen Wochen hier von uns beschlossene Satzung über die Vergnügungssteuer hat die Zustimmung des Reichsfinanzministers nicht gefunden, sondern die Genehmigung der Satzung ist davon abhängig gemacht worden, daß eine Reihe von Änderungen vorgenommen werden. Unter anderem sind auch die Ziffern in der Satzung beanstandet worden, die auf Grund von Anträgen, die von meiner Fraktion gestellt worden sind, in die Satzung hineingenommen sind, wonach erstens <sup>wissen =</sup> „Wirtschaftliche und belehrende Vorträge, Konzerte und Theatervorstellungen steuerfrei sein sollen, die vom Bildungsausschuß des Gewerkschaftskartells oder ähnlicher Instituten zwecks Hebung der Volksbildung veranstaltet <sup>wird</sup> werden sollen“, und weiter Steuerfreiheit verlangt werden „für künstlerische Vereinskonzerte, auch mit Klavier- oder sonstiger Instrumentalbegleitung und Mitwirkung eines Solisten, jedoch ohne anschließende

de

de Ianzbelastigungen und Kommerse." Diesen beiden Ziffern will der Minister nur zustimmen, soweit ihre ~~All~~<sup>er=</sup>gemeinnützigkeit durch die Landesregierung anerkannt ist. Im übrigen weist der Finanzminister des Reiches noch darauf hin, daß unter allen Umständen Wert darauf gelegt wird, daß alle in den Reichsratbestimmungen aufgeführten Steuerpflichten Veranstaltungen zur Steuer herangezogen werden, um Geld für die Gemeinden zu schaffen. Insbesondere wird auf eine Reichsratbestimmung hingewiesen, in der es heißt: Die Annahme einer Vergnügung im Sinne dieser Steuersatzung wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß die Veranstaltung gleichzeitig auch noch ~~Ab~~<sup>er=</sup> bauenden, belehrenden oder anderen nicht als Vergnügung anzusehenden Zwecken dient, oder daß der Unternehmer nicht die Absicht ~~hat~~<sup>habe</sup>, eine Vergnügung zu veranstalten."

Die ~~einzelnen~~<sup>geforderten</sup> Änderungen, die verlangt werden, sind in der Vorlage einzeln aufgeführt, die Sie alle erhalten haben. Sie werden darauf <sup>er=</sup>gesehen

haben,



haben, daß es sich zum Teil um kleinliche Änderungen handelt, Satzeinschaltungen, Anhänge zu den verschiedenen Bestimmungen usw. Ich glaube kaum, daß es Zweck hat, sie hier alle nochmals anzuführen, ~~und~~ daß dies nur leeres Strohdreschen hieße, da <sup>sie</sup> wir/doch annehmen müssen. Ich möchte deshalb empfehlen - wie das auch im Finanzausschuß geschehen ist -, daß man die ganzen Änderungen, die getroffen worden sind, en bloc annimmt.

Bemerken will ich noch, daß eine Frist bis zum 31. März n. Js. zur Herstellung der neuen Satzung gesetzt ist und daß bis dahin die bisherige Satzung in Kraft bleiben darf. Der Rat legt aber Wert darauf - und die heutige Sitzung ist ja auch mit zu diesem Zwecke einberufen worden -, daß die Annahme der neuen Satzung von den Stadtverordneten noch heute erfolgt, damit <sup>es</sup> es ermöglicht wird, daß, wenn das zu erreichen möglich ist, vom 1. Januar an schon die Steuern auf Grund der neuen Satzung

einkommen.

einkommen. Ich bitte Sie auf Grund des Beschlusses  
des Finanzausschusses, die Annahme der geforderten  
Änderungen in eins zu beschließen.

Dem Antrage des Finanzausschusses entspricht  
die Versammlung.

(Punkt 15.)

16. Herriichtung eines Lastkraftwagens zu Wassersprengzwecken.

Stadtv. I o s t m a n n : Meine Damen und Herren! Es hat sich herausgestellt, daß die bisherige Besprengung der Straßen und Plätze durch die bisjetzt verwandten Wasserwagen verbessert werden könnte. Die Tonnen auf den Wassersprengwagen sind nicht sehr groß und halten nur 1500 Liter Wasser, sodaß für die Fuhrleute ein großer Teil des Tages damit hingeht, daß sie von der zu besprengenden Straße nach dem Hydranten und von diesem wieder zur Sprengstelle fahren. Die Marstalldeputation hat sich nun mit der Frage befaßt, ob nicht eine Änderung stattfinden könne, es ist dabei der Vorschlag gemacht, auf einen Lastkraftwagen eine größere Tonne aufzumontieren und somit eine größere Leistungsfähigkeit zu erzielen. Eine <sup>Neu-</sup>~~solche~~ Anschaffung würde aber heute zu teuer kommen und folglichter Weise hat man davon Abstand genommen. Es soll aber ein anderer Versuch gemacht werden mit einem 3 Tonnen-Lastwagen, den

die

die Stadt in Benutzung hat. Auf ihn sollen zwei der gewöhnlichen Tonnen montiert und beide Tonnen miteinander durch ein Rohr verbunden werden, sodaß der Abfluß gleichzeitig geschieht. Auf diese Weise bekommt man die doppelte Menge Wasser auf dem einen Wagen, und es soll versucht werden, wie sich eine solche Einrichtung bewährt. Wenn sich dann herausstellt, daß dadurch eine Besserung insofern erzielt wird, daß mit dem Wagen bedeutend mehr geschafft werden kann, so soll noch ein zweiter Wagen in derselben Weise ausgestattet werden. Die meisten Arbeiten, die für die Neueinrichtung nötig sind, können in der städtischen Werkstelle ausgeführt werden, aber dieser Versuch wird doch immerhin bedeutende Kosten verursachen; es werden vom Rat der Stadt dafür 8 - 9 000 M angefordert. Da die Schätzung Anfang Dezember vorgenommen ist und die Preise inzwischen nicht höher geworden sind, die Schätzung auch <sup>in</sup> vorsichtiger Weise stattgefunden hat, so ist anzunehmen, daß mit dieser Summe auszukommen ist.

Der

- 94a -

**Der Bauausschuß hat sich mit dieser Sache be-  
faßt und empfiehlt Ihnen die Annahme dieser Vorlage.**

Stadt. Dr. J a s p e r : Meine Damen und Herren!  
Ich bin einigermaßen erstaunt über diese Vorlage,  
und zwar in zwei Beziehungen. Einmal habe ich vom  
Herrn Berichterstatter nicht gehört, wie hoch sich  
die Betriebskosten für solch einen Wagen stellen  
werden, und darauf scheint es mir nicht unwesentlich  
anzukommen. Die neue Einrichtung ist doch nur dann  
wirtschaftlich, wenn der Betrieb dadurch auf die  
Dauer verbilligt wird, und dass gerade das Automobil  
für den <sup>Spreng-</sup>~~außeren~~ Betrieb ein geeignetes Betriebsmit-  
tel ist, kann ich doch nicht einsehen, glaube viel-  
mehr, daß die Betriebskosten nicht unwesentlich  
dadurch ver~~teuert~~ werden. Zweitens habe ich eine  
Abneigung dagegen, die Stadt auf diesen rein tech-  
nischen Gebiete als Versuchskaninchen dienen zu  
lassen. Sind in dieser Sache schon Erfahrungen ge-  
sammelt? Der Automobilbetrieb ist doch schon ziem-  
lich alt, und wenn es zweckmäßig wäre, das Auto-  
mobil für Sprengzwecke zu benutzen, dann könnte man  
doch aus den Erfahrungen von anderen Orten lernen.

Deshalb

Deshalb bitte ich, bevor wir uns auf die Bewilligung der scheinbar 9 000 K einlassen, um Mitteilung darüber, was der Versuch bei seiner Ausführung an Kosten verursachen wird, und dann werden wir wohl ein Zehnfaches dafür einsetzen müssen.



Minutogramm  
- 97 -

Bürgermeister M e y e r : Meine Damen und Herren! Die Kosten des Marstallsbetriebs sind in jüngerer Zeit erheblich gewachsen, vor allen Dingen durch das Anschwellen der Preise für die Pferde selbst und durch die Kosten für das Futter. Diese Steigung <sup>er</sup> der Kosten ~~dieses Betriebes~~ hat dem Rat Anlaß gegeben, daran zu denken, ob es nicht richtiger wäre, anstelle der Pferdebenutzung Kraftwagen zu nehmen, und zwar <sup>faktisch</sup> ~~in~~ erster Linie an die Verwendung von Lastwagen <sup>Krafts</sup> für die Müllabfuhr gedacht. Zwischendurch kamen ~~auf~~ <sup>an dieser Versammlung</sup> ~~die Klagen über die Besprengung der Straßen, und besonders die aus dem letzten Sommer hier in der Stadt.~~ ~~verordnetenversammlung vorgebrachten Klagen haben~~ <sup>und hat folgendes Ergebnis</sup> ~~Veranlassung gegeben, die Frage zu prüfen, ob es~~ <sup>geprüft</sup> nicht möglich wäre, <sup>für</sup> ~~den Sprengbetrieb der Stadt eine~~ <sup>mit dem aufzunehmenden Material in Straßen</sup> ~~reichlicher zu Güte kommen zu lassen.~~ <sup>ausreichender zu sorgen.</sup> ~~Nun haben~~ <sup>Ohne</sup> wir wohl eine <sup>zufällige</sup> große Zahl von Sprengwagen, <sup>sein können</sup> ~~aber sie~~ können nicht ausgenutzt werden, weil ~~uns die~~ <sup>an</sup> ausreichende Bespannung fehlt. Es würde also eine Vermehrung des Pferdebestandes nötig werden, wenn

wir

Bürgermeister M e y e r : Meine Damen und Herren !Die Kosten des Marstallbetriebs sind in jüngerer Zeit erheblich gewachsen, vor allen Dingen durch das Anschwellen der Preise für die Pferde und durch die Kosten für das Futter. Diese Steigerung der Kosten hat den Rat Anlaß gegeben, daran zu denken, ob es nicht richtiger wäre, anstelle der Pferdebenutzung Kraftwagen zu nehmen, und zwar hat er dabei in erster Linie an die Verwendung von Lastkraftwagen für die Müllabfuhr gedacht. Zwischendurch kamen Klagen auch aus der Mitte dieser Versammlung über unzulängliche Besprengung der Straßen, und das hat zur Prüfung der Frage geführt, ob es nicht möglich sei, mit dem vorhandenen Material die Straßen ausgiebig<sup>er</sup> zu sprengen. Wir haben eine verhältnismäßige große Zahl von Sprengwagen, wir können sie aber nicht ausnutzen weil es an ausreichender Bespannung fehlt. Es würde also eine Vermehrung des Pferdebestandes nötig werden

wenn

# Memorandum

- 98 -

wir während der Sommerzeit <sup>sämtliche</sup> ~~alle unsere~~ Sprengwagen  
in Betrieb <sup>ge/nommen</sup> ~~nehmen wollten~~. Wir haben die <sup>Kraus-</sup> ~~Anschaf-~~  
<sup>fung</sup> ~~bisher vermieden~~, weil wir <sup>fast</sup> ~~die allzu hohen~~ Kosten  
<sup>infolge der hohen</sup> ~~fürchten und weil wir im Winter diese Pferde nicht~~  
<sup>an Arbeit fehlt</sup> ~~ausreichend zu tun hätten~~. Die Pferde bei den na-  
henden Winter wieder zu verkaufen, würde auch nicht  
ratsam sein. Unter diesen Umständen kamen wir bei  
<sup>Belegung der Gebäude nach zu prüfen</sup> ~~unseren Besprechungen auf die Frage~~, ob es nicht  
möglich sei, Kraftwagen für Sprengzwecke auszunutzen  
und ein Herr äußerte den Gedanken, daß man, ehe man  
einen Kraftwagen für solchen Zweck beschaffe - <sup>der</sup> ~~der~~  
<sup>die Arbeit geht man dahin, zu prüfen</sup> ~~bekanntlich weit über 100 000 M kosten würde~~ -  
<sup>wenn man sich der Stadt befürchtigen</sup> ~~alle solle man einen Versuch mit dem Kraftwagen,~~  
<sup>zu machen</sup> ~~den wir besitzen und tatsächlich nicht recht aus-~~  
~~nutzen, anstellen.~~ Die Stadtverordneten haben  
seinerzeit Mittel bewilligt, um aus Heeresbestän-  
den einige Kraftwagen zu kaufen, und nun warten  
wir auf Gelegenheit, sie voll ausnutzen zu können.  
Hier glauben wir eine Gelegenheit zu haben, sie

wenigstens

*Donnerstag*

-28-

während der Sommerzeit sämtliche Sprengwagen in Betrieb genommen werden sollen. Wir haben diese Vermehrung bisher vermieden sowohl wegen der Kosten als auch um deswillen weil es im Winter für die größere Zahl von Pferden an Arbeit fehlt. So lag denn der Gedanke nahe zu prüfen, ob es nicht möglich sei, Kraftwagen für Sprengzwecke auszunutzen. Die Absicht geht nun dahin, zunächst einen Versuch mit dem einen im Besitze der Stadt befindlichen Kraftwagen zu machen.

wenigstens erst einmal versuchsweise auszunutzen.  
Übrigens stehen wir im Rat und in der Marstalldepu-  
tation auf dem Standpunkt, daß die bei uns vorhande-  
nen <sup>Benzin=</sup>benutzten Autos eigentlich dann nicht empfehlens-  
wert sind, wenn der Wagen bei seiner Benutzung nicht  
lange Touren machen soll, sondern <sup>in</sup> ~~ist~~ verhältnis-  
mäßig kurze Zeit wieder anhalten muß. Wenn wir also  
Kraftwagen zu Sprengzwecken anschaffen sollten, wür-  
den wir elektrische Kraftwagen für besser halten -  
die haben wir nun aber leider nicht <sup>vorrätig</sup> fertig. Es hat  
ja auch ein Sprengwagen nicht so oft anzuhalten wie  
ein Müllwagen, der vor jedem Hause halten muß. Bis  
die Wasserbehälter auf dem Sprengwagen entleert sind,  
fährt der Wagen immerhin eine größere <sup>Strecke</sup> Straße, und so  
glauben wir, daß die Verwendung der Kraftwagen zu  
diesen Zwecke einen Versuch wert ist. Sollte sich  
die Sache machen, dann werden wird es dahin kommen,  
daß wir Ihnen noch mit dem Antrage kommen, auch  
einen anderen Lastkraftwagen für diesen Zweck ein-  
zurichten.

Augenblicklich

Augenblicklich sind wir drauf und dran, Versuche wegen Veränderung der Mälabfuhr zu machen, und dafür soll dann ein elektrischer Kraftwagen beschafft werden. Wir sind damit noch nicht so weit, daß wir Ihnen eine Vorlage machen könnten, aber in einigen Wochen hoffen wir dazu in der Lage zu sein.

Was die Erfahrungen angeht, die mit dem Automobil-Sprengbetrieb gewonnen sind, so kann ich mitteilen, daß <sup>von vor Jahren</sup> ~~uns in~~ der Marstalldeputation ein Kraftwagen vorgeführt worden ist, der von der Firma ~~der~~

Büssing ausgeführt ~~war und nach dem Ausland gehen sollte.~~ Dieser Wagen gab viel Wasser her, <sup>mit Wasser</sup> ~~aber~~ <sup>immer zu schnell entleert.</sup> ~~die Folge davon ist, daß er keine längere Zeit~~

~~fahren konnte gegenüber der Zeit, die unsere jetzigen Sprengwagen laufen, bis sie leer sind. Er wurde also verhältnismäßig zu schnell entleert, und Erfahrungen darüber, wie sich die Sache stellt, wenn sehr große Bassins eingebaut werden, lagen noch nicht vor.~~

~~Über die Betriebskosten eines Automobil-Sprengzeuges mag ich keine Angaben zu machen.~~ Daß

# Kinogramm

- 101 -

Kollte ich <sup>mitbringen, so findt genau die</sup>  
~~Daß wir unseren Versuch nicht unnötig lange~~

~~Zeit fortsetzen und der Stadt dadurch nicht unnötige~~  
~~jetzt angeforderten Mittel verloren~~  
~~Kosten verursachen werden, ist selbstverständlich.~~

~~Aber verloren würde doch nur das jetzt zu bewilligende Geld sein, denn das Material, das für den Versuch verwandt wird, <sup>bleibt aber erhalten und nicht versch. gehen</sup> würden wir an anderer Stelle immer wieder verwenden können: wir behalten sowohl den Lastkraftwagen, wie auch die Wassergefäße. Ohne Versuche kommen wir nicht weiter, und irgendetwas ~~son~~ doch solche Versuche einmal zuerst gemacht werden.~~

Korrekturen

- 99 - 101 -

Was die Erfahrungen angeht, die mit dem Automobil-Sprengbetrieb gewonnen sind, so kann ich mitteilen, daß schon vor Jahren der Marstalldeputation ein von der Firma Büssing ausgeführter Kraftwagen vorgeführt worden ist, der nach dem Ausland gehen sollte. Dieser Wagen gab viel Wasser her und wurde infolge davon immer zu schnell entleert. Über die Betriebskosten eines Automobilsprengwagens vermag ich eben keine Angaben zu machen.

Sollte der Versuch mißlingen, so sind zwar die jetzt angeforderten Mittel verloren, das für den Versuch verwandte Material bleibt aber erhalten und würde eventuell an anderer Stelle wieder verwendet werden können. Ohne Versuche kommen wir nicht weiter.



Stadt v. N e s s e n i u s : Für den Sprengbetrieb in einer Stadt mit so ausgedehntem, kilometerlangem Straßennetz lohnt es sich wohl, Lastkraftwagenbetrieb einzurichten. Daß solche Verwendung von Lastkraftwagen neu sei, trifft nicht zu, in großen Städten hat man sie für diesen Zweck schon seit 15 Jahren gebraucht. Jedenfalls kommt für uns nur in Frage, zu wissen, ob die Betriebskosten des Autos nicht viel höher zu veranschlagen sind als die für den Pferdebetrieb. Wo eine große Zahl von Straßen zu sprengen sind, kann jedenfalls der automobile Betrieb es mit dem Pferdebetrieb aufnehmen. Wir sparen dabei nicht nur Pferde, sondern vor allen Dingen Zeit und können in der heißen Zeit des Sommers viel schneller und ausgiebiger unsere Straßen sprengen, als es mit den langsamen Pferdegespannen möglich ist. Der Versuch ist nur zu begrüßen, umso mehr weil dazu nur aus dem vorhandenen Material etwas gebraucht wird.

Stadtverordn. T o s t m a n n : Wenn wir uns auf den Standpunkt stellen wollten, wie <sup>ihn</sup> ~~es~~ Herr Dr. Jasper einnimmt, der fragt: „Sind schon Versuche in dieser Hinsicht an anderen Stellen gemacht, und hat sich die Stadt darnach <sup>erkundigt</sup> ~~erkannt~~“, so würden wir fast nie dazu kommen, etwas ~~Neuen~~ einzuführen, insbesondere dann nicht, wenn jede Stadt so verfahren würde. Auf den Standpunkt kann man sich also nicht stellen.

Was den Kostenpunkt anlangt, so möchte ich dem Herrn Vorredner erwidern - und das hat der Herr Bürgermeister Meyer schon gesagt -, daß auch die Pferde ziemlich teuer sind, und ebenso das Futter. Ein gutes Pferd, das man heute kauft - und wenn dies nicht zu <sup>=hen</sup> ~~geschen~~ braucht, so muß doch darnach der Maßstab angelegt werden - kostet, wenn es noch nicht zu alt ist, immerhin 30 - 40 000 M. Den Kraftwagen braucht die Stadt nicht zu kaufen, der ist vorhanden. Die Pferde müssen selbstverständlich jeden Tag <sup>gefüttert</sup> ~~ausgeführt~~ werden. Heute kostet der Zentner Hafer 360 M, und wenn man ein Pferd so damit

füttern

füttern will, daß es nicht Hunger leidet, so ist der Zentner in einer Woche so ziemlich verbraucht, meinetwegen mag er auch 1 1/2 Wochen reichen. Danach kann man ~~auserechnen~~ ausrechnen, was ein Pferd, die Pflege ungerechnet, ~~jede~~ Woche kostet.

Selbstverständlich ist auch das Benzin, wodurch der Wagen getrieben werden soll, ebenfalls teuer, aber wenn man den Wagen nicht zu kaufen braucht, der heute immerhin 125 - 150 000 M kosten wird, dann steht man sich jedenfalls besser, wenn man den Kraftwagen benutzt. Es kann doch auch vorkommen - und das <sup>Risiko</sup> ~~riekiert Risiko~~ hat die Stadt, daß ein neugekauftes Pferd innerhalb 4 Wochen nach dem Pferde-schlachter gebracht werden muß.

Solchs ein <sup>Risiko</sup> ~~Risiko~~ trifft bei dem Kraftwagen nicht zu; wenn auch Reparaturen vorkommen werden, so kommt dadurch der Kraftwagen nicht ganz außer Betrieb.

Daß

Daß die Besprengung mit dem Kraftwagen schneller vor sich geht als mit dem Pferdefuhrwerk, ist schon hervorgehoben. Die Pferde, die zu diesem Zwecke genommen werden; sind meist ziemlich alt, und wie alten Menschen gehts auch alten Pferden, sie sind nicht mehr so schnell wie die Jungen. Steht man die Sprengwagen dahin fahren, dann kann man sich ungefähr ausrechnen, wieviel Kilometer die Wagen pro Tag besprengen. Ich sagte schon vorhin in meinem Bericht, daß ein großer Teil der Arbeitszeit der Kutscher durch das Fahren der Sprengwagen von der Sprengstelle vom Hydranten und wieder zurück daraufgeht, und daraus ~~erfolgt~~, daß ein Pferdefuhrwerk nicht so viel besprengen kann als ein Kraftwagen, der diesen Zwischenweg nicht <sup>so</sup> oft zu machen braucht. Es ist allgemein bekannt, daß in den Sommermonaten alle paar Wochen hier in der Sitzung von dieser oder jener Seite Anfragen und Anträge gestellt werden, die darauf hinzielen, daß die Straßen besser besprengt werden. Das hat den Rat der Stadt und auch die Mar-

stall-

stalldeputation bewegen, Stellung zu nehmen, wie diesen Klagen zuvor-zu-kommen ist, wenigstens den Versuch dazu zu machen, indem die Besprengung der Straßen mit Hilfe eines Lastkraftwagen auszuführen vorgeschlagen wird. Gelingt der Versuch nicht, dann sind allerdings die 9 000 M weggeschmissen, aber nicht mehr, und wir müssen zu dem alten System zurückkehren. Wenn man einen Versuch macht, muß man immer mit der Übernahme eines gewissen <sup>Risikos</sup> ~~Risikos~~ rechnen. Ich möchte doch ersuchen, dem Antrage, diesen Versuch zu machen, zuzustimmen.

Stadt v. Dr. J a s p e r : Ich danke den Herren Vorrednern für ihre ausgiebigen Ausführungen, muß aber zu meinem Bedauern erklären, daß Sie mich nicht überzeugt haben, daß die Vorlage gegenwärtig begründet ist. Gewiß hat Herr Tostmann recht, wenn er sagt, daß ein Versuch einmal gemacht werden muß, sonst könnte man nicht zu Verbesserungen kommen, und ich bin auch keineswegs gegen jede Neuerung. Auf der andern Seite aber haben wir von Herrn Nessenius gehört, daß anderswo man schon vor 15 Jahren diese Einrichtung gehabt hat, und da wäre doch die Nachfrage erlaubt, welche Erfahrungen in diesen 15 Jahren mit den Kraftfahrzeugen bei der Straßenbeprengung gemacht sind. Diese Erfahrungen habe ich auch von Herrn Nessenius nicht schildern gehört. Ich kann mir wohl denken, daß für Feuerlöschzwecke der Le Kraftbetrieb sehr gut ist, weil damit der Zweck erreicht ist, <sup>schnell</sup> (von der Feuerwache zum Brandherde zu kommen, und dabei kommt es auf jede halbe <sup>nur</sup> Viertelminute an. Ob aber die Schnelligkeit

ligkeit

lichkeit bei der Straßenbesprengung ein besonderer Vorzug ist, scheint mir einigermaßen zweifelhaft. Ich kann mir nicht denken, daß *S*ie Wert darauf legen, daß unsere Straßen in einem Tempo gesprengt werden, wie die Feuerlöschzüge es einhalten. Es ist das natürlich Übertreibung, <sup>aber</sup> ~~und~~ die Schnelligkeit des Fahrens würde doch der Intensität der Straßensprengung nicht <sup>dienlich</sup> ~~dieselbe~~ sein und auch den Klagen, die man hin und wieder darüber hört, nicht abhelfen. Es kommt bei der Straßensprengung nicht auf die Schnelligkeit der Ausführung, sondern auf ein ausreichend gutes Sprengen an, und deshalb müssen die Lastwagen auch recht beschaulich dahin fahren.

Der Herr Berichterstatter hat ausgeführt, daß die Pferde und der Hafer viel Geld kosten, Herr Munte meinte sogar: sehr viel Geld. Herr Tostmann muß aber andererseits auch zugeben, daß das Benzin nicht umsonst geliefert wird. Er meinte ferner:

Wir

wir haben ja einen Wagen, <sup>f</sup>bei dem Betriebskonto nicht mit kalkuliert. Auch wenn es nur ein Versuch sein soll, wird es bei diesen einen Wagen nicht bleiben. Es kommen immer die 150 000 M für den Wert des Wagens in Betracht, wenn einmal die Rechnung für die Kosten aufgemacht werden; und diese Rechnung ist schon jetzt aufzustellen, um veranschlagsmäßig zu erkennen, ob der Betrieb wirtschaftlich sein wird oder nicht.

Ich vermisze also, 1) daß die Erfahrung<sup>en</sup> anderer Städte nicht genutzt sind und 2) die wirtschaftliche Rechnung nicht aufgemacht ist, wie man sich die Sache denkt. Es scheint mir so, daß irgend ein Herr aus der Marstalldeputation oder eine Firma einmal einen Versuch machen will. Dann kann man sagen: Ein solcher Sprengwagen ist in Braunschweig geprüft. Wenn eine Firma eine solche Probe haben will, dann mag sie es selber versuchen, vielleicht kaufen wir ihr dann einen solchen Wagen ab. Hier

*Es kann man das kaufen, weißt, könnte die  
Rage antwort. Es ist schon ein ganz falsche  
Rage, wenn man den Wagen* aber,



aber, ohne daß wir eine Übersicht haben, was annähernd<sup>(d)</sup> bei dem Versuch~~e~~ herauskommen~~f~~ könnte, diese Kosten aufzuwenden, scheint mir nicht gerechtfertigt. Die Betriebskosten werden größer sein als die Versuchskosten von 9 000 K für den Umbau. Die Betriebskosten spielen in der Berechnung des Herrn Berkehterstatters gar keine Rolle. Wenn ich aber die Kosten des Fahrers auf dem Pferdewagen und des Fahrers auf dem elektrischen Betriebswagen oder auf einem ~~benutzten~~<sup>Benzin-</sup> Wagen in Betracht ziehe, so würden bei den letzteren beiden unbedingt ~~oder-auf~~ eine höhere Summe herauskommen. Wie gesagt, meine Gedanken sind noch nicht zerstreut.

Bedenken

# *Monogramm*

- 111 -

Bürgermeister M e y e r : Die Frage, ob ~~ein~~  
Betrieb mit Pferden oder mit Lastkraftwagen teurerer  
ist, <sup>ließe</sup> ~~mag~~ <sup>unzweifelhaft</sup> noch nicht entschieden sein; <sup>ist</sup> persönlich  
~~stehe ich auf dem Standpunkte, befürchten zu müssen,~~  
<sup>nicht der Annahme zu</sup> ~~daß den Betrieb mit Lastkraftwagen~~ <sup>zu fallen</sup> ~~teurer ist.~~  
~~Gleichwohl geht die ganze Entwicklung auf diesen~~  
<sup>geht hervor,</sup> ~~Gebiete dahin, daß man den Betrieb mit Kraftwagen~~  
~~angestrebt, und daß werden sie auf allen Gebieten~~  
~~finden.~~

Nun scheint es mir so, als ob Herr Dr. Jasper  
in einem <sup>Irrtum befangen</sup> ~~irrigem Befange~~ ist. Es handelt sich ge-  
genwärtig nicht darum, ob der Gebrauch des Last-  
kraftwagens als Sprengwagen den Vorzug verdient vor  
unseren Pferdesprengwagen - die Frage wollen wir  
heute unentschieden lassen -, sondern es dreht sich  
um die Frage: Können wir mit dem Material, <sup>das</sup> ~~daß~~ wir  
besitzen, eine größere Sprengleistung erzielen?  
Im Rat und in der Marstalldeputation sind wir dieser  
Ansicht, ~~daß wir das erzielen können, wenn es uns~~  
~~gelingt, die vorhandenen Materialien besser aus-~~  
zunutzen.

*Hausklausur*

- 111 -

Bürgermeister M e y e r: Die Frage, ob der Betrieb mit Pferden oder mit Lastkraftwagen teurer ist, dürfte noch nicht endgültig entschieden sein; Ich persönlich neige der Annahme zu, den Betrieb mit <sup>Last</sup>Kraftwagen für teurer zu halten. Die ganze Entwicklung auf diesem Gebiete geht jedoch dahin, den Betrieb mit Kraftwagen anzustreben.

Nun scheint es mir so, als ob Herr Dr. Jasper in einem Irrtum befangen ist. Es handelt sich gegenwärtig nicht darum, ob der Gebrauch des Lastkraftwagens als Sprengwagen der Vorzug verdient vor unseren Pferdesprengwagen - die Frage wollen wir heute unentschieden lassen -, sondern es dreht sich um die Frage: Können wir mit dem Material, das wir besitzen, eine größere Sprengleistung erzielen? Im Rat und in der Marstalldeputation sind wir dieser Ansicht.

# Monogramm

- 112 -

zunutzen. Wir wollen einen vorhandenen, <sup>von</sup> verhältnismäßig billig erstandenen Lastkraftwagen gleichzeitig mit 2 <sup>vorhandenen</sup> solcher Sprenggefäßen besetzen, <sup>schonst besser</sup> sodaß die für <sup>einzelne Sprengwagen</sup> den ~~einen Wag~~ zur Verfügung stehenden Wassermenge doppelt so groß <sup>sein als für die Verwendung</sup> ist ~~wie in einem~~ der jetzigen Sprengwagen. ~~Nun liegt der Erfolg bei dem Versuche darin, daß die Abgabe des Wassers für jede einzelne Wagstrecke nicht in größerem Umfange erfolgt, wie durch den früher benutzten Sprengwagen, sodaß durch den neuen Sprengwagen ein doppelt so großes Gebiet bespritzt werden kann als bisher.~~ <sup>mit mehreren alten Sprengwagen</sup> Die Folge davon ist, <sup>nur</sup> daß der <sup>benutzt</sup> vergrößerte Wagen nicht so oft zum Hydranten zu fahren braucht, <sup>als der alte</sup> nur halb so oft, daß <sup>geringerer Form</sup> er dadurch an Zeit spart und ~~ebe infolge dessen an Leistungsfähigkeit gewonnen wird,~~ <sup>nur ganz so sehr</sup> sodaß trotz der <sup>jetzt</sup> jedenfalls größeren Betriebskosten bei der größeren <sup>ausgesprochen ist</sup> Leistung doch eine Ersparnis herauskommt. Das <sup>zu</sup> theoretische nachzuweisen, ist unmöglich, auch Erkundigungen bei Firmen KB würden nichts nützen, und <sup>andere Klärung nicht bei</sup>

einen

*Doxx Rühr*

- 112 -

Wir wollen einen vorhandenen, verhältnismäßig billig  
erstandenen Lastkraftwagen mit 2 vorhandenen Spreng-  
gefäßen besetzen; es wird dann die für die einzelne  
Spreng<sup>an</sup>tür zur Verfügung stehende Wassermenge doppelt  
so groß sein als sie bei Verwendung der jetzigen  
Sprengwagen ist. Es darf also angenommen werden, daß  
mit dem neuen Sprengwagen ein doppelt so großes Ge-  
biet besprengt werden kann als mit einem alten  
Sprengwagen. Der neue Wagen braucht nicht so oft zum  
Hydranten zu fahren als der alte, spart dadurch  
zeit und gewinnt somit an Leistungsfähigkeit und zwar  
so sehr, daß trotz höherer Betriebskosten eine Erspar-  
nis wahrscheinlich ist. Das heute zu beweisen, ist un-  
möglich, auch Erkundigungen bei anderen Städten und <sup>bei</sup>  
Firmen würden nichts nützen.

*Donnerstag*

- 112 -

Nir wollen einen vorhandenen, verhältnismäßig billig erstandenen Lastkraftwagen mit 2 vorhandenen Sprenggefäßen besetzen; es wird dann die für die einzelne Spreng<sup>in</sup>tär zur Verfügung stehende Wassermenge doppelt so groß sein als sie bei Verwendung der jetzigen Sprengwagen ist. Es darf also angenommen werden, daß mit dem neuen Sprengwagen ein doppelt so großes Gebiet besprengt werden kann als mit einem alten Sprengwagen. Der neue Wagen braucht nicht so oft zum Hydranten zu fahren als der alte, spart dadurch Zeit und gewinnt somit an Leistungsfähigkeit und zwar so sehr, daß trotz höherer Betriebskosten eine Ersparnis wahrscheinlich ist. Das heute zu beweisen, ist unmöglich, auch Erkundigungen bei anderen Städten und bei Firmen würden nichts nützen.

Kinogramm  
- 113 -

~~einem entsprechenden Versuch <sup>wird</sup> von einer anderen Stadt schwerlich schon gemacht sein. Der Gedanke daran ist bei uns entstanden, weil wir das nötige Material haben.~~

~~Ich möchte bitten, es nicht auf diese 8 000 M anzusehen. Sollte der Versuch scheitern, so wäre uns die Freude daran allerdings zu Wasser gemacht, aber ich habe die Hoffnung, daß die Sache sich machen wird. Sollte der Versuch gut ausgehen, dann werden wir wahrscheinlich unseren Antrag wiederholen und um Zustimmung ersuchen, daß auch noch auf einen anderen Lastkraftwagen - wir haben noch ein paar davon in Besitz - ein solches Sprengwagengestell aufgesetzt wird. Doch muß das einstweilen zurückgestellt werden, bis sich herausgestellt hat, daß der Versuch zu einem guten Ergebnis geführt hat.~~

*Extrakt*

- 113 -

Ich möchte bitten, es nicht auf diese 8 000 M  
anzusehen.



*Der Antrag auf Herrichtung eines Lastkraftwagens zu Wassersprengzwecken wird dem Antrage des Bauausschusses entsprechend angenommen.*

17. Zuschuß zur Weiterführung der Geschäfte der  
Luftverkehrsstelle.

Stadtverordneter S t e g m a n n : Das <sup>b/</sup>Staats-  
ministerium hat sich an den Rat der Stadt gewandt  
zwecks finanzielle<sup>r</sup> Beteiligung bei der Aufrechterhal-  
tung der Geschäftsführung durch die Luftverkehrsstelle.  
Es handelt sich um folgendes:

Die Geschäfte des Luftverkehrsausschusses wurden  
bisher vom Hauptmann Meersmann geleitet, der jetzt  
aber in die Privatindustrie eingetreten ist und für  
den ein anderer Leiter angenommen werden müßte, wenn  
die Luftverkehrsstelle als selbständige Stelle weiter-  
bestehen soll. Hierfür würde eine Aufwendung von  
100 000 M nötig sein.

Da eine so hohe Geldsumme bei dem völligen <sup>(derliegen)</sup> <sup>(Lärm)</sup>  
der Luftschiffahrt nicht beschafft werden kann, hat  
der Luftverkehrsausschuß eine zweite Möglichkeit aus-  
findig gemacht, damit nicht die Stelle ganz und gar  
aufgegeben zu werden braucht. Es wird vorgeschlagen,  
den bisherigen Leiter, wie dieser sich angeboten hat,

neben-

nebenamtlich die Tätigkeit in der Luftverkehrsstelle gegen ein monatliches Entgelt ~~von~~ <sup>zu lassen</sup> von 500 M weiter auszuüben <sup>zu geben</sup> und ~~geben~~ ihm eine Schreibhilfe <sup>u</sup> zur Seite für die dann monatlich auch 500 M gerechnet werden müßte. An weiteren Kosten würden noch 500 M monatlich für Geschäftsbedarf zu rechnen sein.

Die dritte Möglichkeit wäre, die Luftverkehrsstelle für die Wintermonate eingehen zu lassen und die notwendigen Arbeiten von dem zuständigen Referenten im Ministerium ausführen zu lassen.

Der Luftverkehrsausschuß bemerkt dazu, daß die Auflösung der Luftverkehrsstelle unter allen Umständen abzulehnen sei, da <sup>sonst</sup> ~~unter solchen Umständen~~ die bisher aufgewandten Gelder umsonst <sup>ausgegeben</sup> ~~verwand~~ seien und Braunschweig endgültig aus der Reihe der an dem späteren Flugbetriebe beteiligten Städte ausscheiden würde, und empfiehlt dem Ministerium, den vom ihm an zweiter Stelle gemachten Vorschlag zu wählen, daß die Geschäfte der Luftverkehrsstelle durch den bisherigen Leiter weiter nebenamtlich geführt werden. Der Luftverkehr-

ausschuß

ausschuß bittet weiter, daß die an dem Fortbestehen dieser Stelle interessierten Kreise - Staat, Stadt und Industrie - die infrage kommende Summe aufbringen. Zunächst soll die neue Einrichtung erst einmal für ein halbes Jahr, stattfinden, und es würden dafür 9000 M aufzubringen sein. Das Staatsministerium schlägt vor, daß die drei dafür in Betracht kommenden Stellen (Staat, Stadt und Handelskammer) vom 1. Dezember bis zum 1. <sup>Januar</sup> ~~Januar~~ nächsten Jahres je 3000 M dafür bewilligen.

Der Finanzausschuß hat die Sache beraten und ist der Meinung, daß wir der Leistung dieses Ausschusses Zuschusses zustimmen können, wie es auch der Rat der Stadt empfiehlt, denn es sei nicht angebracht, daß die Stadt untätig zu sehe, wie Braunschweig von dem künftigen Luftverkehr ohne weiteres ausgeschaltet wird. Ich bitte namens des Finanzausschusses, der Bewilligung von 3000 M zuzustimmen.

Die

- 118 -

Die 3000 M werden bewilligt. (Punkt 17)

Stadtverordneter M u n t e übernimmt den Vorsitz.

18. Erhöhung der Gas- und Wasserpreise.

Stadtverordneter F r e d e: Meine Herrschaften!  
Die Stadtverordnetenversammlung hat schon angenehmere und dankbarere Aufgaben zu lösen gehabt als die jetzt<sup>4</sup>bevorstehenden. Wir bewilligen gern, wenn wir andere damit erfreuen können, aber diesmal erfreuen wir damit die Bevölkerung nicht, trotzdem kommen wir nicht darum weg, eine Bewilligung vorzunehmen.

Sie haben das Anschreiben des Rats bekommen, und ich glaube deshalb, auf die Einzelheiten nicht eingehen zu brauchen. Zunächst wollen wir die Notwendigkeit der Erhöhung des Gaspreises erörtern. Es ist in dem Schreiben des Städtischen Betriebsamts an den Rat der Stadt ausgeführt, daß in den ersten 8 Monaten des Geschäftsjahres, vom 1. April bis zum 1. Dezember der Rechnungsabschluß sich derartig gestaltet habe, daß man der Frage näher treten müsse, wie bessere Einnahmen zu erzielen seien. Die Einnahmen in diesen ersten 8 Monaten <sup>haben</sup> betragen

9 789 017,93 M., die Ausgaben 8 696 793,68 M. Es ist also eine Mehreinnahme von 381 669,70 M zu verzeichnen. Der Umsatz beträgt 9 1/2 Million <sup>ctm</sup> ~~gr~~, und die Direktion knüpft daran die Folgerung, daß bei diesem <sup>großen</sup> ~~ganzen~~ Umsatz und dem geringen Verdienst zu befürchten sei, daß am Schlusse des Geschäftsjahres nicht die genügenden Rückstellungen zu dem Zwecke, die notwendigen Neu- und Erweiterungsbauten vorzunehmen, gemacht werden können. Es kommt hinzu, daß am 1. Dezember d. J<sup>s</sup>. eine wesentliche Erhöhung der Kohlenpreise eingetreten ist, und zwar um mehr als 50 % . Dazu treten noch die erhöhten Frachten und die Erhöhung der Kosten für Abfuhr. Es ergibt sich schon daraus rund eine Erhöhung der Unkosten von rund 80%, und allein schon aus dieser Erhöhung kann man den ~~be~~antragten höheren Gaspreis als begründet ansehen. 1,20 M kostete es bisher, 80% davon sind 96 J, und so müßte man die Notwendigkeit der Erhöhung des Gaspreises auf 2,16 M zugeben. Die Leitung

des



des Betriebsamts hat nun eine andere Rechnung aufgemacht, die aber zu demselben Ergebnis kommt. Es sind in dieser Aufstellung die Mehreinnahmen und Mehrausgaben verzeichnet, und danach stellt sich die Sache so, daß der Kohlenpreis für 10 Ctr. sich vor dem 1. Dezember auf 3350 M stellen <sup>ke</sup>~~lassen wird~~, nach dem 1. Dezember auf 5260 <sup>stieg</sup> M, die Bahnfracht bis Hannover und die Bahnfracht bis Braunschweig vor dem 1. Dezember auf 619 und 368 Mark, nach dem 1. Dezember auf 821 und 543 Mark, sodaß sich als Ausgaben für 10 Tonnen Kohlen die Summen von 4 337 und 6624 Mark gegenüberstehen, der Mehrpreis für eine Tonne Kohlen also ~~auf~~ 228,70 M ausmacht. Dieser Mehrpreis nebst den erhöhten Löhnen, Gehältern und Kosten für Betriebsanlagen wird für eine Berechnung der voraussichtlichen Mehrausgaben für die Zeit von Dezember bis März zugrunde gelegt, wonach sie sich auf 3 030 740 M stellen werden.

Die

Die Mehreinnahmen, ~~die~~ für Abgabe von Koks, Teer und Ammoniak werden mit 1 184 000 M angenommen. Für den Koks ist bei dem eingestellten Preise von 200 M für die Tonne schon eingerechnet eine wiederum vorzunehmende Erhöhung des Preises um 5,-M für den Zentner. Es sind nach dieser Zusammenstellung also 1 846 740 M durch die Mehreinnahme aus der Abgabe von Gas (2 Millionen cbm in den 4 Monaten) zu decken, was 92 % <sup>oder</sup> ~~also~~ <sup>ebm</sup> rund 90 % auf das ~~mm~~ ausmacht.

Diese Angaben des Betriebsamts, die auf den Erfahrungen aus der Vergangenheit (in den 8 Monaten des laufenden Geschäftsjahres, April bis Dezember) beruhen, sind unter keinen Umständen zu bezweifeln. Es ist im Finanzausschusse von einer Seite bemerkt worden, daß die Angaben für die Zukunft „sehr vorsichtig“ gemacht seien, aber Herr Stadtbaurat Lep-

sin

sin hat nachgewiesen, daß das keineswegs der Fall ist und man sich leider mit den Angaben abfinden müsse, die auf realer Basis beruhen.

Der Haushaltsausschuß hat nun die Bedenken gewürdigt, die einer Erhöhung des Gaspreises entgegenstehen. Es sind ja auch in der Presse kritische Bemerkungen an die Ausführungen des Rats in seiner Vorlage geknüpft worden, aber was sollen wir machen? Wir müssen die Mittel schaffen, und kein Weg geht darum weg. Als das Betriebsamt in der Sitzung des Finanzausschusses auch noch geltend machte, daß vom 1. Februar an wiederum eine ganz wesentliche Frachterhöhung bevorstehe und man auch den zukünftigen Kohlenpreis nicht übersehen, wohl aber behaupten könne, daß er nicht <sup>herunter-</sup> ~~retour~~ gehen würde, neigte sich schließlich der Finanzausschuß der Ansicht zu, daß man diese ständigen Beunruhigungen der Bevölkerung, die mit der <sup>Heran-</sup> ~~Auf-~~setzung der Gaspreise verbunden ist, vermeiden sollte und lieber dem Hunde den Schwanz mit einem Male, aber nicht stückweise abhacken und Verhältnisse,

hältnisse,

hältnisse schaffen, <sup>sollte</sup> die eine gewisse <sup>Ne=</sup> Sättigkeit gewährleisten, und das könne man nur dadurch, daß man bei der Gewißheit, <sup>daß</sup> durch die Kosten für die Kohlen, Beschaffung noch anschwellen würden, den Preis für das Gas höher setzen. Aus diesem Gedanken heraus, daß nachher eine Ruhe und <sup>Ne=</sup> Sättigkeit eintreten sollte, hat der Finanzausschuß aus sich heraus beschlossen, der Stadtverordnetenversammlung zu empfehlen, eine Erhöhung des Gaspreises auf 2,50 M zu empfehlen.

(Hört, hört!) Noch aus einem anderen Grunde ist diese Abweichung vom Ratsantrage beschlossen worden. Die Versammlung wird von mir hören, daß der Wasserpreis vom Finanzausschuß nicht in der vom Rat vorgeschlagenen Weise erhöht worden ist, sondern der Ausschuß vorschlägt, unter dem vom Rat beantragten Preise zu bleiben. Und nun komme ich in meinem Bericht zu dem Teil, in dem über das Wasser gesprochen wird. Ich halte es für besser, daß ich den Bericht in eins erledige, die Aussprache über die beiden Teile wird doch klar sein.

Auch über das Wasserwerk haben die Herrschaften eine Gegenüberstellung in dem Schriftstück mit blauer Schrift bekommen. Die Einnahmen für die 8. Monate, die ich vorhin erwähnt habe, betragen 1 550 863,77 M., die Ausgaben 1 596 164,94 M. Es ist hier also eine Mindereinnahme von 45 301,17 M zu verzeichnen. Das Wasserwerk steht also noch schlechter da als das Gaswerk, wo wir doch noch einen kleinen Überschuß hatten. Auf der folgenden Seite der Vorlage ist eine Übersicht über die Mehrausgaben gegeben. Als Kohlenpreis wurde gezahlt vor dem 1. Dezember 3700 M für 10 Tonnen, nach dem 1. Dezember 5870 M, und ebenso sind auch Fraeht und Anfuhr für die Zeit nach dem 1. Dezember bedeutend höher anzusetzen. Bei der Anfuhr ergibt sich ein wesentlicher Unterschied gegenüber dem Gaswerk, das <sup>4/</sup> Bahnanschluß hat, während beim

Wasserwerk

Wasserwerk eine weite Strecke per Achse zurückzulegen ist. Auffallen könnte den Herrschaften, daß hier ein Mehrpreis von 279,50 M für die Tonne angegeben wird, während beim Gaswerk der Mehrpreis sich auf 228,70 M beläuft. Herr Stadtbaurat Lepsin hat auf Anfrage hierüber die Auskunft gegeben, daß wir mit den Kohlen vorlieb nehmen müssen, wie sie die Werke liefern und ~~das~~ wir für die Wasserwerke nur Eierbriketts bekommen. Man könnte fragen, warum wir die Kohlen, die das Gaswerk bezieht, nicht für das Wasserwerk gebrauchen. Das ist aber unmöglich, da sie für die Feuerungen im Wasserwerk nicht geeignet sind: Wir müssen also wohl oder übel die uns zur Verfügung gestellten Eiforbriketts nehmen und den Mehrpreis zahlen. Die Mehrausgaben beim Wasserwerk für die Monate Dezember <sup>bis</sup> ~~bis~~ März stellen sich bei den nötigen 640 Tonnen Kohlen, den höheren Löhnen und Gehältern, <sup>sowie</sup> ~~die~~ den Mehrausgaben für Betriebsan-  
lagen.

lagen, einschließlich der Einstellung der schon  
vorhin erwähnten Unterbilanz für die verfloßenen  
8 Monate, auf 391 161,17 M. Der Verbrauch an Wasser  
wird für die 4 Monate auf 800 000 cbm geschätzt,  
es müßte also eine Erhöhung des Wasserpreises um  
50 % erfolgen, von 80 % auf 1,30 M.

Bei der Beurteilung dieser Erhöhung hat nun der  
Ausschuß in seiner Mehrheit den Standpunkt beibe-  
halten, den er seit langer Zeit schon eingenommen  
hat, in-dem er sich sagt: Der Verbrauch von Gas ist  
nicht gleichzusetzen mit dem Verbrauch von Wasser;  
der Verbrauch von Gas ist nicht derartig notwendig  
wie der von Wasser. Ohne Wasser kann der Mensch  
schon leben, es ist ebenso nötig wie die Luft, aber  
ohne Gas kann man in der Haushaltung auskommen, es

kann

kann ersetzt werden durch andere Feuerung oder ein anderes Beleuchtungsmaterial. Sodann hat man im Finanzausschuß die Gefahr für die Hygiene eingeschätzt, die sich durch einen hohen Wasserpreis ergibt, daß nämlich dann mit dem Wasserverbrauch anstelle<sup>s</sup> gespart wird, wo es nicht ~~g~~zuheiß~~e~~n ist; in der Sauberhaltung der Wäsche und bei der Reinigung des menschlichen Körpers. Um diese Benutzung des Wassers durch einen zu hohen Preis nicht eingeschränkt zu sehen, ist der Finanzausschuß dazu gekommen, Ihnen der Vorschlag zu machen, den Wasserpreis für das cbm auf 1,00 M statt auf 1,30 M - wie der Rat der Stadt vorgeschlagen hat -, dagegen aber den Gaspreis auf 2,50 M zu bemessen.

Es hat uns der Rat unter dem uns überwiesenen Material auch eine Übersicht über die Gas- und Wasserpreise in anderen Städten zugehen lassen, und danach sollte man glauben, daß diese<sup>s</sup> Gesichtspunkte, die ich

eben



eben entwickelt habe, auch in anderen Städten maßgebend gewesen sind, denn Sie sehen, daß die Gaspreise in den Städten durchweg höher sind als in Braunschweig: Lüneburg, Cassel, Cöln, Crefeld, Mainz, Duisburg, Bremen, Halle, Augsburg, Magdeburg, Hamburg - teilweise sind sie beträchtlich höher als in Braunschweig. Das Wasser dagegen hat einen Preis von 1,00 M, wie wir in Vorschlag gebracht haben, in Magdeburg, Nürnberg und Altona, 75 ¢ in Flauen, 1,10 M in Hannover usw. Ich glaube der Hinweis auf andere Städte widerspricht wenigstens nicht den Überlegungen, die der Finanzausschuß gepflogen hat.

Nun muß ich noch auf eine Bemerkung in dem Schreiben des Rats an die Stadtverordneten zu sprechen<sup>m</sup> kommen, die auf der ersten Seite steht und dahin lautet, daß verlangt ~~uns~~, daß die Werke sich selbst *erhalten muß*

halten.

halten, aber schließlich doch auch ins Auge gefaßt werden müsse, daß die Werke Überschüsse liefern, und dadurch mit dafür gesorgt wird, daß dem Finanzelend der Stadt abgeholfen wird. Es ist richtig, daß wir, wenn wir Bewilligungen machen, um notwendige Zwecke zu erfüllen, auch die Mittel dafür schaffen müssen. Der Finanzausschuß ist aber der Meinung, daß die gegenwärtige Zeit absolut nicht dazu angetan sei, Überschüsse aus diesen Werken herauszuwirtschaften. Man ist der Meinung, daß noch andere Steuerquellen erschlossen werden könnten. Ob diese <sup>sehr</sup> ergiebig sind, muß ein Versuch ~~lehren~~ lehren. Es sind als solche Steuern, die in anderen Städten schon längere Zeit bestehen, z.B. die Bettsteuern in den Hotels genannt. Ich kann aus eigener Erfahrung berichten, daß in Berlin mir 15% auf die Übernachtungskosten zugesezt wurden. Im Finanzausschuß wurde ausgeführt, daß diese Steuer nicht eine Belastung der Hotelinhaber sein würde, sondern daß man im Gegenteil Material dafür habe,

daß

daß die Reisenden geradezu verwundert gewesen sind darüber, daß sie in Braunschweig diese Bettsteuer nicht haben zu bezahlen brauchen. Liegt die Sache so, dann ist nicht einzusehen, warum Braunschweig eine Ausnahme machen soll. Die Reisenden sind auf die Entrichtung dieser Steuer eingerichtet, so daß wir uns diese Steuerquelle ohne Bedenken sehr gut für uns <sup>n</sup>utzbar machen können. Ferner ist ange<sup>n</sup>gelegt, ja beinahe gefordert, die Fahrten in Autodroschken zu besteuern, und zwar deshalb, weil nicht etwa die Ärzte oder andere Personen, die notwendigerweise diese Vehikel<sup>n</sup> benutzen, hierbei in Frage kamen, sondern <sup>durch</sup> ~~das~~ gängig das vergnügungssüchtige Publikum, und da<sup>n</sup>verschlägt es nicht, ob sie bei dem hohen Preise der Autofahrten noch 5.-M für die Einzelfahrt<sup>n</sup> mehr bezahlen müssen. Der Rat hat in Aussicht gestellt, sich mit diesen Sachen zu befassen.

Schließlich habe ich noch mitzuteilen, daß von einer Seite ange<sup>7</sup>legt wurde, bezüglich des Gas- und Wasserpreises gleich dem Verfahren, das vom <sup>Elek-</sup>trischen Werk beobachtet wird, vorzugehen, nämlich eine gleitende Skala einzurichten, <sup>so daß</sup> ~~sondern~~ entsprechend der Verteuerung bei den Kohlenpreisen auch eine Verteuerung von Gas und Wasser erfolgt und umgekehrt. Es würde da<sup>7</sup> das Gute haben, daß die Bevölkerung nicht immer bei einer Neufestsetzung der Preise in Erregung <sup>ver-</sup>gesetzt wird. Wenn wie bei dem <sup>Elektri-</sup>sehen Preise bekannt gegeben wird: Vom 1. Januar ab beträgt der Preis so und so viel Prozent, entsprechend dem Kohlenpreise, dann nimmt das jeder mit Gleichmut entgegen, während es eine unangenehme Lage für den Rat ist, bei Erhöhung der Gas- und Wasserpreise angefeindet zu werden, als wenn er für sich Mittel heraus<sup>7</sup>holen will.

Joh habe deshalb namens des Finanzausschusses zu beantragen:

einen Preis für das cbm Gas von 2,50 M., für das cbm Wasser 1,00 M.<sup>9</sup> Die Abgabe von Wasser in kleinen Mengen regelt sich diesen Preise entsprechend.

Ferner bitten wir, Zustimmung dazu zu geben, daß der Rat ersucht wird, eine Vorlage zu machen, wonach die künftige Erledigung der Preisfestsetzung für Gas und Wasser in einer gleitenden Skala vorgenommen wird.

//

Vorsitzender M u n t e : Ehe wir in die All-  
gemeine Besprechung eintreten, habe ich mitzuteilen,  
daß Herr Stegmann folgenden Antrag gestellt hat:

„ Beantrage, den Gaspreis nicht auf 2,10 M,  
sondern auf 2,00 M per cbm zu erhöhen.“

Stadtverordneter S t e g m a n n : Der Herr  
Berichterstatter sagte, der Finanzausschuß habe die  
Bedenken, die in der Bevölkerung gegen die Vorlage  
aufgetaucht seien gewürdigt. Das nenne ich eine  
schöne Würdigung: Er ist noch um 40 % über die Rats-  
vorlage hinausgegangen. Schon bei verschiedenen Gele-  
genheiten ist von unserer Seite gesagt worden: Auch  
wir sind der Meinung, daß durch die Erträge der Wer-  
ke selbstverständlich die Verzinsung und Tilgung  
gedeckt werden müssen und daß weiter auch ein Über-  
schuß für Neubauten zurückgelegt werden muß, aber  
weiter wollen wir nicht gehen. Mir scheint, daß der  
Wunsch des Herrn Oberbürgermeisters, der auch in der  
Vorlage zum Ausdruck gekommen ist, nämlich <sup>durch</sup> ~~daß~~ den  
Betrieb der Gas- und Wasserwerke etwas zur Deckung  
der allgemeinen Finanzbedürfnisse der Stadt herauszu-  
holen, die Haupt~~p~~etriebsfeder zu den ~~den~~ uns vorgeschla-  
genen Erhöhungen ~~gewesen~~ ist. Es ist uns eine Vorlage  
unterbreitet, wodurch die buchmäßigen Einnahmen und  
Ausgaben festgestellt sind, und daran kann nicht ge-  
rüttelt

rüttelt werden, im übrigen möchte ich aber doch bezweifeln, ob die Aufstellungen für die nächsten Monate stimmen. Das habe ich schon im Finanzausschuß geltend gemacht, und das ist mit von Herrn Stadtbaurat <sup>Lepsius</sup> ~~Gebensleben~~ gewissermaßen übel genommen, aber ich bleibe dabei. Wenn irgend ein Betriebs<sup>leiter</sup>~~arbeiter~~ einen Voranschlag machen <sup>soll</sup> ~~will~~, wird er immer in vorsichtiger Weise vorgehen, die Einnahme möglichst gering einschätzen und die Ausgabe, soweit es irgend geht, erhöht aufführen, sodaß selbst dann noch etwas übrig bleibt, wenn ungünstige Eventualitäten eintreten. Bei der Sucht, möglichst etwas heraus aus diesen Werken herauszuholen, glaube ich, daß auch hier in dieser Weise vorgegangen sein wird. Ich denke an den Abschluß vom vorigen Jahre, wo auch ein Überschuß erzielt wurde, was allerdings in diesem Jahre nicht der Fall sein wird. Aber ist alles in diesem Voranschlage ~~so~~ schwarz gemalt, daß es meiner Ansicht nach nicht nötig sein

wird.



wird, für Gas einen Preis von 2,10 M zu nehmen. Ich hätte gern einen Antrag gestellt, der sich auf einen niedrigeren Gaspreis als 2,00 M bezogen hätte, vielleicht auf einen solchen von 1,50 M, aber nach Lage der Sache kann man das nicht tun. Doch bin ich der Ansicht, daß eine Erhöhung auf 2,00 M, also um 70  $\frac{2}{3}$  % höher als früher, vollständig genügt, daß dabei das Gaswerk sich rentiert, nicht nur seine Ausgaben deckt, sondern auch Verzinsung und Tilgung, wie auch etwas für den ~~Erwerb~~ Reservefonds übrig bleibt. Ich glaube, daß <sup>der Rat</sup> ~~die Stadt Berlin~~ in dieser Weise vorgegangen ist, und möchte <sup>hoffentlich</sup> auf die eingestellten voraussichtlichen Ausgaben verweisen. Für den Reservefonds für diese 4 Monate ist eine Summe von 340 000 M vorgesehen - und das soll doch der Reservefonds für diese 4 Monate sein, nicht für das ganze Jahr. Gewiß, wir brauchen einen Reservefonds, aber wenn wir die angeführte Summe verdreifachen, so ist das rund eine Million Mark,

die

die zurückgelegt werden soll. Damit ist schon genüge<sup>(nd)</sup> begründet, daß wir die in der Ratsvorlage angeführten Zahlen in dieser Weise nicht ohne weiteres als richtig annehmen können. Ebenso weise ich auf die Beträge für Zinsen und Tilgung hin, die wohl auch für das ganze Jahr gerechnet sind. Aus diesen paar Ziffern sieht man schon, daß die Zahlen sehr vorsichtig kalkuliert worden sind. Im übrigen meine ich, daß das Vorgehen der Herrschaften, die im Finanzausschuß den Antrag gestellt haben, über den Ratsantrag hinauszugehen, nicht den Hundeschwanz stückweise abzuhacken, sondern gleich mit dem Gaspreise auf <sup>ihn</sup> 2,50 M gesprungen sind, ~~ist~~ also über 100% zu erhöhen gewillt sind, geradezu hanebüchen zu nennen ist. Es ist eine Rücksichtslosigkeit gegenüber der Braunschweiger Bevölkerung, die nicht größer sein kann. Sie wissen, wie bei dieser fürchterlichen Teuerung, in der wir leben, selbst Familien, die als bessergestellt angesehen werden, zu kratzen haben und nicht daran denken können, die während der langen Kriegs-

zeit

zeit abgerissene Wäsche und Kleidungsstücke zu ersetzen. Eine Preiserhöhung jagt die andere. Dann aber soll man nicht so rigoros vorgehen, nicht unbedingt nötige Erhöhungen im Gas- und Wasserpreise vornehmen, <sup>sondern</sup> und nur fordern, was <sup>unvermeidlich</sup> daraus nötig ist. Ich erinnere daran, was Herr Sauerbier ausgerufen hat, als es sich um die Beamtenbesoldung handelte: „Sie glauben nicht, wie sehr die Beamten Not leiden!“ Ja, die kleinen und mittleren Beamten haben gewiß Not gelitten, genau dasselbe trifft aber auch zu für einen großen Kreis der anderen braunschweigischen Bevölkerung, <sup>genau</sup> jedenfalls sogar in höherem Maße als bei den Beamten. Es ist uns im Finanzausschuß gesagt, daß diese außerordentliche Erhöhung der Gaspreise die Ärmsten der Armen nicht ~~betreffen~~, da sie kein Gas nehmen. Wenn man Armengeldempfänger im Auge hat, kann das der Fall sein, aber in vielen Arbeiterfamilien und bei kleinen Leuten wird doch Gas gebraucht, und Gas war in der letzten Zeit für sie sogar noch billiger als Koks- und Kohlenfeuerung. Ich bin der Meinung,

nung.

nung, daß dieser hohe Gaspreis im Finanzausschuß nur deshalb bewilligt worden ist, weil <sup>man darübr</sup> ~~wir dann~~ einen niedrigeren Wasserpreis <sup>anziehen wollte.</sup> ~~nehmen können.~~ Dagegen betone ich: Es ist total verkehrt, wenn <sup>von</sup> ~~man~~ den Gasconsumenten dieser höhere Preis ~~für die Allgemeinheit~~ getragen werden müßte und <sup>sie somit</sup> ~~so~~ für die Allgemeinheit besondere Kosten aufbringen <sup>müßten.</sup> ~~soliten.~~ Wasser wird von jedermann gebraucht, Gas aber nicht; es würde also nur ein ~~kleiner~~ <sup>zu</sup> Teil der Einwohner <sup>in</sup> ~~besonders~~ zu Leistungen für die Stadt herangezogen, <sup>erhalten</sup> und das ist verkehrt. Das kann nicht Absicht des Finanzausschusses gewesen sein.

Gegen die Herabsetzung des Wasserpreises auf 1.00 M ist von Seiten des Rats nichts erwähnt; er scheint also damit einverstanden zu sein.

Was den Vergleich mit anderen Städten betrifft, so werden immer diejenigen Städte herangezogen, die einen höheren Preis haben, nicht aber diejenigen Städte, die mit dem Preise niedriger stehen. Aber auch selbst dann, wenn dieser Vergleich, wie er beliebt

wird,

wird, zutreffend sein sollte, so sollen wir dieses <sup>über-</sup>  
~~Ausschußsystem~~ bei den Gas- und Wasserwerken nicht  
mitmachen. Früher hat man so verfahren, heute ist das  
unangebracht, und ich möchte bitten, diesem Beispiele  
anderer Städte nicht zu folgen.

Ebenso kann die Festsetzung einer gleitenden  
Skala, die vom Finanzausschuß gewünscht wird, von uns  
nicht empfohlen werden. Es läuft das darauf hinaus,  
daß die Sache in der Dunkelkammer abgemacht wird.  
(Sehr richtig! ~~aber~~) Das Publikum muß sich fügen;  
<sup>aber</sup> es wird ~~immer~~ so kalkuliert werden, daß immer  
entsprechend den Kohlenpreisen noch ein Überschuß  
herauskommt. Es ist allerdings unangenehm für den Rat  
und vielleicht auch für uns, daß <sup>auf die Kohlenverkäufe -</sup> diese Notwendigkeit  
~~der Festsetzung immer mit immer wieder mit solchen Preisbefreiungen~~  
~~einer neuen Festsetzung der Preise immer und immer~~  
~~befallen muß~~  
~~wieder kommt~~, aber daran sind wir nicht schuld, sondern  
die traurigen Verhältnisse, in die uns der Krieg und  
die Nachkriegszeit gebracht hat. Ich bitte Sie, diesen  
unerhörten Antrag auf Erhöhung der Gaspreise auf 2,50<sup>0</sup>  
Mark abzulehnen, ebenso den Ratsantrag auf Festsetzung  
zu 2,10 M, sondern die glatte Summe von 2,00 M, eine

Erhöhung um 70% ,anzunehmen. Ich glaube eine solche  
Erhöhung genügt.

Stadtverordnete Frau G ö t z e: Meine Damen und Herren ! Ich glaube, es ist keiner im Saale, dem diese immer ~~wirkende~~ <sup>niederbekrönde</sup> Debatte über die Gas- und Wasserpreise Freude bereitet. Da nun schon im Finanzausschuß darauf aufmerksam gemacht wurde, daß die augenblickliche vorgeschlagene Erhöhung nur die jetzt erwachsenen Mehrkosten decken wird, daß aber in absehbarer Zeit schon wieder eine Erhöhung eintreten müßte- die Frachterhöhung steht schon vor der Tür- so haben wir uns gesagt, daß es besser ist, nicht dem Hunde den Schwanz stückweise abzuhacken (Zuruf: den ganzen Hund totschiagen!), sondern jetzt gleich mit der vor auszusehenden, unbedingt nötigen Erhöhung vorzugehen. Unsere Zeit ist schließlich doch auch kostbar, und dieselben Sachen, die Herr Stegmann eben auseinander gesetzt hat, haben wir hier schon <sup>9</sup>utzende von Male <sub>n</sub>gehört. Es hat keinen Zweck, daß das nochmals beigetreten wird, die ganze Sache kommt in ein paar Wochen doch wieder.

Stadtverordneter N ö 1 1: Gegen die Aufstellungen, wie sie uns in der Vorlage gemacht worden, habe ich mich nicht zu wenden, aber ich habe das Empfinden, daß etwas zu weitherzig und nicht umsichtig genug gewirtschaftet wird. Wenn auf Seite 3 des Schreibens des Betriebsamts an den Rat der Stadt gesagt wird: „ Die Eiformeriketts stellen, abgesehen von Zechenkoks, den teuersten Brennstoff dar, auf den wir für das Wasserwerk leider angewiesen sind“, so muß man erwidern: Dann wird mit dem Gelde der Einwohnerschaft gewirtschaftet, wie es nicht mehr schön ist. Warum ist man denn während und nach dem Kriege nicht dazu übergegangen und hat die Kesselanlagen für minderwertige Brennstoffe umgebaut ? Ich habe andere und größere Betriebe geleitet, wo wir auch keine guten Kohlen geliefert bekamen, aber dort haben wir Anstalt getroffen, um auch die minderwertigen verbrauchen zu können. Und auch von anderer Seite sind derartige Versuche gemacht. Unsere Technik ist heute so weit, daß sie Feuerungsanlagen herstellen kann, wo

auch



auch minderwertige Brennstoffe verfeuert werden können, hier aber werden die teuersten Brennstoffe verbraucht. Braunkohlen haben wir in nächster Nähe, und sie kosten nur die Hälfte Fracht - da verstehe ich nicht, warum man nicht eine Rechnung aufmacht, die auf den Verbrauch von Braunkohlen gegründet ist. Ehe die Führung der Betriebe nicht so gehandhabt wird, daß die Werke so eingerichtet und ausgenutzt werden wie es möglich ist, kann ich mich nicht dazu verstehen, Preise zu bewilligen, die meines Erachtens überflüssig sind. Die Betriebe könnten besser ausgenutzt werden, wenn die Feuerungsanlagen für andere Brennstoffe ausgebaut werden, aber es bleibt beim alten, weil das bequemer ist. Statt mit der Technik fortzuschreiten, werden immer wieder höhere Gas- und Wasserpreise gefordert, sodaß es hier Debatten über diese Erhöhung geben muß. Daß bei solchen Verhältnissen die Forderung um erhöhte Gaspreise berechtigt ist, kann ich verstehen. Wenn aber das Werk rationell geleitet wird, ist ein Überschuß auch ohne Erhöhung

der

der Gaspreise herauszuarbeiten. Wie es jetzt ist, können wir nicht anders, als uns dazu zu verstehen, eine Erhöhung des Gaspreises vorzunehmen. Doch der Satz von 2,50 M kommt mir zu hoch vor. Auch wenn in Aussicht steht, daß die Kohlenpreise noch steigen, so kommt es mir doch zu weitgreifend vor, wenn wir jetzt schon vorsorgen wollten, denn kein Mensch kann in die Zukunft sehen. Kommt es einmal so weit, dann ist es später immer noch möglich, eine entsprechende Erhöhung vorzunehmen.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Meine Damen und Herren ! Daß dem Rat der Stadt es nicht besonders angenehm ist, eine solche Vorlage einbringen zu müssen, brauche ich nicht auszuführen, aber wir kommen darum nicht weg, solange uns das Gesetz zwingt, die wirtschaftlichen Unternehmungen so zu betreiben, daß sie Zuschüsse nicht verlangen. (Zuruf Sievers: Welches Gesetz ?) Es wird kaum angängig sein, die Erhöhung der Preise zu unterlassen, <sup>mag</sup> ~~kann~~ nun ein Defizit bei dem Betriebe herauskommen oder nicht. Ich halte es auch nicht für richtig, sich auf den Standpunkt zu stellen, den der Herr Berichterstatter eingenommen hat, indem er vorschlägt, daß man das Gaswerk als Vorpann für das Wasserwerk benutze. Es soll nach dem Gesetz jedes Werk sich selber erhalten. (Zuruf Sievers: Welches Gesetz denn ?) ~~Das allgemeine das~~ <sup>Gemeinde -</sup> Abgabengesetz.

Herr Stegmann bezweifelt, daß die Schätzungen für das laufende Vierteljahr richtig sind, und ich erkenne an: Ob die Schätzungen richtig sind, das kann kein

kein Mensch im voraus wissen. Berücksichtigen Sie bitte einmal, welche kolossalen Schwankungen wir auf dem Gebiete des Teer- und Ammoniakabsatzes erlebt haben! Da muß man allerdings sagen: Die Möglichkeit liegt vor, daß die Preise noch weiter steigen, obgleich sie jetzt schon eine schwindelnde Höhe erreicht haben. Es ist aber auch möglich, daß sie heruntergehen. In diesen Dingen kann das Betriebswerk<sup>amt</sup> beim besten Willen nicht anders vorgehen, als sich nach den früheren Erfahrungen zu richten.

Herr Stegmann hat die Ergebnisse des Vorjahres angeführt. Im vorigen Jahre haben wir in der Abrechnung einen Überschuß von <sup>nicht</sup> 2 300 000 M anführen können aber wir haben in der Stadtverordnetensitzung auch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Rückstellungen seit Jahren zu gering gewesen sind. Früher konnten wir uns das leisten, weil wir größere Vorräte angesammelt hatten - jetzt sind sie alle aufgebraucht. Es stehen uns jetzt Aufgaben in den Gaswerken bevor, die bereits zu 4 Millionen Mark veranschlagt sind. Insbesondere werden wir nicht umhin können, eine Änderung

Änderung<sup>in</sup>bezug auf Erhöhung des Betriebsfonds. Bei <sup>vornehmen</sup> einem Millionenumsatz, wie wir ihn erzielen, genügt der bisherige Betriebsfonds von 120 000 M auch nicht annähernd. Was war die Folge davon, daß dieser Betriebsfonds zu niedrig bemessen war? Daß die Stadtkasse fortwährend erhebliche <sup>Nach-</sup>Zuschüsse hat leisten müssen. Wenn man sich auf den Standpunkt des Gesetzes stellt und sagt, daß die Werke selbständige Unternehmen im städtischen Haushalte sind, dann kann das Werk nicht verlangen, daß auf Kosten der steuerzahlenden Bürger immerfort ein Betriebsfonds vorgeschossen wird, und wir werden dieserhalb Ihnen demnächst eine Vorlage zugehen lassen.

Dann meinte Herr Stegmann, der Rat hätte in der Sitzung des Finanzausschusses nicht gerade große Einwendungen gegen die Erhöhung des Wassergeldes auf nur eine Mark erhoben. Verehrter Herr Stegmann, was soll der Rat machen, wenn die Stadtverordneten erklären: So hoch wollen wir nicht gehen! Es muß doch ge-

nügen

nügen, wenn wir darauf hinweisen, daß schon im vorigen Jahre beim Betriebe des Wasserwerks ein Defizit herausgekommen ist, und <sup>Ihnen</sup> ~~in den~~ weiter vorgeführt ~~werden~~ wird: Hier wird wieder ein Defizit erzielt werden. Man muß sich doch auf den Standpunkt stellen, daß wenigstens ein Defizit vermieden werden muß. Ich möchte doch einmal darauf hinweisen, was für 1,00 M, die Sie für das cbm Wasser bieten, geliefert werden kann. Vorhin haben wir uns über die Wasserwagen unterhalten, ein solcher faßt 1 1/2 cbm Wasser. Für 1,50 M will also Herr Frede das ganze Wasser ins Haus geliefert haben, ~~das~~ in einem solchen Wasserbehälter enthalten ist. Solche 1,50 M gehen ja schon für eine Zigarre <sup>und</sup> ~~drauf~~. Sie sehen, wie billig die Stadt mit der Wasserlieferung ist !

Außerdem muß ich noch auf folgendes hinweisen: Herr Frede hat die Mehrausgaben, die Sie im Laufe der Zeit bewilligt haben und die wir Ihnen auf einem besonderen Blatte vorgeführt haben, nicht erwähnt —

allerdings!

allerdings auch nicht die Mehreinnahmen. Ich halte mich doch für verpflichtet ausdrücklich auf folgendes aufmerksam zu machen: Wir haben bis jetzt über ~~das~~ <sup>hinaus</sup> die im Voranschlage ~~Vorgesehene~~ <sup>neue</sup> bewilligt, nun wird Ihnen der Wechsel dafür präsentiert. Meine Herrschaften, es bleibt nichts anderes übrig, das möchte ich besonders betonen, als aus diesen Werken wenigstens so viel herauszuwirtschaften, daß sie aus sich heraus bestehen können. Im übrigen bleibe ich dabei: Wenn wir nicht aus diesen Werken Überschüsse herauswirtschaften, dann werden wir dazu kommen müssen, die Realsteuern zu erhöhen, und zwar in einer Weise, daß die Hausbesitzer und Gewerbetreibenden sagen werden: Das ist nicht mehr schön. Eine andere Möglichkeit <sup>ich</sup> sehe ~~ich~~ nicht. Wir können unmöglich immer bewilligen und sagen: Jrgend woher wird die Deckung ja wohl einmal kommen! Ich hoffe ja immer noch darauf, daß wir vom Reiche kräftig unterstützt werden, aber im allgemeinen habe ich die Erfahrung gemacht: „Hilf dir ~~selbst~~ <sup>selbst</sup>, so hilft dir Gott!“ Wir werden uns wohl selbst

aus

aus der Schuldenlast wieder herausarbeiten müssen, denn ich fürchte, daß es mit der Hilfe des Reichs ~~sieht es~~ <sup>steht</sup> traurig aus. Bedenken Sie, was für ein kolossaler Ausfall an Einnahmen durch die neuen Gesetze inbezug auf die Besteuerung der Einkommen dem Reiche erwächst. Übersehen läßt sich das gar nicht, aber ungefähr kann man sich das ausdenken.

Meine Worte werden wohl nicht viel helfen, denn die Fraktion ~~haben~~ <sup>en</sup> schon ihren Beschluß gefaßt, aber ich möchte doch die Gelegenheit wahrnehmen, darauf hinzuweisen, daß es nicht richtig ist, wenn Sie sagen: Obgleich uns vorgeführt wird, daß beim Wasserwerk ein Defizit entsteht, so nehmen wir das doch in Kauf.

Herr N ö l l hat seiner Meinung Ausdruck gegeben, daß die Werke nicht wirtschaftlich arbeiten, daß alles in der alten Weise weitergeführt würde. Herr Nöll ist noch nicht lange Stadtverordneter, sonst würde er das nicht gesagt haben. Wir hatten bei dem neuen Werke am Bienröderweg Braunkohlenfeuerung einge-

richtet,



richtet, aber als das Werk ein halbes Jahr im Betriebe war, <sup>wurde</sup> ~~und~~ von den städtischen Behörden einstimmig beschlossen, die ganze Feuerungsanlage wegzunehmen und den Betrieb auf Steinkohlenfeuerung einzurichten. Wenn wir heute wieder einen Umbau vornehmen wollten, so würde das jedenfalls eine so erhebliche Summe kosten, daß die Zinsen und die Tilgungsbeträge, die wir ansetzen müßten, auch nicht annähernd durch den Vorteil ausgeglichen werden würden, den der billige Preis <sup>Braun-</sup> ~~der Kohlen und die Fracht im Gefolge~~ haben würden.

Es kommt bei der Braunkohlenfeuerung in einem großen Betriebe vor allem auf eins an: Es muß Gleisanschluß vorhanden sein, sonst ist kein Segen dabei. Die Kosten für das <sup>Kern-</sup> ~~Neu-~~schaffen der Braunkohlen nach <sup>dem</sup> ~~den~~ Bienenröder <sup>W</sup>erke haben uns schon früher, wo die Fuhrwerke billiger waren, derartige Kopfschmerzen gemacht, daß wir uns sagten: Schon mit Rücksicht auf diese kolossale Belastung, die uns durch die Anfuhr der gewaltigen Men-

gen

gen von Braunkohlen nach dem auswärtigen Werke entstand<sup>m</sup>, müssen wir die Feuerung ändern. Es kommt noch eins hinzu: Wenn der ganze Wasserwerk<sup>b/</sup>betrieb auf einer<sup>n</sup> einheitlichen Dampf<sup>n</sup>betriebe eingerichtet wäre, dann <sup>ie</sup>lasse sich die Sache allenfalls noch überlegen, falls wir Gleisanschluß bekommen könnten. Aber die Hebung des Wassers in Rünigen erfolgt nicht durch Dampf..

Alle die von mir angeführten Gründe sprechen dafür, daß ~~sich~~ alle die Herrschaften, die sich nicht schon gebunden haben, dahin kommen müssen, für die Festsetzung eines Preises von 1,30 M für das cbm Wasser zu stimmen.

Gegen den Antrag des Finanzausschusses mich auszusprechen, die Erhöhung des Gaspreises gleich heute auf 2,50 M vorzunehmen, habe ich keine Veranlassung, das werden Sie wohl alle ohne weiteres anerkennen, ebenso würde ich die Annahme des Antrages auf Festsetzung einer gleitenden Skala mit Freuden begrüßen,

denn

denn auch uns ist es nicht angenehm, fortwährend mit Anträgen auf Erhöhung der Gas- und Wasserpreise zu kommen. Eine solche <sup>gleitende</sup> Skala würde auch den Vorteil mit sich bringen, daß, wenn die Kohlenpreise heruntergehen, wir nicht auf eine Neufestsetzung der Gas- und Wasserpreise zu warten brauchten, sondern damit auch diese Preise sinken würden.

( Zuruf: Das kommt nie ! - Das glaubt kein Mensch ! )

Stadtv. B u r g d c r f f : Meine Damen und Herren ! Schon bei der letzten Beratung über die Gas- und Wasserpreise stand ich auf dem Standpunkt, daß wir, da das Steuerrecht uns genommen ist, die städtischen Betriebe heranziehen sollten, um etwas für die Stadt herauszuwirtschaften, aber damals fand ich nicht genügend Beifall bei der Mehrheit des Hauses. Nachdem nun alle Verhältnisse heute teurer geworden sind, sage ich mir, daß es doch möglich zu machen wäre, daß die Werke sich selbst erhalten. Es kommt das alles nur auf ein einfaches Rechenexempel heraus. Bei der Bewilligung der Gehälter für die Beamten und Angestellten haben wir uns der Notwendigkeit nicht verschließen können, dem Vorgehen des Reiches und des Staates zu folgen. Ebenso haben wir der Teuerung Rechnung getragen bei der Bewilligung der Arbeiterlöhne und dem Antrage Stegmann gemäß die Löhne der Arbeiter erhöht. Wenn wir nun unter Berücksichtigung dessen

dessen, daß die heutigen Teuerungsverhältnisse alles dieses erforderten, uns heute mit der Frage der Erhöhung der Gas- und Wasserpreise beschäftigen müssen, dann gibt es nur eins : Wir müssen dem Notwendigen auch in diesem Falle zustimmen, und dabei möchte ich zwischen Gas und Wasser keinen Unterschied gemacht sehen, indem wir beide Preise erhöhen, allerdings halte auch ich das Wasser für unbedingt nötig für die Allgemeinheit, und deshalb sage ich : Es wäre zweckmäßig, den Wasserpreis so niedrig wie möglich zu halten. Im Finanzausschuß ist ja auch die Mehrheit sich darüber einig gewesen, daß dem Antrage des Rates auf Erhöhung des Wasserpreises auf 1,30 M nicht zugestimmt werden könnte, sondern daß es bei einer Erhöhung auf 1,-- M zu belassen ist. Wenn nun aber nach den Angaben des Rates - die ich nicht bezweifle, denn wir können uns dem nicht verschließen, daß in Zukunft mit einer höheren Fracht zu rechnen ist, daß die allgemeinen Unkosten steigen, auch die für Reparaturen

sodaß

sodaß ich glaube, daß die Zahlenangaben, die uns genannt sind, nicht besonders beschönigt sind - trotz alledem ein Fehlbetrag heraus~~ge~~kommen wird, so möchte ich, wenn wir auch den Wasserpreis mit 1,30 M nicht bewilligen, doch dafür sein, daß wir bei dem Gaspreise einen kleinen Ausgleich schaffen, indem wir ihn auf 2,50 M setzen. (Zuruf des Stadtv. Maaß: Sie brennen wohl kein Gas ?) Ich habe kleine Kinder und gebrauche viel Gas, Herr Maaß! Wenn ich wirtschaftlich denken will, so muß ich mir sagen, daß für den Ausfall auf der einen Seite auf der andern ein Ausgleich geschaffen werden muß, indem wir den Gaspreis noch um etwas erhöhen. Ich glaube ja nicht, daß damit ein vollständiger Ausgleich geschaffen wird, denn die Kohlenpreise werden auch späterhin noch steigen, wie schon angekündigt worden ist, aber vom Standpunkt eines Ausgleichs in den Einnahmen der beiden Werke würde ich bei der Bemessung des Wasserpreises für 1,-- M und bei der des Preises für Gas für 2,50 M sein.

Stadtv. N e s s e n i u s : Meine Damen und Herren ! Ich habe nur einen kleinen Irrtum festzustellen. Der Herr Referent erwähnte, bei der Mehreinnahme für Koks wäre der Mehrpreis von 5. M noch nicht eingerechnet. Das ist nicht der Fall, die Preiserhöhung ist bereits vorgenommen worden.

Im übrigen ist bei den Verhandlungen in der Deputation schon dem Wunsche Rechnung getragen worden, das Wasser nicht in dem Verhältnis wie das Gas teurer zu machen, aber doch um so viel, daß das Werk aus eigenen Einnahmen existieren kann. Deshalb glaube ich, wir kommen nicht darum hinweg, den vom Rat der Stadt vorgeschlagenen Satz für das Wasser anzunehmen. Wenn wir auch nur ein Tittelchen an der Ratsvorlage ändern, machen wir Fehler. Daß das Gas von dem einen *dd* oder dem andern weniger gebraucht wird, ist schon in der Deputation berücksichtigt worden, und

der

der Grundgedanke war auch da, nicht zuviel zu bewilligen, sondern nur dem absolut Notwendigen zuzustimmen, natürlich auch dem nur schweren Herzens, da das keine angenehme Sache ist.



Stadtv. J a h n s : Meine Damen und Herren !  
Mit verschiedenen meiner politischen Freunde kann ich mich nicht dafür bekennen, daß wir das Defizit des Wasserwerks durch das Erträgnis aus einem höheren Gaspreis ersetzen. Wasser wird von allen gebraucht, der erhöhte Gaspreis würde aber nur einzelne treffen, und das ist unsozial. Wir wollen doch nicht eine besondere Schicht der Bevölkerung herausgreifen und diese für die Allgemeinheit zahlen lassen. Ich kann mich nur dafür einsetzen, daß der Ratsvorlage zugestimmt wird und nicht der Antrag der Kommission angenommen wird. Ich glaube im Namen meiner politischen Freunde zu sprechen zu können, wenn ich Sie bitte, sich dem anzuschließen.

Stadtv. F r e d e : Als Berichterstatter habe ich noch einige Bemerkungen zu machen.

Herr Nessenius erzählte, daß die neue Kokspreis-  
erhöhung schon in dem Erlös von 200 M für die Tonne  
einbegriffen sei. Das habe ich auch erzählt. Es  
steht nun aber da unten auf der Seite : Außerdem  
muß der Kokspreis um 5 M für den Zentner abermals  
erhöht werden." Mir ist nicht bekannt, daß der  
Kokspreis vom 1. Dezember an erhöht worden ist, und  
diese Bemerkung kann so gedeutet werden, als wenn  
jetzt wieder eine Erhöhung stattfinden solle. Ich  
habe aber bei meinem Bericht in der Kommission in  
Gegenwart des Herrn Stadtbaurat Lepsien gesagt :  
„Ich nehme an, daß diese 5 M schon eingerechnet  
sind.“

In früheren Jahren haben wir bei dem Wasser-  
werk in Bienrode bereits Braunkohlen verwendet,  
aber es haben sich dabei erhebliche Nachteile ge-  
zeigt, die uns gezwungen haben, davon abzugehen.

In

Im Finanzausschuß haben wir vorgestern die Verwendbarkeit von Braunkohlen bei der Gasbereitung nochmals erörtert und dazu hat Herr Stadtbaurat erklärt, daß das ausgeschlossen sei.

Der Herr Oberbürgermeister hat in seiner Erwiderung ein paar Mal gesagt : Herr Frede wünscht dies und das. Ich habe aber berichtet namens des Ausschusses, und persönlich habe ich zu der Sache nichts zu erwähnen gehabt. Persönlich bin ich allerdings der Meinung des Herrn Burgdorff, und vor allen Dingen vertrete ich den Standpunkt, daß das Wasser eine andere Beurteilung erfahren muß als das Gas, da das Gas nicht von allen gebraucht wird, Wasser aber ein allgemeines Bedürfnis ist. Statt des Gases kann man sich in anderer Weise behelfen.

Nun Herr Stegmann. Ich freue mich sehr, daß seine Heiserkeit so schnell geschwunden ist - er wollte den Vorsitz in Rücksicht auf seine Heiserkeit nicht übernehmen, aber ich muß sagen, das

Sprechen

Sprechen ging bei ihm doch ganz gut. ~~NM~~ (Heiterkeit.) Er griff auf, daß nicht in der Kommission gesagt sein solle, ein Ausgleich müsse stattfinden. Das ist aber doch geschehen. (Zuruf Stegmann : Es war aber keine Mehrheit dazu vorhanden.) Die Mehrheit ist dafür gewesen, 1,-- M für Wasser und 2,50 M für Gas festzusetzen. Das ist das Ergebnis der Ausschußberatung. (Zuruf Stegmann : Aber nicht unter dieser Begründung.)

Die Versammlung stimmt auf Anfrage des  
Vorsitzenden für Schluß der Besprechung.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Es scheint so, als ob einige von Ihnen <sup>sich</sup>/den Gedanken- gang zu eigen gemacht haben, daß das Wasser auf 1,-- M gesetzt werden soll und dagegen als Kompensation das Gas auf 2,50 M. Unter diesen Um- ständen wird es so kommen, daß der eine oder der andere, wenn der Preis von 1,-- M für Wasser ange- nommen wird, sagt : Nun stimme ich bei dem Gas für 2,50 M. Wird dagegen 1,30 M für Wasser ange- nommen, dann werden sie beim Gas für 2,10 M stim- men. Deshalb wäre es besser, daß erst über den Gaspreis abgestimmt würde.

Stadtv. Dr. R ö p c k e bittet, erst über die Ratsvorlage abstimmen zu lassen.

Bei der Abstimmung wird zunächst der Antrag des Rates, den Preis für das Kubikmeter Wasser auf 1,30 M festzusetzen, mit 18 Stimmen angenommen, darauf der Antrag des Finanzausschusses, den Gaspreis auf 2,50 M zu setzen, abgelehnt, und weiter der Antrag des Rates, Festsetzung des Gaspreises auf 2,10 M angenommen.

V o r s i t z e n d e r : Ich möchte nun die Versammlung bitten, sich darüber zu äußern, ob der Rat eine Vorlage machen soll wegen

der

der gleitenden Skala. - Wir sind damit ja nicht verpflichtet, die Vorlage, wenn sie kommt, anzunehmen.



Stadtv. L e h n e r t : Ich weiß nicht, wie der Herr Vorsitzende dazu kommt, dem Rat etwas aufzupektroyieren, der vielleicht sagen wird : Ich weiß ja gar nicht, wie ich die Vorlage ausarbeiten soll. Auch Kosten wird die Ausarbeitung einer solchen Vorlage machen.

V o r s i t z e n d e r : Der Finanzausschuß hat diesen Vorschlag gemacht, den Rat zur Abgabe einer Vorlage für eine gleitende Skala aufzufordern, und ist zu diesem Vorschlag mit Stimmenmehrheit gekommen. Es muß also darüber abgestimmt werden.

Dieser Antrag des Finanzausschusses wird angenommen.

V o r s i t z e n d e r : Ich brauche wohl kaum zu erwähnen, daß die Nebenpreise für besondere Abgabe von Wasser entsprechend der Ratsvorlage als genehmigt zu betrachten sind. (Ohne Widerspruch).

- 171 -

Stadtv. F r e d e übernimmt den V c r =  
s i t z wieder.

19. Aufnahme eines Rechtsstreits (Kühnel).

Stadtv. M ä d g e : Meine Damen und Herren !  
Es handelt sich in diesem Rechtsstreit , der von der Stadt aufgenommen werden soll und eigentlich schon aufgenommen ist, um eine Forderung des Klempners Kurt K ü h n e l, der in Baracke 17 auf dem Flugplatze gewohnt hat und behauptet, daß ihm durch die Feuchtigkeit in seiner Wohnung Kleidungsstücke und Möbel, darunter auch 2 Matratzen, beschädigt worden sind. Für diesen Schaden verlangt er von der Stadt Ersatz. Die Aussichten für den Kläger scheinen recht ungünstig zu sein, es ist nicht damit zu rechnen, daß er mit seinem Prozesse durchkommt.

Der Rechtsausschuß hat sich mit der Sache beschäftigt und schlägt Ihnen vor, zu der Aufnahme des Prozesses durch die Stadt die Zustimmung zu erteilen.

- 172 a -

Die Zustimmung zur Aufnahme des Rechtsstreits  
wird von der Versammlung erteilt.

( Punkt 19 ).

20. Erweiterung der Werkstätten und Lagerräume  
auf dem Gelände des Wasserwerks Bürgerpark.

Stadtv. R a s c h e : Meine Damen und Herren !  
Das Städtische Betriebsamt hat beim Rat beantragt,  
die Klempnereiwerkstatt im Wasserwerk Bürgerpark  
so einzurichten, daß dort die notwendig werdenden  
Reparaturen an den Gasmessern vorgenommen werden  
können. Diese Reparaturen wurden früher auswärts  
ausgeführt, aber die Kosten des Transports nach  
außerhalb sind jetzt so beträchtlich gestiegen,  
daß das Betriebsamt meint, es sei wirtschaftlicher,  
die Wiederherstellung der Gasmesser selbst vorzu-  
nehmen. Zu diesem Zwecke soll die bezeichnete  
Werkstatt vergrößert werden, und dafür sind  
16 000 M erforderlich. Dann soll eine Anzahl  
Klempnereimaschinen angeschafft werden, wodurch  
Kosten im Betrage von 40 000 M erwachsen. Weiter  
ist beabsichtigt, den Geräteschuppen zum Arbeiter-  
unterkunftsraum und Waschraum auszubauen, was

eine

eine Summe von 68 000 M erforderlich macht, und als Ersatz für den umgebauten Geräteschuppen soll zur Lagerung von Materialien ein Geräteschuppen neu errichtet werden, zu dessen Aufbau ein auf dem Gaswerk Bahnhofstraße vorhandener, dort nicht mehr verwandter Schuppen benutzt werden kann. Hierfür werden 22 000 M gebraucht. Schließlich soll zur weiteren Lagerung von Materialien, die jetzt im Freien lagern und besser unter Dach gebracht werden, ein nach vorn offener Schuppen aus dem Holzwerk einer auf dem Flugplatz verfügbar gewordenen Baracke errichtet werden, wofür 75 000 M gefordert werden. Durch diese Neueinrichtungen werden insgesamt Kosten im Betrage von 221 000 M entstehen, die nach dem Ratsantrage aus dem Reservefonds der Gas- und Wasserwerke entnommen werden sollen. Der Rat bittet, die Verteilung der ganzen Summe auf die beiden Reservefonds ihm zu überlassen.

Der

Der Bauausschuß hat sich für Bewilligung dieser Summe ausgesprochen. Ich habe also namens des Bauausschusses zu beantragen, die Ausführung der Anlage zu genehmigen und die Summe dem Antrage des Rates entsprechend zu bewilligen.

Meine persönliche Ansicht möchte ich dahin aussprechen, daß ich mich nicht dafür erwärmen kann, daß in dem Bürgerpark eine Vergrößerung der Werkstätte und Erbauung von Lagerschuppen in einer Länge von 63 m vorgenommen werden.

----

Auf Anfrage des Vorsitzenden nennt der Herr Berichterstatter nochmals die Beträge der zu bewilligenden Summen.



Die Versammlung stimmt dem Ratsantrage  
zu.

(Punkt 20)

21. Erhöhung der Armenunterstützungssätze.

Stadtv. B u r g d o r f f : Meine Damen und Herren ! Über diese Erhöhung der Armenunterstützungssätze ist in den letzten Versammlungen schon ziemlich viel gesprochen, und nun hat der Rat der Stadt den Stadtverordneten eine diesbezügliche Vorlage zugehen lassen, aus der folgendes Wesentliche mitzuteilen ist.

Nach Anhörung der Armenbezirksvorsteher ~~haben~~<sup>hat</sup> auf Grund der von den Stadtverordneten am 20. Oktober d.J. erteilten Ermächtigung die Armen-direktion zunächst vom 1. November d.J. ab eine Erhöhung der Armengelder in der Weise eintreten lassen, daß der monatliche Höchstbetrag der Unterstützung für alleinstehende, über 65 Jahre alte Leute von 100 M auf 120 M, für Kinder über 5 Jahren als Mitglieder einer Familie von 40 M auf 50 M heraufgesetzt wurde.

Es ist dann eine gutachtliche Äußerung der

26 Armenbezirkssausschüsse erbeten worden, und nachdem diese *Vorlage* vorlag, hat die Armendirektion, wie uns der Rat der Stadt schon unterm 8. Dezember mitgeteilt hat, folgende weiteren Erhöhungen der Monatssätze mit Wirkung vom 1. Dezember an vorgenommen :

- |    |   |  |                |
|----|---|--|----------------|
| 1. | für Alleinstehende . . . . .                    | 150 M (bisher                                  | 100 -<br>120 M |
| 2. | " Haushaltungsvorstände .                       | 120 M ( "                                      | 100 -<br>120 M |
| 3. | " die zweite erwachsene<br>Person . . . . .     | 80 M ( "                                       | 40 M)          |
| 4. | " fernere Haushaltungs-<br>angehörige . . . . . | 60 M ( "                                       | 40 -<br>50 M)  |
| 5. | " Kinder unter 5 Jahren . .                     | 40 M und Milch<br>(wie bisher)                 |                |
| 6. | " Pflegekinder über 5 Jahre                     | 150 M (bisher 100 M                            |                |
| 7. | " " unter 5 Jah-<br>ren                         | 150 M und Milch<br>(bisher 100 M<br>und Milch) |                |

Für den Monat Dezember ist von den Stadtverordneten am 15. Dezember beschlossen worden, bis zur endgültigen Festsetzung der Unterstützungssätze

Vor-

verläufig eine monatliche Zulage zu den eben angeführten Sätzen zu gewähren von

80 M für den Haushaltungsvorstand,

60 M " weitere Erwachsene,

40 M für Kinder über 6 Jahre.

Inzwischen hat der Rat der Stadt bei einer Anzahl von Städten in Nord- und Mittelddeutschland Erkundigungen über die dortige Regelung der Armenunterstützungssätze eingezogen. Es sind zwar noch nicht alle Antworten eingegangen, aber im Hinblick auf die am 1. Januar 1922 bevorstehende abermalige Brotpreissteigerung und das Steigen der sonstigen Lebensmittelpreise ist der Rat zu der Überzeugung gelangt, daß eine fernere Heraufsetzung der Armenunterstützung vorzunehmen ist, betont dabei aber, daß die Sätze für Pflegekinder, wie von den verschiedensten Seiten anerkannt werde, in ihrer jetzigen Bemessung für absehbare Zeit ausreichen. Um baldigst die Heraufsetzung durchzuführen, hat

der

der Rat die Armenbezirksvorsteher angewiesen, rückwirkend vom 1. Dezember ab die Höchstbeträge so aufzubessern, daß monatlich gewährt werden :

1. für Alleinstehende . . . . . 200 M (bisher 150 M)
2. " Haushaltungsvorstände . . 200 M ( " 120 M)
3. " die zweite und jede folgende erwachsene Person . . 100 M ( " 80 M)
4. " Kinder über 5 Jahre . . 100 M ( " 60 M)
5. " " unter 5 Jahren . 80 M und Milch  
(bisher 40 M und Milch)
6. " Pflegekinder über 5 Jahre 150 M (wie bisher)
7. " " unter 5 Jahren 150 M und Milch  
(wie bisher).

Die Anrechnung der Invaliden-, Alters-, Witwen Waisen- usw. Renten in halber Höhe ihres Betrages ist in der großen Mehrzahl der Städte üblich und wird angesichts der reichsrechtlich angeordneten Erhöhung der Rentenbezüge mehr noch als bisher eine wesentliche Rolle spielen.

Es

Es ist dagegen im Rat erwogen und für richtig gehalten worden, bei der Berücksichtigung des Arbeitsverdienstes von Frauen, die als Ernährerinnen ihrer Familie in Betracht kommen, ein Zugeständnis zu machen, das über den jetzt geltenden Grundsatz erheblich hinausgeht. Um den Anreiz zur Ausübung einer solchen Tätigkeit zu verstärken, zugleich aber die Anrechnung geringer Verdienstbeträge weiterhin auszuschalten, empfiehlt der Rat der Stadt, einen Monatsverdienst bis zu 150 M (bisher 50 M) von der Anrechnung frei zu lassen und von dem Mehrbetrage, wie bisher, nur  $\frac{3}{4}$  als ~~Mehr~~ Einnahme auf die Notbedarfssätze anzurechnen.

Der Rat der Stadt ersucht nun die Stadtverordneten, sich für die Zukunft mit folgender Regelung einverstanden zu erklären.

- 1) Als monatliche Höchstsätze der Armenpflege gelten, rückwirkend vom 1. Dezember d.J. ab

die=

diejenigen Sätze, die ich zuletzt als die Sätze für den Dezember mitgeteilt habe.

- 2) Auf die Höchstbedarfssätze werden wie bisher Invaliden-, Alters-, Witwen-, Waisen-, Angestellten-usw. Renten in halber Höhe angerechnet.
- 3) Bei Frauen, die Ernährerinnen ihrer Familie sind, wird von ihrem Arbeitsverdienst ein Betrag bis zu 150 M für die Prüfung der Bedürftigkeit nicht berücksichtigt. Von dem darüber hinausgehenden Mehrbetrage werden drei Viertel auf den Höchstbedarfssatz angerechnet, während ein Viertel unberücksichtigt bleibt.

Der Finanzausschuß hat sich mit der Ratsvorlage beschäftigt und ist in seiner großen Mehrheit dahin gekommen, die Annahme der vom Rat vorgeschlagenen Sätze zu empfehlen.

Gleichzeitig ist vom Rat in der Sitzung des Finanzausschusses ein Antrag eingereicht, dem dieser Ausschuß seine Zustimmung erteilt hat und der dahin

dahin geht, die Ermächtigung des Rates auszusprechen, in der Zukunft mit der Armendirektion entsprechend den Teuerungsverhältnissen vorläufige Regelungen zu treffen bis zur endgültigen Regelung durch die Stadtverordneten. Diesem Antrage gemäß ist beschlossen, damit den Teuerungsverhältnissen immer schnellstens Rechnung getragen werden kann.

Ich empfehle Ihnen im Namen des Finanzausschusses, der Ratsvorlage zuzustimmen und auch diesem zuletzt mitgeteilten Beschluß des Finanzausschusses.



Stadtv. S t e i n e r t : Wenn jetzt die Armendirektion die Armensätze aufs neue festgesetzt hat und uns vom Rat der Stadt Zustimmung dazu empfohlen wird, so sind die Sätze doch nicht in einer Weise erhöht, daß es den Armenunterstützungsempfängern möglich ist, damit leben zu können. Meine Parteifreundin Frau Graf hat in der letzten Stadtverordnetensitzung eine Rechnung aufgestellt, aus der hervorgeht, was das Allermindeste sein muß, und dahin kommt man mit den 200 M bei weitem nicht. Damit können die Unterstützten noch nicht einmal das kaufen, was Frau Graf hier vorgerechnet hat. Darum stehe ich auf dem Standpunkt, daß wir den Antrag, der seinerzeit von meiner Parteifreundin Frau Graf gestellt worden ist, aufrecht erhalten müssen, daß für sämtliche erwachsenen Personen 250 M und für jedes Kind 150 M gezahlt werden sollen. Hier macht man ja schon bei den Kindern einen Unterschied, indem die Kinder in einer Fami-

lie

lie mit 100 M auskommen sollen, wohingegen die Pflegekinder 150 M bekommen, also die Kinder in der Familie brauchen nicht so viel zu essen wie die Kinder, die bei fremden Leuten in Pflege sind. Das ist ein Unterschied, der nicht zu billigen ist. Wenn man gesagt hätte, sämtliche Kinder sollen 150 M haben, dann hätte ich das eher verstehen können, als wenn man die Kinder mit zweierlei Maß mißt. Ich bin dafür, daß wir unseren Antrag hochhalten. 250 M für die Erwachsenen und 150 M für die Kinder, das muß bei den heutigen Verhältnissen das Allermindeste sein, was die Armen bekommen, damit sie nicht langsam verhungern.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Die geehrten Herrschaften werden in der Ratsvorlage mit verhältnismäßig geringen Abweichungen den Antrag Schultze wiedererkennen, den Sie vor 14 Tagen angenommen haben. Wir sind nur insofern abgewichen, als in dem Antrage Schultze die alleinstehenden Personen nicht von den Haushaltsvorständen gesondert gehalten waren, und dann haben wir den Kindern unter 5 Jahren 40 M statt 20 M zugelegt, weil wir überzeugt sind, daß es den Eltern unter den heutigen schwierigen Verhältnissen damit leichter gemacht wird, den jungen Nachwuchs in unserer Stadt heranzuziehen.

Herrn Steinert scheint es vollständig entgangen zu sein, daß es eine unbedingte Notwendigkeit ist, die Pflegeeltern bei der Erhaltung, Erziehung und Fürsorge der Pflegekinder anzusporren, damit sie das freiwillig übernommene Liebeswerk ausgiebig durchführen. Man kann nicht sagen,

daß

daß Kinder und Pflegekinder mit ganz demselben Maß gemessen werden müssen. Die Verhältnisse sind bei diesen beiden Gruppen verschieden, und es ist selbstverständlich, daß wir, um die Beschaffung von Pflegeeltern zu erleichtern, dem Wunsche Rechnung getragen haben, daß wir für die Pflegekinder unter 5 Jahren 150 M mit Milch und für die älteren Pflegekinder gleichfalls den Betrag von 150 M festsetzen. Wenn dagegen Kinder in Familien mit 100 M und 80 M mit Milch bedacht werden, so ist das nicht ein Messen mit zweierlei Maß, sondern ein vernünftiges Rechnungstragen gegenüber den Verhältnissen und eine Erleichterung für die Beschaffung von Privatpflegestellen, da wir im Wohlfahrtsamt in dieser Hinsicht mit großen Schwierigkeiten haben rechnen müssen.

Was die Höhe der Sätze betrifft, so können Sie überzeugt sein, daß wir uns - wie das aus dem Ergebnis der Umfrage hervorgeht - mit einer großen

An-

Anzahl der befragten Städte auf der gleichen Linie bewegen. Z.B. werden in Magdeburg und Hannover, wo der Lebensunterhalt nicht billiger ist, auch 200 M für Alleinstehende und Haushaltungsvorstände gezahlt. Sie werden im weiteren Verfolg Ihres vor 14 Tagen gefaßten Beschlusses nicht anders können als der Ratsvorlage zustimmen.

Stadtv. T o s t m a n n : Meine Damen und Herren ! Als der Antrag von meiner Fraktion gestellt wurde, wurde hier in der Versammlung gesagt, der Antrag wäre gewissermaßen Agitationsobjekt für die nächsten Landtagswahlen, es ist jetzt ein Handelsobjekt daraus geworden. (Sehr richtig!) Wenn wir zurückdenken, so werden wir uns erinnern, daß hier vom Ratstische aus wie von einzelnen Stadtverordneten gesagt wurde, daß es gar nicht möglich wäre, die damaligen Sätze zu erhöhen, es wurde sogar hervorgehoben, daß man sich erst vergewissern müßte, ob man das Existenzminimum nicht überschreiten würde usw. Nun ist man dazu gekommen, den Invaliditätsrentenempfängern eine Kleinigkeit mehr zu geben, dann hat man auch die Armensätze um etwas erhöht und schließlich hat man in der vorigen Sitzung den Antrag Schultze angenommen, heute nun kommt man mit dem vorliegenden Antrage. Ich stehe auf dem Standpunkt meines Herrn Vorredners : daß diese Sätze für richtige Arme nicht

ge-

genügen. Es gibt ja auch Unterstützungsempfänger, die darauf ausgehen, die Armenunterstützung sich geben zu lassen, ohne daß sie dazu berechtigt sind, aber für diejenigen, die berechtigt sind, eine Armenunterstützung zu erhalten, und das ist doch der größte Teil der von uns versorgten Armen, für die recht der Satz nicht hin.

Es wird nun wahrscheinlich wieder vorgebracht werden : „Ihr beantragt wohl höhere Armenunterstützung, aber wo soll die Deckung herkommen, daran denkt Ihr nicht!“ So etwas ist schon wiederholt in den Ausschüssen und in der Armendirektion zum Ausdruck gebracht worden. Selbstverständlich muß man auch daran denken, daß eine Deckung vorhanden ist, daß für die Stadt Einnahmequellen erschlossen werden. Ich habe in letzter Zeit in einer Zeitung gelesen, daß eine Stadt auf den idealen Gedanken gekommen ist, eine sog. Schlemmer-Steuer einzuführen, und die soll ganz gewaltige Beträge einge-

bracht

bracht haben. Eine solche Steuer wäre auch in Braunschweig möglich, denn es gibt auch hier verschiedene Lokalitäten, wo Schlemmereien genug vorkommen, und auch Herrschaften, die ein Schlemmerleben führen. Ich erinnere in dieser Hinsicht an eine Zeitungsnotiz, die in der letzten Zeit zu lesen war. Darnach hat in der letzten Zeit eine Gesellschaft - ich weiß nicht, ob es sich um eine Wohltätigkeitsgesellschaft handelte - eine Festlichkeit abgehalten in einem hiesigen bekannten Lokale, und am andern Morgen hat sich herausgestellt wie dieses Wohltätigkeitsfest geendet hatte und wie dabei gehaust worden war. Auch solche Gesellschaften, selbst wenn sie sich unter die Wohltätigkeitsvereine rechnen, könnten zu dieser Steuer herangezogen werden, wenn die übrigen Voraussetzungen zutreffen. Bei manchen Festlichkeiten könnte ein ganz gewaltiges Geld als Schlemmersteuer herausgeholt werden, wenn man bedenkt, wie die Sekt-  
flaschen



flaschen im Saale umherliegen, wie Kuchen und Torte mit Füßen getreten und darauf getanzt wird, wie in die Äpfel Lichter hineingesteckt werden, um das Fest diesen Gästen angenehmer zu machen. Wenn so gehaust wird, dann müssen solche Festlichkeiten zu besonderen Steuern herangezogen werden, damit sie nicht zum zweitenmal veranstaltet werden. Quellen, um der Stadt Gelder zuzuführen, gibt es noch. Möge der Rat nur auf den Gedanken kommen, die Schlemmersteuer einzuführen, dann wird er in der Lage sein, für unsere Armen mehr zu tun zu können, als er bisher getan hat.

Stadtv. R e g e n e r : Meine Damen und Herren ! Auch ich sehe mich veranlaßt, für die Sätze einzutreten, wie sie von meinen Parteifreunden vorgeschlagen worden sind. Herr Stadtrat von Frankenberg meinte allerdings, daß andere Städte auch keine höheren Sätze hätten. Hier ist aber die Geschichte so, daß es im umgekehrten Verhältnis gemacht wird wie bei der Festsetzung des Gas- und Wassergeldes. Da kriegen wir Nachrichten von Städten zu hören, die die höchsten Preise haben, während hier bei der Beratung der Armenunterstützungssätze die Städte aufgeführt werden, die die niedrigsten Sätze bezahlen. Hannover zahlt diese Sätze seit dem 1. September d.J., Herr Stadtrat. (Zuruf des Stadtrats von Frankenberg : Ist nicht wahr ! ) Jetzt haben wir vor 8 Tagen Nachricht bekommen, daß sie erhöht werden sollen. (Zuruf des Stadtrats von Frankenberg : Sie irren sich ! )

Das

Das mag wohl sein, aber seit dem 1. September werden diese Sätze gezahlt und im Stadtparlament von Hannover bemüht man sich, eine Erhöhung vorzunehmen. Dieses Jonglieren mit solchen Zahlen möchte ich gern vermieden sehen. Dagegen kann man auch andere Zahlen anführen. Remscheid z.B. zahlt monatlich :

für eine alleinstehende Person . . . . .	340 M,
" ein altes Ehepaar . . . . .	520 M,
" Eheleute mit 1 Kind . . . . .	680 M,
" " " 2 Kindern . . . . .	840 M,
" " " 3 " . . . . .	1000 M

und für jedes weitere Kind 160 M mehr.

Außerdem soll eine Sonderzulage für den Monat Dezember in Höhe einer Monatsunterstützung gewährt werden.

Sie sehen daraus, daß man dort anders über die Armenunterstützung denkt als hier. Ich habe schon früher ausgeführt, daß es nicht möglich ist,

bei

bei solchen minimalen Sätzen, wie sie hier gegeben werden, zu leben, noch dazu, wenn man bedenkt, daß die Betonung auf das Wort „Höchstsätze“ gelegt wird und wie man es den Armen erschwert, diese Höchstsätze zu bekommen. (Sehr richtig!) Wenn die Armen nach dem Armenpfleger kommen, dann stellt der erst alle möglichen Fragen, dann geht es nach dem Bezirksvorsteher, der knappert noch etwas davon ab, und wenn sie dann genug gelaufen sind, dann kriegen sie ein paar Bettelpfennige in die Hand gedrückt. Wir haben die heilige Verpflichtung, uns dieser Opfer der Gesellschaftsordnung anzunehmen. Es sind nicht alles Spitzbuben und Zigeuner, die in Not geraten. Aber die Praxis der Bezirksvorsteher ist auf Sparen eingestellt, und in den Genuß der höchsten Sätze kommen die Armen sehr, sehr selten. Und noch über der Armen-  
direktion gibt es Institutionen, die von dem Armengelde etwas abknapsen. Wenn der Kaufmann

Dietz

Dietz nichts von den zugebilligten Sachen am Lager hat, streicht er das einfach aus und der Arme erhält es nicht. Mir ist ein Fall bekannt, in dem für ein Pflegekind 2 Hemden und 2 Paar Strümpfe verschrieben sind. Das wurde vom Kaufmann Dietz gestrichen. Der Pflegevater kommt nach dem Rathause und sagt : „Das hier ist mir bewilligt, aber ich habe es nicht bekommen.“ - „Wer hat das gestrichen“, wurde gefragt - „Das hat der Kaufmann Dietz getan. Wenn er die Sachen nicht vorrätig hat, streicht er sie einfach aus, und die Sache ist erledigt.“ (Hört, hört!) Darauf sagte der Beamte: „Daß auch die Stadt mit solch einem Fruckelstock, der nicht leistungsfähig ist, Geschäfte macht!“ - Diesem Umstand muß gesteuert werden. Ich möchte den Bezirksvorstehern und Armenpflegern zurufen, daß sie etwas schonender mit ihren Pflegebefohlenen umgehen. Ich weiß, wie es der Käseman von der Fallersleberstraße gemacht hat. Eine Frau kommt

kommt zu ihm in den Laden, die 20 M bezahlt bekommen soll und nach einigen Tagen noch 10 M. Dieser Mann sagt zu der Frau im offenen Laden vor den anderen Leuten : „Dann muß sich ihr Mann besser führen, damit er nicht ins Gefängnis kommt, dann brauchen Sie keine Armenunterstützung zu holen!“ Es muß darauf gedrungen werden, daß die Unterstützungsempfänger nicht *cram publico* abgefertigt werden, sondern in einem besonderen Zimmer.

Wie weit die Schutzaufsicht geht, können Sie aus dem Umstand erkennen, daß eine 78jährige Frau während 1 3/4 Jahren auf dem Stubenboden ~~d~~ hat schlafen müssen, und niemand ist gekommen und hat darnach gesehen. Es hätte dafür gesorgt werden müssen, daß sie in den kalten Wintertagen endlich von dem Stubenboden weg auf einen Strohsack in eine Bettstelle kam.

Nun die leidige Deckungsfrage. Die Herrschaften, die jetzt immer damit herumwimmern, haben

wäh-

während des Krieges einer Anleihe nach der anderen zugestimmt, ohne daß sie sich darüber Kopfschmerzen gemacht haben, woher das Geld kommen soll, und diese Politik hat die Gemeinden in Verschuldung hineingetrieben. Ich bitte, haben Sie jetzt ein Einsehen, nehmen Sie sich der Armen an und stimmen Sie für die Zahlen, die ~~an~~ in dem Antrage der Frau Graf niedergelegt sind.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Es ist erstaunlich, daß Herr Regener, nachdem ich erklärt habe, die Sätze des Rates deckten sich mit dem Durchschnitt der von uns befragten Städte, jetzt noch des Glaubens ist, wir hätten uns die Städte mit den niedrigsten Sätzen herausgesucht. Das Wort der Ratsmitglieder ist bisher hier nicht in dieser Weise angetastet. Ich möchte nicht, daß das Vorgehen des Herrn Regener hier Schule macht, und Herrn Regener möchte ich ersuchen, in Zukunft mit seinen Äußerungen vorsichtiger zu sein. (Unruhe und Zwischenrufe.)

Ich kann ja aber einmal für die verehrten Herrschaften die Zahlen mitteilen, die aus unserer Umfrage sich ergeben haben, der Kürze wegen nur die Sätze für die Alleinstehenden und die Haushaltungsvorstände :

Aachen	210 M	Bremen	200 M
Barmen	210 M	Cöln	200 M,

Chem-



Chemnitz	205 M	Hannover	200 M
Dortmund	205 M	Hamburg	220 - 230 M
Dresden	162 M	Hildesheim	90 M
Düsseldorf	240 M	Magdeburg	200 M
Elberfeld	210 M	Mainz	150 M
Hamborn	180 M	Mannheim	210 M
Halle	150 M	Stettin	165 M
		Stuttgart	160 - 180 M.

Sie sehen aus dieser Mitteilung, wie richtig meine Behauptung war und wie unrichtig das war, was Herr Regener behauptet.

Im Übrigen möchte ich mir doch gestatten, unsere Bezirksvorsteher und Armenpfleger, mögen sie bürgerlicher oder anderer Parteirichtung sein, auf das nachdrücklichste in Schutz zu nehmen gegen die bedauerlicherweise ausgesprochenen allgemeinen Behauptungen. Das Amt eines Armenpflegers und Bezirksvorstehers ist ein schweres, dornenvolles Amt, und die wackeren Herren, die in dieser

Be-

Beziehung tätig sind, haben wahrhaftig Besseres verdient, als hier verunglimpft zu werden, wie es Herr Regener für richtig gehalten hat.

Stadtv. S a u e r b i e r : Den längeren Ausführungen des Herrn Regener möchte ich nicht folgen; das Nötige darüber hat Herr Stadtrat von Frankenberg ja auch schon gesagt. Was die Stadt Remscheid betrifft, die Herr Regener als Beispiel anführte, so ist diese Stadt eins der teuersten Pflaster in ganz Deutschland, sodaß der Vergleich mit Braunschweig ganz gewaltig hinkt.

Wenn es wirklich vorgekommen sein sollte, daß ein Unterstützungsempfänger mit seinem Kleidungsstückbedarf zu Herrn Dietz gekommen ist und Herr Dietz, weil er im Laden keine solchen vorrätig gehabt hat, die betreffenden Sachen gestrichen hat, darauf dieses ganze Manöver dem Beamten von dem betreffenden Manne erzählt worden ist, so kann ich mir doch unmöglich denken, daß der Beamte eine derartig abfällige Äußerung über Herrn Dietz und sein Geschäft gemacht hat, wie es Herr Regener

mit-

mitteilte. Nach der Art, wie solche Anweisungen bisher bearbeitet worden sind, möchte ich vorläufig bestreiten, daß die Äußerung richtig wiedergegeben ist. Zu solch einem Wagnis würde sich kein Beamter verstehen. Ist denn diese Art der Handlungsweise des Herrn Dietz jetzt erst bemerkt, nachdem er schon 15 oder 20 Jahre sein Amt versieht ? Schon deshalb ist die Sache anzuzweifeln. Insbesondere aber möchte ich die Beamtenschaft gegen diese Behauptung in Schutz nehmen und bestreite die Richtigkeit des Sachverhalts.

Stadtö. M ä d g e : Meine Damen und Herren!  
In den Ausführungen, die uns vom Rat der Stadt gemacht worden sind, ist unter anderem gesprochen von Anrechnung der Invaliden-, Alters- und Waisenrente in Höhe des halben Betrages, ebenso auch von der nur teilweisen Berücksichtigung des Arbeitsverdienstes von Frauen, die Ernährerinnen ihrer Familie sind. Ich möchte hier klarstellen, daß eine derartige Anrechnung und Berücksichtigung an sich dem Charakter der Armenunterstützung widerspricht. An sich ist die Armenunterstützung eine solche, die nur in dem Betrage gewährt werden kann, daß der Unterstützte vor der äußersten Not geschützt ist. Das allein ist der Sinn der Armenunterstützung, und eigentlich sind alle diese Berücksichtigungen, von denen ich eben gesprochen habe, ungerechtfertigt. Aber es sprechen praktische Erwägungen dafür, daß man sich nicht allzu streng an den Sinn des Gesetzes hält und es nicht allzu rigoros durchführt. Sie brauchen

chen

chen also nicht zu fürchten, daß ich dagegen sprechen will, daß man diese Renten in halber Höhe anrechnet, sondern ich will nur klarstellen, daß es eine Ausnahme ist, die wir machen.

Wenn wir nun diese Ausnahme machen, dann möchte ich bitten, auch noch eine weitere zu machen, nämlich bei den Kleinrentnern. Wir sehen hier, daß jemanden sein Ersparnis zum Teil angerechnet werden soll. Wer Invaliden- usw. Rente bezieht, hat sein lebelang gespart und bekommt dafür seine Rente. Ich gebe zu, daß es erfreulich wäre, wenn er sich infolge der großen Geldentwertung nur gerade so steht, wie derjenige, der überhaupt nichts zurückgelegt hat und nur Armenunterstützung bekommt. Es ist eine ausgleichende Gerechtigkeit, wenn man sagt, es soll diese Rente nur teilweise angerechnet werden, und weiter ist es ein Anreiz zum Arbeiten, wenn das geschieht. Aber warum will man diese Leute anders behandeln als den Kleinrentner, der sein Geld nach

der

der Sparkasse gebracht hat, vielleicht auch Groschen um Groschen, und sich so ein kleines Kapital zusammen gespart hat. Es ist keine unbekannte Tatsache, daß früher Leute mit einer Einnahme von 800 - 1200 M ihr Leben gefristet haben und bei ihrer Bedürfnislosigkeit auch damit ausgekommen sind. Heute können sie das doch nicht mehr. Die Sätze der Armenunterstützung sind jetzt in manchen Fällen höher als die Einnahmen von manchen Kleinrentnern. Vergessen Sie nicht, daß monatlich 200 M Armenunterstützung 2400 M im Jahre ausmachen, und daß eine Renteneinnahme von 2400 M früher nicht die kleinste war. Es gab eine Menge Leute, die sich mit einem Einkommen von 1000 - 1500 Mark begnügten, und darüber geht die Armenunterstützung jetzt hinaus.

Wenn man also einmal eine Ausnahme macht, dann soll man auch diese Rentner, die vielleicht noch fleißiger gespart haben als die Invaliden-Rentenempfänger, nicht vergessen und auch denen wenigstens die Möglichkeit einer besonderen Behandlung geben,

soweit bei den Rentnern die Möglichkeit für Gewährung von Armenunterstützung überhaupt in Frage kommt. Das ist nicht der Fall, wenn der Rentner ein größeres Kapital hat, denn dann wird er darauf verwiesen, daß er das Kapital mit zu verbrauchen hat - darüber brauchen wir kein Wort zu verlieren. Diese Kleinrentner, von denen ich sprach, sollten doch den Vorzug genießen, daß ihnen ihre Zinseinnahmen nur zu einem gewissen Teile angerechnet werden. Ich habe meinen Antrag formuliert; er lautet:

„Ist einem Kleinrentner Armenunterstützung zu gewähren, so soll auf diese die Zinseinnahme

bis zu 400 M zu  $1/4$ ,

weitere 600 M zu  $1/3$ ,

„ 600 M zu  $1/2$ ,

„ 900 M zu  $2/3$ ,

„ 400 M zu  $3/4$

in Anrechnung gebracht werden.“

Ich möchte also nicht, daß die ganze Zinsen-

ein-



einnahme zur Hälfte angerechnet wird, sondern möchte es staffeln nach der festen Einnahme, wie es in meinen Anträge steht.

Meine Damen und Herren! Ich weiß selbstverständlich, daß das genau so eine Ausnahme ist wie bei den Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenrenten. Ich glaube aber, daß diese Kleinrentner ebenso behandelt werden sollten, wie die vorhin Genannten.

Schließlich möchte ich noch darauf hinweisen, daß von diesen Bestimmungen viel weniger Gebrauch gemacht werden wird als von der anderen, denn es wird selten der Fall sein, daß ein Rentner, der 2500 M Einkünfte hat, eine Armenunterstützung bekommt, denn zu einem solchen Rentneinkommen gehört ein Vermögen von 60 - 65000 Mark, und einem solchen Rentner wird man nur unter besonderen Ausnahmeverhältnissen Armenunterstützung gewähren können. Bei vorgerücktem Alter kann ein solcher Rentner selbstverständlich von seinem Kapital einen Teil verbrauchen

Wo man aber nach sorgfältiger Prüfung zu der Überzeugung kommt: Hier ist so wenig Kapital vorhanden, daß eine Armenunterstützung zu gewähren ist, da sollen diesem Armenunterstützungsempfänger seine Zinseinnahmen aus mühsam erspartem Kapital auch nur zu einem geringen Betrage angerechnet werden. Beim Todesfalle eines solchen Rentners wird die Stadt sehr wohl in der Lage sein, von den Erben zu verlangen, daß sie die Beträge, die die Stadt als Armenunterstützung gewährt hat, zurückerstatten. Es handelt sich dann also nur um eine vorschußweise Zahlung, und keineswegs ist es so, daß man diese Armenunterstützung à fonds perdu gegeben hat. Ich glaube deshalb nicht, daß diese Bewilligungen irgendwelche erheblichen finanziellen Folgen und Nachteile für die Stadt mit sich bringen kann, glaube aber andererseits, daß man gerade den Rentnern durch Aufnahme einer solchen Bestimmung beweisen kann, daß man auch

auch für ihre Not ein Herz hat. Ich bitte Sie, diesem Antrage zuzustimmen.

Stadtv. L e h n e r t : Meine Damen und Herren! Daß die Sätze wie sie in der Ratsvorlage festgesetzt sind, nicht annähernd ausreichen, beweisen die Ausführungen des Herrn Stadtverordneten Mädge. Seine gute Erziehung bürgt uns dafür, daß er nicht gegen die Vorlage des Rates Sturm läuft und sagt: Das geht nicht weit genug. Er ist wohl-erzogen und sagt: „Die Ratsvorlage muß in der Art und Weise in Angriff genommen werden, weil wir nicht wissen, wie es mit den Kleinrentnern werden soll. Eventuell könnte dieses noch angenommen werden, wenn auch nicht als fonds perdu.“

Auf eins möchte ich noch hinweisen. In seinem Bericht über die Stadtverordnetensitzung, in der wir über diese Angelegenheit sprachen, konnte es sich der Berichterstatter der Landeszeitung nicht verkneifen, zu betonen, daß als fünfter Redner der U.S.P.D. der und der aufmarschierte. Wenn der Berichterstatter der Landeszeitung nichts weiter zu

tun

tun hat, als derartige Berichte zu schreiben, dann sollte er lieber einen Platz bei einem Witzblatte annehmen und könnte da als Spaßvogel auftreten. Die Wichtigkeit der Verhandlungen ist nicht nach der Rednerzahl, die auftritt zu bemessen, sondern darnach, welchen Wert ihnen jemand jede einzelne Partei beimißt, und wenn der Berichterstatter der Landeszeitung weiter nichts über diesen Punkt zu schreiben weiß, dann möge er sich sein Schulgeld wiedergeben lassen.

Herr Stadtrat von Frankenberg hat uns die Sätze aus den einzelnen Städten vorgeführt, und als guter Bürger will ich nicht an der Richtigkeit der Zahlen zweifeln. Aber Herr Stadtrat von Frankenberg hat dabei nicht gesagt, seit welchem Datum diese Sätze bestanden. Eins aber ist gewiß: daß die Sätze unter den heutigen Umständen nicht stichhaltig sind und nicht zum Lebensunterhalt ausreichen, ganz besonders nicht die, die noch vor 14 Tagen bestanden. Das hat ein

Kollege

Kollege von uns, Herr Dr. Schultze, der sich von anderen Gedanken hat leiten lassen, als es aus der Vorlage zu ersehen ist, bewiesen. Als Arzt sagte er: Bei diesem Satze ist es nicht möglich, nur die aller-notwendigsten Mittel zu beschaffen, die das Leben erheischt. Wenn ein Arzt das sagt, dann sollte man ihm Glauben schenken. Das, was heute die Vorlage beantragt, ist nur der erste Anfang zu dem, was gegeben werden muß, um den Körper widerstandsfähig zu machen.

Die Deckungsfrage kommt für uns heute nicht in Betracht. Sie haben als Hurra-Patrioten nicht an die Deckungsfrage gedacht bei den Millionen Anleihen, die uns aufektropiert sind. (Zuruf: Damals saßen wir ja noch gar nicht im Stadtverordnetenkollegium!!) Wenn Sie selbst nicht darin waren, dann sind es Ihre Klassengenossen, die dafür eingetreten sind; davon beißt keine Maus einen Faden ab. Die Sache steht so: Man soll nicht nur die Wohltätigkeit im Munde führen, sondern sie in die Praxis umsetzen. Daß mit 200 Mark

in

im Monat heute keine Familie auskommen kann, das weiß ein jeder. Die Mieterhöhungen werden im nächsten Vierteljahre ganz gewaltig einsetzen, so daß die Armenunterstützungsempfänger viel ~~mehr~~ von ihrem Einkommen dafür hingeben müssen. Das ist zu erwarten, weil vom Mieteinigungsamt als Rentabilitätssatz für die Wohnhäuser 9 1/2% festgesetzt sind. Die Hauswirte, wo die armen Leute wohnen, werden nicht sagen: Für dich rechne ich bloß 7 oder 7 1/2% Verzinsung, weil du arm bist, sondern sie werden den höheren Satz selbst von denjenigen nehmen, die erst hergehen und Armengeld holen müssen. Ferner steht fest, daß das Brot ganz bedeutend verteuert wird. Die anderen Sachen werden folgen, und so reichen die Sätze nicht aus, die man heute festlegen will. Ich bitte, die Sätze der Frau Graf anzunehmen.

Stadt. Dr. S c h u l t z e : Meine Damen und Herren! Wir haben hier schon öfter über die Erhöhung der Armenunterstützungssätze gesprochen, aber ich habe immer vermißt, daß wir niemals eine Nachweisung über die Höhe der einzelnen Zahlungen bekommen haben, und deshalb möchte ich den Rat fragen, wieviel Unterstützungsberechtigte Armenunterstützung beziehen und wieviel davon die Höchstsätze bekommen. Ich habe den Eindruck, daß wir nicht das richtige Bild über die ganze Sache bekommen haben, und wir wissen auch nicht, wieviel die ganze Sache ausmachen wird, die wir <sup>hier</sup> bewilligen sollen. Es ist uns wohl öfter gesagt worden: „Das wird eine Mehrausgabe von ungefähr sechs- undsechzigtausend ausmachen,“ aber solange ich in der Stadtverordnetenversammlung bin, ist noch niemals darüber berichtet worden, wieviel Personen den Höchstsatz beziehen, wieviel Erwachsene und wieviel <sup>Kinder</sup> andere in Frage kommen und wieviel Personen überhaupt Armenunterstützung beziehen. Wenn das nicht sofort gesehen



sehen kann, so würde ich dankbar sein, wenn wir demnächst einmal eine solche Übersicht bekommen würden, weil wir dadurch besser in der Lage sind, mit <sup>zu den ganzen Fragen</sup> Sicherheit/ Stellung zu nehmen.

Ich habe vor 14 Tagen den Antrag auf Erhöhung der Unterstützungssätze für den Monat Dezember gestellt, und wie Herr Stadtrat von Frankenberg ausgeführt hat, decken sich die jetzt beantragten Sätze mit meinem damaligen Antrage. Ich möchte aber doch noch die Anfrage an den Rat richten, warum er bei Kindern die Grenze beim 5. Lebensjahre zieht und nicht beim 6. Lebensjahre, dem schulpflichtigen Alter; im allgemeinen rechnet man hier doch mit dem 6. Lebensjahre.

Stadt v. M a r t h : Daß die Not der armen und ärmeren Bevölkerung sehr groß ist, wissen wir alle. Nun führt Herr Mädge noch eine Gruppe von Personen an, die auch in Not sind: die Kleinrentner. Auch ich bin davon überzeugt, daß wir eine große Anzahl von Rentnern in Braunschweig haben, die mit ihren ersparten Groschen nicht auszukommen wissen, und auch diesen Leuten muß in irgendeiner Weise geholfen werden. Der Antrag des Herrn Mädge kann aber meiner Überzeugung nach mit der heute zur Beratung stehenden Sache nicht verquickt werden, sondern der Antrag wird einer Kommission überwiesen werden müssen, in der über diese Materie eingehend verhandelt werden kann. Man muß bei dieser Unterstützung der Kleinrentner in Betracht ziehen, daß beim Tode desselben ein Teil der Hinterlassenschaft an die Stadt überlie-

fert

fert werden kann. Der Antrag ist sehr beachtenswert, und ich bitte, ihn einem Ausschuß zu überweisen, so daß auch der Rat der Stadt sich darüber vorläufig schlüssig machen kann.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g : Wenn ich zunächst mit der Frage der Kleinrentner beginne, so ist Ihnen bekannt, daß Sie vor einiger Zeit den Antrag Jahns angenommen haben, den Rat zu ersuchen, eine Vorlage wegen Unterstützung der Kleinrentner zu machen. Sie werden vielleicht auch die Nachricht in der Zeitung gefunden haben, daß sich die Landesregierung ebenfalls mit der Sache befaßt hat und im Begriff war, eine diesbezügliche Vorlage an den Landtag gehen zu lassen. Inzwischen hat sich nun die Reichsregierung der Sache eifrig angenommen und es wird in der nächsten Zeit - nachdem, was die Zeitungen darüber sagen - seitens des Reiches und des Landes zu allgemeiner Regelung die Sache in Angriff genommen werden. Ich möchte deshalb fast glauben, daß eine Beratung des Antrages Mäde in der Kommission, bevor wir nicht wissen, wie das Reich vorgeht, verfrüht sein wird. Zunächst kommt hier in Betracht, daß der Vorstand der Jüdelstiftung - das

möchte

möchte ich dankbar hervorheben - den Betrag von 25 000 Mark zur Verfügung des Städtischen Wohlfahrtsamtes gestellt, <sup>hat</sup> um in dringenden Fällen für Kleinrentner Beihilfen zu gewähren, und davon wird selbstverständlich das Wohlfahrtsamt mit möglichster Beschleunigung Gebrauch machen. Im übrigen ist der Antrag Mädge, so wie er aufgestellt ist, mit den Bestimmungen des Unterstützungs-Wohnsitz-Gesetzes und mit der Handhabung der Armenpflege allzu schwer zu vereinbaren. Viele Kleinrentner werden in der Lage sein, sich Leibrente zu kaufen, bei der sie die Bestimmung über ihr Vermögen preisgeben, aber sich einen wesentlich höheren Jahresbezug sichern könnten, als sie augenblicklich haben, und an der Tatsache dürfen wir nicht vorbeigehen. Wir würden nicht gut tun, heute bei der Beratung dieser immerhin schwierigen Vorlage auch diesen Punkt mit wahrzunehmen, so sehr ich anerkenne, daß Herr Mädge bemüht ist, für den schwer bedrängten Stand der Kleinrentner einzutreten.

treten. Wenn wir uns vor Augen führen, daß Reich und Land sich demnächst mit der Frage beschäftigen werden, so werden Sie mir zugeben, daß es nicht wohlgetan sein würde, deren Vorgehen voranzueilen.

Der Anfrage des Herrn Dr. Schultze will ich gern Rechnung tragen. Unsere Statistische Stelle ist bemüht, für die einzelnen Betriebe von Monat zu Monat die einschlägigen Zahlen festzustellen, und auch in/betreff der Armenverwaltung ist das geschehen, und immer, wenn der Jahresbericht herauskommt, läßt die Übersicht erkennen, wie groß die Zahl der Unterstützten, der Alleinstehenden, der Familienangehörigen usw. ist. Ich habe in Erinnerung, daß über 3000 Personen unterstützt werden. Die anderen Zahlen werde ich mitteilen, wenn ich das Material zur Hand habe. Im Dezember sind 135000 Mark ausgezahlt und 180 000 Mark sind nachgezahlt worden.

Die

Die Abgrenzung des Lebensalters der Kinder ist im Einvernehmen mit Herrn Geh. Sanitätsrat <sup>v. Hol-</sup><sub>wede</sub> seit Jahren in der noch üblichen Weise erfolgt, und ich glaube, daß es mancherlei für sich hat, die Grenze so zu ziehen. Es kann aber nachgeprüft werden, ob man sie bestehen lassen will. Es haben auch verschiedene andere Städte gerade das fünfte Lebensjahr für die Begrenzung maßgebend sein lassen.

Stadt v. S a u e r b i e r : Ein Teil von dem, was ich vorbringen wollte, ist schon von Herrn Marth erledigt. Es liegt mir aber auch am Herzen, das zu würdigen, was Herr Lehnert gesagt hat. Wir kennen alle die Weise des Herrn Lehnert und wissen, daß er aus seinem Herzen keine Mördergrube macht. In diesem Falle können wir auch einmal annehmen, daß er nicht so recht gemeint hat, was er gesagt hat; ich wenigstens glaube das ganz bestimmt. Wenn ein hiesiger Pressevertreter in seiner Zeitung mitteilt, daß von der einen Partei der 5. Redner in einer Sache aufmarschiert sei, dann hat der betreffende Herr nur das Rechte gesagt. Wenn wir das hier vornehmen wollten, was andere Zeitungen bei ihrem Bericht über unsere Sitzungen noch zutage bringen, dann müßte hier manchmal die Kritik scharf einsetzen, wenn so etwas überhaupt hier eingeführt werden sollte. Ich bitte zu bedenken, wie schwierig das Amt der Presse und wie ungünstig ihr Platz hier

im



in Saale ist, soweit die Akustik in Frage kommt. Wenn aber hier der Ausdruck gefallen ist: Falls der Vertreter der Landeszeitung nichts weiter zu tun hat, als solche Berichte zu schreiben, dann möge er sich sein Schulgeld wiedergeben lassen, so bin ich der Meinung, daß dieser Ausdruck mindestens deplaciert ist.

Stadt v. Frau G r a f : Meine Damen und Herren! Ich bedauere, daß ich die 5. oder 6. der Redner sein werde, die von meiner Fraktion zu dieser Sache sprechen, aber ich fühle mich verpflichtet, das Wort zu ergreifen, weil von meinem Fraktionskollegen Steinert mein Antrag wieder in die Debatte gebracht worden ist. Ich möchte deshalb gleich vorweg zum Ausdruck bringen, daß mein Antrag nicht mehr angenommen werden kann, denn er ist ~~leider~~ in der vergangenen Sitzung schon abgelehnt worden. Ich habe nun das Gefühl, als ob die hier Anwesenden <sup>zu</sup> der festen Überzeugung <sup>kommen</sup> sind, daß die Ausführungen des Herrn Mädge, ~~die er~~ in der vergangenen Sitzung ~~vorbrachte~~, nämlich daß er in dieser Frage für alles zu haben sei, soweit es vernünftig wäre, nicht ganz zutreffen. Ich glaube doch, daß alles, was ich in meinem Antrage verlangt habe, wirklich nichts Unvernünftiges ist, und ich glaube ferner, daß Sie <sup>ja</sup> alle <sup>bewußt sind</sup> ~~geföhlt~~ ~~haben~~, daß tatsächlich die Sätze, die ich genannt habe,

habe, wirklich nicht einmal annähernd zum Leben ausreichen, sondern nur das sind, was Herr Mädge auch fordert: das Allernotwendigste, der Notbedarf. Mit den Sätzen, die vom Rat vorgeschlagen sind, kann man den Notbedarf nicht decken. Bedenken Sie, was heute allein für Grudekoks und Petroleum darauf geht, da heute ein Zentner Grudekoks 35 M und ein Liter Petroleum 8 Mark <sup>kosten</sup> (- die armen Leute haben alle kein Gas, aber Petroleum ist heute noch teurer als Gas. Ich habe <sup>die Auffassung</sup> ~~das Gefühl~~ <sup>daß</sup>, als ob man von jener Seite <sup>ansetzen muß, daß</sup> sagt: ~~Der Antrag~~ <sup>ist</sup> Graf mag berechtigt sein, aber <sup>man</sup> ~~wir~~ wollen doch für die Ratsvorlage stimmen.

Herr Dr. Schultze sagte, er möchte gern erfahren, wieviel Unterstützungsberechtigte in Genuß der Armenunterstützung kämen. ~~Ja, Herr Dr. Schultze,~~ im vorigen Jahre waren 800 000 M für Armenunterstützung ausgesetzt, und es wäre wirklich sehr lehrreich für uns alle, wenn wir einmal erfahren, wieviel Arme davon unterstützt wurden, und weiter - denn darauf

kommt

kommt es an - wieviel davon in den vollen Genuß  
der Höchstsätze kommen. Ich habe mir sagen lassen,  
müssen, daß im Monat Dezember, wo es uns darauf  
ankam, daß die erhöhten Unterstützungssätze <sup>flou</sup> noch  
~~in diesem Monat~~ zur Auszahlung kamen, ein großer Teil  
der Armenpfleger diese erhöhte Unterstützung nicht  
ausgezahlt haben. Ich hatte die Betreffende, die mir  
die Nachricht brachte, gebeten, sie möchte mir ganz  
bestimmtes Material geben, leider habe ich es nicht  
bekommen. Aber von dem Bezirksvorsteher Sürig weiß  
ich, daß <sup>es</sup> er <sup>hat</sup> sich nicht ~~ganz~~ <sup>hat</sup> angelegen sein lassen,  
~~hat~~ die Sätze auszuzahlen, die hier ~~besprochen~~ <sup>besprochen</sup> worden  
sind. Was nützt dann all unser <sup>R</sup>eden, wenn unsere  
Beschlüsse nicht ausgeführt werden und wenn es in  
der Hand der betreffenden Armenpfleger und Vorsteher  
liegt, die Sätze zu kürzen und zu sagen: Ich binde  
mich nicht an die Vorschläge der Stadtverordneten.  
Ich bin wohl dafür zu haben, daß nicht die vollen  
Sätze gezahlt werden, wenn es sich um jemand handelt,

der

der <sup>gü-</sup>gut verdienen kann und die Unterstützung nur als Beihilfe hat. Aber wenn es sich um Alte und um Kinder handelt, die nicht selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen können, halte ich es für grausam, wenn man bei dieser geringen Unterstützung noch Abzüge macht, und so etwas ist mir leider in mehreren Fällen mitgeteilt worden. Ich möchte bitten, wenn die Ratsvorlage zur Annahme kommt, an die Bezirksvorsteher und an die Armenpfleger das Ersuchen zu richten, daß in alle den Fällen, wo die Leute, <sup>in Betracht kommen,</sup> denen Unterstützung zusteht, und die nicht <sup>selbst für sich</sup> mehr arbeiten können, auch die volle Unterstützung ausgezahlt wird.

Stadt v. M ä d g e : Ich habe den Eindruck, als wenn mein Antrag nicht in seiner richtigen Bedeutung aufgefaßt ist. Ich will mit ihm nicht erreichen, daß einer bestimmten Kategorie von Kleinrentnern Armenunterstützung gezahlt werden muß, sondern es handelt sich lediglich um eine absolut analoge Bestimmung zu derjenigen, dass Invaliden-, Alters- usw. Renten und auch Arbeitsverdienst nur in bestimmter Höhe in Anrechnung gebracht werden. Wenn also einem armen Rentner Armenunterstützung gewährt wird, so soll seine Zinseneinnahme nur in bestimmtem Maße in Anrechnung gebracht werden. Das Bedenken, daß nachher das Kapital den Erben zufällt, ist nicht berechtigt, denn die Stadt hat ohne weiteres ex lege die Möglichkeit sich am Kapital schadlos zu halten. Wenn der Armenunterstützungsempfänger stirbt, kann die Stadt sich ohne weiteres an den Nachlaß halten, die Unterstützung ist immer nur vorschußweise gewährt. Es kann gar nicht vorkommen,

daß

daß die Erben das Kapital hinnehmen und die Stadt hinterher die Dumme ist. Nun wird gesagt, es könne ja auch die Leibrente in Frage kommen. Ja, in dem Falle wird doch aber gesagt: Dein Kapital reicht zum Ankauf einer Leibrente aus, die zu deinem Lebensunterhalt genügend ist. Diese trifft mein Antrag nicht, sondern tatsächlich nur solche Fälle, in denen der Kleinrentner nur ein Einkommen hat, mit dem er nicht existieren kann, der sich keine Leibrente kaufen kann, weil vielleicht seine Papiere festliegen, vielleicht in Preussischen Konsols, die nur mit Schaden verkauft werden können. Diesem Manne wird dann die Zinseinnahme nur in dem von mir beantragten Maße angerechnet.

Ich glaube nicht, daß der Antrag noch einer besonderen Vorberatung in einer Kommission bedarf. Die nur teilweise Anrechnung der Zinsen steht gleich der bei der Alters- und Invalidenrente und kann bei

Punkt

Punkt 4 angegliedert werden. Solche Wichtigkeit kommt dem nicht zu, zumal ich als richtig anerkenne, daß Staat und Reich sich der Rentnerfrage annehmen wollen und müssen. Eine gesetzliche Regelung wird also wohl einmal kommen, aber wir wollen doch die Leute, die heute die Not am eigenen Leibe spüren, nicht immer vertrösten mit dem Hinweis darauf: Der Staat stellt schon Erwägungen an, wie dem abgeholfen werden kann, und auch das Reich befaßt sich damit, die Unterlagen zu einem Entwurf zusammenzustellen. Davon haben die Leute doch jetzt nichts. Es ist ein Weniges, was wir ihnen bieten können, aber sie sehen doch unser Interesse, und ich bin überzeugt, daß sie das anerkennen werden. Deshalb bitte ich, die Erledigung meines Antrages nicht auf die lange Bank zu schieben, sondern gleich heute zu beschließen.

Sodann möchte ich mit die Anfrage erlauben, aus welchen Zeiten die Zahlen stammen, die von Herrn Stadt-



Stadtrat von Frankenberg vorgetragen sind. Ich muß zugeben, daß man sich ohne diese Daten keine klare Vorstellung machen kann. Sind sie aus dem Juni oder Juli, so haben sie für uns keinen Wert. Stammen sie aus dem September, so möchte ich zu/geben, daß sie erhöht werden müssen, und ich bin überzeugt, daß dann in den entsprechenden Stadtparlamenten Anträge auf der Zeit entsprechende Sätze gestellt sind und die vorgelesenen Zahlen schon längst überholt sind oder demnächst überholt werden. Für besonders wünschenswert halte ich es, daß <sup>die bezüglich</sup> ~~Bezüge~~ der Städte Magdeburg und Hannover uns mitgeteilt werden, seit wann die mitgeteilten Sätze gezahlt werden.

Weiter möchte ich anfragen, ob bezüglich der Sätze überhaupt noch ein anderer Antrag als der Ratsantrag vorliegt. Es ist ja noch von dem Antrage Graf gesprochen!

Stadtrat von Frankenberg:

Herrn Mädge möchte ich erwidern, daß wir unsere Umfrage im Anfange des November veranstaltet haben. Wir haben vom Deutschen Städtetag etwa Mitte November die Zahlen bekommen, die ich vorgetragen habe, haben aber aller Sicherheit wegen nochmals angefragt, und von Magdeburg und Hannover die Nachricht bekommen, daß der 200 Mark-Satz, den wir vorgeschlagen haben, dort geltend ist. Was jetzt im Augenblick dort gilt, kann ich nicht wissen - wir leben in einer flüchtigen Zeit.

Was die Bitte des Herrn Mädge betrifft, seinen Antrag nicht auf die lange Bank zu schieben, so kann ich erklären, daß wir eine Liste von 60 - 70 Namen aus dem Kleinrentnerkreise haben, die augenblicklich im Wohlfahrtsamt durchgeprüft wird, um als Grundlage für die Beihilfe aus der Jüdelstiftung zu dienen. Weiter mache ich darauf aufmerksam, daß eine Durchführung seines Antrages, die Herr Mädge

sie

sie sich denkt, nicht möglich ist, und die Aussicht auf die Zurückzahlung aus der Hinterlassenschaft, das sind ungefangene Fische. Nichts ist für die Armenverwaltung unersprießlicher als das Nachjagen nach Erbschaften, und Sicherungen können wir uns nicht ausstellen lassen. Meistens haben wir das Nachsehen, weil die Verwandten sehr rasch sich der Kapitalien bemächtigt haben. Ich weiß wohl, daß die Stadt einen papierenen Anspruch auf solche Rückzahlungen haben würde, aber ich möchte mich dort nicht gern in die Rolle des Gläubigers hineindrängen lassen. Es entspricht auch nicht dem Wunsche der weitesten Kreise der armen Rentner, daß sie auf diesen Weg der Armenpflege gedrängt werden, sondern sie wollen lieber durch die Zuweisung von Legaten und Leibrenten eine Unterstützung haben. Ich glaube nicht, daß es zweckmäßig ist, diesen Antrag an die Kommission zur Vorberatung zu verweisen, aber auch nicht, ihn abzulehnen, sondern es wird besser sein, sich dahin auszusprechen, daß die Frage der Unterstützung der Kleinrentner in wohlwollender Weise einer Prüfung unterzogen werden möge.

Dem Antrage des Finanzausschusses gemäß werden die vom Rat der Stadt vorgeschlagenen Sätze für die Armenunterstützung angenommen, gleichzeitig auch der am Schluß des Referats vorgetragene Antrag des Finanzausschusses, betreffend die Ermächtigung des Rates, in Gemeinschaft mit der Armendirektion in der Zukunft den Teuerungsverhältnissen entsprechende vorläufige Regelungen in der Festsetzung der Armenunterstützungssätze zu treffen.

Der V o r s i t z e n d e verliest den Antrag Mädge und bemerkt: (S. 207)

Wenn die Kleinrentner nicht den Bestimmungen über die Gewährung von Armenunterstützung unterliegen, werden sie durch den Antrag Mädge nicht getroffen.

Stadt v. T o s t n o n n : Ich möchte ersuchen, den Antrag eben nicht zur Abtinnung zu bringen, sondern ihn einem Ausschuß zu überweisen. Wenn das nicht beliebt werden sollte, möchte ich ersuchen den Antrag abzulehnen.

Stadt. F o s t n e n : Ich möchte ersuchen, den Antrag eben nicht zur Abstimmung zu bringen, sondern ihn einem Ausschuß zu überweisen. Wenn das nicht beliebt werden sollte, möchte ich ersuchen den Antrag abzulehnen.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r :

Nach der bisherigen Gepflogenheit kann jemand, der beispielsweise ein Kapital von 30 000 Mark besitzt, Armenunterstützung grundsätzlich nicht bekommen. (Widerspruch). Das ist nun einmal so.

Übrigens hat die Jüdelstiftung nicht nur 25 000 M, sondern 100 000 M zu Unterstützungen zur Verfügung gestellt. Die Mitglieder des Vorstandes der Jüdelstiftung waren der Ansicht, daß es besser ist, wenn sie nicht vollständig alle Bewilligungen aus der Hand gibt. Wir haben deshalb eine größere Kommission gebildet und <sup>für fünf</sup> ~~noch~~ 75 000 M zu Unterstützungen zur Verfügung gestellt, die allerdings nicht nur für Kleinrentner bestimmt sind. Ich wüßte nicht, weshalb wir sagen sollten, dies Geld soll nur Kleinrentnern zugeteilt werden.

Der Antrag Nädge wird mit 18 Stimmen angenommen.



22. Erhöhung der Gebühren für Benutzung  
der Volksbäder.

*Steinert*

Stadto. ~~T e s t a m e n t~~ : Der Voranschlag für die Volksbäder sieht für das laufende Wirtschaftsjahr eine Einnahme von 136 500 Mark und eine Ausgabe von 217 667,86 Mark vor, doch muß damit gerechnet werden, daß die wirklichen Einnahmen um etwa 20 000 Mark und die Ausgaben um etwa 100 000 Mark höher als die Ansätze des Voranschlages sein werden. Die finanzielle Lage der Stadt zwingt nun dazu, die Gebühr sowohl für die Brause- als auch für die Herrenbäder zu erhöhen. Sie betragen bis jetzt für das Herrenbad 1,75 M und für das Brausebad 50 P. In der Zeit von 1. Dezember 1920 bis dahin 1921 sind in ganzen <sup>95793</sup> 7593 Herrenbäder und 67951 Brausebäder verabfolgt worden. Die Baddeputation hat sich mit der Erhöhung der Gebühren einverstanden erklärt und ist dahin übereingekommen, vorzuschlagen, daß die

die Gebühr für ein Nannenbad auf 3 Mark und die für ein Brausebad auf 75 ¢ erhöht werden soll. Es würde dadurch die Einnahme erhöht und der zu erwartende Fehlbetrag verringert, selbstverständlich brauchen die Einnahmen die Ausgaben nicht zu decken. Herr Bürgermeister Meyer konnte in der Sitzung der Baddeputation erklären, daß in den meisten Städten des Reiches gewaltig höhere Sätze bezahlt werden müßten und daß sie jetzt schon so hoch seien, wie wir sie in Zukunft nehmen wollten, und daß die Privatbadeanstalten für diese Bäder ganz bedeutend mehr nehmen, als von uns vorgeschlagen wird. Der Finanzausschuß hat sich mit der Frage der Erhöhung dieser Badgebühren befaßt und hat zugestimmt, daß die Sätze von 3 M und 75 ¢ vom 1. April erhoben werden sollen. - Soweit als Berichterstatter.

Wenn ich nun noch meine persönliche Meinung zum Ausdruck bringe, so habe ich bisher immer auf dem Standpunkt gestanden, daß gerade die Preise

für

für die Volksbäder, <sup>welch</sup> ~~besonders~~ letztere doch zum Wohle der arbeitenden Bevölkerung und aus gesundheitlichen Gründen eingerichtet sind, so niedrig wie nur irgend möglich gehalten werden müssen. Ich habe nun aber diese meine Meinung in etwas <sup>revidieren</sup> ~~erwidern~~ müssen, habe mich gegenüber dem Antrage des Rates auf Festsetzung der Gebühren auf 75 ¢ und 3 M nicht ganz auf einen ablehnenden Standpunkt stellen können, bin aber der Ansicht, daß, wenn wir die Erhöhung auf 75 ¢ bestehen lassen, wir doch bei den Wannenbädern um etwas heruntergehen können und den Preis auf 2,50 M bemessen sollten. ~~Aber~~ Auch mit dem Satze würden wir halbwegs zurecht kommen, aber dem badenden Publikum doch entgegenkommen. Ich bitte also von mir aus, den Preis für das Wannenbad auf 2,50 M festzusetzen.

Stadt v. M a r t h : Meine Damen und Herren!  
Die Einrichtung der Volksbäder und die Gebühren-  
sätze dort sind ein Thema, welches uns schon öfter  
beschäftigt hat. Die Erhöhung des Preises für die-  
se Bäder ist etwas, was man nicht gern tut, aber  
wir werden bei der Teuerung, bei der auch alles,  
was mit den Bädern zusammenhängt, immer weiter  
in Preise steigt, nicht umhin können, die Gebühren  
für die Volksbäder etwas zu erhöhen. Auch ich bin  
der Meinung, daß man bei den Volksbädern nicht die  
ganzen Kosten herauswirtschaften soll, sondern daß  
die Stadt einen Zuschuß dazu leisten muß, sind es  
doch Volksbäder! Aber notwendig wäre es auch, daß  
die hiesige Industrie sich mehr um die Badeeinrich-  
tungen kümmerte, die für die Angehörigen ihrer Wer-  
ke bei ihnen eingerichtet sind. Leider aber sind  
nach dem Kriege die Badeeinrichtungen in den Fabri-  
ken nicht vermehrt, sondern verringert worden (Zu-  
ruf: Abgerissen), so daß es nicht mehr möglich ist,

daß

daß die Arbeiter der Fabriken in ihren Werken selber ein Bad nehmen können. Man muß es scharf verurteilen, daß bei den erzielten hohen Gewinnen man diese Wohlfahrtseinrichtungen abbaut. Ich möchte von dieser Stelle aus den Herrschaften, die in der Industrie Sitz und Stimme haben, ans Herz legen, dafür zu sorgen, daß die Industrie in dieser Beziehung ihre Pflicht und Schuldigkeit für ihre Arbeiter in den Betrieben etwas mehr tut, so daß die Arbeiter gesund erhalten bleiben.

Über die Preise der beiden Arten Bäder in unseren Volksbadeanstalten möchte ich folgendes sagen: Ich weiß nicht, welche Kosten die Bäder im ganzen verursacht haben. Wenn diese Kosten mit den 75  $\text{M}$  und 3  $\text{M}$  beglichen wären, so würde ich dafür sein, daß wir etwas davon abnehmen. Hat aber die Stadt für die Erhaltung der Volksbäder schon so besonders hohe Kosten durch Deckung eines Fehlbetrages aufzubringen, dann bin ich dafür, daß die vorgeschlagenen Gebühren angenommen werden.

Wir

Wir müssen auch berücksichtigen, daß ein Teil der Bürger mit gutem Auskommen diese Bäder ebenfalls besucht, und es wäre ungerechtfertigt, wenn man denen, die es bezahlen können, diese Ermäßigung auf allgemeine Kosten gewähren würde. Es ist schade, daß die Vertreter der Presse schon weggegangen sind, es wäre Aufgabe der Presse, der Industrie zu sagen, was in bezug auf die Badegelegenheit in den Werken ihre Pflicht ist.

*Donnerstag*

- 245 -

Bürgermeister M e y e r : Auch der Rat der Stadt hat den Wunsch, die Volksbäder so billig wie möglich zur Verfügung zu stellen, und er würde diesem Wunsche in der Praxis mehr Folge geben, wenn sich die Stadt in einer besseren finanziellen Lage befände. Der Rat hält es für grundsätzlich richtig, daß die Betriebsausgaben der Bäder durch die Einnahmen aus den Gebühren wenn nicht ganz, so doch annähernd gedeckt werden müssen. Gegen diesen Grundsatz ist allerdings durch den Etat für die Volksbäder stark verstoßen, indem die Einnahmen hinter den Ausgaben um 80000 M zurückbleiben. Da jedoch infolge der wirtschaftlichen Entwicklung im Laufe des Jahres das Verhältnis zwischen Einnahme und Ausgabe noch viel ungünstiger geworden ist, so muß eingegriffen werden. Diese Erwägung hat Anlaß zu dieser Vorlage gegeben. Wir haben damit zu rechnen, daß wir nicht eine Mehrausgabe von 80 000 M haben werden, wie es der Etat vorsieht, sondern von 180 000 M.

~~nur um etwa 20 000 M gewachsen, während die Aus-~~  
~~gaben bedeutend gestiegen sind.~~ <sup>Es ist</sup> Das letztere ist  
~~ist zurückzuführen zunächst auf die Mehrausgaben~~  
~~für Heizmaterial, aber auch darauf, daß wir ander-~~  
~~weitige Hilfskräfte als früher haben einstellen~~  
~~müssen.~~ Herr Marth wird sich erinnern, daß früher  
4 ~~die Familienangehörigen des Bademeisters~~ <sup>als</sup> die Hilfs-  
~~kräfte dargestellt haben.~~ <sup>hatig waren.</sup> <sup>Angewiesen sind mit solcher Absicht</sup> ~~Dagegen waren Bedenken ge-~~  
~~äußert, und es sind nun fremde Hilfskräfte zugezo-~~  
~~gen, die [erheblich mehr Geld [kosten] als die früheren.~~ <sup>sich für</sup>  
Ich habe gern gehört, daß der Herr Referent sich  
~~in sofern etwas bekehrt hat, als es~~ grundsätzlich  
4 ~~anerkennt, daß bei der Steigerung der Ausgaben auch~~  
~~die Preise~~ <sup>für</sup> ~~der Bäder erhöht werden müssen, und daß~~  
~~er deshalb auch bereit ist, die Preise für die Wan-~~  
~~nenbäder zu erhöhen, wenn auch nicht auf die Höhe,~~  
~~wie es von uns vorgeschlagen ist.~~ <sup>die Grenze dabei zu finden, ist nicht leicht,</sup> Zumeist ist das  
~~ja Gefühlssache, denn wir können selbst bei Be-~~  
~~willigung der Sätze, die der Rat vorschlägt, bei~~  
weiten



Rosenkranz

- 246 -

Es ist das zurückzuführen zunächst auf die Mehrausgaben für Heizmaterial, aber auch darauf, daß wir teurere Hilfskräfte haben einstellen müssen. Herr Marth wird sich erinnern, daß früher ausschliesslich Familienangehörige der Bademeister als Hilfskräfte tätig waren. Inzwischen sind mit voller Absicht vielfach fremde Hilfskräfte zugezogen und die Kosten<sup>k</sup> erheblich mehr Geld. Ich habe gern gehört, daß der Herr Referent es grundsätzlich als berechtigt anerkennt, daß bei der Steigerung der Ausgaben auch die Preise für die Bäder erhöht werden müssen. Die Grenze dabei zu finden, ist nicht leicht; Wir kommen selbst bei bewilligung der Sätze, die der Rat vorschlägt, bei weitem

*Königsberg*

- 247 -

weitem nicht zu der Einnahme, die wir haben müßten, um die Mehrausgaben der Bäder zu decken. Bei der übeln Finanzlage der Stadt kann man es nicht verantworten, die Volksbäder mit einer über- großen Unterbilanz arbeiten zu lassen; ich bitte deshalb, die beiden vorgeschlagenen Sätze gutzu- heißen; es spricht dafür auch der Umstand, daß die Preise der Wannenbäder in Privatbadeanstalten auf 8 - 10 M. gestiegen sind. Ich kann Ihnen auch eine Zusammenstellung der Preise der Volksbäder in etwa 80 anderen deutschen Städten vorlegen. Sie würden daraus ersehen können, daß Braunschweig auch mit 3 M. für das Wannenbad noch den niedrig- sten Satz hat.

Stadt v. Dr. S c h u l t z e : Meine Damen und Herren! Sie werden sich denken können, daß ich als Arzt recht schwer zu einer Erhöhung der Gebühr für diese Bäder, die für die Reinlichkeit und Gesundheit notwendig sind, meine Zustimmung gegeben habe. Wir haben in der Baddeputation die Frage genau durchgesprochen und uns schließlich auf einer mittleren Linie geeinigt. Ich bin speziell dafür eingetreten, daß die Gebühr für die Brausebäder nicht so stark erhöht wird, und dem hat man auch entsprochen; sie kosten jetzt noch 50 ¢ und sollen demnächst 75 ¢ kosten. Bei diesem Preise kann also jemand, der ein Wannenbad zu bezahlen nicht imstande ist, immer noch ein Brausebad nehmen. Allerdings werden die Wannenbäder mehr verlangt, und das ist natürlich, weil man von einem Wannenbade mehr hat und weil es besonders von den Frauen mehr benutzt wird. Wir haben auch zugestanden, daß Frauen ihre Kinder

Kinder - natürlich nicht in zu großer Anzahl - mit in das Wannenbad hineinnehmen können, ohne dafür mehr zu bezahlen, wenn sie nicht mehr Wasser verlang<sup>en</sup>, als ~~es~~ für das <sup>nur</sup> Wannenbad gewöhnlich geliefert wird. Auf diese Weise kommen wir den Frauen mit Kindern auch entgegen, und ich glaube, wir können ruhig den Sätzen der Ratsvorlage zustimmen.

Bezüglich der Fabrikbäder habe auch ich bei Besichtigungen die Beobachtung gemacht, daß sie an manchen Stellen verwahrlost sind, und teilweise sind die Räume auch zu anderen Zwecken benutzt. Aber der Gerechtigkeit wegen kann ich auch nicht verschweigen, daß mir gesagt wurde, daß die Arbeiter die Bäder nicht benutzt haben und daß sie deswegen nicht weiter ausgebaut worden sind. Wie weit das wahr ist, kann ich natürlich nicht beurteilen, wollte es aber erwähnen. Ein Urteil wird nur derjenige abgeben können, der in diesen Betrieben tätig ist. Es soll beobachtet sein, daß die Bäder benutzt

Vor-

worden sind, um die Wäsche zu waschen, nicht aber den Körper zu reinigen. Daß das aber in umfangreichen Maße geschehen ist, kann ich mir nicht denken, denn dazu ist die Reinlichkeitsliebe doch zu sehr in Fleisch und Blut unseres Volkes übergegangen.

Stadtv. L e h n e r t : Wenn überhaupt jemand bedauert, daß in dieser Weise eine Preissteigerung in den Volksbädern eintreten muß, so bin ich es, und zwar aus den Gründen, wie sie eben Herr Dr. Schultze angegeben hat. Ich muß sagen, daß namentlich die Allgemeine Ortskrankenkasse mit Bädern sehr gute Erfahrungen gemacht hat; wir haben keine Mittel gescheut, um die Sache auf die Höhe zu bringen. Darum bin ich der Ansicht, daß auch die Stadt es nicht an Mitteln fehlen lassen soll, um die Volksbäder so leicht wie möglich zugänglich zu machen. Es mag richtig sein, wenn der Dezernent für das Badewesen sagt : Womit soll ich die Kohlen bezahlen, wenn ich in der linken Hosentasche kein Geld mehr habe und die rechte Hosentasche nichts eingenommen hat. Aber der gute Gesundheitszustand der Bevölkerung ist doch für eine Stadt das wertvollste Gut; wenn der abhanden kommt, dann leidet darunter die ganze Stadt.

Darum

Darum ersuche ich Sie : Gehen Sie mit den Sätzen für die Bäder nicht zu hoch, sondern nehmen Sie die Sätze, die Herr Testmann angeführt hat. Es bringt doch ein ganzes Teil, wenn für die vielen Wannenbäder statt 1,75 M 2,50 M genommen wird.

Herr Dr. Schultze hat angeführt, daß in einigen Betrieben die Badeeinrichtungen brach gelegen haben, weil sie von den Arbeitern nicht benutzt worden sind. Wodurch ist das gekommen ? Meistenteils ist es als Folge des Krieges anzusehen. Die Instandsetzung der Bäder in den Fabriken hat so viel gekostet, daß manches Unternehmen sich gesagt hat : „Das wirft keine Dividende ab, laß es liegen“, und so konnten die Arbeiter die Bäder nicht benutzen. Ich glaube aber, wenn Herr Dr. Schultze als Mitglied des Vereins für Gesundheitspflege einen Vorstoß in dieser Sache machen würde, so würde das Erfolg haben. Die Dividenden bei den

Werken

Werken haben soviel abgeworfen, daß sie ruhig eine Badeeinrichtung in gutem Stande erhalten könnten und die Stadt dadurch entlasten, daß eine große Zahl von Arbeitern schon in der Fabrik baden kann.



Die vom Rat beantragten neuen Gebührensätze für die Volksbäder werden von der Versammlung angenommen.

23. Zuschuß zu der staatlichen Bewilligung für  
Unterstützungsbedürftige in der Stadt  
Braunschweig (besonders der nicht unter-  
stützten Erwerbslosen).

Stadtrat V o g l e r : Meine Damen und Herren !  
Vom Staatsministerium sind der Stadt Braunschweig  
für die Unterstützungsbedürftigen, besonders für  
die nicht unterstützten Erwerbslosen, 80 000 M  
zugewandt worden mit der Bedingung, daß auch sei-  
tens der Stadt 50 % dieses Betrages, also 40 000 M,  
für diesen Zweck ausgesetzt werden. Die Verfügung,  
mit der uns das mitgeteilt wurde, ist uns erst  
drei Tage vor Weihnachten zugegangen, wir haben  
aber versucht, dennoch den Bedürftigen noch vor  
Weihnachten zu helfen, haben das vom Staatsmini-  
sterium angewiesene Geld zum größten Teil ausge-  
geben und wollen nun den Bedürftigen durch den  
von der Stadt zu leistenden Beitrag von 40 000 M  
noch weiter helfen. Ich möchte Sie ersuchen,

diese

diese 40 000 £ zu bewilligen. Der Finanzausschuß hat sich mit der Sache gestern bereits beschäftigt und die Ausgabe dieser Summe befürwortet.

Die Versammlung bewilligt die 40 000 M.

Stadtv. M a r t h gibt seiner Ansicht Ausdruck,  
daß es Zeit sei, für heute Feierabend zu machen,  
da es schon recht spät geworden sei.

Der V o r s i t z e n d e schließt die  
öffentliche Sitzung.

Schluß der Sitzung 8 3/4 Uhr.

B e r i c h t  
über die Verhandlungen der Stadtverordneten  
zu Braunschweig  
in deren Sitzung am 12. Januar 1922.

---

Tagesordnung:

1. Antrag Fay auf Einrichtung einer Pforte zum Hauptfriedhofe dicht hinter der Brauerei Streitberg.
2. Stadtseitige Übernahme der Straße „Am Wendenwehr“
3. Nachverwilligung von Kosten für den Umbau der Schulgebäude an der Leopoldstraße für die Erwerbslosenfürsorge und den Arbeitsnachweis.
4. Nachverwilligung von Kosten für Instandsetzung des städtischen Hauses Leopoldstraße 10.
5. Erhöhung der Gebührensätze für die Meß- und Markteinrichtungen.
6. Verlängerung des Gashauptrohrs auf dem Gelände der Charlottenhöhe. (Brockenblick)

7. Veränderungen für Aufstellung des nächstjähri-  
gen Voranschlages.
  8. Einsprachen gegen die Wählerlisten für die Land-  
tagswahl.
  9. Erhöhung der Gebühren für Beleuchtung der Halle  
im Krematorium.
  10. Gutachten über Erhöhung der Gebühren des Haupt-  
friedhofes und Verhandlungen über Abtretung des  
letzteren an die Stadt.
  11. Bewilligung von 200 000 M zu Notstandsarbeiten  
auf der Charlottenhöhe und dem Ärkeröderfelde.
  12. Sofortige Erhöhung der Einzelbeträge, über die  
der Rat der Stadt selbständig verfügen kann.
  13. Antrag Fay, betreffend die Berücksichtigung der  
~~Guten~~bergstraße bei der Müllabfuhr.
  14. Anfrage Sauerbier, betreffend einstweilige Re-  
gelung in der Schaffung von Aufrückungsstellen.
- 

Am \_\_\_\_\_

Am Ratstische die Herren Oberbürgermeister  
R e t e m e y e r , Bürgermeister M e y e r ,  
Stadtrat von F r a n k e n b e r g , Stadtbaurat  
G e b e n s l e b e n , Stadtrat S c h a p e r ,  
Stadtrat V o g l e r , außerdem Herr Stadtrat  
F ü e r m a n n .

Es fehlen die Stadtverordneten M a r t h  
und Frau G r a f . Herr Stadtverordneter F r e -  
d e erscheint später.

V o r s i t z e n d e r S t e g m a n n :  
Ich eröffne die heutige Stadtverordneten-sitzung.  
Eingegangen ist ein Antrag, an erster Stelle un-  
terschrieben von Herrn Fay:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle be-  
schließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, ~~darauf~~  
einzuwirken, daß die Müllwagen die Gu/tenbergstra-  
ße befahren, um nicht die dort wohnenden Parteien

zu

zu zwingen, die Müllkästen zum Madamenwege tragen zu müssen, wo sie, der Überwachung durch die Eigentümer entzogen, schon in verschiedenen Fällen gestohlen sind."

Ferner eine Anfrage von Herrn Sauerbier:

„Ist der Rat der Stadt bereit, mit dem Ausschuß der städtischen Beamten in Verhandlungen einzutreten wegen Regelung von Aufrückungsstellen, soweit <sup>sie</sup> bei dem Reiche und den Staaten <sup>vor</sup> deren endgültiger Regelung der Besoldungsgesetze stattgefunden hat."

Der Herr Antragsteller und der Herr Anfrager werden am Schluß der öffentlichen Sitzung Gelegenheit zur Begründung erhalten.

---



1. Antrag Fay auf Einrichtung einer Pforte  
zum Hauptfriedhofe dicht hinter der  
Brauerei Streitberg.

Stadt v. E f f n e r : Meine Damen und Herren! Der Bauausschuß hat sich mit einem Antrage des Herrn Fay befaßt, der folgendermaßen lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, an zuständiger Stelle darauf hinzuwirken, daß an dem der Stadt zugekehrten Teile des Friedhofes – gleich hinter der Brauerei Streitberg – noch eine Pforte für Fußgänger im Interesse der alten und schwächlichen Einwohner angebracht wird.“ Es ist in der Kommission mit Recht darauf hingewiesen worden, daß das Fehlen einer solchen Pforte ein alter Übelstand ist, dem nach Möglichkeit abgeholfen werden müßte, nur hat man insofern Bedenken, an der bezeichneten Stelle eine Pforte anzubringen, als man es nicht nur allein mit einer Pforte zu tun haben würde, sondern auch

noch

noch ein Wärter dorthin gestellt werden müßte, und da dieser bei Wind und Wetter nicht fortwährend im Freien stehen kann, ~~so~~ so müßte auch noch eine Unterkunft für ihn geschaffen werden. Dieser Wärter wurde deshalb für notwendig gehalten, weil besonders in den letzten Jahren auf dem Friedhofe sehr viel gestohlen worden ist und die Friedhofsverwaltung dementsprechende Bedenken gegen Einrichtung dieser zweiten Pforte geltend gemacht hat. Sodann ist in der Besprechung des Ausschusses eine andere ~~Lä-~~Frage gestreift worden: ob es aus Zweckmäßigkeitsgründen nicht vorteilhafter wäre, für den <sup>großen</sup> ~~nördlichen~~ nördlichen Teil des Friedhofes einen Ausgang nach dem Riddagshäuserwege und nach der Herzogin Elisabethstraße hin zu schaffen. Diese Frage ist schon des öfteren aufgeworfen, und wir haben uns nun auch im Bauausschuß des längeren mit dieser Frage befaßt, sind aber zu dem Beschluß gekommen, daß es nicht an-  
gänglich ist, nach dem Riddagshäuserwege <sup>der</sup> und Herzo-

gin

gin Elisabethstraße einen Ausgang zu schaffen, da einerseits das Bahngleis, das dabei überschritten werden müßte, hinderlich sei und andererseits auch dort die Kostenfrage zu berücksichtigen ist, da auch an der Stelle ein Pförtner angestellt und ein Häuschen für ihn errichtet werden müßte. Die Friedhofsverwaltung würde, da sie einen sehr großen Fehlbetrag bei dem diesmaligen Jahresabschluß hat, nicht zugeben, daß auf ihre Kosten diese Einrichtungen geschaffen würde<sup>n</sup>, und so würde wieder im wesentlichen nur die Stadt die Kosten der Ausführung des Antrages wenn er hier angenommen würde, zu tragen haben. Aus diesen Gründen ist der Bauausschuß zu dem Ergebnis gekommen, daß es nicht zweckmäßig wäre, der Sache vorläufig näherzutreten; der Bauausschuß hat sich also beauftragt, der geehrten Versammlung zu empfehlen, den Antrag abzulehnen.

Stadtv. F a y : Meine Damen und Herren! Ich freue mich, daß auch die Baukommission zu der Ansicht gekommen ist, daß das Fehlen der zweiten Pforte einen Übelstand darstellt. Wenn nun die Beseitigung dieses Übelstandes allein von der Lösung der Kostenfrage abhängt, so kann ich nicht begreifen, daß man die Kosten so hoch schätzt und sie noch anwachsen lassen will durch eine Bewachung dieser kleinen Pforte. Ich glaube nicht, daß eine Bewachung einer solchen Pforte gar so dringend notwendig ist. Auf Anfrage ist mir geantwortet worden: „Haben Sie jemals gesehen, daß ein Wärter am Haupteingange des Friedhofes vorhanden ist?“ Wenn schon gestohlen werden soll, so liest man doch, daß das anders gemacht wird, als daß die Sachen durch die Pforte hindurchgeschleppt werden. Blumen und große Bronzestücke werden die Diebe bei dem großen Verkehr, der in diesem Teile des Friedhofes herrscht, nicht durch die Haupt-

Hauptpforte oder die Nebenspforte fortschleppen, sondern sie machen das geschickterweise anders - ich bin in diesen Sachen allerdings nicht besonders erfahren, aber ich lese das - : man legt sie ganz genütlich an das Staket, wo es im sichern Versteck liegenbleibt, bis es abgeschoben werden kann. Ich erinnere nochmals daran, daß gerade der starke Verkehr durch<sup>die</sup> neue Pforte die beste Polizeimacht darstellen würde, und bitte nochmals um Unterstützung meines Antrages.

*Die Versammlung lehnt den Antrag Fay ab.*

*(Küster 1)*

## 2. Stadtseitige Übernahme der Straße „Am Wendenwehr.“

Stadt v. D r e w s : Meine Damen und Herren!

Die Straße „Am Wendenwehr“ ist die Verbindungsstraße von der Schleinitzstraße zur Lampestraße, sie ist seinerzeit von der Braunschweigischen Terraingesellschaft ausgebaut, ist fertiggestellt und die Gesellschaft befindet sich <sup>in</sup> Liquidation. Die Terraingesellschaft hat sich nun an den Rat der Stadt um Herausgabe der bei der Stadt zur Sicherung des Ausbaus der Straße hinterlegten Wertpapiere und Übernahme der Straße seitens der Stadt gewandt. Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung vom 19. Dezember diesem Antrage zugestimmt unter der Bedingung, daß die Differenz die bei Ausbau der Straße entstanden ist und die 24526,80 M beträgt, gezahlt wird. Die Terraingesellschaft ist dieser Verpflichtung am 22. Dezember nachgekommen, und der Bauausschuß hat sich in seiner gestrigen Sitzung dem Ratsbeschlusse angeschlossen. Ich bitte Sie namens des Ausschusses, die Zustimmung zur Übernahme der Straße zu erteilen.

Dem Antrage des Bauausschusses gemäß stimmt die Versammlung dem Ratsantrage zu.

(Punkt 2).



3. Nachverwilligung von Kosten für den Umbau  
der Schulgebäude an der Leopoldstraße  
für die Erwerbslosenfürsorge und den  
Arbeitsnachweis.

Stadt v. P i e p e r : Meine Damen und Herren!  
Es handelt sich bei dieser Nachverwilligung um eine  
Summe von 82701,69 M. Der Kostenanschlag ist im No-  
vember 1919 aufgestellt, und durch die wirtschaftliche<sup>n</sup>  
Verhältnisse ist es gekommen, daß die ausgeworfenen  
Beträge zweimal haben erhöht werden müssen. Der Ma-  
terial~~is~~-Wucher ist so fürchtbar stark aufgetreten,  
daß man sagen kann, daß die Bauausführung nicht nur  
doppelt, sondern in verschiedenen Sachen 3 - 4 mal  
so teuer geworden ist. Es sind nun noch verschiedene  
Kosten zu bewilligen für Sachen, die bei Aufstellung  
des Kostenanschlages nicht vorgesehen waren, Türen,  
Klosettanlagen und anderes, die herzustellen sehr  
teuer gekommen sind und wodurch sich ein Mehraufwand  
in dem genannten Betrage notwendig gemacht hat. Der  
Bauausschuß empfiehlt Ihnen, die 82701,69 M nachzu-  
verwilligen.

V o r s i t z e n d e r : Widerspruch erhebt  
sich nicht; ich nehme das Einverständnis der Versamm-  
lung mit dem Antrage des Bauausschusses an.

(Punkt 3)

4. Nachverwilligung von Kosten für Instandsetzung des städtischen Hauses Leopoldstraße 10.

Stadt v. P i e p e r : Für Instandsetzung des Hauses Leopoldstraße 10 war seinerzeit von den städtischen Behörden die Summe von 4800 M bewilligt. Es handelt sich um recht alte Räume, die eigentlich abgerissen werden müßten; da das aber wegen der Wohnungsnot nicht möglich ist, so ist man zur Instandsetzung geschritten, aber es hat sich dabei herausgestellt, daß noch verschiedene andere Arbeiten als vorgesehen nötig waren, so daß die bewilligte Summe um 3724,25 M überschritten worden ist. Der Bauausschuß empfiehlt, auch diese Summe nachzuverwilligen.

Der Vorsitzende nimmt das Einverständnis der  
Versammlung mit dem Antrage des Bauausschusses an.

(Punkt 4).

5. Erhöhung der Gebührensätze für die  
Meß- und Markteinrichtungen.

Stadtv. B u r g d o r f f : Die Ratsvorlage über diesen Punkt der Tagesordnung ist der Versammlung in Vervielfältigung zugegangen. Die Erhöhung der Gebühren ist erforderlich, weil die Ausgaben sowohl für die Beamten wie für die Hilfskräfte ständig gewachsen sind. Die Erhöhung der Gebühren soll nach der Ratsvorlage unter Zustimmung des Marktausschusses in der Weise erfolgen, daß die Markthallensätze im allgemeinen um ein Drittel, die Marktsätze (das sind die Sätze für die offenen Wochenmärkte, die sich zurzeit noch in sehr niedrigen Grenzen bewegen) um zwei Drittel und die Sätze für die Messen und die sonstigen Märkte um die Hälfte erhöht werden. Es ist wohl ohne weiteres ersichtlich, daß mit den bisherigen verhältnismäßig niedrigen Gebührensätzen eine Herstellung des Gleichgewichts zwischen den Anlage- und Betriebskosten einerseits und den Gebühreneinkünften andererseits nicht erzielt werden kann.

Nach

Nach dem Voranschlage für das Marktwesen im Rechnungsjahr 1924/25 würde ohne die jetzt vorgeschlagene Gebührenerhöhung höchstens ein Überschuß von 29 000 M herauskommen. Dabei sind aber die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit fernerer Gehalts- und Lohnerhöhungen nicht in Betracht gezogen, ebenso nicht die Verzinsung und Tilgung des Betrages von 770 000 M, der für den Bau der Markthalle und den Grunderwerb aufgewendet ist, und weiter auch nicht die jetzt weggefallenen Einnahmen von 14 000 M jährlich aus dem offenen Wochenmarkte auf dem Hagenmarkte. Unter diesen Umständen hat auch der Finanzausschuß in seiner Mehrheit sich entschlossen, der Ratsvorlage zuzustimmen. Ich bitte Sie, sich ebenfalls in diesem Sinne zu erklären.

Auf die einzelnen Gebühren einzugehen, darf ich mir jedenfalls schenken, weil die Höhe der Gebühren aus der den Herrschaften zugegangenen Vorlage ersichtlich ist.



Stadtv. R e g e n e r ! Meine Damen und Herren!  
Nach dem, was mir hier vorliegt, bin ich der Meinung,  
daß von einer gerechten Verteilung der Erhöhung der  
Gebühren nicht die Rede sein kann. Ich möchte Ihnen  
deshalb empfehlen, die Vorlage nochmals an die Markt-  
deputation zurückzuverweisen, damit es uns dort  
möglich ist, die Erhöhung gerechter zu verteilen.  
Für die Benutzung eines verschließbaren Standes für  
Fleisch und Fleischwaren wird z.B. in der uns zuge-  
gangenen Vorlage ein tageweiser Satz von 3,50 M,  
(früher 2,50 M) für das qm angegeben. Die Leute, die  
von auswärts kommen und diese Stände benutzen, be-  
zahlten also, wenn man 5 qm pro Stand zugrunde legt,  
früher einen Standpreis von 12,50 M und nach der Vor-  
lage demnächst einen solchen von 17,50 M für einen  
Sonnabend. Dafür schleppen diese auswärtigen Schlach-  
ter 10 - 20 000 Mark an einem Tage aus Braunschweig  
heraus. Sie bezahlten früher für den ganzen Monat  
50 Mark oder für das ganze Jahr 600 Mark. Wenn nach

der

der Ratsvorlage verfahren würde und statt der früheren 2,50 M jetzt 3,50 M Gebühren erhoben würden, so würde sich die Gebühr für das ganze Jahr von 600 M auf 840 M steigern, und unsere Bruttoeinnahme <sup>bei 50 Häusern</sup> würde von 30 000 M auf 42 000 M gesteigert werden. Da bin ich unbedingt der Ansicht, daß diese nur an den Sonnabenden oder an einzelnen anderen Tagen von den auswärtigen Schlachtern ~~genutzten~~ <sup>benutzten</sup> Stände, eine viel höhere Belastung vertragen können, als sie hier vorgesehen ist und bin mindestens für eine Verdoppelung dieser Gebühr für nur einmal in der Woche ~~genutzte~~ <sup>benutzte</sup> Stände für die auswärtigen Schlachter. Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß die Schlachter ihre Gerätschaften wohlverschlossen in diesen Ständen belassen, daß sie einfach für den ganzen Monat, ja für das ganze Jahr ihre Utensilien dort belassen, ohne daß andere in die Stände hineinkommen können, dann ist es gewiß kein unbilliges Verlangen von der Stadt, wenn sie diesen Leuten etwas mehr aufdrückt. Ich möchte vorschlagen, für diese auswärtigen Schlachter 5 M Gebühr festzusetzen.



festzusetzen, damit sie wenigstens annähernd dahinkommen, was unsere hiesigen Händler, die dauernd in der Markthalle sind, bezahlen müssen.

Die Rechnung stellt sich dann folgendermaßen: 5 M pro qm gibt für den Stand von 5 qm Größe 25 M für den Tag, 100 M im Monat, 1200 M für das ganze Jahr, was bei 50 Tagesständen eine Einnahme von 60 000 M für die Stadt bringen würde.

Die Standinhaber, die gegenwärtig monatlich gemietet haben, bezahlen bei den alten Sätzen rund 120 M oder im Jahre 1440 M — manche aber heute schon monatlich 131 M oder mehr; das liegt an der verschiedenen Größe der Stände. Würde dieser Satz von 1440 M um ein Drittel gesteigert, wie es die Ratsvorlage vorsieht, dann würden die Inhaber der Monatsstände jährlich 1900 M bezahlen müssen, und diejenigen Rinderschlachter, die einen doppelten Stand beziehen, würden einen solchen mit 3800 — 4600 M bezahlen. Den Leuten aus unserer Stadt dürfen wir nicht schematisch und generell die Erhöhung aufkrachen, und

des-

und deshalb bitte ich, die Sache an den Marktaus-  
schuß zurückzuverweisen. Die Beratung dort kann ge-  
schwinde geschehen, so daß wir auch für die kommende  
Messe noch in Genuß der Erhöhung gelangen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch eine  
andere Frage berühren. Ich erinnere mich dunkel daran,  
daß wir vor einem halben Jahre beschlossen hatten,  
die großen Wandflächen der Markthalle zu Reklame-  
zwecken zu vermieten, um dadurch die Rentabilität  
der Markthalle zu heben. Es befindet sich das wohl  
noch im Zustande der Erwägung.

Weiter möchte ich fragen, ob <sup>bei</sup> den 770 000, die  
verzinst und amortisiert werden müssen, die Verzin-  
sung der Baulichkeiten an der Wendenstraße und auf  
dem Hagenmarkte eingeschlossen ist, oder ob diese  
Baulichkeiten gesondert durch Mieten verzinst werden  
müssen.

Nochmals aber möchte ich auf meinen Antrag hin-  
weisen, und Sie bitten, ihn anzunehmen, damit wir  
in der Marktdeputation die Härten der neuen Gebühren-  
ordnung unter die Lupe nehmen und sie beseitigen kön-  
nen.

Stadtrat von Frankenberg: Meine geehrten Herrschaften! Ich beklage sehr, daß Herr Regener verhindert gewesen ist, als Mitglied des Marktausschusses der letzten Sitzung desselben beizuwohnen. Wenn ihm das vergönnt gewesen wäre, so würde er darüber unterrichtet sein, daß wir uns in Bezug auf die Vermietung der Wandflächen der Markthalle mit der Angelegenheit beschäftigt und weitere vorbereitende Schritte beraten haben. Wir sind durchaus der Ansicht, daß in dieser Sache etwas unternommen werden soll.

In Bezug auf die Verzinsung und Tilgung der Kosten für den Erwerb und Ausbau des Markthallengrundstücks ist Herr Regener auf dem richtigen Wege, wenn er vermutet, daß die Kosten für die gesamten <sup>Leich</sup>Bauarbeiten, einschließlich der auf der Wendenstraße, in den 770 000 Mark stecken.

Was nun den Vorschlag des Herrn Regener betrifft, die Vorlage an die Marktdeputation zurück-

zu-

zuverweisen, so würde es an und für sich schon ein ungewöhnlicher Vorgang sein, wenn die Stadtverordnetenversammlung die Angelegenheit nicht an ihren eigenen Ausschuß zurückverweist, der die Vorlage vorbereitet hat. Ich würde es sehr beklagen, wenn kostbare Zeit verloren ginge mit einer Maßregel, über deren Zweckmäßigkeit ich in keiner Weise überzeugt bin, vor allen Dingen aber nicht von ihrer Zulässigkeit. Wir dürfen unbedingt nicht diese Schlachter, weil sie auswärtige sind, zu höheren Gebühren heranziehen, sondern es ist <sup>ein</sup> alter Grundsatz der Markt- und Meßgebührenordnung, daß gleichmäßige Gebühren für jedermann festgesetzt werden, mag er ein Braunschweiger oder ein Auswärtiger sein. Nun hat der Marktausschuß es sich sauer werden lassen, um Ihnen passende Vorschläge zu unterbreiten. Es lag noch ein Vorschlag vor, der längst nicht so weit ging wie der <sup>unbrige</sup> übrige, wir sind aber absichtlich auf die höheren Sätze gegangen, indem wir nicht 25, sondern 33 1/3%

Erhöhung

Erhöhung für die Markthallengebühren vorgeschlagen haben, 50 % bei den Wochenmärkten und einen um 2/3 höheren Satz bei den Messen und sonstigen Märkten. Wenn jetzt die Vorlage zurückverwiesen würde, dann würde damit ein erheblicher Ausfall an Einnahmen für die Stadt entstehen, denn selbstverständlich würde der Marktau'sschuß die Sache sehr gründlich prüfen. Wenn unter solchen Umständen die Sache wieder ~~der-~~gelegt würde, dafür kann ich allein Gewähr nicht übernehmen, daß wir dann aber die nächste Messe mit den höheren Gebühren nicht mehr erfassen würden, ist klar, und da ist mir der Sperling in der Hand lieber als die Taube auf dem Dache, wie sie uns Herr Regener in Aussicht stellt.

Stadt v. B u r g d o r f f: Dem Vorschlage des Herrn Regener, daß die Vorlage noch einmal an den Marktausschuß zurückverwiesen werden soll, kann ich mich nicht anschließen. Wenn der Marktausschuß zusammengetreten war und in seiner Sitzung ausführlich die einzelnen Gründe für die Erhöhung der Sätze durchgesprochen haben, so bedauere auch ich, daß Herr Regener nicht dagewesen ist. Daß durch Zurückverweisung die Erledigung der ganzen Angelegenheit aufgehalten werden soll und bei unserer schlechten Finanzlage wir nicht aus der bevorstehenden Messe die erhöhten Gebühren einnehmen können, dagegen muß ich mich aussprechen und Sie bitten, daß Sie die Sätze in der vorgelegten Gestalt annehmen. Ich glaube, daß bei erneuter Vorberatung nicht ein anderer Gebührensatz herauskommen könnte; es würde also nur auf eine Verzögerung hinauskommen, und so bitte ich Sie, dem Antrage des Finanzausschusses zuzustimmen.

A handwritten signature in dark ink, appearing to be 'Bn' or similar, located at the bottom right of the page.

Der Geschäftsordnungsantrag des Herrn Regener, die Beratung abubrechen und die Vorlage an den Marktausschuß zurückzuverweisen, wird abgelehnt.

Vorsitzender: Herr Regener hat folgenden Antrag eingebracht:

„Beantrage, für die Benutzung der Tagesstände für Fleischwaren pro qm 5 Mark zu erheben.“

Stadt v. L e h n e r t: Meine Damen und Herren!  
Wenn man sieht , wie in der letzten Zeit namentlich  
die Fleischpreise gestiegen sind, ohne daß gefragt  
wird, ob es möglich ist, sie zu bezahlen, und wenn man  
ferner sieht, daß die auswärtigen Schlachter ein  
ganz bedeutendes Stück Geld aus der Stadt herausbrin-  
gen, weiter, daß ein Teil der hiesigen Schlachter-  
meister gern bereit sein würde, noch einen Stand  
in der Markthalle für sich zu beanspruchen, daß sie  
aber Stände nicht erhalten können, weil die Herrschaf-  
ten vom Lande ihre feste Hand darauf gelegt haben,  
so möchte ich Sie ersuchen, den Antrag des Herrn  
Regener anzunehmen und den Preis pro qm auf 5 Mark  
zu erhöhen. Die Stadt wird dadurch eine ganz bedeuten-  
de Mehreinnahme haben, und ich glaube, daß die be-  
treffenden Herren es sehr gut bezahlen können.



Stadtrat von F r a n k e n b e r g: Wenn der Marktausschuß in den Gebühren für die Fleischstände nicht so weit gegangen ist, wie der Antrag des Herrn Regener besagt, und wenn ich hier Bedenken trage, den Schritt zu empfehlen, so ist es nur die Sorge, daß der eine oder andere der Landschlächter durch die hohe Gebühr vergrämt werden könnte und sich aus der Markthalle ganz zurückzieht. Dann hätten wir das Nachsehen. Ob hiesige Schlächter in genügendem Umfang bereit wären, in der Markthalle auszustehen, und ob sie mit ihren Preisen so niedrig bleiben, wie die Landschlächter bei ihrer durchaus einwandfreien Ware es vermocht haben, - die Herrschaften haben sich davon vielleicht selbst überzeugt -, das möchte ich dahingestellt sein lassen. Diese Verantwortung möchte ich nicht leichtem Herzens übernehmen. Es wird nicht das letzte-mal sein, daß wir uns mit derartigen Gebührensätzen zu beschäftigen haben, und da jetzt schon eine Erhöhung um  $33\frac{1}{3}\%$  stattgefunden hat, so möchte ich <sup>nicht</sup> empfehlen, zu beschließen, daß die Landschlächter gezwungen werden, außer der Reihe zu tanzen.

Stadtv. *R e g e n e r*: Ich kann mich den Gründen, die hier von Herrn Stadtrat von Frankenberg vorgetragen wurden, nicht anschließen. Wir müssen immer berücksichtigen, daß die Landschlachter gewissermaßen für ein Butterbrot die Benutzung der städtischen Markthalle genießen, und diese Gleichmacherei, daß man keine anderen Sätze für andere Leute erheben solle, kann ich nicht mitmachen. Wir müssen für Verzinsung unserer <sup>Lichh/</sup>Bauarbeiten Sorge tragen. Ich bin dafür, daß die Leute, die diese Stände, die nur den einen Tag benutzt werden, nicht so billig hergegeben werden. Sonst müßten die Leute gezwungen werden, daß sie jeden Sonnabend ihre Geräte wegräumen. Das tun sie aber nicht, sondern bezahlen nur 50 Mark im Monat, und das ist ein hahnebüchen geringer Satz. Weil unsere hiesigen Geschäftsleute durch die erhöhten Sätze zu sehr belastet werden, möchte ich bitten, dafür einzutreten, daß diese Leute von auswärts mehr bezahlen. Sie schleppen das Geld aus der Stadt heraus und bilden eine Konkurrenz für unsere Geschäftsleute.

Für

Für mich ist entscheidend das Interesse der Stadt. Ich möchte übrigens mitteilen, daß 20 Schlachter vorgemerkt sind, für die die Stadt nicht in der Lage ist, einen Stand überweisen zu können. Es dürfen also dreist einige der Landschlachter ver-  
seheneht werden, die da glauben, diesen Preis von 5 Mark nicht zahlen zu können. Die Markthalle ist jetzt weit besser besetzt als früher im tiefsten Frieden; Sie sehen keinen einzigen Stand, der nicht mit Marktwaren besetzt ist, während im Kriege von den 65 Ständen nur 30-35 besetzt waren.

Ich bitte Sie nochmals, um Gerechtigkeit walten zu lassen, zu beschließen, daß die auswärtigen Schlachter mehr zu bezahlen haben als unsere hie-  
sigen Geschäftsleute, die den Stamm in der Markt-  
halle bilden, und jedenfalls ein Recht dazu haben, mehr berücksichtigt zu werden als diese Leute, die nur an 4 Tagen im Monat herein-geschneit kommen und allein die beste Geschäftszeit wahrnehmen.


V o r s i t z e n d e r : Aus Ihrem Antrage geht nicht hervor, ~~das~~<sup>daß</sup> nur auswärtige Schlachter in der Markthalle 5 M pro qm bezahlen sollen; nach dem Wortlaute des Antrages können es auch hiesige Schlachter sein, die von der Maßnahme ~~ge~~ betroffen werden.

Stadtv. M a r t h : Meine Damen und Herren!  
Herr Stadtrat von Frankenberg wies mit Recht darauf hin, daß es nicht allein Grundsatz für die Festsetzung der Gebühren ist, zwischen den hiesigen und auswärtigen Schlachtern ~~es~~ keinen Unterschied zu machen, sondern daß auch ein anderer Grund in Frage kommt. Ich meine, wenn die auswärtigen Schlachter den hiesigen Schlachtern Konkurrenz bieten, so ist das für die Allgemeinheit von Vorteil. Es werden die Fleischpreise dadurch niedrig gehalten, während sie sonst bedeutend höher wären. Ich möchte bitten, ruhig die Konkurrenz herankommen zu lassen und unsere Schlachter diesem Druck auszusetzen.


Etwas anderes ist es aber - und das halte ich für eine Ungerechtigkeit - daß man den auswärtigen Schlachtern, die den Stand nur an einem Tage in der Woche gebrauchen und nur für einen Tag bezahlen

zahlen

bezahlen, oder auch 2 Tage in der Woche, den Stand während der ganzen Woche innehaben läßt. Dagegen müßte etwas geschehen. Wenn die auswärtigen Schlachter ihre Utensilien in den Ständen belassen, dann müßte dafür eine andere Gebühr festgesetzt werden, weil die Stände während der übrigen Zeit nicht anderweitig benutzt werden können. Unsere hiesigen Schlachter dagegen bieten doch größtenteils an jedem Tage ihre Fleischwaren in der Markthalle aus und müssen auch dementsprechend bezahlen. Ich stehe also auf dem Standpunkt, daß man die Gebührensätze nicht erhöhen soll, aber für die Plätze, die während einer Dauer von mehreren Tagen <sup>zum Verkauf</sup> nicht benutzt werden, auch für diese Zeit mit einer Gebühr belegt. Für heute bitte ich, die Vorlage anzunehmen und, wenn es nicht anders gemacht werden kann, mit einem Antrag nachzuholen, daß diese eben von mir erwähnte Ungerechtigkeit aus der Welt geschaffen wird.



Stadtv. B u r g d o r f f : Ich habe im Grunde genommen nichts dagegen einzuwenden, wenn man die Gebühren für die Stände auswärtiger Schlachter gemäß dem Antrag Regener erhöht. Allerdings ist auch zu beachten, was Herr Marth sagte : daß Konkurrenz auch in diesem Falle gut ist. Ich kann mich auch der Richtigkeit des Gedankens nicht verschließen, daß die auswärtigen Fleischer, die den Stand nur tageweise mieten und bezahlen, nicht berechtigt sein können, ihn für die ganze Woche einzunehmen, indem sie ihre Utensilien dort belassen, sondern bin der Meinung, daß in diesem Falle eine monatsweise Vermietung Platz zu greifen hat. Mit meinen Ausführungen vorhin wollte ich nur vermeiden, daß eine Verzögerung in der Erledigung der Gebührenerhöhung eintritt, damit dem Stadtsäckel die erhöhten Gebühren rechtzeitig zugeführt werden können.



Stadtv. J a h n s : Meine verehrten Damen und Herren ! Die Anregung des Herrn Regener ist vielleicht sehr beachtenswert, aber zu bedenken ist auch, daß er dadurch die auswärtige Konkurrenz ausschaltet, worauf ja schon Herr Stadtrat von Frankenberg hingewiesen hat. Wenn diese Meinung bei Herrn Regener und seinen Freunden vorherrschen sollte, so muß ich mich über den Gesinnungswechsel wundern, der sich bei ihnen zeigt. Seinerzeit, als es sich darum handelte, die Mehlpreise hier vorzunehmen, haben die Herren dagegen gesprochen, daß durch die auswärtigen Bäcker hier in der Stadt Schwierigkeiten hervorgerufen würden, weil durch das Hereinbringen des Brotes die hiesigen Bäcker geschädigt und gedrückt wurden. Es wurde darauf hingewiesen, daß die auswärtigen Bäcker Brot ohne Brotmarken verkauften und die hiesigen Bäcker das nicht könnten. Es wäre kein gutes System, daß man  
von



Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Wenn ein Schlachter, mag es nun ein hiesiger oder ein auswärtiger sein, denselben Stand Woche für Woche an verschiedenen Tagen zum Verkauf benutzt und in der Zwischenzeit Waren und Gerätschaften in diesem Stande lagert, so handelt es sich nach meinem Dafürhalten um ein monatliches Mietverhältnis, und wenn in solchen Fällen die Berechnung tageweise geschehen ist, so ist das eine mißverständliche Handhabung der Verwaltung, der ich Abhilfe schaffen werde. Bei 30 Tagen im Monat kommen Sie nach der neuen Gebührenordnung bei monatsweiser Berechnung auf 39 M als Monatssatz und bei Zugrundelegung der tageweisen Berechnung zu 5 M bei 8maliger Benutzung des Standes im Monat fast genau auf denselben Satz : 40 M. Bei dieser Differenz von 1 M im Monat ziehe ich doch unsere Berechnung vor, die sich den Verhältnissen anpaßt. Ich erkläre nochmals, daß ich dafür eintreten werde, daß derjenige, der den Stand

Tag

Tag für Tag, wenn auch nur durch das Aufbewahren von eigenen Sachen, benutzt, auch monatsweise dafür zahlen muß.

Stadtv. Dr. S c h u l t z e : Meine Damen und Herren! Ich erinnere mich, daß wir im Marktausschuß über diesen Punkt eingehend gesprochen haben. Es wurde vom Markthalleninspektor darauf hingewiesen, daß diese Landschlachter an einem Tage sehr viel verdienen, und deshalb haben wir die Tagessätze besonders hoch <sup>her-</sup> aufgesetzt. Aber mit keinem Wort hat der Markthalleninspektor erwähnt, daß solch ein Platz von den auswärtigen Schlachtern die ganze Woche in Beschlag genommen wird. Ich hatte in der Sitzung den Eindruck, als ob der Herr nicht gut auf diese auswärtigen Metzger zu sprechen wäre. Ich glaube, es handelt sich in diesem Falle um Leute, die den Stand monatsweise mieten, aber ihn nur einen Tag in der Woche benutzen. Wenn wir den Satz für einen Tag zu hoch nehmen, dann werden die Auswärtigen einfach den Stand für den ganzen Monat mieten und können dann

*A. Sie andern Sie Platz fortsetzen*

dann zu jeder ihnen beliebigen Zeit hereinkommen.

Ich möchte bitten, die Tagessätze ~~wo~~ nicht zu hoch zu schrauben, sonst kommen keine Verkäufer vom Lande herein. Das wäre die Gefahr, die sich zeigen würde, wenn wir den Satz des Herrn Regener annehmen würden.

- 40 -

Der Antrag R e g e n é r ( 5 M ) wird  
abgelehnt.

Darauf wird dem Antrage des Ausschusses  
entsprechend die vorgelegte Gebührenordnung ange-  
nommen.

- 40a \*

Stadtv. F r e d e übernimmt den  
V o r s i t z .

6. Verlängerung des Gashauptrohrs auf dem  
Gelände der Charlottenhöhe (Brockenblick).

Stadtv. M a a ß : Meine Damen und Herren ! Die Braunschweigische Siedlungsgesellschaft m.b.H. hat an das Betriebsamt den Antrag gestellt, ~~auf~~ für die an der Straße Brockenblick auf der Charlottenhöhe zu errichtenden Neubauten der Herren D o r l und L e v i n Gasanschluß herzustellen. Die durch die Verlängerung des Gasrohrs entstehenden Kosten belaufen sich auf 24 500 M. Der Rat der Stadt ersucht die Stadtverordneten, sich mit Vornahme dieser Arbeit einverstanden zu erklären, und ferner damit, daß die erwachsenden Kosten zu Lasten des Reservefonds des Gaswerks verbucht werden. Ich bin beauftragt worden, Ihnen namens des Bauausschusses zu empfehlen, dem Antrage des Rates zuzustimmen.

- 42 -

Dem Antrage des Bauausschusses wird entsprochen.

(Punkt 6)



7. Veränderungen für Aufstellung des nächst-  
jährigen Voranschlages.

Stadtv. M u n t e : Meine Damen und Herren !  
Die Vorlage des Rates vom 1. Januar 1922, die diesen Punkt der Tagesordnung betrifft, wird in Ihren Besitz gekommen sein. Es handelt sich um ein umfangreiches Schriftstück, das auf der letzten Seite die Anträge des Rats enthält. Der Rat beabsichtigt mit dieser Vorlage, eine Verständigung der städtischen Behörden untereinander herbeizuführen über Veränderungen, die bei Aufstellung des nächstjährigen Voranschlages berücksichtigt werden sollen, damit nachher nicht etwa unliebsame Anfragen aus der Versammlung kommen. Es handelt sich bei der ganzen Vorlage übrigens um ein sehr trockenes Material, und ich glaube, daß wohl der eine oder der andere sie mit einer gewissen Befriedigung, als er sie durchgelesen hatte, zur Seite gelegt hat,  
denn

denn von Regelung brennender Fragen ist nichts in der Vorlage enthalten.

Es handelt sich zunächst darum, daß wir uns mit dem Rat verständigen über neue Maßnahmen bei den verbenden Betrieben (Gas- und Wasserwerke, Privateinrichtungsgeschäft, Neustadtmühle), und zwar erstens über die Bildung eines Reservefonds, wie er gebucht und verwendet werden soll, zweitens über die Kassenbestände, Reinerträge, Fehlbeträge und Betriebsfonds, die der Rat anzusammeln vorschlägt. Drittens soll über die Abschreibungen und die Verteilung des Gewinns bei den verbenden Anlagen der Stadt eine Vereinbarung getroffen werden und schließlich über den Verfügungsfonds des Rates der Stadt, wobei darauf hingewiesen wird, daß der geringe Verfügungsfonds von 4 000 M nicht mehr der Geldentwertung entspricht, und der Vorschlag gemacht wird, den Finanzausschuß zu ermächtigen, in einzelnen Fällen bis zu <sup>10</sup> 000 M bewilligen

gen

gen zu können und dadurch das Plenum der Stadtverordnetenversammlung zu entlasten.

Der Beschluß, den wir zu fassen haben, geht nur darauf hin, daß wir uns im allgemeinen mit dem auf Seite 9 der Vorlage unter a bis e Vorgetragenen einverstanden erklären, aber bei den einzelnen Sachen, z.B. bei Bildung des Betriebsfonds, bei Feststellung der Gewinn- und Verlustrechnung, der Verteilung des Gewinns und anderen Buchungsangelegenheiten im einzelnen bei den Spezialtats befragt werden. Nur die Beschlüsse unter f und g sind endgültig.

Die Anträge des Rates lauten dahin, zuzustimmen, daß

- a) die Reservefonds der Gas- und Wasserwerke und ein zu bildender Reservefonds der Neustadtmühle wie bisher als Sonderfonds geführt werden, daß aber die Verbuchung von Ausgaben zu Lasten dieser Fonds nicht mehr der besonderen Genehmigung der Stadtverordneten bedarf,

b)

- b) der Betriebsfonds der Gaswerke von 120 000 M auf 500 000 M, der der Wasserwerke von 90 000 auf 300 000 M erhöht und beim Privateinrichtungsgeschäft ein Betriebsfonds in Höhe von 200 000 M gebildet wird,
- c) etwa nach den Gewinn- und Verlustrechnungen der Gas- und Wasserwerke sich ergebende Gewinne solange dem Betriebsfonds der Werke ~~zufü~~ zugeführt werden, bis sie die vorgedachte Höhe erreicht haben, und sobald dies der Fall, wieder zur Ansammlung eines Ausgleichsfonds verwandt werden,
- d) nach den Gewinn- und Verlustrechnungen der Gas- und Wasserwerke und des Privateinrichtungsgeschäfts etwa sich ergebende Fehlbeträge auf neue Rechnung übertragen werden,
- e) fortan in den Bilanzen der Gas- und Wasserwerke auf das Grundstücks- und Anlagekonto der Wertverminderung entsprechende Abschreibungen vorgenommen werden,

f)

- f) im nächsten Rechnungsjahre die Mittel des Verfügungsfonds des Rats in Einzelbeträgen bis zu 2000 M verwendet werden dürfen,
- g) der Finanzausschuß ermächtigt wird, auf Antrag des Rats zu Lasten des Verfügungsfonds der städtischen Behörden Einzelbeträge bis zu 10 000 M zu bewilligen.

Wenn dieser letzte Vorschlag <sup>unter f</sup> genehmigt werden sollte, so würde der Verfügungsfonds des Rates auf etwa 30 000 M zu erhöhen sein, doch wird das erst mit dem nächsten Etat beschlossen werden.

Der Finanzausschuß hat sich mit dieser Vorlage länger als 1 1/2 Stunden beschäftigt, und ich hatte dort die ~~Wm~~ Ehre, diese ganze Sache im einzelnen vortragen zu dürfen - es ließ sich nicht anders machen, als daß dort alles nacheinander Punkt für Punkt besprochen wurde. Wenn beliebt werden würde, das hier im Plenum auch so zu machen, so würde wohl wenig dabei herauskommen,

aber

aber vielleicht hat der eine oder der andere der geehrten Herren noch Fragen zu stellen, die dann gern beantwortet werden würden. Wir sind uns dahin klar geworden, Ihnen vorzuschlagen, die Sache hier so zu behandeln, daß Sie, ohne in die Besprechung der Einzelheiten einzutreten, dem Antrage des Finanzausschusses auf Annahme der Ratsvorschläge zustimmen. Ich habe ja schon ausgeführt, daß die einzelnen Positionen immer erst bei Aufstellung der Einzel-Etats bewilligt werden, und ich glaube, Sie machen deshalb keinen Sprung ins Dunkle, wenn Sie dem Vorschlage des Finanzausschusses folgen und den sämtlichen Punkten von a - g zustimmen.

*Minut*  
*Minut*  
*S*

V o r s i t z e n d e r : Wie der Herr Bericht  
erstatter schon bemerkt hat, betreffen die Rats=  
anträge finanztechnische Maßnahmen, die im Interesse  
einer vorsichtigen Wirtschaft getroffen sind. Eine  
Besprechung würde sehr eingehend werden können,  
aber auch voraussetzen, daß man mit der Technik  
dieser Sachen genau vertraut ist. Wird eine Aus=  
sprache gewünscht ? - Das scheint nicht so.  
Ich nehme also das Einverständnis der Versammlung  
mit den sämtlich<sup>en</sup> vorgeschlagenen Maßnahmen an.  
(Ohne Widerspruch).

8. Einsprachen gegen die Wählerlisten für  
die Landtagswahl.

Stadt v. J a h n s : Meine geehrten Herren!  
Der geschäftsführende Ausschuß des Landeswahlverbandes hat an den Rat der Stadt ein Schreiben gerichtet, in dem er ausführt, daß in den ausgelegten Wählerlisten auch der Kraftwagenführer Mannes Büter verzeichnet ist, der ein Ausländer und deshalb nicht wahlberechtigt sei, da lediglich Reichsangehörige das Wahlrecht besitzen. Es wird deshalb Einsprache gegen diese Eintragung erhoben und beantragt, sie zu streichen.

Wir haben diese Einsprache im Rechtsausschuß geprüft und es kam dabei zur Sprache, daß dieser Mannes Büter einen Antrag zur Einbürgerung gestellt habe, und es sollte nun seitens des Rats festgestellt werden, ob die Einbürgerung vorgenommen ist. Das ist, wie sich herausgestellt hat, tatsächlich geschehen, die Einbürgerungsverfügung ist



ist signiert, nur ist sie noch nicht geschrieben und zugestellt, sie ist also als genehmigt zu betrachten. Wenn ich als Beamter zu sprechen mir erlauben darf, so muß ich sagen, daß sämtliche Verfügungen, die signiert sind, als festgestellt angesehen werden. Da es sich hier um einen eiligen Fall handelt, so könnten wir demnach also ruhig entscheiden, daß wir das Wahlrecht des Herrn Bütter anerkennen. Man könnte ja auch der Meinung sein, daß die Vorlegung der Verfügung erst abgewartet werden muß und es ist deshalb im Rechtsausschuß gesagt, wir wollten bis heute morgen abwarten, ob die Verfügung ergangen ist.

Weiter weist der Landeswahlverband darauf hin, daß noch mehr Ausländer in den Wahllisten aufgezeichnet sind, die also auch nicht wahlberechtigt seien, und er ersucht deshalb den Rat der Stadt, die Wahllisten auf Grund der polizeilichen Anmeldungen zu prüfen und die darin enthaltenen

Aus-

Ausländer zu streichen. Ich darf gleich hier erwähnen, daß es sich dabei nicht allein um Anhänger der Linksparteien handelt, sondern auch um Anhänger der Rechtsparteien. Die Listen habe ich hier vorliegen und sie sind auch im Rechtsausschuß vorliegend gewesen, und der Ausschuß hat beschlossen, Ihnen zu empfehlen, diese Herrschaften, die tatsächlich Ausländer sind, zu streichen. Es sind allerdings schon 759 Namen auf Veranlassung des Rates der Stadt gestrichen, aber es befinden sich noch 293 Namen in den Listen, die zu löschen wären,

Ich habe nachher noch über eine andere Einsprache zu berichten, die eingelegt ist seitens des Professors Dr. Neumann. Es würde aber nicht richtig sein, diese Angelegenheit mit der ersten zu verquicken, ich werde über die zweite also nachher berichten.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Ich glaube, der Herr Berichterstatter ist durchaus auf dem richtigen Wege, wenn er annimmt, daß durch die Unterzeichnung der Einbürgerung durch die Polizeidirektion begründete Aussicht vorhanden ist, daß die Einbürgerungsverfügung des Kraftwagenführers Büter noch in den nächsten Tagen vor Schluß unserer Listen - Freitag nächster Woche - vorliegt. Ich würde empfehlen, unter dieser Voraussetzung die Einsprache, soweit sie sich auf Herrn Büter und seine Frau bezieht, zurückzuweisen, es aber dem Rat zu überlassen, festzustellen, ob diese Voraussetzung der Zustellung des Einbürgerungsbescheides zutrifft. Nur dadurch, daß die Vollziehung des Bescheides stattgefunden hat, erhält die Einbürgerung Gesetzeskraft.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Ich bedaure, in gewissem Umfange widersprechen zu müssen. Nicht dadurch, daß die Einbürgerungsverfügung unterschrieben wird, sondern erst dadurch, daß sie behändigt wird, würde die Einbürgerung als vollzogen anzusehen sein. Es steht gegenwärtig fest, daß der betreffende Herr und die Dame nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, und maßgebend ist der Zeitpunkt, an welchem sie diese erwerben. Das ist die Frage, die wir zu entscheiden haben. Wenn es heute noch nicht soweit ist, so können wir nicht sagen : Wir sehen ihn als deutschen Staatsbürger an. Parteipolitisch kommt die Frage ja nicht in Betracht, denn wie die Betreffenden stimmen werden, wissen wir nicht.

Erheblich scheint mir nun aber die Frage, die der Herr Berichterstatter erwähnte hinsichtlich der 293 anderen Personen. Liegt da ein gültiger Einspruch vor und ist nach den geltenden Vorschriften die

die Sache so zu handhaben, daß man gegen die Eintragung dieser Personen Einspruch erheben kann ? Ich möchte diese Frage bejahen, denn das Recht des einzelnen Wählers wird verletzt, wenn andere eingetragen werden, die nicht wahlberechtigt sind, da auf diese Weise bei der Wahl ein anderes Ergebnis zutage kommen könnte. Bezüglich dieser Personen muß die Frage, ob sie Ausländer sind, im einzelnen geprüft werden, und ich möchte den Herrn <sup>*mitzuteilen*</sup> Berichterstatter bitten, wie bezüglich der einzelnen Personen festgestellt worden ist, daß sie nicht Reichsbürger sind.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g : Es kommt tatsächlich darauf an, zu welcher Zeit die Voraussetzung der Wahlberechtigung vorliegt. Da nun aber nach einwandfreier Auffassung z.B. für das wahlfähige Alter (das 20. Lebensjahr) der Wahltag und nicht der Tag des Abschlusses der Listen oder der heutige Tag, an dem die Herrschaften entscheiden, maßgebend ist, so wird man auch sagen müssen: Gerade so, wie jeder, der am 22. Januar 1922 20 Jahre alt ist, Anwartschaft auf Eintragung in die Wahlliste hat, so hat auch jeder, der der verehrten Versammlung nachweist, daß er vor dem Wahltag|aufgehört hat, Ausländer zu sein, begründete Anwartschaft auf Aufnahme in die Liste. Ob das bei Herrn Brüter zutrifft, dessen Einbürgerungsurkunde wohl unterzeichnet, aber noch nicht ausgefertigt und zugestellt ist, das zu entscheiden, ist Sache der verehrten Versammlung. Ich habe mir erlaubt, Ihnen vorzuschlagen, die Entscheidung an die Voraussetzung zu knüpfen, daß dem Rat der Stadt bis zum Schluß

der

der Liste polizeilich bestätigt wird, daß die Einbürgerungsurkunde zugestellt ist. Damit fällt jedes Bedenken fort, und die formelle Prüfung werden die Herrschaften getrost in die Hand des Rats legen können.

In übrigen weise ich darauf hin, daß als geltendes Recht wiederholt von den Verwaltungsgerichten bestätigt ist, daß jeder Wahlberechtigte nicht nur für die eigenen Person~~n~~ die Eintragung in die Wählerlisten verlangen kann, sondern auch für andere Personen Anträge stellen kann, auch die Richtigkeit der Eintragung <sup>an</sup>eingreifen kann inbetreff derjenigen, die auf Eintragung keinen Anspruch haben. In bejahenden und verneinenden Sinne hat jeder Wähler das Recht des Einspruchs. Auch glaube ich nicht, daß man daraus irgendwie etwas gegen den Einspruch ableiten kann, dass der Landeswahlverband nicht alle die Namen aufgeführt hat, die er gestrichen zu sehen wünscht, sondern erklärt: Bei der Polizeidirektion befindet sich ein Verzeichnis, in dem so

und

und so viele Personen aufgeführt sind, die zu Unrecht in die Wählerlisten eingetragen sind, und diese Personen bitten wir zu streichen, Ich glaube, dagegen wird nichts einzumenden sein.

Schließlich darf ich erwähnen, daß das Verzeichnis auf der Polizeidirektion in der Weise, wie es jetzt zur Verfügung steht, in den letzten Wochen zusammengestellt ist. Hätte die Polizeidirektion schon früher ein solches Verzeichnis gehabt, so würde die Streichung schon früher vorgenommen worden sein; aber die Fristen sind gewahrt. Da die Einspruchsmöglichkeit gegeben ist, um die Liste von Ausländern zu bereinigen, so kann nicht ein Vorwurf daraus gemacht werden, daß dieser Mangel der Liste erst in letzter Stunde zu beseitigen gewünscht wird.



Stadt. J a h n a s + Bezüglich des Einspruchs  
des Landeswahlverbandes möchte ich hervorheben, daß  
er richtig unterzeichnet eingegangen ist und darin  
geschrieben steht: „Da es uns nicht möglich ist,  
die einzelnen Ausländer namhaft zu machen, weil uns  
die Listen nicht zur Verfügung stehen, müssen wir  
den vorstehenden Antrag an den Rat der Stadt rich-  
ten“, also die Sache in Bausch und Bogen anzufassen  
und sämtlich nicht berechnigte Personen zu streichen.  
Es ist hier formell der Antrag gestellt, sämtliche  
Ausländer als solche zu behandeln und als Nichtwäh-  
ler zu erklären.

Stadt, Dr. J a s p e r : Ich bitte, doch den genauen Wortlaut dieser Einsprache mitzuteilen. Herrn Stadtrat von Frankenberg gebe ich recht: wenn auf eine Liste, die bei der Polizeidirektion ruht, Bezug genommen ist, so ist dadurch der Inhalt der Eingabe ergänzt worden und es ist nicht notwendig, die Liste in die Eingabe mit aufzunehmen. Wenn aber ganz allgemein gesagt ist - wie es scheint - : „Ich lege gegen jeden Ausländer Einspruch ein und bitte, nachzuprüfen und die Ausländer auszumerzen“, so würde ich das für keine wirksame Einsprache halten. Es muß aus dem Inhalt der Eingabe erkenntlich sein, gegen welche Personen Einspruch erhoben wird, mindestens durch Verweisung auf ein anderes Schriftstück.

Es ist auch noch nicht auf die Frage geantwortet, wie die Eigenschaft dieser Personen als Nichtreichsangehörige festgestellt ist. Auch das ist von uns zu prüfen, wir können uns nicht ohne weiteres auf die Angaben des Landeswahlverbandes verlassen.

Sodann

Sodann wird gesprochen vom Landeswahlverbande als dem Einsprechenden. Ich möchte die Frage geklärt sehen, ob eine Organisation einspruchsberechtigt ist. Ich würde das verneinen; berechtigt dazu ist nur ein eingetragener Wahlberechtigter, auch wenn ein Ausländer die Eingabe unterschrieben hat, würde ich sie nicht für berechtigt halten.

Der Einzelfall ist, wie ich glaube, nicht so zu beantworten, wie Herr Stadtrat von Frankenberg es tut. Hinsichtlich des Lebensalters ist es anerkanntes Recht, so zu verfahren, weil sich das automatisch abwickelt. Wenn aber bei Schluß der Wählerlisten die Voraussetzungen noch nicht da sind, kann doch der Betreffende nicht eingetragen werden. Herr Stadtrat von Frankenberg sagt, die Wählerliste gelte als geschlossen am Freitag vor der Wahl. Bekommt er nun erst am Sonnabend vor der Wahl dies Schriftstück von der Polizei ausgefertigt, dann würde der Herr Bxüter nach der Folgerung des Herrn Stadtrats von Frankenberg wahlberechtigt sein - nachdem Ge-  
setze

setze ist er nicht wahlberechtigt, denn beim Schluß der Wählerliste war er noch nicht als Reichsangehöriger anzusehen. Die Analogie mit dem Lebensalter trifft nicht zu, weil es sich hier um keinen automatischen Vorgang handelt, sondern um einen solchen, der von der Willenentschließung anderer Personen und sonstigen Zufälligkeiten abhängt. Wir haben auch die bürgerlichen Ehrenrechte als Voraussetzung für die Eintragung in die Wählerliste. Wenn die Frist des Verlustes der bürgerlichen Ehrenrechte gerade an dem Sonnabend abläuft, würde es nicht möglich sein, den Betreffenden einzutragen.

Ich bin einverstanden mit dem Verfahren, daß die Bedingung gestellt wird: der Rat möge im letzten Augenblick die Berechtigung einer Eintragung prüfen.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g : Ich bin selber bei der Polizeidirektion vorgegangen und habe mir das Verzeichnis vorlegen lassen, in dem die Ausländer geführt werden. Darauf habe ich veranlaßt, daß von diesem Verzeichnis uns amtliche Auszüge, Bezirk für Bezirk, ausgefertigt sind, die sich jetzt in Besitz des Herrn Berichterstatters befinden. Wir haben also daraus eine amtliche Unterlage.

Die Einsprache des Landeswahlverbandes ist von Herrn Helle unterzeichnet, also von jemand, der selber als Kandidat für die Landtagswahlen aufgestellt ist, der also in die Wählerliste eingetragen ist. Schon durch diesen Namen, auch wenn die Firma mangelte, würde der Einspruch nach dem Wahlgesetze durchaus getragen sein.

Über den Wortlaut der Einsprache selber hat vielleicht der Herr Berichterstatter die Freundlichkeit, sich zu äußern.

Stadt. J a h n s : Am besten wird es sein, wenn ich die ganze Eingabe verlese.

„An den Rat der Stadt

Braunschweig.

Wir haben feststellen können, daß der Ausländer Mannes ~~Büter~~ Büter, Kraftwagenführer, Kastanienallee 6 II in den ausgelegten Wählerlisten verzeichnet ist und wählen würde, wenn nicht Einspruch dagegen erhoben wird. oder eine Revision der Listen stattfindet.

Wir erheben hiermit offiziell Einsprüche gegen die Wahlberechtigung des ~~Wermühten~~ Ausländer Büter und richten gleichzeitig den Antrag an den Rat der Stadt, die Wählerlisten auf Grund polizeilicher Anmeldungen zu prüfen und die Ausländer streichen zu lassen.

Der dorthzeitig angenommene Standpunkt, daß bei nicht rechtzeitig erhobenen Einspruch gegen einen besonders namhaft gemachten Wähler dieser wahlberechtigt sei, ist nicht zutreffend. Nach dem Wahl-

gesetz

gesetz ist lediglich jeder Reichsangehörige wahlberechtigt. Wenn also ein Ausländer in der Wahlliste aufgeführt wird und ohne Kenntnis des betreffenden Wahlvorstehers das Wahlrecht ausübt, steht jeder Partei das Recht zu, gegen die Wahl zu protestieren. Auch ist nach Ablauf der Einspruchsfrist der betreffende Wahlvorsteher während der Wahlhandlung berechtigt, einen Ausländer, der in der Liste steht, dem Wahlvorsteher aber als solcher bekannt geworden ist, das Wahlrecht zu verweigern.

Da es uns nicht möglich ist, die einzelnen Ausländer namhaft zu machen, weil uns die Listen nicht zur Verfügung stehen, müssen wir den vorstehenden Antrag an den Rat der Stadt richten und bitten, diesen ~~uns~~ stattzugeben.

Wir haben auch gleichzeitig an den Vorsitzenden des von der Regierung eingesetzten Wahlausschusses, Herrn Regierungsrat Otto, das Ersuchen gerichtet,

unsere Antrag zu unterstützen.

Braunschweig,  
den 2. Januar 1922

Landeswahlverband Braunschweig  
Geschäftsführender Ausschuß  
gez: C. Helle."

Joh

*Ich darf noch erwähnen, daß Herr Regierungsrat  
Otte nach Erhalt seines derartigen Schreiben sich  
dahin geäußert hat, daß er als Vorsitzendes des  
Wahlausschusses nicht befähigt sei, in die Sache ein-  
zugreifen, auch nicht der Wahlausschuß im ganzen,  
dem ich ja auch angehöre, sondern daß die Sache  
dem Rat der Stadt vorzulegen sei.*



*V o r s i t z e n d e r : Ich vermisste noch eine  
Aufklärung bezüglich der Anmerkung des Herrn Dr.  
Jasper, daß eine Organisation nicht befähigt sei,  
Einspruch zu erheben.*

Stadtv. M ä d g e : Nach meiner Auffassung kommt es nicht darauf an, daß wir hier eine Entscheidung treffen, ob der Landeswahlverband Einspruch erheben kann oder nicht. Wie der Herr Stadtrat von Frankenberg schon sagte, steht der Name Carlos Helle unter der Eingabe, und der Name wird zweifellos in der Wählerliste geführt; der Antrag wird also vom diesem Namen getragen.

Im übrigen möchte ich die Ausführungen des Landeswahlverbandes für richtig halten. Wenn in der Wählerliste ein Ausländer steht, hat dieser dadurch tatsächlich niemals das Wahlrecht erhalten. Es ist ein Irrtum, anzunehmen, daß ein Ausländer, der aus Versehen in die Wählerliste Aufnahme gefunden hat, dadurch wahlberechtigt würde, sondern Voraussetzung für die Wahlberechtigung ist die Eigenschaft als Reichsdeutscher. Deshalb ist eine Listenberichtigung in dieser Weise ohne weiteres berechtigt. (Zuruf Jasper: Das wäre etwas Schönes, wenn die Listen

inner

immer noch berichtigt werden würden!) Ich stehe auf dem Standpunkte, daß dies eine Sache ist, die nach den Ausführungsbestimmungen zulässig ist. Ob man nach dem bisherigen Verfahren die Liste berichtigt oder den<sup>in</sup> Wirklichkeit nicht Wahlberechtigten in anderer Form von der Wahl ausschließt, ist ziemlich gleichgültig. Nachdem hier diese Einsprache rechtzeitig eingelegt ist und die einzelnen in Frage kommenden Leute durch den Wortlaut der Eingabe genügend bezeichnet sind, in dem auf die Liste bei der Polizeidirektion Bezug genommen ist, stelle ich mich auf den Standpunkt, daß dem Einspruch Folge gegeben werden muß. Es steht hier: „Da es uns nicht möglich ist, die einzelnen Ausländer namhaft zu machen, weil uns die Listen nicht zur Verfügung stehen“, und damit sind ausdrücklich die Listen herangezogen, die bei der Polizeidirektion liegen. Es ist also klar und eindeutig gesagt, was gemeint ist: diejenigen Leute, die in den Listen stehen, sollen gestrichen werden.

werden. Anders kann man die Worte nicht ~~A~~uslegen. Der Antragsteller sagt: Es ist uns nicht möglich, die einzelnen zu bezeichnen, weil wir die Listen nicht haben, und deshalb bitten wir, von der Stadt aus die Wählerlisten zu berichtigen, also unseren Antrag zu ergänzen, in dem die einzelnen Namen eingesetzt werden.

Ich möchte bitten, dem Antrage gemäß zu beschließen.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g : Die Auslegung des Herrn Mädge ist deshalb zutreffend, weil Herr Helle - was niemand von Ihnen bekannt sein wird - vor kurzem bei mir war, um zunächst mündlich in der Angelegenheit Einspruch zu erheben. Ich erwiderete ihm, daß einfachste wäre, er beschaffe eine Liste mit den Namen der Ausländer, dann könnten wir sagen: Dieser und der müssen gestrichen werden. Darauf erklärte Herr Helle, das würde der Landeswahlverband nicht können. Wenn er also die Liste der Ausländer erwähnte, so hat er gemeint, daß diese Liste der Polizeidirektion zum Gegenstand des Einspruchs gemacht werden müsse. Jede Brücke, die zur Wahrheit führt und die Richtigkeit der Liste möglich macht, soll betreten werden. Wir haben die rechtzeitige Einsprache und den Hinweis auf diese Liste, darnach kann man wohl, um der Wahrheit zu dienen, so entscheiden, wie es beantragt wird.

Im übrigen möchte ich aber eine Erklärung abgeben, die auch für die Wahlvorsteher und diejenigen,

und

die als Beisitzer ~~der~~ das wichtige Geschäft der Wahlbeaufsichtigung auszuüben haben, von Bedeutung sein wird: die Wählerlisten sind am Wahltag maßgebend. Gestatten wir dem Wahlvorsteher, daß er nicht nur den Inhalt der Wählerliste beachtet, sondern auch seinerseits eine besondere Nachprüfung, ob jemand nicht doch in Rautheim oder Riddagshausen wohnt, stattfinden läßt, dann sind wir verraten und verkauft. Zur Prüfung ist die Einspruchsfrist gewährt und die Nachprüfung in dieser Stunde angesetzt. Darüber hinauszugehen, würde verhängnisvoll sein. ¶  
„Es sind in dieser oder jener Weise Verstöße vorgenommen, die als wesentlich anzusehen sind und die Wahl umwerfen.“ Der Wahlvorsteher aber darf nicht klüger sein wollen als die geehrte Versammlung heute, die über die Wählerliste entscheidet.

---

¶ Selbstverständlich kann der Landtag in freiester Weise sein Nachprüfungsrecht geltend machen, indem er sagt:

Stadt v. H e s s e n i u s : Ich möchte darauf hinweisen, daß es scheint, als ob bei der Anfertigung der Wählerliste keine große Sorgfalt gewaltet hat. Ob das aus Schlafmützigkeit geschehen ist oder was sonst daran schuld ist, will ich dahingestellt sein lassen. Einen Franzosen würde es nicht passieren, daß er einen deutschen Namen einträgt, ohne nachzusehen, ob er die Staatsangehörigkeit seines Landes hat. Es ist nicht sehr angenehm, wenn wir uns hier über eine Wählerliste unterhalten müssen, die nicht richtig ist, ganz gleich, ob die falschen Eintragungen aus Gutmütigkeit und aus sonst einem Grunde geschehen sind.

Stadt v. S a u e r b i e r : Bei der Aufstellung der Wählerlisten haben als Grundlagen gedient die Listen über Brotkarten, die im Oktober v. Js. abgegeben sind. An dem Namen der Betreffenden ist nicht zu erkennen, ob sie Ausländer sind oder nicht. Wir haben eine Menge Ausländer, die Müller oder Schulze heißen, und umgekehrt gibt es in Braunschweig Leute, die einen österreichischen oder tschechischen Namen haben und doch die Braunschweigische Staatsangehörigkeit besitzen. Die Liste der Ausländer, die zu streichen sind, kommt von der Polizei. In der Art ist die Aufstellung der Wählerlisten immer gemacht worden und kann beim besten Willen nicht anders geschehen. Daß Ausländer in die Liste hineingekommen sind, liegt also nicht an den Beamten, die die Listen ausgeschrieben haben. Ihr Amt ist nicht so leicht und einen Vorwurf kann man ihnen nicht machen.



Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

*m* Ich kann den Worten des Herrn Sauerbier meinerseits  
hinzufügen, daß auch ich meine Beamten, die sich  
der Zusammenstellung der Listen mit besonderer  
Sorgfalt gewidmet haben, <sup>vor</sup> ~~von~~ dem Vorwurf der Nach-  
lässigkeit in Schutz nehmen muß. Eine so feine  
Witterung, wie es Herr Nessenius von den Beamten  
verlangt, daß sie aus jedem Namen herausmerken,  
ob der Betreffende ein Deutscher oder ein Fremder  
ist, ist ausgeschlossen.

Stadtv. J a h n s : Die Anträge der Kommission gehen dahin:

Den Kraftwagenführer Bütter als wahlberechtigt anzuerkennen, sofern die Einbürgerung sich vollzogen hat. Joh habe heute erfahren, daß die Einbürgerung signiert ist.

Die andern 293 aber, die nach Ausweis der Liste der Polizeidirektion Ausländer sind, beantragt die Kommission zu streichen.

- 77 -

*V o r s i t z e n d e r : Wir ermächtigen also den Rat, die Wählerliste bis zu dem zuletzt zulässigen Termin hiernach zu berichtigen.*

Stadtv. Dr. J a s p e r : So ist der Ausschuß-  
antrag nicht zu verstehen. Ich bitte, über beide  
Sachen getrennt abzustimmen: Über den Einzelfall  
<sup>in dem</sup>  
~~ist in~~ Sinne, wie es eben der Herr Vorsitzende for-  
mulierte, während der andere Fall vom Ausschuß ein-  
heitlich formuliert ist.

Stadt v. J a h n s : Der Einspruch seitens des Landeswahlverbandes wendet sich nur gegen den Ausländer Bütler nicht aber gegen seine Ehefrau. Eingebürgert aber werden sie alle beide.

*V o r s i t z e n d e r : In den Falle Bütter  
geht der Antrag dahin, die Eintragung zu genehmigen  
unter der Voraussetzung, daß die Bedingungen dafür  
bis zu dem zuletzt zulässigen Termine erfüllt wer-  
den.*

*Der Antrag wird angenommen.*

*V o r s i t z e n d e r : Betreffs der 293  
Ausländer würde die Fassung so sein:*

*Der Rat berichtigt die Liste, soweit die Ein-  
getragenen nach Ausweis der polizeilichen Liste  
Ausländer sind.*

*Auch dieser Antrag wird angenommen.*

Stadt v. J a h n s : Joh hatte schon erwähnt, daß noch ein Einspruch vorliegt, und zwar von Herrn Pastor Dr. Neuban. Er ist am 15. November 1921 aus Charlottenburg gezogen und nimmt in seiner Eingabe bezug auf das Plakat, daß am Rathause angeheftet gewesen ist, wo es heißt: „In die Liste sind vorläufig nur die am 2. Oktober 1921 hier wohnhaft gewesenen wahlberechtigten Personen aufgenommen. Die Aufnahme der später Zugezogenen erfolgt auf Antrag bei Vorlegung der polizeilichen Anmeldebescheinigungen.“ Nun hat der Beschwerdeführer aber die Frist bis zum 4. Januar nicht eingehalten, sondern kommt erst am 9. Januar mit dem Antrage, ihn auf Grund dieser Notiz in dem Plakate nachträglich einzutragen. - Der Rat der Stadt hat mir diesen Einspruch erst heute zugestellt, der Rechtsausschuß hat sich also damit nicht befaßt. Der Rat beantragt, die Einsprache als verspätet abzuweisen. Es ist als richtig anzunehmen, daß alle die Personen, die schon im Novem-

ber

der hier hier wohnten, unter allen Umständen die gesetzte Frist einhalten müssen. Auch ich muß die Ansicht vertreten, daß diese Herrschaften nicht nach Schließung der Wählerlisten eine nachträgliche Eintragung verlangen können. Da der Rechtsausschuß sich mit der Sache nicht befaßt hat, muß es der Versammlung überlassen bleiben, in diesem Falle allein die Entscheidung zu treffen.



Stadtrat V o n F r a n k e n b e r g : In den Ausführungsbestimmungen zum Wahlgesetz ist gesagt, wie beim Wohnsitzwechsel solcher Personen verfahren werden soll, die in der einen Liste stehen, aber bis zum Donnerstag über acht Tage ihren Wohnsitz wechseln: diese Leute können die Übertragung ihrer Namen aus der <sup>Wahlliste der</sup> einen Gemeinde in die <sup>der</sup> anderen Gemeinde beantragen. Nichts aber gesagt ist darüber, daß jemand, der von außerhalb zuzieht, berechtigt wäre, diese Nachtragung noch zu beantragen, nachdem die Einspruchsfrist abgelaufen ist. In unserer Bekanntmachung haben wir in dem Absatz, der auf den eben angeführten folgt, darauf hingewiesen, daß Einsprüche nur bis zum 3. Januar bei uns zulässig ist, und der verehrte Herr <sup>Professor Neumann</sup> ~~Pastor Neuman~~ - der am Schlusse seines Schreibens sagt, daß er es als einen glatten Wahlrechtsraub betrachten würde, falls seinen Anträge nicht entsprochen werden ~~könne~~ - würde, wenn er diesen Absatz durchgelesen hätte, selber sagen müssen, daß uns nichts ferner liegt, als einem friedlichen Einwohner sein Wahlrecht zu rauben.

- 84 -

Der Einspruch des Dr. <sup>mann</sup>Neub~~er~~ wird abgewiesen.

9. Erhöhung der Gebühren für Beleuchtung der Halle  
im Krematorium.

Stadt v. Frau G ö t z e : Bei Gelegenheit eines Berichts über Beschaffung von Aschenurnen hat Herr Friedhofsinspektor Heumann darauf aufmerksam gemacht, daß eine Erhöhung der Beleuchtungsgebühren bei den Einsparungen stattfinden müßte, und bemerkt dabei, daß keine Einsparung in ganz Deutschland so billig wäre wie die in Braunschweig. Der Rat der Stadt hat sich nun darüber berichten lassen, was uns selber die Beleuchtung der Halle kostet, und <sup>darauf</sup> ~~dafür~~ hat das Städtische Betriebsamt sich dahin geäußert, daß nach den vom 1. Januar d.Js. an geltenden Strompreisen

- 1) für die allgemeine Beleuchtung der Betriebsräume  
die Kosten sich auf 2,50 M stellen,
- 2) für die Beleuchtung der Halle
  - a) bei kleiner Beleuchtung auf 5 M,
  - b) bei großer Beleuchtung auf 18 M.

Bei

Bei dieser Aufstellung sind nur die <sup>reinen</sup> ~~kleinen~~ Strompreise berücksichtigt, aber nicht die für die laufende Unterhaltung der elektrischen Anlagen, so-  
daß als städtische Kosten für die Beleuchtung der Betriebsräume 4 M und für die Beleuchtung der Halle 9,50 M und 22,50 M anzusehen sind. Nach den bishe-  
rigen Preisen wurden für die Beleuchtung der Halle bei kleiner Beleuchtung nur 5 M bezahlt, sodaß die Stadt 4,50 M zulegen müßte, und bei großer Beleuch-  
tung bisher nur 10 M, wo der Zuschuß der Stadt noch bedeutend<sup>er</sup> sein würde.

Der Rat schlägt nun vor, man möchte bei den Gebührensätzen für Beleuchtung der Halle die bei Feuerbestattungen allerdings auch nötige Beleuch-  
tung der Betriebsräume nicht in Berücksichtigung ziehen, dagegen aber die der Stadt selbst erwach-  
senden Kosten zurück erstatten lassen, also die Ge-  
bühren auf 9,50 M bei kleiner Beleuchtung und auf 22,50 M bei großer Beleuchtung festsetzen.

In

Im Finanzausschuß <sup>konnte</sup> ~~kann~~ man sich der Richtigkeit des Gedankens nicht verschließen, daß ~~wir~~ wenigstens auf unsere Kosten kommen müssen und daß bei diesen Sätzen von Verdienst keine Rede sein kann. Der Ausschuß schlägt deshalb vor, wie er selber den Sätzen zugestimmt hat, sie auch hier in der Versammlung anzunehmen..

Stadt v. Dr. J a s p e r : Ich darf vielleicht die Ausführungen der Frau Berichterstatterin dahin ergänzen, daß der Ausschuß darüber hinausgehend empfohlen hat, den Rat zu ermächtigen, wenn sich die Selbstkosten ändern sollten, einen diesen entsprechenden Satz selbständig festzusetzen, ohne daß es dafür einer Vorlage im einzelnen Falle bedarf, also daß allgemein gesagt wird: der Rat ist ermächtigt, die Selbstkosten von den Beteiligten zu erheben.

Stadtverordneter Dr. S c h u l t z e: Wie groß die Selbstkosten der Stadt für die Beleuchtung der Hallen bei Einäscherungen sind, das kommt doch immer darauf an, wie lange die Beleuchtung bei den einzelnen Feiern dauert. Manch ein Prediger braucht für seine Rede eine halbe Stunde, und andere Einäscherungen finden ohne Predigt statt. Es könnte sich da also ein großer Unterschied herausstellen und ich möchte fragen, ob bei Feiern die mit 5 Minuten erledigt sind, auch die großen Kosten bezahlt werden sollen wie bei einer langen Feier.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Das Wichtigste wäre es, wenn wir alle diese Nebeneinnahmen für Einäscherungen <sup>nicht</sup> einzuziehen brauchten, sondern die Gebühren für Einäscherungen im allgemeinen derartig bemessen, daß dadurch alle unsere Unkosten gedeckt werden. Das war auch bei der Gebühr <sup>nur zum Nutzen</sup> bisher der Fall, wenn wir absehen von Verzinsung und Amortisation. Nun ist es aber neuerdings durch die Steigerung des Preises für elektrische Ströme dahin gekommen, daß wir jetzt, obgleich wir die Gebühr auf 60 M erhöht haben, bei jeder Einäscherung bares Geld beilegen. Deshalb haben wir uns mit dem Ersuchen an Sie gewandt, der Erhebung dieser besonderen <sup>Zulage</sup> Gebühr für die Deckenbeleuchtung, die <sup>jetzt</sup> nur zur Verschönerung der Feier dienen soll, zuzustimmen. Ob nun in dem einen Falle die Feier etwas länger ausfällt als in dem anderen, das können wir unmöglich berücksichtigen; es müßte dann jedesmal besonders aufgepaßt werden, wie lange die Deckenbeleuchtung im Gange erhalten wird,



wird, und das käme auf eine Pfennigfuchseriei hinaus, die ich nicht empfehlen möchte. Das Städtische Betriebsamt hat angenommen, daß die Feier jedesmal ungefähr eine halbe Stunde dauert, und danach die Kosten <sup>h</sup>gerechnet. Ich bitte, diesen Satz anzunehmen.

Stadtverordnete Frau G ö t z e: In dem Berichte des Betriebsamts ist gesagt, daß die Kosten auf jährlich ungefähr 250 Einäscherungen entfallen und danach sind sie anteilmäßig berechnet; man hat sie also einfach nur dividiert.

Dem Antrag des Finanzausschusses entsprechend werden die vorgeschlagenen Gebührensätze angenommen mit dem Zusatze, den Herr Stadtverordneter Dr. Jasper vorgetragen hat.

10. Gutachten über Erhöhung der Gebühren des Hauptfriedhofs und Verhandlungen über Abtretung des letzteren an die Stadt.

Stadtverordneter Dr. Jasper ! Am 12. Mai vorigen Jahres haben wir uns hier mit der damals beabsichtigten Erhöhung der Gebühren des Hauptfriedhofs beschäftigt und dabei die folgende EntschlieÙung gefaÙt:

1) Die Gebührenordnung ist so zu bemessen, daÙ angemessene Vergütungen und Löhne den Angestellten und Arbeitern gewährt werden können und daÙ der Betrieb sich aus sich erhält.

2) Der vorgelegte Entwurf belastet die 3. Klasse unverhältnismäÙig hoch und wirkt dadurch unsozial

3) Eine gleichmäÙige Steigerung sämtlicher Gebühren um 200<sup>r. 2</sup> auf die Dauer der Teuerung scheint angemessen und ausreichend.

4) Von Personen, die nicht der Landesk<sup>4</sup>irche angehören, dürfen nur dieselben Gebühren erhoben werden wie von den Angehörigen der Kirche.

Weiter hatten wir beschlossen:

„Für die Benutzung des Hauptraumes der Kapelle sind einheitliche Gebühren für <sup>i</sup>Besetzungen 1. <sup>bis</sup> und 3. Klasse in <sup>Ansatz</sup>~~Ansetzung~~ zu bringen.“

Die Friedhofsverwaltung hat dieser unserer gutachtlichen Äußerung nur zu einem Teile Rechnung getragen. Sie haben <sup>A</sup>~~haben~~ zunächst verschiedene Sätze für Benutzung des Hauptraumes der Kapelle vorgesehen, und ferner haben <sup>A</sup>~~haben~~ sie sich nicht entschließen können, eine gleichmäßige Erhöhung um 200 von Hundert der Gebühren vorzusehen, wie wir es gewünscht hatten, sondern haben <sup>A</sup>~~haben~~ andere Sätze angenommen.

Die Rechtslage ist die, daß nicht wir über diese Sätze entscheiden, sondern gegenwärtig noch der Stadtkirchenverband die entscheidende Stelle ist, aber wir als städtische Vertreter gutachtlich gehört werden müssen.

Die Neuregelung, die Platz <sup>gegriffen</sup>~~geschaffen~~ hat, hat nun nicht ausgereicht. Es sind neue Ausgaben für die Verwaltung entstanden, und es scheinen auch wieder die Angestellten, Beamten und Arbeiter des Hauptfriedhofes

Wünsche.

Wünsche geäußert zu haben, die sich aus der Teuerung rechtfertigen. Deshalb schlägt der Stadtkirchenverband eine Ordnung vor, die <sup>im</sup> ~~ihm~~ wesentlich ~~en~~ darauf hinauskommt, daß die Sätze der 3. Klasse um 50%, die der 2. Klasse um 100% und die der 1. Klasse um 150% gesteigert werden. Die betreffende Vorlage ist allen Mitgliedern des Hauses zugegangen und dazu auch die Anlage, nämlich die kirchliche Ordnung Nummer 4 vom 6. Januar 1921 mit den eingetragenen neuen Sätzen. Sie werden mir deshalb erlassen, die einzelnen Sätze und die sich erhebenden Abweichungen vorzutragen.

Die Mehrheit des Haushaltausschusses hat gemeint sich gutachtlich dahin äußern zu ~~o/~~ wollen, daß man dieser Neuregelung zustimmen könne. Sie erkennt an, daß durch die Art der Regelung immerhin das Bemühen erkennbar wird, mehr sozial zu wirken, als das früher der Fall gewesen ist.

Die Minderheit des Ausschusses hat es abgelehnt, sich nochmals gutachtlich zu äußern, da die Stadt in der Angelegenheit nichts zu sagen hat und deshalb lieber gar keine Stellungnahme sachlicher Art erfolgen sollte.

Die Vorlage greift dann weiter zurück auf unseren Beschluß vom Mai, der dahin ging

1) beim Staatsministerium und der Landesversammlung dahin vorstellig zu werden, daß das Begräbniswesen ausschließliche Sache der politischen Gemeinde werden möge, und daß die landesgesetzlichen Vorschriften aufgehoben werden, nach denen die politischen Gemeinden verpflichtet sind, der Landeskirche Begräbnisplätze zur Verfügung zu stellen,

2) mit dem Stadtkirchenverbande wegen Abtretung des Hauptfriedhofes an die Stadt zu verhandeln. Zu diesen Beschlüssen hat der Rat sich in der Vorlage dahin geäußert, daß jetzt, entgegen der früheren abweichenden Ansicht des Stadtkirchenverbandes, sich <sup>nicht</sup> ~~nicht~~ von der Friedhofsverwaltung zu trennen, Aussicht vor-  
handen

handen sei, mit dem Stadtkirchenverban-  
de zu können, und der Rat schlägt deshalb vor, eine  
gemischte Deputation zu ernennen aus 2 Ratsmitgliedern  
und 4 Stadtverordneten, die ermächtigt werden sollen,  
mit den Organen des Stadtkirchenverbandes über die  
Abtrennung des Hauptfriedhofes an die Stadt zu ver-  
handeln..

Wenn man diesem Antrage stattgebe, so meint der  
Rat der Stadt weiter, so sei es nicht nötig und zeit-  
gemäß, mit Vorschlägen im Sinne des ersten Beschlusses  
vorzugehen, das heißt an die Landesregierung und Lan-  
desversammlung heranzugehen, um die bestehenden ge-  
setzlichen Vorschriften zu ändern. Wir würden dann  
auf friedlichem Wege das erreichen, was die Stadtver-  
ordneten im Mai vorigen Jahres beschlossen haben.

Diese Frage ist im einzelnen im Ausschuß bera-  
ten worden, und der Ausschuß empfiehlt Ihnen, dem Vor-  
schlag des Rats zuzustimmen. Die Einzelheiten der  
Marschrichtung in der öffentlichen Versammlung zu be-  
sprechen, ist wohl mit Rücksicht auf die noch zu füh-  
renden Verhandlungen kaum sachgemäß, damit wir nicht

not\_



notwendigerweise Null ouvert gegen den anderen <sup>Ver-</sup>~~An-~~tragsteil zu spielen haben. Der Ausschuß meint in seiner Mehrheit, daß das ein gangbarer Weg wäre, um möglichst bald zu dem Ziele zu kommen, den die Mehrheit im Mai zu erreichen sich vorgesetzt ~~hatte~~. Ich empfehle also namens des Ausschusses, diesem Antrage zuzustimmen und 4 Stadtverordnete in den gemischten Ausschuß zu entsenden. Wir haben uns im Ausschuß dahin verständigt, daß 2 bürgerliche Herren und 2 sozialdemokratische Mitglieder des Hauses in Vorschlag gebracht werden möchten.

Stadtverordneter S t e i n e r t: Meine Damen und Herren ! Daß es unbedingt nötig ist, daß der Friedhof so schnell als möglich aus dem Stadtkirchenverbande herausgenommen wird, ist ohne weiteres klar, denn die Kirche als solche ist absolut nicht mehr in der Lage, den Friedhof so verwalten zu können, wie es sein muß, und darum ist es unbedingt nötig, daß wir darauf dringen, daß der Stadt die Verwaltung zukommt, und zwar schon deshalb, wie die Stadtverordnetenversammlung am 12. Mai beschlossen hat, damit angemessene Vergütungen, Löhne und Gehälter den Angestellten und Arbeitern auf dem Friedhofe gewährt werden können. Wie es mit den angemessenen Löhnen der dortigen Arbeiter aussieht, davon kann ich eine kleine Probe geben. Die Facharbeiter, die dort beschäftigt sind, die Gärtner und Tischler, bekommen ein<sup>en</sup> Stundenlohn von 5,80 M., die anderen Arbeiter 5,30 M und die Frau<sup>en</sup> 3,32 M. Es ist unbedingt nötig, daß hier Wandel geschaffen wird.

Der

Der Lohn der Friedhofsarbeiter steht mindestens um 50% niedriger als der der Arbeiter in der Industrie. Die Festsetzung der Löhne müßte unbedingt so gehandhabt werden, daß die Arbeiter auf dem Friedhofe den städtischen Arbeitern gleichgestellt sind, denn sie leiden unter der Teuerung genau so wie jeder andere und bei den geringen Löhnen ist es ihnen nicht möglich, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Es ist dringend nötig, daß der Friedhof so bald als möglich in städtische Regie übergeht, damit die dortigen Arbeiter und Angestellten dahin kommen, daß sie sich halbwegs ernähren können.

Stadtverordneter B u r g d o r f f : Ich möchte zu dem Berichte des Herrn Dr. Jasper noch <sup>ergänzend</sup> ~~ergebenst~~ bemerken, daß man sich darüber einig war, die Frage der Verhandlungen durch die <sup>zu wählenden</sup> ~~gewählten~~ Stadtverordneten <sup>u. Ratsmitglieder</sup> in den einzelnen Fraktionen noch einmal durchzusprechen. Nachdem dieses geschehen ist, <sup>habe</sup> ~~stelle~~ ich den <sup>zu stellen</sup> Antrag, die Zahl der Stadtverordneten entgegen der Ratsvorlage auf 5 zu erhöhen und <sup>n</sup> ~~bekenne~~ dafür gleichzeitig als Vorschlag von bürgerlicher Seite die Herren Herbst, Stukenberg und Sauerbier.

Stadtverordneter S t e g m a n n schlägt als Mitglied der gemischten Deputation Herrn Lehnert vor und Stadtverordneter S c h m e r b a n n den Herrn Stadtverordneten Dr. Jasper.

Zu der neuen Gebührenordnung äußert sich die Versammlung in zustimmenden Sinne, ebenso stimmt sie der Wahl einer gemischten Kommission zu. Für die Wahl von 5 Mitglieder<sup>n</sup> entscheidet sich die Mehrheit.

Die vorgeschlagenen Stadtverordneten Herbst, Stukenberg, Sauerbier, Lehnert und Dr. Jasper werden gewählt.

11. Bewilligung von 200 000 M zu Notstandsarbeiten  
auf der Charlottenhöhe und dem Ärkeröderfelde.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n t Meine Damen und Herren ! Der Rat der Stadt ist heute morgen der Frage nähergetreten, ob es nicht möglich wäre, zur Beschäftigung einer Anzahl Erwerbsloser eine städtische Arbeit aufzunehmen. Ich muß dazu bemerken, daß es außerordentlich schwierig ist, von unserer Seite noch irgend welche Arbeiten ausfindig zu machen. Es <sup>wäre</sup> ~~ist~~ zweifellos erwünschter, wenn andere Stellen, die besser dazu in der Lage sind, dazu übergingen, größere und umfangreichere Arbeiten aufzunehmen - ich denke dabei in erster Linie an die großen Arbeiten, die für den Bahnhofsumbau notwendig sind. Wir hatten auch gehofft, daß mit den Arbeiten für den Mittellandkanal <sup>begonnen</sup> ~~bekommen~~ würden. Ich habe vor Jahresfrist bei der Regierung angeregt, es möchte eine Anzahl Okerdurchstriche, die für einen Strichkanal notwendig sind, in <sup>Angriff</sup> ~~Anschaffung~~ genommen werden. Aber von alledem ist bislang noch nichts in Angriff genommen. Wir unsererseits könnten unsere

Tätig-

Tätigkeit lediglich auf den ~~Ober-~~ und ~~Unterirdi-~~  
schen Ausbau von Straßen ausdehnen, und in der Hin-  
sicht würde noch auf der Charlottenhöhe Gelegenheit  
gegeben sein, einige Straßen auszubauen, das heißt  
die Kanäle zu legen und die Straßebefestigungen  
zur Ausführung zu bringen. Das wird um des Willen  
in absehbarer Zeit notwendig, weil dort verschiedene  
Häuser errichtet werden sollen. <sup>Ferner</sup> ~~Früher~~ sind heute  
morgen Vertreter der Siedlungsgesellschaft Freiland  
bei mir gewesen und haben den Wunsch ausgesprochen,  
es möchte die ~~Erla~~ <sup>Erla</sup>straße auf dem Ärkeröderfelde  
ausgebaut werden, wo sie verschiedene Häuser zu er-  
richten planten. Es sind für den Ausbau von Straßen  
auf dem Ärkeröderfelde wie auf der Charlottenhöhe  
gewisse Beträge in dem außerordentlichen Voranschlag  
zur Verfügung der Städtischen Behörden bereitgestellt,  
ebenso auch in dem außerordentlichen Voranschlag  
der Kanalbaukasse Beträge für Kanalisierungen auf  
dem Ärkeröderfelde wie auf der Charlottenhöhe. Ich habe  
inzwischen mit dem Tiefbauamt Fühlung genommen und  
bin

bin in Übereinstimmung mit Herrn Stadtbaurat Menadier der Ansicht, daß ein Betrag von 200 000 M sofort zur Verfügung <sup>gestellt</sup> ~~wird~~, um hier Arbeiten in Angriff zu nehmen. Die entsprechenden Kostenanschläge für vollständige Ausführung der jetzt in Angriff zu nehmenden Arbeiten werden der Stadtverordnetenversammlung noch seitens des Rats der Stadt vorgelegt werden und Ihnen dann anheimgegeben werden, die vollständigen Mittel für diese Arbeiten zu bewilligen. Bei den 200 000 M handelt es sich lediglich um eine ~~gewisse~~ Rate, die dazu dienen soll, schleunigst ~~gewisse~~ Arbeiten in Angriff nehmen zu können.

Diese Angelegenheit ist selbstverständlich in einem Ausschusse -der Bauausschuß war wohl zuständig- nicht vorberaten worden, sondern der Rat der Stadt hat mich beauftragt, Sie unmittelbar zu <sup>ersuchen</sup> ~~versuchen~~, diesen Antrag heute schon zu ~~bewilligen~~. Ich möchte Sie bitten, diesem Ersuchen zu entsprechen.



Die Versammlung stimmt ohne Besprechung dem Antrage  
des Rats zu.

*Präsident 11)*

12. Sofortige Erhöhung der einzelnen Beträge, über  
die der Rat der Stadt selbständig verfügen kann.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Meine Damen und Herren! Sie haben vorhin unserem Antrage zugestimmt, daß vom nächsten Jahre ab der Dispositionsfonds von uns in der Weise verwendet werden darf, daß wir Beträge bis zu 2000 M aus eigener Entschließung verwenden können. Nun kam heute morgen in der Ratsitzung wieder eine Sache vor, die einen Aufwand von 400 M verursachen würden: Es sollen einige Mitglieder der Theaterdeputation zu einer Besichtigung nach Hannover entsandt werden. Da~~##~~ entstand die Frage, sollen wir wegen dieser Sache an die Stadtverordnetenversammlung gehen? Vielleicht sind Sie so liebenswürdig und ermächtigen uns jetzt schon, über die Summe hinauszugehen, die uns zur Verfügung steht. Es sind in der Regel nicht Sachen von großer Bedeutung. Wir müssen uns natürlich nach der Decke strecken, und wenn

unser

unser Fonds erschöpft ist, könnten wir nicht darüber  
~~her~~<sup>hinaus</sup> bewilligen. Ich würde auch einverstanden sein,  
wenn Sie einstweilen sagten, daß wir in unseren selbst-  
ständigen Bewilligungen bis zu 1000 M gehen dürfen.  
Es sind tatsächlich Sachen dabei, die es nicht wert  
sind, daß die Versammlung damit belästigt wird.

Die Versammlung ist mit der Erweiterung der Ermächtigung des Rats, bis 2000 M zu verwilligen, einverstanden.

13. Antrag F # a y, betreffend die Berücksichtigung  
der Gutenbergstraße bei der Müllabfuhr.

*Nach des Aut.* „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, darauf einzuwirken, daß die Müllwagen die Gutenbergstraße befahren, um nicht die dort wohnenden Parteien zu zwingen, die Müllkästen zum Madamenweg tragen zu müssen, wo sie, der Überwachung durch die Eigentümer entzogen, schon in verschiedenen Fällen gestohlen sind.“

Stadtverordneter *Fay* (Zur Begründung) Meine Damen und Herren ! Die Gutenbergstraße, die zweite Straße hinter dem Altstadtringe, ist in einer Strecke von ~~160~~ <sup>140</sup> m ausgebaut und wird von 25 Parteien bewohnt. Sie wird von sämtlichen Arten Fuhrwerk befahren, selbst große Möbelwagen wenden dort um, nur die städtischen Wagen halten es nicht für notwendig, die Straße zu befahren, sodaß die 25 Hausfrauen bis jetzt genötigt waren, die Kasten 60m weit bis zum Madamenweg zu tragen. An dieser zugigen Straßenkreuzung sind die Müllkasten, wenn sie nicht hermetisch verschlossen sind, sind.

sind, geeignet, die ganze Umgegend in Schutt und Asche zu hüllen. Ich kann mir nicht denken, daß es als richtig angesehen wird, daß zur Bequemlichkeit von 2 Müllkutschern die gesamten Parteien in Angst und Sorge leben müssen, wo ihre Müllkasten bleiben, denn dessen <sup>können</sup> ~~müssen~~ Sie versichert sein, diejenigen Kasten, die den Vorschriften entsprechen, verschwinden an dieser Ecke. Ich möchte bitten, allerseits meinem Antrage Unterstützung zuteil werden zu lassen.

Der Vorsitzende überweist den Antrag F a y  
dem Bauausschuß zur (Beratung.

*Var=)*

14. Anfrage Sauerbier, betreffend einstweilige Regelung in der Schaffung von Aufrückungsstellen.

*Nachtrag*  
*des Anfr.:* „Ist der Rat der Stadt bereit, mit dem Ausschuß der städtischen Beamten in Verhandlungen einzutreten wegen Regelung von Aufrückungsstellen, soweit sie bei dem Reiche und den Staaten vor deren endgültiger Regelung der Besoldungsgesetze stattgefunden hat.“

Stadtv. S a u e r b i e r (zur Begründung:) Meine Herrschaften! Ich glaube, ich darf mich in der Begründung meiner Anfrage kurz fassen. Ich setze voraus, daß Ihnen bekannt ist, daß der Landtag seinerzeit die Beratung des Besoldungsgesetzes für die Staatsbeamten vorgenommen hat und die vorgeschlagenen Sätze genehmigt hat. Inzwischen ist aber vom Reiche gegen einzelne Sätze Einspruch erhoben worden, weil dabei weitgehende Vergünstigungen der Staatsbeamten gegenüber den Reichsbeamten vorgekommen sind. Die Verhandlungen darüber schweben noch und ziehen sich wahrscheinlich noch lange hin. Inzwischen geht für die hiesigen Beamten viel Zeit verloren, da das

*Stadtsitzler*

Ministerium



Ministerium seinerseits bestimmt hat, daß die Gemein-  
den sich unbedingt nach den staatlichen <sup>Läpfen</sup> ~~Gesetzen~~  
richten sollen. Auf diese Weise würden die städti-  
schen Beamten noch lange auf die endgültige Regelung  
warten müssen. Um diese Zeit aber nicht ganz unge-  
nützt verstreichen zu lassen, wäre es meiner Ansicht  
nach an der Zeit, mit den Vorarbeiten für die Re-  
gelung zu beginnen, um dann, wenn vom Staat auf die  
Sache geregelt ist, für die städtischen Beamten  
gleich hinterher kommen zu können. Dazu wäre nötig,  
daß der Rat der Stadt in Verhandlungen mit dem Aus-  
schuß der städtischen Beamten eintritt, und diesem  
Zwecke soll meine Anfrage dienen.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Herr Stadtverordneter Sauerbier hat angefragt, ob der Rat der Stadt bereit ~~ist~~ist, in Verhandlungen wegen Regelung der Schaffung von Aufrückungsstellen zu treten. Die Sache ist so abgelaufen, daß die Gehaltsdeputation beauftragt war, die Verhandlungen einzuleiten. Ich habe die Gehaltsdeputation zusammen/berufen, und die hat mit Mehrheit beschlossen, einstweilen die Verhandlungen nicht zu beginnen, und zwar aus den Gründen, die der Herr Vorredner angeführt hat. Nun ist es eine eigene Sache: sollen wir gleichwohl jetzt die Verhandlungen in Gang zu bringen versuchen?<sup>2</sup> Ich persönlich stehe auf dem Standpunkt, daß es wünschenswert ist, erst die Regelung im Lande abzuwarten, aber ich bin gern bereit, die Frage|dem Rate nochmals vorzulegen. Man müßte es vielleicht so machen, daß ich persönlich mit dem Beamtenausschuß verhandle, und dazu bin ich gern bereit. Allerdings bin ich mit Arbeiten

sehr

sehr belastet, aber es wird vielleicht im Laufe der nächsten Woche möglich, doch muß ich mir sagen: Ich wenn man diese Verhandlungen einleitet, so werden sie kaum zu einem Resultate führen. Ehe wir nicht die Satzung geändert haben, können wir beim besten Willen nichts machen - diese Änderung müßte vorausgehen. Doch ich werde die Sache dem Rate vorlegen.

Stadtv. M a r t h beantragt Besprechung der  
Anfrage Sauerbier.

Der Antrag wird nicht genügend unterstützt,  
und der V o r s i t z e n d e schließt die öffent-  
liche Sitzung.

---

Schluß der Sitzung 6 1/4 Uhr.

---

1921 - 1922.

*I*  
Nr. 18.

**B e r i c h t**  
über die Verhandlungen der Stadtverordneten  
zu Braunschweig  
in deren Sitzung am 2. Februar 1922.

---

Tagesordnung

- 1) Rechnungsabschlüsse der Neustadtmühle, des Privateinrichtungsgeschäfts und des Rieselgutes für 1920 - 21.
- 2) Ausführungen baulicher Änderungen auf dem Grundstück der Neustadtmühle.
- 3) Antrag F a y , betreffend die Berücksichtigung der Gutenbergstraße bei der Müllabfuhr.
- 4) Umbau des Rinderstalles auf dem Grundstücke des städtischen Schlachthauses.
- 5) Erhöhung der Gebühren im städtischen Schlachthause.
- 6) Änderung der Satzung über Erhebung einer Vergnügungssteuer.

*Herrn Stadtbürgermeister Petenmeyer*

- 7) Erhöhung der Müllabfuhrgebühren.
- 8) Erhebung der Gemeindegewerbe- und Gemeindegrundsteuer.
- 9) Vergütungssätze für Reinigung der Schulräume.
- 10) Wahl von Beisitzern in den Landausschuß.
- 11) Anfrage S c h m e r b a c h , betreffend die Inangriffnahme von Notstandsarbeiten.
- 12) Anfrage P i e p e r , betreffend die Tätigkeit der Siedelungsgesellschaft auf der Charlottenhöhe für eine Privatfirma.
- 13) Antrag S t e g m a n n betreffend die Gewährung einer Winterbethilfe an alle Erwerbslosen  
und  
Abgabe von verbilligter Teuerung auch an unterstützte Erwerbslose.
- 14) Antrag M a a ß , betreffend Feststellung der Bedürftigkeit für die diesjährigen Schülertlassen-Spende.

Am

Am Ratstische die Herren Oberbürgermeister  
R e t e m e y e r , Bürgermeister M e y e r ,  
Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g , Stadtbau-  
rat G e b e n s l e b e n , Stadtrat S e h a p e r  
Stadtrat V o g l e r , sowie die Stadträte F ü e r -  
m a n n und P i n n o w .

Es fehlen die Stadtverordneten S i e v e r s  
und Frau G r a f .

-----

Stadtv. F r e d e : Ich eröffne die heutige  
Sitzung und mache <sup>in</sup> der ~~der~~ Versammlung zunächst bekannt  
mit einigen eingegangenen Anträgen und Anfragen.

Die Einwohner der Matenstraße haben folgende  
Eingabe an das Stadtverordnetenkollegium gerichtet:

„Da die Matenstraße trotz mehrfacher behördli-  
cher Zusagen bis heute noch immer nicht mit zweck-  
entsprechender Beleuchtung versehen ist, gestatten  
sich die ergebenst Unterzeichneten Einwohner dersel-  
ben, in Anbetracht der durch diesen Übelstand herr-  
schende<sub>n</sub> allgemeine<sub>n</sub> Unsicherheit und sonstige<sub>n</sub> infol-

ge

ge der Dunkelheit fast täglich auftretende, Mißstände hierdurch nochmals die dringende Bitte vorzutragen, die durchaus notwendige Beleuchtung doch nunmehr sofort ausführen zu lassen. In unsere Straße brennt tatsächlich keine einzige Straßenlampe und ist der jetzige Zustand einfach unhaltbar."

Es heißt in der Eingabe, daß nochmals die dringende Bitte vorgetragene werde, doch haben wir in dieser Sache noch keine Eingabe bekommen. - Ich überweise die Angelegenheit dem Bauausschuß zur Vorberatung.

Sodann ist eine sehr kraß gehaltene Eingabe mit den Unterschriften Meyer, Böse, Müller, Lange, Fricke, Meyer und Schulze eingegangen. Ich habe die Vermutung, daß diese Namen alle von demselben geschrieben sind. Es wird in dieser Eingabe Einspruch dagegen erhoben, wie die Stadt das Vorkaufsrecht ausübt. Man kann darüber zweifelhaft sein, ob man sich mit der Eingabe überhaupt ernstlich befassen soll; verlesen will ich sie nicht, weil das wahrscheinlich allzugroße Heiterkeit



keit erregen würde. Ich glaube, ich handle im Einverständnis mit den Herrschaften, wenn ich die Eingabe dem Rat der Stadt übergebe; wir hier können die Bestimmungen, die über die Ausübung des Vorkaufsrechtes bestehen, nicht ändern.

<sup>Eine</sup>  
Die Anfrage ist eingegangen von Herrn  
S c h m e r b a c h :

„Ersuche um Aufklärung, weshalb die Vorbereitungen zur Inangriffnahme von Notstandsarbeiten noch nicht eingeleitet worden sind, um dadurch die Zahl der Arbeitslosen, die sich in aufsteigender Linie bewegt, in der Stadt Braunschweig zu verringern.“

Eine Anfrage des Herrn P i e p e r hat folgenden Wortlaut:

„Bei dem Punkt 6 der vorigen Tagesordnung <sup>wurde</sup> und von dem Herrn Berichterstatter bekannt gegeben, daß die Braunschweigische Siedlungsgesellschaft

für

für die Firma Levin auf der Charlottenhöhe ein Wohnhaus errichte. Dann der Rat der Stadt Auskunft geben, ob die Siedlungsgesellschaft für Rechnung der Firma Levin dieses Haus baut oder ob hierfür der Siedlungsgesellschaft Bauteuerungszuschüsse gewährt werden."

Sodann ein Dringlichkeitsantrag des Herrn

Stegmann:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat zu ersuchen

1) schnellstens dahingehende Schritte zu unternehmen, daß dem Staatsministerium seitens des Reiches die Genehmigung zur Gewährung einer Winterbeihilfe an alle Erwerbslose erteilt wird,

2) auch an die unterstützten Erwerbslosen verbilligte Feuerung abgegeben wird."

Schließlich ein Dringlichkeitsantrag von Herrn

Maß:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Die

Die Zuwendung der Beihilfen für Schulentlassene geschieht in der Weise, daß die Bedürftigkeit bei einem Jahreseinkommen bis zu 15 000 M anerkannt wird."

Am Schlusse der öffentlichen Sitzung werden die Antragsteller Gelegenheit haben, ihre Anträge zu begründen.

Der Rat bittet, den Punkt 8 der Tagesordnung, betr. Rechnungsabschlüsse, vorweg zu behandeln. Der Herr Oberbürgermeister muß nachher die Sitzung verlassen und muß zu diesem Punkt möglicher Weise das Wort nehmen.

1. Rechnungsabschlüsse der Neustadtmühle, des Privateinrichtungsgeschäfts und des Rieselgutes für 1920-21.

Stadtv. S a u e r b i e r : Meine Damen und Herren! Die Rechnung~~n~~ der Kämmererkasse für das Jahr 1920-21 ist bislang nicht abgeschlossen, weil in einzelnen Abteilungen noch so erhebliche Beträge an Einnahmen und Ausgaben ausstehen, daß der Rat der Stadt Bedenken tragen mußte, sie bei Aufstellung der Rechnung für 1920-21 unberücksichtigt zu lassen, d.h. <sup>die</sup> in ~~der~~ Rechnung des laufenden Rechnungsjahres zu ~~übertragen~~. So ist es insbesondere noch ungewiß, welcher Teil der Besoldung der Lehrpersonen der Bürgerschulen der Stadt zur Last fällt und welchen Teilbetrag sie von dem zur Unterstützung der Gemeinden auf diesem Gebiete vom Landtage bewilligten Zuschuß erhalten. Von der Grunderwerbssteuer ist der Stadt bislang noch nichts überwiesen und der wirkliche Anteil der Stadt an dem dem Lande zufallenden Teilbetrage~~n~~ der Reichseinkommensteuer steht noch nicht fest.

fest.

Es bleibt daher nichts anderes übrig, als den Abschluß der Rechnung der Kämmererkasse noch etwas hinauszuschieben. Dagegen müssen schon jetzt diejenigen Rechnungen von den städtischen Behörden geprüft und festgestellt werden, von deren Ausfall die Gewinnbeteiligung von städtischen Beamten abhängt. Die Rechnungen der Gas- und Wasserwerke sind bereits in der Sitzung der Stadtverordneten vom 29. September 1921 genehmigt worden. Es handelt sich nunmehr noch um die Rechnungen der Neustadtmühle, des Privateinrichtungsgeschäfts und des Rieselguts.

Der Rat der Stadt hat zu jeder dieser Rechnungen nähere Ausführungen gegeben, die ich in den wesentlichen Punkten vortragen möchte.

1) Für die Neustadtmühle fehlte bislang ein Reservefonds; der Bildung eines solchen haben die Stadtverordneten in ihrer Sitzung vom 12. Dezember 1921 zugestimmt. Da <sup>nach</sup> ~~auch~~ der kameralistischen Buchführung

der

der Gewinn sich auf 178 755,58 M beläuft, so dürfte es sich empfehlen, hiervon den Betrag von 50 000 M zur Bildung eines Reservefonds zu verwenden. Der Rest bildet dann den Reingewinn und verbleibt der Kammereikasse, deren Beständen der ganze kassenmäßige Überschuß bereits zu Anfang dieses Rechnungsjahres einverleibt ist. Auch dieser Reservefonds wird <sup>wie</sup> von der gleiche Fonds der Gas- und Wasserwerke der Stadthauptkasse als Verwahrgut zu überweisen sein.

Im Haushaltsausschuß haben wir die Vorschläge für die drei genannten Werke im einzelnen beraten, und ich möchte vorschlagen, dieses Verfahren auch hier stattfinden zu lassen. Ich setze Ihr Einverständnis hiermit voraus und bitte im Namen des Haushaltsausschuß sich damit einverstanden zu erklären, daß von dem Gewinn der Neustadtmühle für 1920 - 21 der Betrag von 50 000 M zur Bildung

eines

eines Reservefonds verwandt wird.

Ohne Meldungen zum Wort, Der V o r s i t z e n-  
d e nimmt das Einverständnis der Versammlung mit  
dem Antrage des Finanzausschusses an.

(Neustadtmühle).



Stadt v. S a u e r b i e r : Der zweite Teil des Ratsschreibens | betrifft das Privateinrichtungsgeschäft. Der nach der kameralistischen Buchführung ermittelte Überschuß beträgt 159 593,77 M., dagegen der nach der kaufmännischen Gewinn- und Verlustrechnung und der Bilanz errechnete Betriebsgewinn nur 77 337,83 M., nachdem entsprechend dem Beschlusse der städtischen Behörden vorläufig 200 000 M. als Betriebsfonds zurückgestellt sind. Der im Soll der Gewinn- und Verlustrechnung und ebenso unter den Verpflichtungen der Bilanz aufgeführte Teilbetrag des Gewinns, nämlich 41 417,14 M., ist in der kaufmännischen Buchführung dadurch entstanden, daß ~~der~~ die ersten beiden Abträge auf die Schuld des Privateinrichtungsgeschäfts für von den Wasserwerken überlassenen Vorräte und Werkzeuge in den beiden ersten Jahren nach Abzweigung des Privateinrichtungsgeschäfts vom Betriebe des Wasserwerks aus den Überschüssen des

Privat-

Privateinrichtungsgeschäfts gedeckt sind. Da seine ebengedachte Schuld um diese Summe ermäßigt wurde, so hätte sie müssen als ein Zuschuß derjenigen Stelle, der der Gewinn gebührte, in Einnahme gestellt werden, was versehentlich nicht geschehen ist. Richtiger ist das jetzige Verfahren, nach dem der Abtrag in der Weise bewirkt wird, daß in der Bilanz die fragliche Restschuld alljährlich um je 20 000 M gemindert aufgeführt wird. Der Abtrag selbst erscheint zwar in der kameralistischen Rechnung als Ausgabeposten und ebenso in der Rechnung der Wasserwerke als Einnahme, dagegen wird er in der kaufmännischen Gewinn- und Verlustrechnung überhaupt nicht aufgeführt, weil es sich um einen Verlust im Sinne des kaufmännischen Rechnungswesen handelt.

Der Gewinn zu 77 337,83 M wird aus den in der Vorlage vom 1. Januar d.Js. dargelegten Gründen in der diesjährigen Rechnung in Kap. XII in Ausgabe und in Kap. XXIV in Einnahme zu stellen sein.

Jch

*Ich empfehle Ihnen auch in diesem Punkte, dem Beschlusse des Haushaltsausschusses entsprechend, sich damit einverstanden zu erklären, daß in der vorgetragenen Weise verfahren wird und insbesondere der Betrag von 200 000 M zur Beschaffung eines Betriebsfonds zurückgestellt wird.*

*Ohne weitere Besprechung. Der Vorsitzende  
nimmt das Einverständnis der Versammlung mit dem  
Antrage des Finanzausschusses an.*

Stadt v. S a u e r b i e r : An dritter Stelle haben wir über das Rieselgut zu sprechen. Die Einnahmen betrugen hier 738 693,97 M., die Ausgaben dagegen 762 977,83 M., sodaß die Rechnung mit einem vollen <sup>Fehl-</sup> Betrags von 24 293,86 M abschließt. Dabei ist aber zu beachten, daß sich unter den Ausgaben verschiedene Beträge befinden, die infolge Einrichtung der vorhandenen Wirtschaft als einmalige Ausgabe, gewissermaßen als Anlagekosten, unvermeidlich waren und daher, wenn man den Betriebsgewinn ermitteln will, unberücksichtigt bleiben müssen. Die Rieselgutsdeputation rechnet <sup>dahin</sup> ~~daher~~ die Kosten

- a) für Anschaffung von Schafen mit 68 760 M.,
- b) für Herstellung der Schafmeisterwohnung mit 16 765,82 M.,
- c) für den Ankauf von Ziegelsteinen zum Umbau und zur Neupflasterung des Kuhstalls mit 6 448 M.,

zusammen 91 973,82 M.

Die

Die Kosten für Herstellung der Schafmeisterwohnung und Ankauf von Ziegelsteinen hätten können beim Extraordinarium berechnet werden, da sie als einmalige Aufwendungen für verbende Anlagen anzusehen sind. Dasselbe gilt zwar auch von den Ausgaben für Anschaffung einer Schafherde, aber diese wird, da nur Hammel zum F~~ett~~ machen gehalten werden, alljährlich erneuert und es hätte der Erlös auch <sup>der</sup> wie beim Extraordinarium in Einnahme gestellt und somit ein Verfahren beobachtet werden müssen, das mit den Grundsätzen über Trennung der ordentlichen von den außerordentlichen Einnahmen und Ausgaben nicht vereinbar sein würde. Nun steht zwar <sup>Absetzung</sup> der ~~Absatz~~ der Kosten für Anschaffung der Hammelherde zu 68 760 M von den Ausgaben das Bedenken entgegen, daß nach der im März 1921 vereinbarten Ergänzung<sup>des</sup> mit dem Gutsverwalter abgeschlossenen Dienstvertrages nur außerordentliche Baukosten bei Feststellung seiner Gewinnbeteiligung unberücksichtigt bleiben sollen.

Aber

Aber es ist zu berücksichtigen, daß die Hammelherde, abgesehen von wenigen Tieren, alljährlich erneuert <sup>wird</sup> ~~werden~~, mithin nur der Erlös für die Wolle und für Dü Dünger sowie der Mehrerlös für die schlachtreifen Tiere in der Jahresrechnung als Gewinn erscheint; nur im Jahre 1920 - 21 steht den erstmaligen Anschaffungskosten kein Erlös für wieder <sup>veräußerte</sup> ~~erneuerte~~ Tiere gegenüber. Es dürfte daher der Billigkeit entsprechen, für dieses Jahr die Anschaffungskosten von den Ausgaben abzusetzen, weil sich andernfalls für den Gutsverwaltung<sup>er</sup> ~~überhaupt~~ überhaupt kein Anteil an dem Gewinn ergeben würde. Es kommt hinzu, daß wie im laufenden Jahre auch in dem Jahre 1920 - 21 erhebliche Mittel für Anschaffung von Milchkühen aufgewandt worden sind. Wie bei der Gewinnbeteiligung des Gutsverwalters hierbei zu verfahren ist, soll einer späteren Entscheidung vorbehalten werden. Es erschien unbedenklich, die für Errichtung einer vorhandenen Wirtschaft aufgewandten sehr erheblichen Kosten in der laufenden Rechnung zu verbuchen,

weil

weil die Rechnungen der Kämmerereikasse für die Jahre 1920 - 21 und 1921 - 22 mit Fehlbeträgen abschließen werden und diese beim Fehlen eines Ausgleichsfonds beim Extraordinarium verrechnet werden müssen. Es schlägt daher im Endergebnis nichts, ob die eine oder andere Ausgabe einstweilen im Ordinarium erscheint, obgleich ihre Errechnung beim Extraordinarium durchaus ungerechtfertigt wäre.

Der Rat der Stadt gibt anheim, die drei vorgelegten Rechnungen über die genannten Betriebe vorbehaltlich der Prüfung durch das Rechnungsbüro genehmigen zu wollen mit der Maßgabe, daß

a) von dem Gewinn der Neustadtmühle (178 755,58 M) der Betrag von 50 000 M zur Bildung eines Reservefonds verwandt wird,

b) von dem Gewinn des Privateinrichtungsgeschäfts (277 337,83 M) der Betrag von 200 000 M zur Beschaffung eines Betriebsfonds <sup>rück</sup>zusammengestellt

wird



wird - diesen beiden Punkte hat die Versammlung eben schon zugestimmt - und

c) als Überschuß des Rieselguts die Summe von 91 973,82 M - 24 293,86 M = 67 679,96 M festgestellt werden, der also in der Weise berechnet werden soll, daß von der Summe der Unkosten der errechnete Fehlbetrag abgesetzt wird.

Ich habe im Namen des Haushaltsausschusses auch betreffs des Rieselguts zu empfehlen, diesem Vorschlage des Rates der Stadt zuzustimmen.

*V o r s i t z e n d e r : Das Wort wird nicht gewünscht. - Ich bitte diejenigen, die mit den Anträgen des Rats in dieser Sache einverstanden sind, sich zu melden. (Geschieht.) Angenommen!*

2. Ausführung baulicher Veränderungen auf dem Grundstück der Neustadtmühle.

Stadtv. T o s t m a n n : Meine Damen und Herren! Die Deputation zur Verwaltung der Gas- und Wasserwerke hat beschlossen, in der Neustadtmühle eine Waschküche und eine Badgelegenheit für die dort beschäftigten Arbeiter einzurichten. Gleichzeitig hat sich herausgestellt, daß die Wohnung des Mühlenschreibers Voigt zu klein ist, und es soll nun ein Raum, der früher als Waschküche gedient hat, aber in derselben Etage wie die Wohnung des Mühlenschreibers liegt, zu einer Kammer eingerichtet werden. Es ist ein Kostenanschlag ausgearbeitet worden, der zu einer Summe von 22 700 M kommt, und der Rat der Stadt beantragt, der Ausführung der fraglichen Bauarbeiten zuzustimmen, sowie die genannte Summe zu Lasten der laufenden Rechnung der Neustadtmühle zu verwilligen.

Der Bauausschuß hat sich mit dieser Sache befaßt

und

und empfiehlt, die Ausgabe der verlangten 22 700 M zu genehmigen. Bemerken möchte ich allerdings noch, daß der Kostenanschlag schon vor einigen Monaten ausgearbeitet worden ist, sodaß die darin angegebenen Preise heute nicht mehr zutreffend sein werden und bei Ausführung der Bauarbeiten die zu verausgabende Summe um verschiedene Tausend Mark sich erhöhen wird. Es handelt sich aber um etwas *Notwendiges*, und deshalb möchte ich ersuchen, dem Antrage zuzustimmen.

Dem Antrage des Bauausschusses entsprechend beschließt die Versammlung,  
(Neustadtmühle).

3. Antrag Fay, betreffend die Berücksichtigung  
der Gutenbergstraße bei der Müllabfuhr.

Stadt v. D r e w s : Meine Damen und Herren! Der Antrag des Herrn Stadtverordneten Fay vom 12. Januar lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, darauf einzuwirken, daß die Müllwagen die Gutenbergstraße befahren, um nicht die dort wohnenden Parteien zu erzwingen, die Müllkästen zum Madameweg tragen zu müssen, wo sie, der Überwachung durch die Eigentümer entzogen, schon in verschiedenen Fällen gestohlen sind.“ Die Gutenbergstraße ist eine Verbindungsstraße zwischen Madameweg und Breitzenerstraße, ist aber noch nicht bis zur letzteren Straße hin ausgebaut. Es bestehen dort drei Wohngebäude, und die Gutenbergstraße kommt nicht als Ortsstraße, sondern als Privatstraße in Frage. Nach den Bedingungen für Fortschaffung des Hausmülls sind die Müllkutscher angewiesen, nur die Ortsstraßen zu befahren, und infolgedessen haben die Einwohner

der

3. Antrag Fay, betreffend die Berücksichtigung  
der Gutenbergstraße bei der Müllabfuhr.

Stadt. D r e w s : Meine Damen und Herren! Der Antrag des Herrn Stadtverordneten Fay vom 12. Januar lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, darauf einzuwirken, daß die Müllwagen die Gutenbergstraße befahren, um nicht die dort wohnenden Parteien zu erzwingen, die Müllkästen zum Madonnenweg tragen zu müssen, wo sie, der Überwachung durch die Eigentümer entzogen, schon in verschiedenen Fällen gestohlen sind.“ Die Gutenbergstraße ist eine Verbindungsstraße zwischen Madonnenweg und Breitzenerstraße, ist aber noch nicht bis zur letzteren Straße hin ausgebaut. Es bestehen dort drei Wohngebäude, und die Gutenbergstraße kommt nicht als Ortsstraße, sondern als Privatstraße in Frage. Nach den Bedingungen für Fortschaffung des Hausmülls sind die Müllkutscher angewiesen, nur die Ortsstraßen zu befahren, und infolgedessen haben die Einwohner

der

der Gutenbergstraße ihre Müllkästen bisher an die Ecke des Madamenneges aufzustellen gehabt. Es hat sich der Witterung wegen nicht feststellen lassen, ob die Gutenbergstraße befahrbar ist, und so ist der Bauausschuß, der sich in seiner gestrigen Sitzung mit dem Antrage des Herrn Fay beschäftigt hat, zu dem Beschluß gekommen, Ihnen zu empfehlen, den Rat der Stadt zu ersuchen, wenn die Straße befahrbar ist, den Wünsche des Herrn Antragsteller nachzukommen. Ich möchte Sie bitten, sich diesem Beschlusse anzuschließen.



**Der Antrag des Bauausschusses wird von der Versammlung angenommen.**

(Müllabfuhr — Guben Bergstr.)

#### 4. Umbau des Rinderstalles auf dem Grundstücke des Städtischen Schlachthauses.

Stadtv. M a a ß : Meine Damen und Herren! Der Erfüllung des Wunsches nach Errichtung eines städtischen Viehhofes, wie er schon lange vor dem Kriege vorgelegen hat, kommen wir bei Annahme der heutigen Ratsvorlage schon etwas näher. Auch der Blätterwald hat sich mit dieser Vorlage beschäftigt, und es wurde die Meinung ausgesprochen, es solle eine Zentrale für den Viehverkauf in der ganzen Umgegend geschaffen werden, aber damit ist doch etwas ~~da~~ nebenbei gehauen.

Es hatte sich das Bedürfnis herausgestellt, die Viehanfuhr nach der Stadt mehr zu beleben, und so ist vor einiger Zeit die Einrichtung getroffen, besondere Viehverkaufstage auf dem städtischen Schlachthofe einzurichten. Diese Einrichtung hat sich bewährt, nur genügen die vorhandenen Stallungen nur für das Vieh, da<sup>s</sup> gleich zur Abschlachtung kommt,

und

und infolgedessen ist man zu dem Plan gekommen, einen Rinderstall, der während des Krieges zur Unterbringung von Vieh für die ~~ganzen~~<sup>großen</sup> Heerschlachtungen hergerichtet worden ist, damit das Vieh damals nicht im Freien ~~herum-~~<sup>herum-</sup> laufen mußte, jetzt ~~es~~ zu einer Viehhalle ~~heraus~~ zubauen, in dem Vieh zu Handelszwecken untergestellt werden kann. Die Kosten der ganzen Ausführungen, einschließlich der Aufstellung einer Viehwage~~k~~, Herrichtung von durchlaufenden Krippen und Anbindevorrichtungen, werden sich auf rund 140 000 M belaufen, die zu Lasten der Schlachthauskasse zu buchen sind. Die Verzinsung und Tilgung der Anlagekosten würde selbstverständlich in der Auftriebsgebühr zu suchen sein, über die wir uns später noch einmal zu unterhalten haben werden.

Der Bauausschuß hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Sache beschäftigt und empfiehlt Ihnen, zuzustimmen, daß dieses Projekt zur Ausführung kommt, und dadurch mit dazu beizutragen, daß

der

der Viehhandel in der Stadt Braunschweig mehr belebt wird. Der Plan, nach dem die Bauausführung geschehen soll, hängt dort zur Einsichtnahme aus, und es wird den Herrschaften möglich sein, sich darnach ein Urteil zu bilden. Ich bitte im Namen des Bauausschusses, diesen Umbau des Rinderstalles auf dem Schlachthaus zu Handelszwecken unter Aufwendung von rund 140 000 M zuzustimmen.

Stadtv. *M a r t h* : *Meine Damen und Herren!*  
*Leider war ich gestern verhindert, der Sitzung des*  
*Bauausschusses beizuwohnen. Ich möchte deshalb*  
*noch um Aufklärung bitten, ob es so notwendig ist,*  
*diesen Umbau auszuführen, Erfahrungsgemäß sind in*  
*der letzten Zeit der Antrieb des Viehs und die*  
*Schlachtungen im hiesigen Schlachthause zurückgegan-*  
*gen, und wenn diese Erscheinung sich weiter fort-*  
*setzt, so würde ich es nicht für notwendig halten,*  
*daß man eine solche hohe Summe aufwendet. Ich bitte*  
*um Aufklärung, ob es sich in Wirklichkeit so ver-*  
*hält, daß ein Rückgang in dieser Beziehung zu ver-*  
*zeichnen ist.*

*M.*

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Allerdings ist in der letzten Zeit ein gewisser Rückgang in den Schlachtungen im städtischen Schlachthause zu verzeichnen gewesen, und zwar zu unserem großen Leidwesen; denn das hat eine gewisse unangenehme Einwirkung auf das finanzielle Ergebnis des Schlachthauses insofern <sup>gehabt</sup> ~~gewesen~~, als die Einnahmen aus Schlachtgebühren nicht unerheblich zurückgegangen sind. Wir glauben aber, daß diese Erscheinung nur eine vorübergehende sein wird. Es ist darüber im Schlachthausausschuß eingehend gesprochen worden, und man verspricht sich von der Folgezeit eine Niederbelebung dieses Geschäfts. Notwendig würde es dann aber sein, daß diejenigen Vorkehrungen getroffen werden, die notwendig sind, um Vieh zum Verkauf zu stellen. Es handelt sich bei dieser Vorlage nicht um den ~~Neubau~~ <sup>Umbau</sup> eines Stalles, sondern lediglich um den Umbau eines bereits vorhandenen Stalles. Es ist während des Krieges bei

Gelegenheit

Gelegenheit der <sup>großen</sup> ~~ganzen~~ Heerschlauchtungen unter Aufwendung geringer Mittel gebaut - der ganze Stall hat nur 30 000 M gekostet, heute würden wir 300 000 M dafür aufzuwenden haben. Es sind in der Hauptsache nur Tränkevorrichtungen einzubauen und eine Wage aufzustellen. Diese Tränkevorrichtungen müßten durchgehend sein, sodaß die Tränkung der Tiere mit Leichtigkeit vor sich gehen kann. Die Mittel für Umbau der Halle sind immerhin ziemlich erheblich, aber <sup>für</sup> ~~über~~ die Notwendigkeit der Anlagen haben sich der Schlachthausausschuß einhellig ausgesprochen; und besonders diejenigen Herren, die den Viehhändlerkreisen angehören, haben den allergrößten Wert darauf gelegt, daß die Halle fix und fertig dasteht, wenn eine Niederbelebung des Viehhandelsgeschäfts eintritt. Es werden immerhin einige Monate ins Land gehen, bis die Halle vollständig eingerichtet ist. Mit den Sachverständigen im Viehhandel glaube ich, daß die vorgeschlagene Neueinrichtung der Halle für das ganze Viehhandelsgeschäft von außer-


or-

ordentlichem Wert sein wird. Der Herr Referent hat schon darauf hingewiesen, daß die Herren Viehhändler bereit sind, eine angemessene Verzinsung und Tilgung der städtischerseits aufzuwendenden Kosten in Gestalt von Auftriebsgebühren zu zahlen, und ich glaube sogar, daß diese Einnahmen aus der ~~Benutzung~~<sup>Benutzung</sup> der Halle erheblich höher sein werden, als für die Verzinsung und Tilgung aufzuwenden sein wird. Herr Marth wird ganz beruhigt sein können, es ist in jeder Beziehung zweckmäßig, jetzt schnell diese Einrichtung zu treffen.



Stadtverordneter S t e g m a n n: Auch ich kann mich den Bedenken des Herrn Marth nicht anschließen. Sie haben eben vom Herrn Stadthaurat Gehensleben gehört, daß die Viehhändler, die demnächst die Halle benutzen, eine entsprechende Gebühr zahlen müssen, und ich bin der Meinung, daß die Gebühr so festgesetzt werden muß, daß die Stadt dabei noch einen kleinen Gewinn <sup>erzielt</sup> hat. Die Sozialdemokratische Partei hat schon seit Jahren darum gekämpft, daß ein Viehhof in der Stadt Braunschweig eingerichtet wird; hier haben wir einen Anfang davon, und das soll man unterstützen, damit Braunschweig durch einen im großen <sup>Maße</sup> stattfindenden Viehhandel einen Druck auf die Preise ausüben kann. Das kann nur im Interesse des ganzen Publikums der Stadt liegen. Das Gebäude ist vorhanden und nur verhältnismäßig geringe Kosten werden ~~dadurch~~ durch die Umbauten entstehen. Ich sehe deshalb nicht ein, daß man diesen Anfänge zu einer Viehhalle Schwierigkeiten entgegensetzen sollte, und bitte dringend, diese Vorlage des Rat anzunehmen.

Stadtverordneter M a r t h: Es ist jedenfalls nicht von allen Seiten verstanden, was ich gemeint habe. Ich habe nicht die vorgeschlagene Einrichtung an sich bekämpft, sondern nur Auskunft verlangt über die Verhältnisse, die bei der Einrichtung zu berücksichtigen sind, und ich glaube, das <sup>Recht</sup>~~Richtige~~ steht mir doch zu, in Fällen, wo ich nicht klar sehe, Auskunft zu verlangen, um ein klares Bild zu erhalten. - Ich bin einverstanden mit dem, was Herr Stadtbaurat Gebensleben gesagt hat, bin einverstanden mit der Neueinrichtung, und damit ist die Sache für uns erledigt.



Die Versammlung stimmt, entsprechend dem Vorschlage  
des Bauausschusses, der Ratsvorlage zu.

(Umbau des Rinderstalles)

5. Erhöhung der Gebühren im Städtischen Schlachthause.

Stadtverordneter B u r g d o r f f : Die fortschreitende Teuerung, insbesondere die erhebliche Erhöhung der Gehälter, Löhne und der Kohlen, haben zur Folge gehabt, daß auch eine Erhöhung der Schlachthausgebühren in Angriff genommen werden mußte. Es handelt sich bei dieser Gebühr um 7 Gruppen, die ich vorweg nennen will, um sie nicht nachher bei den Einzelheiten wiederholen zu müssen. Die Gruppe 1 umfaßt die Ochsen oder Stiere, Gruppe 2 Kühe oder junge Rinder, Gruppe 3 Pferde und Maultiere, Gruppe 4 Schweine, Gruppe 5 Kälber, Gruppe 6 Schafe und Ziegen, Gruppe 7 Hunde oder andere Schlachttiere.

Es soll erhöht werden die Stallgebühr bei Benutzung der Stallung für jeden angefangenen Tag bei Gruppe 1, 2 und 3 von 3 M auf 5 M, bei Gruppe 4 von 2 M auf 3 M, bei Gruppe 5, 6 und 7 von 1 M auf 2 M.

Die

BW

Die Gebühr für Schlachtungen, Fleischbeschau, Trichinenschau und Feststellung des Schlachtgewichts während der regelmäßigen Betriebszeit pro Pfund Schlachtgewicht für sämtliche Gruppen von 20 J auf 25 J und außerhalb der regelmäßigen Betriebszeit von 25 J auf 35 J.

Die Wägegebühr für das Wägen des Schlachtviehs, des Fleisches, der Häute oder Fettteile soll erhöht werden.

Bei den Gruppen 1, 2 und 3 von 2 M auf 3 M, für eine Hälfte von 1 M auf 1,50 M und für <sup>R</sup>~~ein Viertel~~ von 50 J auf 1 M, *ein Viertel*

Bei Gruppe 4 von 1 M auf 2 M, für eine Hälfte oder <sup>ein</sup>~~ein~~ Viertel von 50 J auf 1 M, u

bei den Gruppen 5, 6 und 7 von 50 J auf 1 M.

MM

Die

Die Freibankgebühr (für die Benutzung der Freibank) soll in Bezug auf die Kochgebühr, die für das Abkochen des Fleisches entrichtet ~~werden~~<sup>muß</sup> ~~werden~~<sup>muß</sup>, erhöht werden

bei den Gruppen 1, 2 und 3	von 12 M auf 15 M,
bei Gruppe 4	von 6 M auf 10 M,
bei Gruppe 5	von 2 M auf 3 M und
bei den Gruppen 6 und 7	von 1 M auf 3 M.

Die Verkaufgebühr bei Benutzung der Freibank soll betragen

für die Gruppen 1, 2 und 3	statt 20 M demnächst	30 M,
für die Gruppe 4	statt 8 M demnächst	15 M,
für die Gruppe 5	statt 3 M demnächst	5 M und
für die Gruppen 6 und 7	statt 2 M	5 M.

Weiter

BW

Weiter sollen auch die Gebühren außerhalb des Schlachthauses erhöht werden, und zwar für die Untersuchungen des eingebrachten Fleisches im Sinne des § 4 des Reichsgesetzes, betreffend die Schlachtvieh-Fleischbeschau vom 3. Januar 1900 in frischen oder zubereiteten Zustände (Wurst usw.) pro Pfund von 20 auf 25 Pfennig.

Der in der Gebührenordnung folgende Passus, <sup>2</sup> „Für <sup>1</sup> die Untersuchung von Fleisch und Fleischwaren, die nicht untersuchungspflichtig sind, deren Untersuchung aber auf Antrag des Besitzers <sup>durch</sup> eine der in § 39 des Schlachthausstatuts bezeichnete Stelle erfolgt, finden vorstehende Gebührensätze ebenfalls Anwendung“ soll durch das folgende Fassung ersetzt werden:

„ § 4. Fleisch im Sinne dieses Gesetzes sind Teile von warmblütigen Tieren, frisch oder zubereitet, sofern sie sich zum Genuß <sup>für</sup> von Menschen eignen. Als Teile gelten auch die aus warmblütigen Tieren hergestellten Fette und Würste, andere Erzeugnisse nur insoweit, als der Bundesrat dieses anordnet.“

Jm

Bm

Im übrigen finden in der Gebührenordnung keine weiteren Veränderungen statt.

Nachdem sich der Finanzausschuß mit der Vorlage der Gebührenerhebung im Schlachthause beschäftigt und zugestimmt hat, daß die Notwendigkeit dieser Gebührenerhöhung vorliegt, möchte ich Ihnen als Bericht-  
erstatter des Ausschusses empfehlen, dem Antrage des Rats, diese Gebührenerhöhung vorzunehmen, zuzustimmen.

*BM*



Stadtverordneter M a r t h: Meine Damen und Herren ! Vor einiger Zeit ist schon einmal die Schlachthausgebühr erhöht worden, und ich vermissen, daß der Herr Berichterstatter uns nachgewiesen hat, daß die Erhöhungen, wie sie vorgeschlagen werden, unbedingt notwendig erscheinen, daß also das Schlachthaus mit dem Einkommen aus den bisherigen Gebühren seinen Betrieb nicht decken kann. Wenn ich mir auch alles andere in der Erhöhung der Gebühren erklären kann, so doch das nicht, daß man die Schlachtgebühr selbst für das Pfund Schlachtgewicht von 20 auf 25 Pfennig erhöhen will. Ich halte die 20 Pfennig, wie sie bisher erhoben wurden, für ein reichliches Maß, und bei der augenblicklichen Teuerung wird diese Erhöhung in der Schlachtgebühr wieder eine Erhöhung der Fleischpreise zur Folge hat. Ich möchte also den Herrn Berichterstatter bitten, Auskunft zu erteilen, ob es unbedingt notwendig ist, um die Rechnung des Schlachthauses zu balancieren, daß man die Schlachtgebühr

M.

gebühr so erheblich erhöht. Wenn ich allen anderen Erhöhungen zustimmen kann, so halte ich diese Erhöhung doch für ungerechtfertigt, wenn nicht nachgewiesen wird, daß sie unbedingt notwendig ist.

A handwritten signature in black ink, appearing to be a stylized 'M.' with a small mark below it.

Stadtverordneter B u r g d o r f f: Ich habe auf diese Anfrage des Herrn Marth hin meinem Berichte hinzuzufügen, daß durch die Gebührenerhöhung verhütet werden soll, daß die schwebende Schuld der Schlachthauskasse, die 1 100 000 M beträgt, vergrößert wird. Es bleibt zu diesem Zwecke nichts anderes übrig als die Einnahmen des Schlachthauses durch die vorgetragenen Sätze zu erhöhen. Obgleich erst im Juli vorigen Jahres eine Erhöhung der Schlachthausgebühren stattgefunden hat, kommen wir nicht darum weg, diese abermalige Erhöhung zuzugestehen, denn es würde nicht berechtigt sein, durch das Bestehenlassen der ferneren Gebühren die schwebende Schuld der Schlachthauskasse noch zu vergrößern.

BW

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Es ist außerordentlich bedauerlich, daß wir damit kommen müssen, die Schlachthausgebühren zu erhöhen; es läßt sich das aber nicht ändern. Sie müssen berücksichtigen, daß die letzte Erhöhung der Gebühren im Juli vorigen Jahres stattgefunden hat, und dann bedenken, welche Lohn-erhöhungen und Kohlenpreiserhöhungen seit der Zeit vorgenommen worden sind; dann ergibt sich ganz klar, daß sich seitdem die Verhältnisse ganz wesentlich geändert haben und daß den erhöhten Ausgaben erhöhte Einnahmen gegenübergestellt werden müssen. Wir haben für das Schlachthaus ursprünglich eine schwebende Schuld von 1 400 000 M gehabt, und es war gelungen, sie auf 1 150 000 M zurückzubringen. Leider aber hat sich beim letzten Abschluß der Schlachthauskasse ergeben, daß 50 000 M bei der Kämmererkasse wieder angeliehen werden mußten, so daß die schwebende Schuld auf 1 200 000 M angewachsen ist. Wenn wir jetzt nicht dafür sorgen, daß das Schlachthaus höhere Einnahmen bekommt,

so wird die schwebende Schuld weiter vergrößert, und das geht nicht an. Ich kann die Versicherung abgeben, daß es der Schlachthausdeputation nicht leicht geworden ist, diese Gebührenerhöhung zu empfehlen, sondern daß vorher sorgfältige Berechnungen und Umfragen bei verschiedenen Städten stattgefunden <sup>haben</sup> ~~hat~~, und ~~daß~~ Bei den letzteren <sup>sich</sup> ergeben ~~hat~~, daß die Erhebung einer Schlachtgebühr von 25  $\text{S}$  pro Pfund Schlachtgewicht als außerordentlich gering anzusehen ist. Ich möchte also bitten, mit dafür zu sorgen, daß die schwebende Schuld der Schlachthauskasse nicht <sup>verschlimmert</sup> ~~verschlimmert~~ wird, und die vorgeschlagene Erhöhung der Gebühren gutzuheißen.

Dem

Dem Antrage des Finanzausschusses entsprechend  
stimmt die Versammlung der Erhöhung der Gebühren  
zu.

(Schlachthaus)

6. Änderung der Satzung über Erhebung einer Vergnügungssteuer.

Stadtverordneter S t e g m a n n: Meine Damen und Herren ! Zum dritten Mal innerhalb kurzer Zeit kommt die Lustbarkeitsteuer hier zur Beratung; nachgerade entwickelt sich diese Frage zu dem bekannten Wurm, der nicht sterben kann. Der Reichsminister hat nochmals, nachdem wir den vorher geäußerten Bedenken Rechnung getragen haben, Bedenken geltend gemacht, wie Sie sie in der Ihnen allen zugegangenen Vorlage des Rats ~~aufgefunden~~ haben werden. Es sind 3 Punkte, die er noch geändert haben will, aber er gibt auch gleich bekannt, daß der endgültigen Genehmigung nicht<sup>s</sup> mehr im Wege steht, wenn diese Änderungen erfolgt sind.

Zuerst handelt es sich darum, daß die Pauschsteuer nach § 3 Abs. 2 der Reichsrathbestimmungen nur dann anstelle der Kartensteuer erhoben werden darf, wenn dadurch ein höherer Steuerbetrag erzielt wird.

Diese

Diese Bestimmung soll aber auf Veranstaltungen im Freien keine Anwendung finden. Der Rat beantragt demzufolge in § 4 eine Einschaltung <sup>zunehmen</sup> vor. Der <sup>erste</sup> ~~Erst~~satz heißt dort „I. Die Besteuerung der nach § 1 steuerpflichtigen Veranstaltungen <sup>wird</sup> ~~werden~~ durch Erhebung einer Kartensteuer bewirkt, soweit nicht eine Pauschsteuer entrichtet wird.“ <sup>Hiernach</sup> ~~Hat auch~~ soll ~~h~~ folgendes eingeschaltet werden: „Eine Pauschsteuer ist an der Stelle der Kartensteuer zu erheben, sofern dadurch ein höherer Steuerbetrag erzielt wird. Auf Veranstaltungen im Freien findet diese Bestimmung keine Anwendung.“ Der Paragraph lautet dann weiter: „Die Entscheidung darüber, welche Besteuerung Platz zu greifen hat, steht dem Rate der Stadt zu.“ Hier soll hinter dem Worte „steht“ noch eingeschaltet werden „unter Beachtung dieser Vorschriften.“

Zweiter



Zweitens wünscht der Reichsminister der Finanzen, daß für Veranstaltungen mit künstlerischem oder <sup>volks-</sup>verbildendem Charakter Vorzugsbestimmungen getroffen werden, und das kann uns ja nur recht sein. Der Rat empfiehlt, zu diesem Zwecke in § 5 folgenden Absatz hinzuzufügen:

„IV für Vorführungen von Licht- und Schattenbildern, Puppen- und Marionettentheater<sup>n</sup>, Theatervorstellungen, Ballett<sup>n</sup>konzerte, Konzerte<sup>n</sup> und sonstigen musikalische<sup>n</sup> und gesangliche<sup>n</sup> Aufführungen, Vorträge<sup>n</sup>, Vorlesungen, Deklamationen, Rezitationen, Vorführungen der Tanzkunst, bei denen der künstlerische oder <sup>volks-</sup>verbildende Charakter überwiegt, kann der Rat der Stadt eine Ermäßigung bis zur Hälfte der Steuer gewähren, es sei denn, daß während der Veranstaltung Speisen und Getränke gegen Bezahlung verabfolgt werden oder geraucht wird.“

Drit-

Drittens wünscht der Reichsminister, daß auch für die Pauschsteuer die Vorzugsbestimmungen, wie ich sie eben verlesen habe, Platz greifen soll<sup>en</sup>, und deshalb soll der Absatz I des § 11 nach dem Antrage des Rats folgendermaßen gefaßt werden:

„I. Die Pauschsteuer (§ 4) wird nach dem der Satzung angehängten Tarif erhoben. Dabei findet die Vorschrift in § 5 Absatz 4 Anwendung.“

Der Finanzausschuß hat sich mit der Frage befaßt und <sup>e</sup>empfiehlt Ihnen, den vom Reichsminister geforderten Änderungen in der Form, wie es der Rat wünscht, zuzustimmen, damit diese Angelegenheit endlich als geregelt angesehen werden kann. „

Vor-

Vorsitzender: Eine Aussprache wird nicht gewünscht. Es bleibt uns ja auch nichts anderes übrig, als dem Wunsch des Reichsministers der Finanzen und den Bestimmungen des Reichsrats über die Vergnügungssteuer zu folgen und die Änderungen anzunehmen.

Die Versammlung stimmt den vorgetragenen Änderungen zu.

7. Erhöhung der Müllabfuhrgebühren.

Stadtverordneter S t e i n e r t: Meine Damen und Herren! Wie durch die gegenwärtige wirtschaftliche Lage überall die finanziellen Verhältnisse sich immermehr verschlechtern, so ist das auch im städtischen Marstall der Fall. Der laufende Voranschlag für den städtischen Marstall schließt mit einem Fehlbetrage von 306 000 M ab. Seit Aufstellung dieses Voranschlages hat <sup>ben</sup> sich durch das Anschwellen der Ausgaben die finanziellen Verhältnisse dieses städtischen Instituts mehr und mehr verschlechtert, so daß damit zu rechnen ist, daß ein ganz enorm~~x~~ hoher Fehlbetrag sich schließlich ergeben wird. Von den Posten die für den Marstall in Frage kommen, sind <sup>u</sup> beispielsweise

die Löhne für die Arbeiter gestiegen

von 787 000 M auf 1 732 964 M

die Kosten für die Beschaffung des Pferdefutters

von 492 750 M auf 1 138 800 M,

die Kosten des Hufbeschlages

von 33 000 M auf 104 400 M,

Die

die Kosten für Pferdebeschaffung

von 200 000 M auf 280 000 M.

Schon bei den genannten Posten stellt sich eine Mehrausgabe von 1742450 M heraus. Bei diesem ungeheuerlichen Anwachsen der Ausgaben scheint es dem Rat der Stadt nicht nur angezeigt, sondern in Rücksicht auf die Finanzlage der Stadt sogar geboten, die Gebühren für die Müllabfuhr, die einen großen Teil der Arbeiten des Marstalls ausmacht, zu erhöhen. Der Jahresertrag der Müllabfuhrgebühren ist bei dem Einheitssatze der früheren Jahre mit 120 000 M veranschlagt. Es ist bereits eine Erhöhung der Müllabfuhrgebühren vorgenommen, wonach der Jahresertrag auf das Dreifache, oder auf 360 000 M kommt. Aber auch damit kommt der Marstall nicht mehr aus und es wird deshalb vorgeschlagen eine nochmalige Erhöhung der Müllabfuhrgebühren um das Zweifache des Einheitssatzes vorzunehmen, oder den Jahresertrag mit 600 000 M in den

Vor-

Voranschlag für das laufende Jahr einzusetzen.

Der Finanzausschuß hat sich mit der Frage eingehend beschäftigt und schlägt Ihnen vor, diesen Voranschlag zu genehmigen, nach dem in den Voranschläge für das laufenden Jahr 600 000 M Einnahme für die Müllabfuhr eingesetzt werden sollen. Wenn wir zur Beurteilung dieser Erhöhung der Müllabfuhrgebühren die Vergleiche in Betracht ziehen, die uns vom Rat der Stadt zugegangen sind, so können wir feststellen, daß der Preis für das Pfund Futter um ein Bedenklisches gestiegen ist, ~~alle~~ besonders die landwirtschaftlichen Produkte sind um ein Bedeutendes in die Höhe gegangen. Der Zentner Stroh von 1,40 M auf 40 bis 45 M, der Zentner Hafer von 1 M. auf 360 M. <sup>der Rat!</sup>, der Zentner Heu von 3,75 M auf 120 M. Wenn man das berücksichtigt, so kann man ohne weiteres verstehen, daß der heutige Antrag des Rats berechtigt ist

und

und wir nicht <sup>anders</sup> ~~ändern~~ können,, als ihm zuzustimmen.  
Ich möchte also namens des Finanz<sup>m</sup>ausschusses bitten,  
die Zustimmung zu dem Ratsantrage zu erteilen, nach  
dem vom 1. April 1922 an die Müllabfuhrgebühren in  
dem fünffachen Betrage der durch die „Bedingungen“  
festgesetzten Sätze erhoben wird, damit wir mit den  
Einnahmen und Ausgaben für den Marstall wenigstens  
halbwegs auf dem Gleichen bleiben.

Bürgermeister M e y e r: Zu den eingehenden Mitteilungen des Herrn Referenten möchte ich mir nur erlauben, eine kleine Richtigstellung zu bringen. Er sagte, die Einstellung der 600 000 M ~~in den Mar-~~  
~~stall~~ sollen für das laufende Jahr erfolgen; das ist nicht unsere Absicht, <sup>mit demselben Ziel</sup> ~~gewesen, sondern sie ging dahin,~~  
die Einstellung für das kommende Finanzjahr ~~zu bean-~~  
~~tragen.~~



Stadtverordneter S t e g m a n n: Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir einige Worte zu dieser Angelegenheit. Der Herr Berichterstatter hat auf die enormen Kosten hingewiesen, die die Stadt bei der Unterhaltung des Marstalls tragen muß, und die sich in den letzten Jahren so ungeheuer gesteigert ha<sup>ben</sup>z. Die Rücksicht darauf hat auch unsere Stellung zur Erhebung der Müllabfuhrgebühr beeinflusst. Wir haben bisher stets <sup>gegen</sup> eine Erhöhung der Müllabfuhrgebühren gestimmt; wenn wir das jetzt nicht ebenso wie in früheren Jahren tun, so geschieht das nur aus Rücksicht auf die trostlose Lage der städtischen Finanzen. Wir sind der Meinung, daß alle städtischen Betriebe sich selbst erhalten müssen durch ihre Betriebseinnahmen, auch das städtische Schlachthaus, die Markthalle usw. durch die dort erhobenen Gebühren. Auf diesen Standpunkt haben wir uns immer gestellt, nur bei der Müllabfuhr haben wir das abgelehnt, da wir der Ansicht sind, daß hierbei von einem anderen Gesichtspunkte aus die Sache betrachtet werden mußte, nämlich das  
die

die Müllabfuhr auf Kosten der Allgemeinheit ausgeführt werden muß, genau so wie die Straßenreinigung. Nur die trostlosen Finanzverhältnisse der Stadt zwingen uns dazu, von diesem Grundsatz für diesmal abzuweichen und der Erhöhung der Müllabfuhrgebühren zuzustimmen, insbesondere auch deshalb, weil durch das Erträgnis der Müllabfuhr die Kosten des Marstalls noch lange nicht gedeckt sein werden.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch eins hier zur Sprache bringen. Wir haben schon oft in den Zeitungen gelesen und auch hier in der Versammlung ist mehrfach darauf hingewiesen, was für ein Skandal es ist, daß diese mangelhaften Müllgefäße auf die Straßen unserer Stadt gesetzt werden. Schon im Jahre 1912 und 1913 haben wir uns mit der Frage der Einführung eines anderen Müllabfuhrsystems befaßt, ein Wechselsack- oder Wechselkasten- System oder ein an-

deres

deres sollte genommen werden, aber der Krieg hat einen Strich durch die Sache gemacht. Trotzdem schon Proben mit dem ein<sup>en</sup> oder anderen System vorgenommen worden ~~sind~~ waren, <sup>=ke</sup> ~~könn~~ sie nicht durchgeführt werden. Auch während des Krieges haben wir uns im Marstallausschusse damit befaßt, wie es möglich wäre, zu erreichen, daß einheitliche Gefäße für die Müllabfuhr gebraucht werden. Auch davon muß wegen der trostlosen finanziellen Verhältnisse Abstand genommen werden, denn wir können unsern Einwohnern nicht zumuten, daß sie für die Müllabfuhr Zinkeimer kaufen, die jetzt 80 - 100 M kosten. Aber doch müßte dahin gewirkt werden, daß dieses bunte Durcheinander von Müllabfuhrgefäßen, wie man es namentlich in den Arbeiterstraßen zu sehen bekommt, abgestellt <sup>wird</sup> ~~wirden~~. Kasten, Eimer, verrostete Waschgefäße, Marmeladeneimer, sogar Konservenbüchsen werden für die Müllabfuhr gebraucht, und das macht einen abscheulichen Eindruck. Ich glaube es könnte durch eine energische Aufforderung eine Änderung zum Besseren herbeigeführt werden, so daß wir nicht

nicht mehr ein solches Sammelstadium wie bisher auf den Straßen zu sehen bekommen. Es wäre auch angebracht, sich mit der Bitte an die Presse zu wenden, daß durch einen Aufruf von ihrer Seite auf eine Besserung dieses Zustandes hingewirkt wird.

Stadtverordneter L e h n e r t: Meine Damen und Herren! Bei diesem Punkte möchte ich nochmals zurückgreifen auf den Antrag Fay, und möchte wünschen, daß überall aus unseren Straßen der Müll abgefahren wird und es nicht nach dem Gutdünken der Müllkutscher geht, so daß der Müll nicht abgefahren wird, wenn der es nicht will. Da müßten alle Straßen gleichmäßig behandelt werden. Wenn wir jetzt der Erhöhung der Müllabfuhrgebühren zustimmen sollen, dann muß man bedenken, daß schon nach der bisherigen Gebühr das einzelne Haus mit 16 - 20 M belastet wurde, und wenn jetzt der fünffache Betrag erhoben werden soll, so kann man sich denken, was die einzelnen Familien für Müllabfuhr bezahlen müssen - die Mieter werden meistens die Leidtragenden dabei sein. Dabei haben aber alle im Hause Wohnenden die ganze Schweinerei mit anzusehen, die von den Müllkutschern hinterlassen und nicht weggebracht wird, wie es leider gang und

Gabe

Gäbe ist. Ich habe deswegen mit dem Verwalter des städtischen Fuhrparks gesprochen und es ist mit gesagt, daß den Müllkutschern Besen und Schaufel mitgegeben wird. Aber wenn sie diese Sachen nicht benutzen, dann hat das beste Handwerk<sup>z</sup>zeug seinen Zweck nicht erfüllt. Wenn wir der Erhöhung der Müllabfuhrgebühren zustimmen, dann müssen wir verlangen, daß sie so gehandhabt wird, daß die Stadt auch dann, wenn die Müllwagen die Straße passiert haben, ein reinliches Aussehen haben und nicht sich so darstellen, als wenn sie dicht beim Scherbelberge gelegen wäre.

Hoch um eins möchte ich bitten, nämlich daß die Versammlung Stellung dazu nimmt, daß die fragwürdigen Wagen abgeschafft werden, und daß man sich endlich darüber schlüssig wird, was für ein Abfuhrsystem in Braunschweig eingeführt werden soll. Wenn ich <sup>nun</sup> auch ~~nun~~ nicht Otto - Otto bin, so weiß ich doch schon, daß der Herr Bürgermeister sagen wird: „Wir haben nicht soviel Geld, daß wir neue Wagen anschaffen können.“ Ja, diese Klage hören wir immer, aber endlich wird doch einmal zugegriffen werden müssen. Im Interesse der Einwohnerschaft liegt es nicht, wenn die Müllwagen durch die Stadt fahren und bei offenen Fenster und Türen den Hausfrauen der ganze Staub und Dreck in die Wohnung fliegt. Dann muß das Reinmachen wieder von vorn angehen. Dazu wird die hohe Müllabfuhrgebühr nicht bezahlt, sondern es soll der Müll in anständiger Weise aus den Häusern und aus der Stadt geschafft werden. Ich möchte den Rat der Stadt bitten, auch diese Frage in den Bereich seiner Betrachtungen ~~zu~~ ziehen.

Bürgermeister M e y e r : Es ist unzweifelhaft, daß die Müllabfuhr in unserer Stadt augenblicklich etwas im argen liegt, andererseits wird dem Herrn Vorredner aber auch bekannt sein, woher die Übelstände gekommen sind und woran es liegt, daß wir nicht früher haben Abhilfe schaffen können. Ich möchte <sup>hier</sup> auf ~~diese Entstehungsgeschichte~~ etwas eingehen.

Was die Müllkasten anlangt, so hat Herr Stegmann schon die <sup>offenbar</sup> gleiche Frage <sup>an</sup> die Marstalldeputation gerichtet, und hat <sup>an</sup> gerügt, <sup>die Benutzung von Müllgefäßen</sup> daß so wenig angemessene <sup>mit Hilfe</sup> Gefäße, <sup>in einem mit Draht</sup> auf der Straße stehen. Es ist ~~seinerzeit~~ auch schon eine diesbezügliche <sup>öffentliche Aufforderung</sup> Bekanntmachung an die Einwohnerschaft ergangen, aber unsere Einwohner richteten sich heute nicht mehr in dem Maße nach den Nun-



zur Befreiung des Mißstandes

Wünschen des Rates, wie es (notwendig wäre, und so  
~~haben wir keine Besserung in dieser Beziehung bemerken~~  
~~können~~. Ich bin aber gern bereit, die Bekanntmachung  
zu wiederholen und auch auf die Presse einzuwirken,  
damit sie in ihrem lokalen Teile eine entsprechende  
Aufforderung erläßt. Mehr in dieser Sache zu tun,  
ist die Deputation und der Rat kaum in der Lage.

Was die Beschmutzung der Straßen bei der Ent-  
leerung der Müllgefäße durch das Fuhrpersonal an-  
betrifft, so ist das eine Klage, die Herr Lehnert  
schon früher vorgebracht und uns Anlaß gegeben hat,  
das gesamte Personal eindringlich zu vermahnen, ~~ei-~~  
~~nen derartigen Übelstand nicht eintreten zu lassen,~~

sondern

~~sondern in jeder Beziehung ordnungsgemäß ihren Dienst~~  
~~zu versehen.~~ Es bleibt ~~im Wiederholungsfall~~ nichts  
weiter übrig, als <sup>bei andauerndem Hagelsturm</sup> wenn die Leute sich ~~harthörig~~  
~~und dickfällig zeigen, nach vorangegangener Androhung~~  
~~solche Leute~~ zu entlassen. Mehr wie ~~in dieser Bezie-~~  
~~hung~~ ermahnen, kann die Deputation nicht, und das  
ist ausreichend geschehen, ~~nicht einmal oder dreimal,~~  
~~sondern unzählige Male.~~

Betreffs der Müllwagen hat Herr Lehnert darin  
recht, daß ein großer Teil der Müllwagen abgängig  
ist und <sup>bei</sup> nicht mehr benutzt werden kann. Es sind we-  
gen der Beschaffenheit der Wagen <sup>man</sup> seitens der Kin-  
wohnerschaft und <sup>man</sup> seitens der Polizeidirektion Be-  
schwerden eingegangen, und die Deputation wie der  
Rat

Minogramm  
- 70 -

Rat der ~~Kfz~~ Stadt haben sich schon ~~seit Monaten~~  
mehrmals mit der Frage <sup>beefaßt</sup> (befaßt, ob man, ehe man zu  
~~einen neuen System übergeht, nicht doch einen Er-~~  
~~satz der wirklich abgängigen Müllabfuhrwagen beschafft,~~  
~~so daß eine Anzahl neuer, den bisherig<sup>n</sup> gleichartigen~~  
~~Wagen in den Betrieb eingestellt werden. Aber die~~  
~~Bedenken dagegen waren im Rat so groß, daß man sich~~  
~~nicht dazu verstehen konnte, bevor die Frage des~~  
~~neuen Systems nicht geklärt ist. Die Entscheidung~~  
~~darüber freilich, ob <sup>das</sup> möglich, - <sup>einmal</sup> ~~einmal~~ <sup>England</sup> ~~England~~,~~  
~~dieser Frage war schon vor dem Kriege so weit geför-~~  
~~dert, daß Vorbereitungen getroffen waren, um Ver-~~  
~~suche mit dem in Aussicht genommenen System zu ma-~~  
~~chen, und~~ <sup>sein neues Abfaß einführen.</sup> ~~ich hoffe, daß wir bis zur nächsten Stadt-~~

ver-

# Minogramm

- 71 -

verordnetensitzung soweit gekommen sind, daß wir  
Ihnen eine Vorlage machen können zur Bewilligung ~~von~~  
~~der Mittel~~ <sup>für einen</sup> Versuch mit dem Wechselkastensystem  
~~zu machen.~~ <sup>minen</sup> Ohne ~~derartige~~ Versuch in der Stadt Braun-  
schweig selbst werden wir nicht abkommen; das Wech-  
selkastensystem ist bereits in einer Reihe großer  
Städte eingeführt, <sup>und</sup> ~~ist~~ <sup>wohl z. H.</sup> (das beste System, ~~welches~~  
~~wir haben.~~ Es verbürgt Reinlichkeit im Hause und  
~~bei dem Aufladen der Gefäße auf den Wagen, man kann~~  
~~sagen, daß dieses System fast einwandfrei ist, (die~~  
~~Frage ist nur die, ob die entstehenden Kosten nicht~~  
~~zu groß sind, daß gegen seine Einführung Bedenken~~  
~~getragen werden müssen. Das wird aber der Versuch~~  
~~lehren, und in Kürze werden wir uns weiter darüber~~  
~~zu unterhalten haben.~~

Rat der Stadt haben sich schon mehrmals mit der Frage des Ersatzes befaßt. Man möchte indessen vorher eine Entscheidung darüber herbeiführen, ob es sich nicht empfiehlt, - und <sup>folgt vor ihm Frage</sup> wie es geplant, - ein neues Abfuhrsystem einzuführen. Ich hoffe, daß wir bis zur nächsten Stadtverordnetensitzung soweit gekommen sind, daß wir Ihnen eine Vorlage machen können zur Bewilligung von Mitteln für einen Versuch mit dem Wechselkastensystem. Ohne einen derartigen Versuch in der Stadt Braunschweig selbst werden wir nicht abkommen; das Wechselkastensystem ist bereits in einer Reihe großer Städte eingeführt, - es ist wohl zur Zeit das beste System. Entgegen steht nur das eine Bedenken, daß die Kosten verhältnismäßig groß sind.

Stadt v. Dr. S e h u l t z e : Meine Damen und Herren! Ich wollte auf einen Mangel hinweisen, der nicht auf das System, sondern auf die Handhabung des Systems zu schieben ist, das ist die Überfüllung der Müllwagen. Am Montage um 12 Uhr sah ich auf der Hildesheimerstraße einen Müllwagen, der vollkommen überfüllt war, und die Leute versuchten, den Müll auf dem Wagen mit den Beinen zusammenzudrücken. Aber so kompressibel war der Stoff nicht, daß damit etwas erreicht wurde. Ich ging zu den Leuten und machte sie darauf aufmerksam, daß es unmöglich wäre, noch mehr auf den Wagen zu laden. Aber die Leute antworteten: „Das muß herein!“ und dabei glich die ganze Straße schon einem Kehrichthaufen. Genau dasselbe habe ich auf der Glückstraße beobachtet. Dort handelte es sich um einen offenen Wagen, und jedesmal wenn aufs neue Müll eingeschüttet wurde, fiel an der anderen Seite genau ebensoviel vom Wagen herunter. In der Winterzeit, wo viel Müll weggeschafft

schafft werden muß, müßte irgendwie Abhilfe geschaffen werden, indem größere Wagen eingeführt werden. Es war den Leuten selber unangenehm, daß sie den Müll nicht mitnehmen konnten. Was dem System zur Last fällt, dagegen können wir nichts ausrichten; die Zeit ist verpaßt. Bereits vor dem Kriege ist über diese Frage verhandelt, und damals hätte sie rascher erledigt werden müssen.

Stadt v. N e s s e n i u s : Wenn man auch im großen und ganzen nicht sagen kann, daß die Stadt Braunschweig kulturell zurücksteht, so muß man doch zu diesem Urteil kommen, wenn man die Müllwagen ansieht. Das liegt daran, daß früher versäumt wurde, ein anderes System einzuführen und heute haben wir darunter zu leiden. Aber wenn man wegen der hohen Kosten nicht vollständige Abhilfe der Mängel schaffen kann, so könnte man doch eine billige und einfache Sache einführen, indem man für jedes Haus nur einen einzigen großen Müllkasten anschaffte, der der Größe des Hauses entspricht. Dann haben Sie die unreine Wirtschaft wenigstens nur einmal vor jedem Hause, wenn der Müllkasten ausgeschüttet wird. Es würde zur Reinhaltung der Straßen wesentlich mit beitragen, wenn nicht jedesmal vor jedem Hause 2-6 oder 8 Kästen aufgestellt und ausgeschüttet werden müßten. Die Kosten für diese Einrichtung ließen sich abwälzen auf die Hauswirte und Mieter jedes Hauses.



*Hauses. Ich bitte, die jetzt so oft sich zeigende  
Schweinerei vor den Häusern in dieser Weise etwas  
zu mildern.*

Stadt v. L e h n e r t ! Meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal das betonen, worauf Herr Dr. Schultze hingewiesen hat, nämlich daß die Wagen häufig überfüllt sind und daß namentlich die Straßen am unglücklichsten daran sind, nach denen der Abfuhrwagen zuletzt hinkommt, mag es nun im Osten, Westen, Süden oder Norden der Stadt sein. Das habe ich bei unserer Karl Schmidtstraße ganz deutlich beobachten können. Kam der Wagen zu uns zuerst, dann blieben die Straßen einigermaßen rein, kam er aber zuletzt, so hatten wir das Schauspiel, das Herr Dr. Schultze skizziert hat.

Wenn Herr Nessenius meinte, eine Besserung würde eintreten, wenn für jedes Haus nur ein Müllkasten genommen würde, dann wäre es gut, wenn er einmal vierzehn Tage lang Müllkutscher wäre. Die Gefäße würden <sup>(bei einem solchen System)</sup> dann so schwer, daß die Müllkutscher jeden Morgen 1 1/2 Pfund Schiergehacktes und ein halbes Dutzend Eier essen müßten, um die Müllgefäße auf den Wagen heben zu können.

Die

Die Sünde, deren Folgen wir jetzt zu tragen haben, ist vor dem Kriege begangen. Da hat man wochen- und monatelang wegen des Systems der Müllabfuhr beraten und ist nicht zum Schluß gekommen. Nachher, als der Krieg gekommen war, war es mit der Einführung eines neuen Systems zu spät. Eins aber ist gewiß: Wenn wir mit einer Fuhre nicht abkommen, dann müssen Sie, Herr Bürgermeister, als Dezernent Order geben, daß zweimal gefahren wird. Die Einwohnerschaft hat das Recht, zu fordern, daß der Müll in entsprechender Weise fortgeschafft wird, nicht aber soll es immer heißen, „zahlen!“ und den Staub und Dreck mag die Einwohnerschaft einschlucken.

Bürgermeister M e y e r : Ich erkenne an,  
daß an allen diesen Vorwürfen etwas Wahres ist,  
gleichwohl möchte ich die Schuld daran nicht an dem  
Rat und der Verwaltung der Müllabfuhr sitzen lassen  
= <sup>sie</sup> ~~besonders~~ liegt ~~es~~ an den augenblicklich unglück-  
seligen Verhältnissen. Die Stadtverordnetenversamm-  
lung hat sich schon vor dem Kriege mehrmals mit  
der Frage beschäftigt, ob das eine oder das andere  
neue System gewählt werden sollte und ist nicht zum  
Beschuß gekommen. Es ist nicht ein, sondern es sind  
~~vielleicht~~ vier Systeme von der Stadt geprüft, es sind auch  
Probewagen eingestellt für verschiedene Systeme,  
und es hat sich dabei ergeben, daß ~~diese Art der~~  
~~Wagen nicht unserm Ideal entsprach~~. Wir haben  
nach

nach etwas Besserem gesucht und haben als das beste System ~~für uns~~ das schon erwähnte Wechselkastensystem erkannt, ~~haben aber schon damals Bedenken getragen, es offiziell zur Einführung zu empfehlen, weil die Kosten der Einführung uns schon derzeit als zu hoch erschienen.~~ Wir haben aber auch das <sup>in</sup> von Hannover <sup>eingeführt</sup> ~~empfohlene~~ Wechselkastensystem <sup>sich</sup> geprüft, und die Stadtverordnetenversammlung ~~haben~~ es für richtig gehalten, <sup>auf Hannover zu fahren und</sup> <sup>beeinflusst</sup> sich an Ort und Stelle von der Güte dieses Systems zu überzeugen. Man kann also nicht sagen, daß ~~damals~~ die städtischen Behörden geschlossen haben, ~~aber die Stadtverordnetenversammlung und der Magistrat haben sich für verpflichtet gehalten, in dieser vorsichtigen und gründlichen Weise~~ zu

~~zu arbeiten. Das Ergebnis aller dieser Verhandlungen ist gewesen, daß die Stadtverordnetenversammlung der Ansicht war, daß das hannoversche System sei~~  
~~nicht zu empfehlen, sondern es sei auf das Wechselkastensystem zurückzugreifen. Aber man konnte auch~~  
~~damals schon erkennen, daß die Kosten eines neuen Systems so hoch werden würden, daß sie die Stadt~~  
~~nicht allein tragen konnte. Eine Müllabfuhrgebühr~~  
~~haben wir damals noch nicht erhoben, sondern damals~~  
~~zahlte die Stadt alles. Auch damals wurden alle~~  
~~die Klagen über die Abfuhr als berechtigt anerkannt~~  
~~und es wurde eifrig darauf hingearbeitet, Abhilfe~~  
~~zu schaffen. Ich vermute, daß damals die Einführung~~  
~~des~~

Leistungsfähiges Müllabfuhrsystem

*Thomx Klux*  
- 79 - 80 -

nach etwas Besserem gesucht und haben als das beste System das schon erwähnte Wechselkostensystem erkannt. Wir haben auch das in Hannover eingeführte Wechsel-sacksystem geprüft, und die Stadtverordneten haben es für richtig gehalten, nach Hannover zu fahren, und sich an Ort und Stelle von der Brauchbarkeit dieses Systems zu überzeugen. Man kann also nicht sagen, daß die städtischen Behörden geschlafen haben. Das Ergebnis aller Verhandlungen ist gewesen, daß die Stadtverordneten der Ansicht waren, daß die Versuche fortgesetzt werden möchten. Ich vermute, daß damals die Einführung des Hannoverschen Wechsel<sup>sack-</sup>systems,

*Jamin*

min auf des Wechselkastensystems in der Hauptsache deshalb  
abgelehnt wurde, weil im Hintergrunde die Einführung  
einer <sup>in der Einfuhr</sup> Müllabfuhrgebühr stand. Inzwischen ist diese  
Gebühr <sup>aufgekommen</sup> ~~noch gekommen~~, und ~~die Herrschaften werden~~  
~~sich hoffentlich auch dafür erklären, daß sie er-~~  
~~höht wird, da wir ohne das nicht auskommen können.~~

Nun die beiden Sonderklagen. Die Klage wegen  
der Überfüllung der Wagen ist nicht neu; sie hat  
wiederholt Anlaß gegeben, das Personal streng an-  
zuweisen, die Abfuhr abzuschließen, wenn der Wagen  
gefüllt ist und eine Meldung zu machen, damit ein  
neuer Wagen ausfährt. Meine persönliche Ansicht in  
dieser Sache ist, daß die Schuld hier mit an der



8-stündigen Arbeitszeit liegt. Es will keiner über die Zeit hinaus arbeiten, die Meldung unterbleibt und es wird versucht, auf den Wagen zu packen, was nur irgend möglich ist. Man hat keine Lust wegen der 2-3 Häuser wieder auszufahren, denn das kostet viel Zeit. <sup>dy</sup> ~~Jedenfalls~~ halte ich diese Klage für begründet und werde Anlaß nehmen, dem Marstallinspektor <sup>vorzut</sup> ~~eine~~ entsprechende Instruktion zu erteilen.

<sup>Einführung</sup> Was die ~~Verwendung~~ der größeren Kasten anlangt, <sup>bedeutet die Einführung</sup> ~~so wäre das schon ein~~ <sup>man</sup> ~~anderes~~ System. Herr Lehnert

hat recht: Wenn die großen Kasten genommen werden, <sup>dann man</sup> dann ~~läßt sich~~ das Herausschaffen derselben <sup>das sich</sup> nicht ~~in~~ <sup>in</sup> ~~so einfachen~~ <sup>so einfachen</sup> ~~bewerkstelligen.~~ Es müßten Griffe oder

~~Henkel an den Kästen angebracht werden, in die an~~

Riemen

# Manogramm

- 83 -

an Tragen ~~findliche Haken~~ gehängt werden können, so  
daß solche Gefäße <sup>zum Auspacken des Inhaltstheils</sup> von einem oder zwei Leuten getra-  
gen werden können. Sie sagen: so <sup>sehen</sup> <sup>manchmal</sup> schlicht die heu-

tige Einrichtung ist, ~~so ist es doch nicht ganz~~

leicht, eine Änderung in der Weise herbeizuführen,

daß keine großen Kosten entstehen und doch allen

genügend Ausdruck <sup>gegeben</sup> <sup>finden</sup> <sup>lassen</sup> <sup>können</sup>.  
Ihre Wünschen genügt wird.

*Kornblum*

- 83 -

an Tragtemen von dem Personal der Müllabfuhr hinaus  
getragen werden. Sie sehen: so mangelhaft die heu-  
tige Einrichtung ist, so schwer ist es, eine allen  
Wünschen gerecht werdende Änderung herbeizuführen.

Stadt. Frau G ö t z e : Die Klagen, die vorgebracht sind, kann ich als Hausfrau in jeder Beziehung unterschreiben, aber ich möchte doch vermieden wissen, daß als Ergebnis der heutigen Beratung herauskommt, daß in der Zeitung eine Verordnung erscheint, wonach nur vorschriftsmäßige Gefäße herausgesetzt werden dürfen. Obwohl ich anerkenne, daß es richtig

ist, wenn Herr Lehnert sagte, daß die so verschiedenartig gestalteten Müllgefäße einen abscheulichen Anblick gewähren, so muß man doch in Berücksichtigung ziehen, wie furchtbar teuer die vorschriftsmäßigen Müllgefäße sind, und außerdem muß <sup>man</sup> daran denken, daß die Müllkutscher von den Hausfrauen besonders gefürchtet sind, weil sie die Müllgefäße so miserabel behandeln. Ehe Sie an eine Systemänderung denken, möchte ich bitten, in dieser Hinsicht ein bißchen „liberal“ zu sein und die verschieden geformten Gefäße zu dulden. Ich glaube, einen einfachen Kasten, der nicht einmal besonders haltbar ist.

ist, kann man heute nicht unter 100 Mark kaufen, und Herr Lehnert wird auch nicht der sowieso geplagten Hausfrau eine so große Ausgabe zumuten. Wie gefürchtet diese Männer vom Müllwagen sind, kann man daran sehen, daß, als sie neulich in unser Haus kamen, um zum neuen Jahre zu gratulieren - ich glaube, es ist nicht einmal erlaubt - man sich allgemein sagte: „Gib man etwas, denn tust du es nicht, dann hast du bald lauter entzweigestoßene Mülleimer.“ Allerdings haben sie sich nach mir doch nicht heraufgewagt, wahrscheinlich weil sie bei mir als Stadtverordnete nicht anklopfen wollten. Aber beobachten Sie einmal, wie die Leute mit den Mülleimern umspringen. Ich hatte einen ganz anständigen Mülleimer, aber Beulen hat er jetzt an allen Ecken. Die Wirtschafft vor den Häusern, wo der Müll nach dem Wegfahren der Müllwagen zerstreut liegt, finde ich himmelschreiend. Ich meine, Herr Bürgermeister, da müßte irgend ein Aufseher, nachdem die Wagen ab-

ge-

gefahren sind, eine Kontrolle ausüben; mit dem bloßen Ermahnen ist da nichts zu machen, aber durch Aufsicht ließe sich in der Sache doch etwas erreichen.

Hadv. Schmerbach:

Meine Damen und Herren ! Ich bin jedenfalls der letzte, der sich für das gegenwärtige System der Müllabfuhr einsetzen will, aber ich habe das Glück oder auch das Unglück, Mitglied der Mülldeputation zu sein und habe deshalb Gelegenheit, einen Einblick in die Verhältnisse zu tun. Solange das gegenwärtige System nicht beseitigt und ein besseres eingerichtet ist, müssen wir mit den jetzigen Verhältnissen rechnen. Es ist richtig, daß der Rat der Stadt schon eine Bekanntmachung erlassen hat, daß dahin gewirkt werden solle, daß die Gefäße für die Müllabfuhr nicht so kunterbunt aussehen. Das ist auch wünschenswert im Interesse der Leute, die mit diesen Gefäßen umzugehen haben und die durch die Beschaffenheit der Gefäße belästigt werden. Ich habe mich schon manchmal gewundert, daß die Müllkutscher solche abnormen Gefäße, die keine Handhabe haben und ziemlich schwer sind, nicht einfach stehen gelassen haben und einfach weiter gefahren sind.

Aber

Aber was macht dann ein rabiater Besitzer eines solchen Müllkastens? Er trägt ihn nicht ins Haus zurück, sondern kippt ihn auf der Straße aus, dann ist er seinen Inhalt los. Das System, wie es gegenwärtig bei uns besteht, ist nicht das schlechteste, aber es krankt daran, daß nicht die bedienende Mannschaft die Kästen beizuschüttet, sondern daß die Wagen in einem solchen Zustande sind, daß sie nicht dicht halten und auf der Straße einen Teil ihres Inhalts verlieren und dadurch kommt zum großen Teil die Schweinerei auf den Straßen nach dem wegfahren des Wagens. Diese Frage der schlechten Beschaffenheit der Wagen hat die Mülldeputation im vorigen Jahr beschäftigt und es ist unter dem Vorsitz des Herrn Bürgermeisters Meyer in der Deputation beschlossen worden, 10-12 neue Müllwagen für diejenigen, die so weit heruntergekommen sind, daß sie absolut ersatzbedürftig sind, anzuschaffen, aber diesen Antrag hat der Rat der Stadt mit Rücksicht auf die bevorstehende Einführung eines neuen



neuen Systems abgelehnt. Nach Verlauf eines weiteren Jahres sind nun die Wagen nicht besser geworden, und ich habe mich in einer der letzten Deputationsitzungen dahin geäußert, daß der Rat jedenfalls besser getan hätte, wenn er die 10-12 Wagen trotzdem beschafft hätte, denn ehe das neue System zur Einführung kommt, wären auch die neubeschafften Müllwagen wieder verbraucht gewesen. Nun hat man die Absicht, die Abholung des Mülls durch einen Motorwagen mit Anhänger stattfinden zu lassen und dabei das sogenannte Wechselkastensystem anzuwenden, bei dem die gefüllten Gefäße von Hofe durch die Leute herausgetragen und leere dafür ins Haus gebracht werden, so daß die Unreinlichkeit auf der Straße vollständig vermieden wird und auch die Müllkasten nicht stundenlang auf der Straße stehen und der Staub <sup>(durch den Wind)</sup> auf den Straßen zerstreut wird, ehe der Inhalt in die Wagen ausgeschüttet wird. Das System ist gut, aber es ist außerordentlich teuer. Und weiter handelt es sich nur um einen Versuch mit einem Wagen. Man würde vielleicht

leicht einige Str<sup>a</sup>ßenzüge probeweise damit versehen und sich auf einen Teil der Stadt beschränken müssen, aber während der Zeit, daß dieses System ausprobiert wird und sich bewähren kann, müssen die alten Müllwagen noch weiter laufen. Wenn sie nun zusammenbrechen, was macht dann die Stadt - stellt sie dann überhaupt die Müllabfuhr ein? Dann ist doch nichts mehr zu machen möglich; ein kleiner Vorwurf kann also dem Rat der Stadt doch nicht erspart bleiben. Es ist ähnlich so, wie mit der Braunschweiger Straßenbahngeschichte. Wer einigermaßen zu Jahren gekommen ist, wird sich da an erinnern, wie das angepriesene System mit den Locomotoren in den Schienen hier eingeführt worden ist und wie man dann zu dem normalen System übergegangen ist. Da sollte Braunschweig etwas ganz besonders Schönes und Praktisches haben - vielleicht könnte es auch mit der Müllabfuhr so gehen! Wenn auch die jetzige Müllabfuhr viel zu wünschen übrig läßt, so hätte man sollen die 10 neuen Wagen doch ruhig anschaffen.

Sodann

Sodann müßte bekannt gegeben werden, daß nicht alle möglichen Gefäße als Müllgefäße herausgestellt werden dürfen. Die Abfuhrleute haben ihre Last damit, wenn sie den kleinsten Konserventopf oder jedes alte Kaffeegeschirr bei der Abfuhr berücksichtigen müssen. Dabei will ich nicht beschönigen, was Frau Goetze angeführt hat, daß die Leute zuweilen sich ungebührlich beim Ausschütten der Gefäße betragen und sie fahrlässigerweise beschädigen. Dem muß gesteuert werden. Aber im großen und ganzen muß man sich mit den Schäden des alten Systems abfinden, da nun einmal vom Rat der Stadt vorgesehen ist, ein neues System versuchsweise einzuführen und muß sich nur bemühen, die Schäden des alten Systems nach Möglichkeit zu beseitigen.

Stadt v. N e s s e n i u s: Es wird von vielen Seiten versucht, den guten Ruf Braunschweigs zu heben und der Versuch hat auch in diesem Punkt einmal wieder eingesetzt, und das will ich auch gern anerkennen. Wenn man aber behauptet, daß ein Müllgefäß, das von dem Hausbesitzer oder von der Mehrzahl der Hausbewohner zu gemeinsamer Benutzung angeschafft ~~wird~~, so schwer werden würde, daß es zwei Leuten schwer würde, ~~selbst~~ ein Gefäß zu bedienen, so ist das irrig. Ich erinnere an die Müllgefäße in Berlin, wo sie gewaltig groß sind. Dort machen 2 Leute mit einem einzigen Griff die Entleerung des Kastens für das ganze Haus. So etwas ist bei den vielen kleinen Behältern für jedes Haus unmöglich, da müssen sie oftmals zugreifen. Mit allzugroßer Sparsamkeit ist uns auch nicht gedient. Die Anschaffung der Kasten ist eine einmalige Ausgabe, die von vielen Familien zusammen getragen wird, während sie die bisherigen kleinen

Behälter

Behälter immer noch für sich im Hause benutzen können, <sup>aber</sup> ~~während~~ unten im Hofe der große Behälter aufgestellt und vom ganzen Hause benutzt wird.

Wenn man also den Einwurf gegen meinen Vorschlag unter die Lupe nimmt, so stellt sich heraus, daß er nicht stichhaltig ist.

Stadtv. S t u k e n b e r g: Ich weiß nicht, ob noch weitere Wortmeldungen vorliegen. (Wird vom Vorsitzenden bejaht.) Dann möchte ich bitten, die Aussprache über diesen Punkt zu schließen. Vom Rat der Stadt ist angekündigt, daß wir in der nächsten Sitzung uns mit einer Vorlage, betreffend die Einführung eines neuen Müllabfuhrsystems zu beschäftigen haben werden. Dann wird die Frage aufs neue wieder aufgerollt und manches wiederholt werden, was heute vorgebracht ist. Ich beantrage deshalb für heute Schluß der Besprechung.

Die Versammlung stimmt dem Antrage auf Schluß der Besprechung zu und nimmt darauf die ~~die~~ beantragte Gebührenerhöhung für die Müllabfuhr an.

8. Erhebung der Gemeinde Gewerbe- und  
Gemeinde-Grundsteuer.

Stadt v. M u n t e: Meine Herrschaften ! Das Anschreiben des Rates vom 23. Januar an die Stadtverordneten ist Ihnen allen zugegangen. Der am 22. Januar zu Ende gegangene Landtag hat das Gewerbesteuergesetz vom Januar 1909 und andere Landesgesetze über die gewerbliche Besteuerung geändert, und dabei sind Erhöhungen in der Steuer für bestimmte Gruppen der Gewerbetreibenden herausgekommen. Der Rat der Stadt hat dieses neue Gesetz, das ich nicht einmal gelesen habe, sicherlich mit dem Eifer verfolgt, den <sup>er</sup> es gilt, aufzuwenden, wenn irgendwo etwas herausgeschlagen werden soll; das ist sicherlich lobenswert, und das Resultat seiner Arbeit haben wir nun in der heutigen Vorlage. Sie ist mehrere Seiten lang und ich will nur in der Kürze daraus anführen, daß der Landtag diese Gewerbesteuer Gesetze nicht gänzlich abgeändert hat, sondern nur in dem Punkt, wo es sich um einige Gruppen



Gruppen von Gewerbetreibenden handelt, nämlich für diejenigen Gewerbebetriebe, bei denen die Zahl der Gehilfen (wie bei den Handwerkern), die Zahl der Pferde, Maultiere und Esel (wie bei den Tierverleihern, Lohnkutschern usw.) die Zahl der Webstühle oder die Zahl der Pressen für Buchdrucker und ähnliche Gewerbe für die Festsetzung der Steuer maßgebend ist. Während bisher für die genannte-n Gewerbebetriebe eine ungemein niedrige Besteuerung stattgefunden hat, hat der Staat jetzt die Besteuerung auf das Dreifache erhöht, von 25 auf 75 %. Der Rat der Stadt ist der Meinung, daß wir dieser Maßnahme folgen, um die Finanzen der Stadt aufzubessern. Von der Stadt waren schon früher 100% der Steuer erhoben und es soll dem Vorgehen des Staat-es entsprechend diese Steuer auf das dreifache, also auf 300% gesetzt werden.

Diese Angelegenheit ist im Finanzausschuß besprochen worden und mit großer Mehrheit ist der Vorschlag des Rates der Stadt angenommen worden, daß also für das Rechnungsjahr 1921 an Gemeindegewerbesteuer 100

v. H.

v.H. des staatlich veranlagten Tarifsatzes, bei den in § 4 Absatz 2 Ziffer I-IV des Gewerbesteuergesetzes erwähnten Gruppen aber 100 v.H. des auf das Dreifache des Tarifes vom Staate erhöhten Satzes erhoben werden.

Bezüglich der Gemeinde-Grundsteuer hat der Landtag durch das Gesetz vom 10. Januar d. Js. bestimmt, daß für das Rechnungsjahr 1921 zu der regelmäßigen staatlichen Grundsteuer von 2,5% des Grundsteuer-Kapitals ein ~~ein~~ Zuschuß von 15 v.H. des Grundsteuer-Kapitals erhoben werden soll, von dem die Wohnhäuser in den Städten frei bleiben. Der Rat der Stadt will nun nicht seinerseits diese Grundsteuer noch erhöhen, sondern will lediglich, daß die von uns schon früher beschlossene Grundsteuer (25 statt früher 12 1/2% des Steuerkapitals) in ihrem vollen Umfang bestätigt wird, und wünscht diese Bestätigung, damit später keine Bedenken gegen die Ausschreibung dieser Steuer erhoben werden. Es werden also nach § 2-5 des Statuts Nummer 17 vom 24. Oktober 1901 herangezogen

1. die Wohnhäuser in der Stadt Braunschweig  
staatseitig mit 2,5 v.H., stadtseitig mit  
25 v.H. des Grundsteuerkapitals,
2. die sonstigen staatlich zur Grundsteuer heran-  
gezogenen Grundstücke (Liegenschaften) staat-  
seitig mit  $(2,5+15=)17,5$  v.H. des Grundsteuer-  
Kapitals, stadtseitig aber mit 25 v.H. des Steu-  
erkapitals,
3. die staatseitig nicht zur Grundsteuer heran-  
gezogenen Gebäude und Gebäudeteile stadtseitig  
ebenfalls mit 25 v.H. des Steuerkapitals.

Der Finanzausschuß hat sich auch mit diesen  
Vorschlägen des Rates einverstanden erklärt.



Vorsitzender : Der Antrag des Rates geht also dahin, daß gewisse Gruppen der Gewerbetreibenden das Dreifache der Gewerbesteuer zahlen sollen wie bisher, daß aber die Grundsteuer so bleiben soll, wie sie in diesem Jahr 1921 bezahlt ist, <sup>mitfin</sup> ~~nämlich~~ <sup>zu sein</sup> ~~daß~~ der Beschluß hierüber, <sup>bereits</sup> bei der Etats-Beratung gefaßt <sup>haben</sup>, eine Verdoppelung der früheren Sätze eintreten zu lassen, aufrecht erhalten wird.

Die Versammlung stimmt den Ratsanträgen zu.

9. Vergütungssätze für Reinigung der  
Schulräume.

Stadtv. S t e g m a n n: Meine Damen und Herren!  
Es ist Ihnen bekannt, daß anläßlich der Erhöhung der  
Gehälter und Löhne unsererseits der Antrag gestellt  
worden ist, daß die in den Schulen tätigen Reine-  
machefrauen genau so bezahlt werden, wie die im Rat-  
haus und anderen städtischen Gebäuden tätigen Reine-  
machefrauen, nämlich pro Stunde mit 4,45 Mark. Der  
Rat hat infolgedessen das Hochbauamt beauftragt, eine  
Berechnung anzustellen, wie hoch sich die Vergütung  
unter Zugrundelegung dieses Stundenlohnes und der  
~~qm-Meterzahl~~ der zu reinigenden Flächen in den ein-  
zelnen Schulen stellen würde. Auch bisher ist schon  
in der Weise verfahren worden, daß nach der Größe  
der zu reinigenden Flächen die Entschädigung an die  
Schuldiener bemessen worden ist. Das Hochbauamt teilt  
mit, daß diese Berechnung nicht so ganz schematisch  
behandelt werden könne, da die Verhältnisse in den  
verschiedenen Schulen sehr verschieden sind. Die

Reinigung

Reinigung von Linoleumfußboden komme teurer, weil sie täglich vorgenommen werden muß, während Holzfußboden wöchentlich nur 2 - 3mal gereinigt wird. Es ist auch wieder ein Unterschied vorhanden in der Beschaffenheit des Holzfußbodens, ob die Schulbänke feststehen oder umlegbar sind und ob die Wasserleitung weit ab liegt oder nicht. Ferner kommt noch für die Berechnung der Reinigungskosten für jedes qm Fußbodenfläche in Betracht, ob es sich um die Reinigung einer Schule handelt, die ein einheitliches Gebäude darstellt, oder ob die Klassen, wie bei der Herzog Johann-Albrecht Oberrealschule und ebenso beim Lyzeum, in verschiedenen Gebäuden liegen. Das Hochbauamt hat auf Grund der qm-Meterzahl und der in den einzelnen Schulen vorliegenden Verhältnisse eingehende Berechnungen aufgestellt und so liegt hier eine Tabelle vor, die für jede Schule angibt, wieviel qm Linoleumfußboden, Holzfußboden und Fliesenfußboden zu reinigen sind, wieviel Kosten früher aufgewandt sind, wieviel Jahresvergütung durchschnittlich nach dem errechneten

Flächeninhalt

Flächeninhalt bezahlt werden soll und wieviel das insgesamt für jede einzelne Schule ausmacht. Sie erlassen mir wohl, diese Tabelle vorzulesen. Nur das eine möchte ich noch bemerken: Das Hochbauamt ist so vorgegangen, daß es die Schulen, je nachdem gleichartige Verhältnisse vorliegen, in mehrere Gruppen geteilt hat. Die Bürgerschule an der Comeniusstraße, Bürgerstraße, Heinrichstraße, Pestalozzistraße und Diesterwegstraße sowie die Städtische Ober-Realschule am Löwenwall fallen in die erste Gruppe, die Schulen mit Linoleumfußboden. Im Durchschnitt kostet dort ein qm Fläche zu reinigen pro Jahr 5,50 Mark. Eine andere Gruppe bildet das ältere Schulhaus des Elisabeth-Lyzeums und das Turnhallegebäude auf der Leopoldstraße, für die auch im Durchschnitt 5,50 Mark in Frage kommen. Die 3. Gruppe sind die Schulen mit Linoleum- und Holzfußboden: Am Schulwege, Reichsstraße, Hilfsschule in der Breitenstraße, Schulmuseum und katholische Schule Hinter der Masch, wo für das qm im Durchschnitt 5,20 Mark berechnet werden. Eine weitere

Gruppe

Gruppe sind die Schulen mit Holzfußboden, und in dieser Gruppe zunächst die Schulen mit ungünstiger Lage der Klassen und der Wasserentnahme -stellen. Hierzu sind zu rechnen: Herzog Johann-Albrecht Oberrealschule, die Bürgerschule am Südklint, Herzogin Elisabeth-Lyzeum und die Städtische Mädchen-Mittelschule. Kosten für das qm im Durchschnitt 5,45 Mark. Sodann gehören zu dieser Gruppe fast sämtliche übrigen Schulen (Bültenweg, Wilhelmstraße, Okerstraße, Sidonienstraße, Hohestieg, Echternstraße, Ottmerstraße, Maschstraße, Leonhardstraße, Sophienstraße und die Katholischen Schulen an der Friesenstraße und Gaslarschenstraße), wo die Verhältnisse etwas günstiger liegen, sodaß für das qm im Durchschnitt nur 4,75 Mark herauskommen. Die Schule, wo die Verhältnisse am günstigsten liegen, ist die Knaben-Mittelschule, ~~und~~ dort stellen sich die Kosten pro qm auf 3,65 Mark, dagegen bei der Fortbildungsschule im Waisenhaus, wo kein hauptamtlicher Scholdiener vorhanden ist, auf 6 Mark, ebenso

bei



bei der Handwerker- und Kunstgewerbeschule, wo eine starke Benutzung der Schulräume in Frage kommt. Die Größe der Fußbodenflächen möchte ich nur für eine Schule, für die Herzogin-Johann-Albrecht Oberrealschule anführen:

2605 qm Holzfußboden, 94 qm Linoleum, 615 qm Fliesen und  
Treppen,

insgesamt 3314 qm. Bis zum 1. April 1917 wurden an Reinigungsgeldern bezahlt 1348,50 Mark, und das ist gestiegen auf 13 311 Mark im letzten Jahre.

Jetzt kommt bei der Berechnung von 4,45 Mark Stundenlohn 18 061,30 Mark heraus. In dieser Weise ist für die Größe der zu reinigenden Flächen und der Betrag für alle Schulen in der Tabelle angegeben. Die Gesamtsunne ergibt den Betrag von 354 529,55 M.

Der Finanzausschuß hat sich dem Ratsantrage angeschlossen, die eben mitgeteilten Vergütungssätze für die Reinigung der Schulräume mit Wirkung von

1. Januar 1922 an zu genehmigen und die für Zahlung erforderliche Summe von jährlich 355 000 Mark zuzubewilligen.

Ferner wurde im Finanzausschuß beschlossen, der Stadtverordnetenversammlung zu empfehlen zuzustimmen, den Rat zu ersuchen, eine gleitende Skala einzuführen, wonach falls bei Änderung der Verhältnisse die Löhne der Reinemachefrauen im Rathause steigen auch die Löhne der Reinemachefrauen in den Schulen steigen, daß also die Schuldiner eine dementsprechend höhere Summe bekommen, damit sie ~~den~~ <sup>entsprechend höher und besser bezahlt werden.</sup> ~~Frauen~~ ~~be-~~ ~~zahlen.~~ Ich bitte, auch diesem Antrage des Finanzausschusses zuzustimmen.

Mit der Annahme dieser Vorlage wäre unser Wunsch erfüllt, daß die Reinemachefrauen in den Schulen ebenso entlohnt werden, wie es hier im Rathause bei den Reinemachefrauen geschieht.

- 107 / 108 -

*Die beiden Anträge des Finanzausschusses  
werden angenommen.*

*( Punkt 9 )*

10. Wahl von Beisitzern in den Landausschuß.

Stadtv. G r ä f : Meine Damen und Herren ! Es hat sich als notwendig herausgestellt, daß für die 4 Beisitzer im Landausschuß Stellvertreter bestellt werden, da häufig durch geschäftliche oder andere Umstände der eine oder andere Beisitzer verhindert ist, an den Sitzungen des Ausschusses teilzunehmen. Nachdem der Landausschuß durch Verordnung in der Reichspachtschutzordnung als Vorprüfungsstelle für die Bezirkspachteinigungsämter bestellt ist, muß auf die volle Besetzung des Landausschusses großer Wert gelegt werden.

Der Rechtsausschuß hat sich mit der Angelegenheit befaßt und bittet, der Wahl von 4 Stellvertretern zuzustimmen. Als Beisitzer-Stellvertreter werden von ihm vorgeschlagen: für die Verpächter

der Gärtner Heinrich A d a m, Hamburgerstr.54  
und " Landwirt August O h m, Mittelweg 31,

für

für die Pächter :

Hermann S a l z m a n n, Oberbäcker, Jahnstr.6p  
und

Gottlieb C a r t a l, Geschäftsführer, Schloßstr.  
8,III.

Ferner ist für den verstorbenen Beisitzer Fritz  
B u n g e eine Ersatzwahl vorzunehmen. Hierfür  
wird von sozialdemokratischer Seite Herr August  
N o l t e , Oberweichensteller, Viewegstr. 2 vor-  
geschlagen.

Ich bitte Sie, dem Antrage des Rechtsausschus-  
ses gemäß zu beschließen.

Stadtv. N e s s e n i u s : Ich vermisste in den Vorschlägen des Rechtsausschusses eine Interessenvertretung des Verbandes der Kleingärtner. Die Kleingärtner haben sich zu einer machtvollen Gruppe zusammengeschlossen und verdienen, in dieser Frage der Kleingärten gehört zu werden. Es ist uns von diesem Verbands eine Zuschrift zugegangen, in der als Beisitzer der Obersekretär Wilhelm Bartels und der Schriftsetzer Willkehr *vorgeschlagen werden* Ich möchte bitten, diesen Wünschen Rechnung zu tragen.

Stadtv. L e h n e r t : Ich weiß nicht, ob Herrn Nessenius unbekannt ist, daß Herr Salzmann der Vorsitzende des Vereins der Kleingärtner vor dem Wilhelmtor ist und dadurch die Kleingärtner in dem Landausschuß vertreten sein würden. Herr Salzmann ist in der Sache durchaus bewandert, sodaß ich glaube, daß wir dem Vorschlage des Rechtsausschusses zustimmen können.

Stadtv. G r ä f : Meine Damen und Herren !  
Das Schreiben, von dem Herr Nessenius sprach, liegt  
auch uns vor, aber es ist zu spät eingegangen.  
Der Vorschlag für die Wahl lag schon fix und fertig  
vor, sodaß der in dem Schreiben des Kleingärtner=  
verbandes ausgesprochene Wunsch nicht mehr befolgt  
werden konnte. Ferner möchte ich erwähnen - Herr  
Lehnert hat wohl eben schon darauf hingewiesen -  
daß als Ersatzmann der Oberbäcker Hermann Salzman  
von unserer Partei vorgeschlagen worden ist. Und  
da es sich nicht darum handelt, neue Beisitzer zu  
wählen, sondern nur Ersatzleute, ~~und da~~ wird der  
Verband der Kleingärtner nicht so großen Wert  
darauf legen, einen solchen in den Landausschuß zu  
entsenden.



Stadtv. S a u e r b i e r : Meine Damen und Herren ! Es kommt bei diesen Mitgliedern des Landausschusses nicht darauf an, daß sie Inhaber von Schrebergärten sind, sondern darauf; ob sie Kenntniss haben von den einzelnen Ländereien, die in der Umgegend von Braunschweig liegen. Wenn die Herren Gärtner Adam und Landwirt Ohm vorgeschlagen sind, so sind das Leute, die lange Jahre als Gärtner oder Landwirt hier ansässig sind und auch die Interessen der Schrebergartenbesitzer vertreten. Es kommen im Landausschuß wirklich nicht solche Sachen zur Sprache, die die Interessen der Schrebergartenbesitzer benachteiligen, so daß Sie die Vorgeschlagenen ruhig wählen können.

V o r s i t z e n d e r : Ich möchte Herrn Nessenius bitten - wenn er sich durch die eben gepflogene Aussprache überzeugt hat, daß die erwähnten Interessen auch bei den vom Rechtsausschuß gemachten Vorschlägen wahrgenommen werden - seinen Antrag zurückzuziehen, sonst müßten wir durch Stimmzettel wählen.

Stadtv. Nessenius zieht seinen Antrag zurück und die Versammlung stimmt den Wahlvorschlägen des Ausschusses zu.

V o r s i t z e n d e r : Der Antrag zu Punkt 11 der Tagesordnung (Überlassung von Schulturnhallen für einen Jugendtag) ist zurückgezogen.

11. Anfrage Schmerbach, betreffend die  
Inangriffnahme von Notstandsarbeiten.

Wortlaut der Anfrage siehe Seite 5.

Stadtv. S c h m e r b a c h (zur Begründung):  
Meine Damen und Herren ! Es ist bekannt, daß die  
Wellenlinie der Arbeitslosigkeit sich wieder in  
aufsteigender Richtung befindet. Nach einem mir  
vorliegenden Berichte gab es in der vorigen Woche  
1072 Arbeitslose hier in der Stadt. Hiervon sind  
540 unterstützungsberechtigt und 532 nicht unter-  
stützungsberechtigt. Die Zunahme beträgt 177 in  
einer Woche. Nun ist allerdings durch das einge-  
tretene Frostwetter die Gelegenheit zur Ausführung  
von Außenarbeiten durch die Arbeitslosen be-  
schränkt worden, aber das Frostwetter hat reichlich  
spät eingesetzt, und es ist anzunehmen, daß Zeit  
genug gewesen wäre, schon früher für Schaffung  
von Notstandsarbeiten zu sorgen, um die Zahl der  
Arbeitslosen zu verringern. Diese Notstandsarbei-

ten

ten, wie sie in Aussicht genommen sind, zur Ausführung zu bringen, scheint bisher nicht gelungen zu sein, und deshalb möchte ich beim Rat der Stadt anfragen, wie weit die Vorbereitungen zur Ausführung von Notstandsarbeiten ~~z~~ vor sich gegangen sind und ob es möglich ist, daß die Ausführung bald erfolgen kann. Es würde im Interesse der Stadt wie auch der Erwerbslosen liegen, wenn statt der Arbeitslosenunterstützung Lohn für produktive Arbeit an die Arbeitslosen gezahlt werden könnte und dadurch den Arbeitslosen eine höhere Einnahme zugeführt werden könnte. Es ist also an der Zeit, daß der Rat der Stadt dafür sorgt, daß die vorgesehenen Arbeiten zur Ausführung gebracht werden.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n :

Meine Damen und Herren ! Nachdem Sie in der letzten Stadtverordnetensitzung, der Anforderung des Rates entsprechend, 200 000 M für Notstandsarbeiten zur Verfügung gestellt haben, hat der Rat der Stadt sofort das städtische Tiefbauamt beauftragt, die nötigen Vorbereitungen zu treffen und die vorgesehenen Arbeiten unverzüglich in Angriff zu nehmen. Das sollte schnell erledigt werden, indem von Einreichung von Projekten Abstand genommen wurde und diese nachträglich zur Genehmigung vorgelegt werden sollten. Unmittelbar nach diesem Beschlusse aber trat der Frost ein, und erst seit einigen Tagen ist er an der Oberfläche verschwunden, unter der Erde jedoch noch lange nicht. Herr Stadtbaumeister Lillig hat erklärt, es wäre noch heute nicht möglich, mit den Erdarbeiten zu beginnen; die Arbeiten auf der Salzdahlumerstraße haben unterbrochen werden müssen, und es war noch nicht mög-

lich

lich, damit wieder zu beginnen. Der Frost steckt in dem Mauerwerk - es wird dort ein neuer Kanal gebaut - und der heftige Frost ist auch tief in den Erdboden eingedrungen. Ich habe Gelegenheit genommen, den Herrn darauf aufmerksam zu machen, daß er so bald, als es möglich ist, mit den Arbeiten beginnen möge; und ich werde dafür Sorge tragen, daß das auch geschieht. Nur möchte ich Herrn Schmerbach gegenüber bei dieser Gelegenheit noch eins erwähnen: Man darf nicht die Hoffnung hegen auf die Beschäftigung einer großen Anzahl von Arbeitern bei diesen städtischen Arbeiten. Ich habe schon vor drei Wochen darauf hingewiesen, daß die Stadt leider nicht in der Lage ist, so große Arbeiten zur Ausführung bringen zu lassen, daß dadurch eine große Anzahl von Erwerbslosen Beschäftigung findet, und <sup>ich</sup> habe darauf aufmerksam gemacht, daß wirksame Abhilfe nur geschaffen werden kann, indem andere umfangreiche Arbeiten von anderer Stelle zur Ausführung gebracht werden. Ich habe dabei hin=

hingewiesen auf die Bauten, die für den Mittellandkanal und für den Bahnhofsumbau notwendig werden. Vor wenigen Tagen habe ich die erfreuliche Nachricht bekommen, daß von der Reichseisenbahnverwaltung größere Erdarbeiten in Angriff genommen werden sollen. Ich werde mein möglichstes tun, darauf hinzuwirken, daß dies so schnell als möglich geschieht. Bei solchen Arbeiten würde allerdings eine größere Anzahl Erwerbsloser beschäftigt werden können als bei den städtischen Kanalisierungs- und Planierungsarbeiten, für die höchstens 20 - 30 Mann in Frage kommen. Wir müssen mit allen Mitteln darnach streben, daß die Reichseisenbahn möglichst bald mit der Ausführung ihrer Arbeiten beginnt und ~~eben~~ <sup>so</sup> die Arbeiten für den Mittellandkanal in Angriff genommen werden, auch die Okerdurchstiche. Sie werden sich erinnern, daß ich schon darauf hingewirkt habe, daß diese Durchstiche möglichst bald von der hiesigen Landesregierung zur Ausführung gebracht werden; schon vor Jahren habe ich mir Mühe gegeben, beim Staatsministerium zu erreichen, daß

daß eine größere Anzahl von Erwerbslosen dort beschäftigt werden. Es wurde mir auch zugesagt, daß mit diesen Arbeiten bald begonnen werden könnte, ich hatte <sup>auch</sup> schon ein entsprechendes Projekt unter den Arm genommen und es den Herren vorgeführt; leider aber ist in dieser Sache bis heute noch nichts Merkbares geschehen.



12. Anfrage Pieper, betreffend die Tätigkeit  
der Siedlungsgesellschaft auf der Charlottenhöhe für  
eine Privatfirma.

Wortlaut der Anfrage siehe Seite 5.

Stadtv. P i e p e r (zur Begründung): Meine Damen und Herren ! Ich glaube annehmen zu dürfen, daß Sie alle diese Frage interessiert, denn bekanntlich ist die Firma Levin eine solche, die Millicnen im Besitz hat, und wenn es zutreffend sein sollte, daß ihr Baukostenzuschüsse gewährt worden sind, so wäre es ohne weiteres notwendig, daß sie wieder zurückgefordert würden. Die Bedürftigkeit der Siedlungsgesellschaft würde bei einem solchen Bau nicht in Frage kommen. Ich möchte den Rat der Stadt ersuchen, Auskunft hierüber zu geben.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Es trifft zu, daß die Herren Dorl und Levin sich jeder eine kleine Villa auf der Charlottenhöhe bauen; und zwar haben die beiden Herren die Braunschweigische Siedlungsgesellschaft mit der Ausführung dieser Arbeiten betraut. Einen Zuschuß zu den Baukosten bekommen diese Herren selbstverständlich nicht; sie bekommen nicht einen Pfennig aus öffentlichen Mitteln, sondern bauen sich auf ihre Kosten je ein Haus. Das ist mit außerordentlich großer Freude zu begrüßen, und aus dem Grunde haben Sie damals den Verkauf des Grund und Bodens an diese Herren genehmigt und aus demselben Grunde auch beschlossen, daß die Wasserleitung dorthinaus gelegt werden soll. Diese beiden Bauten sind deshalb mit Freude zu begrüßen, weil die beiden Herren dadurch neue Wohnräume schaffen und dadurch diejenigen, in denen sie bislang wohnen, für uns zur Verfügung gestellt werden, ohne daß wir auch nur einen Pfennig dafür zu bezahlen brauchen

brauchen. Zweitens aber schaffen sie durch diese Bauten auch Arbeitsgelegenheit. Ich kann also Herrn Pieper beruhigen : die beiden Herren haben nie den Antrag gestellt, ihnen aus öffentlichen Mitteln einen Zuschuß zu bewilligen, sie würden ihn auch nicht bekommen haben. Zuschüsse werden nur bewilligt für kleine Wohnungen von 70 oder bei kinderreichen Familien von 80 qm Wohnraum; diese beiden Herren aber bauen Wohnungen in erheblich größerem Umfange. ~~Ich wiederhole, sie haben keinen Antrag gestellt und haben auch nichts bekommen.~~

Stadtv. S t e g m a n n beantragt Besprechung der Anfrage. Der Antrag findet genügend Unterstützung und der Vorsitzende eröffnet die Besprechung.

*(Auftrag Pieper)*

Stadtv. T o s t m a n n : Meine Damen und Herren ! Daß zu diesem großen Wohnhaus oder der Villa, die von dieser großen Firma gebaut wird, keine Baukostenzuschüsse gegeben worden sind, war wohl selbstverständlich, aber es ist nicht recht verständlich, daß die Braunschweigische Siedlungsgesellschaft die Arbeiten für diese große Firma ausführt. Zu dem Zwecke ist doch die Braunschweigische Siedlungsgesellschaft nicht gegründet worden, daß sie für Millionen-Firmen Häuser baut. Wenn auch diese große Firma keine Baukostenzuschüsse bekommt, so wird doch diese Arbeit für die beiden Herren indirekt mit Staatsmitteln ausgeführt, denn die Braunschweigische Siedlungsgesellschaft könnte nicht existieren, wenn sie nicht die hohen Geldsummen zu ihrer Gründung vom Staat und von der Stadt erhalten hätte. Gerade mit Hilfe dieses Geldes werden die Arbeiten für solche Firmen ausgeführt. Die Siedlungsgesellschaft ist gegründet worden

worden, um Kleinwohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung zu schaffen. Ich bin deshalb der Ansicht, daß unbedingt von seiten der Stadt, weil sie an der Siedlungsgesellschaft interessiert ist, auf die Gesellschaft eingewirkt wird, daß sie in Zukunft Privatarbeiten für solche reichen Firmen nicht ausführt. Es gibt hier so viele Handwerksmeister, die früher ein gutes Geschäft hatten und jetzt kaum wissen, woher sie das Brot nehmen sollen. Es gibt hier auch Gesellschaften, die sich mit solchen Arbeiten befassen und nicht unter die Gemeinnützigkeit fallen. Diesen Geschäften gehören solche Arbeiten zu. Herr Stadtbaurat Gebensleben ist Mitglied des Aufsichtsrats dieser Siedlungsgesellschaft, wie ich ja auch, und wenn wieder einmal eine Aufsichtsratssitzung ist, die ja alle Jahre nur einmal stattfindet, werde ich diese Sache zur Sprache bringen. Ich kann mich nicht damit einverstanden erklären, daß diese Gesellschaft ausgebaut

baut wird, um Privatarbeiten für große Firmen zu übernehmen, wozu sie die Mittel des Staates und der Stadt mit gebrauchen.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Ich habe mich allerdings auch gewundert, als ich hörte, daß die Herren Dorl und Levin sich an die Braunschweigische Siedlungsgesellschaft wegen des Aufbaues dieser Häuser gewandt haben, aber ich glaube, sie ha~~ben~~<sup>en</sup> wohl irgendwelche Beziehungen ~~zwischen~~ dem Architekten Freise, die ausschlaggebend gewesen sind. Dieser Herr hat wohl die Projekte ausgearbeitet, und nachher haben die Bauherren die Braunschweigische Siedlungsgesellschaft beauftragt, diese Bauarbeiten auszuführen. Ich habe Gelegenheit genommen, mit dem Herrn Regierungsbaumeister Freise, dem technischen Geschäftsführer der Siedlungsgesellschaft über die Angelegenheit zu sprechen. Er erklärte mir, die Ausführung dieser Arbeiten sei ihm um deswillen außerordentlich erwünscht gewesen, weil die Siedlungsgesellschaft in der jetzigen Zeit für ihre Arbeiter nichts zu tun gehabt hätte - Sie wissen, daß die Siedlungs-

ge=



gesellschaft einen eigenen Baubetrieb unterhält - und um zu verhüten, daß sie ihre Leute hätten entlassen müssen, hätten sie diesen Auftrag der Herren Dorl und Levin gern übernommen. Wir als Stadtverwaltung können selbstverständlich den Herren Dorl und Levin nicht vorschreiben, an wen sie ihre Aufträge zu erteilen haben; wir könnten uns höchstens, wie schon Herr Tostmann erwähnt hat, bei passender Gelegenheit ~~auf~~ im Aufsichtsrat der Gesellschaft dafür verwenden, daß die Braunschweigische Siedlungsgesellschaft derartige Bauausführungen in Zukunft nicht wieder übernimmt. Leider kommt der Aufsichtsrat der Siedlungsgesellschaft außerordentlich selten zusammen - ich glaube, das ist schon ein Jahr her. Wenn der Aufsichtsrat wieder zusammenberufen ist, werden Herr Tostmann und ich von der Geschäftsleitung uns Aufschluß erbitten, aus welchem Grunde man sich mit der Herstellung dieser Gebäude beschäftigt hat. Soweit ich weiß, hat die Braun=  
schwei=

schweigische Baugenossenschaft auch während einiger Zeit solche privaten Bauten ausgeführt, ist aber neuerdings davon abgegangen. Die Braunschweigische Siedlungsgesellschaft müßte allerdings, wenn sie sich mit Ausführung derartiger Bauten befaßt, auch Gewerbesteuern bezahlen; ich glaube, die Braunschweigische Baugenossenschaft hat das auch tun müssen. (Zustimmung.) Wir können also weiter keinen Einfluß ausüben, als daß wir im Aufsichtsrat der Siedlungsgesellschaft uns Auskunft erbitten und unsere Meinung dazu sagen.

13. Antrag Stegmann, betreffend die Gewährung  
einer Winterbeihilfe an alle Erwerbslosen  
und Abgabe von verbilligter Feuerung auch an  
unterstützte Erwerbslose.

Wortlaut des Antrages siehe Seite 6.

Stadtv. S t e g m a n n (zur Begründung) :  
Meine Herrschaften ! In einer am 19. Januar statt-  
gefundenen Versammlung der Erwerbslosen wurde nach  
Schilderung der Lage dieser Leute gefordert und der  
Antrag gestellt, daß, wie im vorigen Jahre den  
Erwerbslosen eine Winterbeihilfe gewährt ist - an  
Verheiratete 700 M., an Ledige 400 M. - , eine gleiche  
Beihilfe auch in diesem Jahre gewährt werden möge.  
Allerdings wird diese Beihilfe nicht von der Stadt,  
sondern vom Staate gefordert. Es ist selbstver-  
ständlich, daß neben den Armenunterstützungsempfän-  
gern, den Sozialrentnern und Kleinrentnern am  
schlimmsten die Erwerbslosen von der Winterzeit  
getroffen werden. Sie wissen, wie der Winter mit

seiner

seiner Kälte im November eingesetzt hat und daß er im Januar besonders hart war. Ich hätte es für selbstverständlich gehalten, daß unter diesen Umständen etwas Besonderes für die Erwerbslosen getan worden wäre, denn wenn es im vorigen milden Winter nötig war, so ist es in diesem Jahr erst recht nötig. Nun kann aber der Staat an die Unterstützungsempfänger eine solche Winterbeihilfe nicht zahlen, wenn nicht die Bewilligung des Reiches dafür vorliegt, und deshalb bin ich der Meinung, daß der Rat der Stadt von der Stadtverordnetenversammlung angewiesen wird, sofort die nötigen Schritte zu unternehmen, damit die Sache schnellstens in Fluß gebracht wird, denn wenn der Winter vorbei ist, hat die Unterstützung für die kalte Zeit ihren Zweck verfehlt. Notwendig ist sie allerdings auch dann immer noch, aber dringend ist es, daß sie jetzt gewährt wird. Es müßte von hieraus ein Druck dahintergesetzt werden, damit die Staatsregierung sich

sich an die Reichsregierung wendete, um die Genehmigung zur Austeilung der Winterhilfe einzuholen.

Der zweite Teil meines Antrages bezieht sich darauf, daß die Erwerbslosen in früheren Jahren billige Kohlen und Holz von der Stadt zugewiesen bekommen haben. In diesem Jahre haben das nur diejenigen bekommen, die keine Erwerbslosenunterstützung erhalten - diejenigen, die grüne Karten haben. Es ist selbstverständlich, daß diejenigen Erwerbslosen, die bereits monatelang erwerbslos sind, die Gewährung von billigen Kohlen und Holz ~~ebenfalls~~ ebenso nötig haben, wie diejenigen, die nur kurze Zeit erwerbslos sind. Ich bitte Sie deshalb, meine Herrschaften, dafür einzutreten, daß dieser mein Dringlichkeitsantrag angenommen wird, und bitte auch den Rat der Stadt, sich ihm anzuschließen. Eine weitergehende Begründung wird nicht nötig sein. Sie wissen alle, wie groß die Not unter diesen Leuten ist, und ich nehme deshalb an, daß Sie sich diesem Antrage einstimmig anschließen werden.

**Die Dringlichkeits der Beratung des Antrages  
stimmt die Versammlung zu.**

**(Antrag Stegmann, Punkt 13.)**

Stadtrat V o g l e r : Meine Damen und Herren!  
Der Antrag des Herrn Stegmann ist bereits durch die  
Maßnahme des Rats überholt. Am 24. Januar haben die  
Erwerbslosen durch ihren Ausschuß einen entsprechen-  
den Antrag eingereicht, der Rat hat sich mit ihm be-  
schäftigt und ist am 25. Januar beim Staatsministe-  
rium vorstellig geworden, daß das, was Herr Stegmann  
vorgebracht hat, in Erfüllung gehen möge. Auch der  
Demobilisierungs<sup>kommission</sup>~~ausschuß~~ hat sich unserem Antrage an-  
geschlossen, daß durch das Staatsministerium die  
Erlaubnis des Reichs zu dieser Winterhilfe an die  
Erwerbslosen zu erlangen versucht wird. Wir selbst  
können in der Sache nichts tun und ebenso kann  
es der Staat nicht von sich heraus, denn es liegt  
die Gefahr der Sperrung des Reichszuschusses vor,  
wenn wir selbständig vorgehen.

Die Verbilligung des Brennmaterials für die un-  
terstützten Erwerbslosen hat im vorigen Jahre vor-  
sich gehen können, weil wir im Rat glaubten, das

Reich

Reich würde uns deswegen keine Schwierigkeiten machen. Das ist aber doch geschehen: wir haben im vorigen Jahre einen Wink bekommen, daß die Gewährung der verbilligten Brennmaterialien an unterstützte Erwerbslose indirekt eine besondere finanzielle Unterstützung sei, das mithin dadurch die Reichssätze durchbrochen würde, wir sollten diese verbilligte Abgabe an die Bezeichneten unterlassen, andernfalls hätten ~~würden~~ wir das zu erwarten, was ich eben schon andeutete.

Am 28. Januar ist der Erwerbslosenausschuß von dieser Sachlage verständigt worden, nachdem sich der Rat am 26. Januar mit dieser Frage nochmals beschäftigt hatte. Ich kann also Herrn Stegmann nur erklären, daß alles, was er wünscht, bereits von uns geschehen ist. Ja, wir haben noch mehr getan: wir haben neben der Beschaffung von Arbeit, wie sie vom Rat und von den Stadtverordneten beschlossen ist, auch dahin gewirkt, daß die Arbeitsbeschaffung

Von



von Seiten des Staates ebenfalls in die Hand genommen werden sollte. Die Stadt ist nicht in der Lage, für 1177 Erwerbslose Arbeit zu schaffen; der Staat ist verpflichtet, uns hierin zu helfen, weil die Erwerbslosen nicht nur Bürger der Stadt, sondern auch Staatsbürger sind. Es ist uns von dem staatlichen Bundesernannten auch zugesagt worden, daß das Nötige geschehen sollte - ich habe aber mit dem betreffenden Dezernenten auch schon die trübsten Erfahrungen gemacht.

Stadtv. S t e g m a n n : Ich höre eben von den Dezernenten im Rat der Stadt, daß der Rat in dieser Sache schon Schritte unternommen hat. Ich glaube aber, es ist gut, wenn hinter dieser Sache ein besonderer Druck gesetzt wird, und deshalb habe ich den Wunsch, daß trotz der Erklärungen des Herrn Ratadezernenten kein Antrag angenommen wird. Und wenn die Bestimmung besteht, daß diejenigen kein verbilligtes Brennmaterial erhalten sollen, die die Erwerbslosenbeihilfe beziehen, so bin ich der Meinung, es müßte gerade der Umstand, daß es schwer ist, Arbeitsgelegenheit zu beschaffen und der Winter in diesen Jahre so hart ist, die Reichsbehörden ersucht werden, eine Ausnahme zu machen und sowohl die verbilligte Feuerung wie die Winterbeihilfe zu gestatten. Der Beschluß der Stadtversammlung erscheint mir nicht überflüssig; doppelt genügt hält besser. Ich bitte also, meinen Antrag doch noch anzunehmen, vielleicht hilft es dazu, daß den betreffenden Leuten geelf geholfen wird, wenn ~~nachher~~ Druck dahinter gesetzt wird.

In getrennten Abstimmungen wird sowohl der erste, wie auch der zweite Teil des Antrages Stegmann von der Versammlung angenommen.

14. Antrag <sup>xy</sup>Maß, betreffend Festsetzung der Bedürftig-  
keit für die diesjährige Schulentlassenspende. . . .

Wortlaut des Antrages siehe Seite 6.

Stadtverordneter M a ß (zur Begründung):

Meine Damen und Herren! Ganz besonders hart ist in diesem Jahre die Lage in den wenig bemittelten Familien, bei denen ein Kind aus der Schule entlassen wird und die dafür eine kleine Ausstattung anschaffen müssen. Ich habe in Erfahrung gebracht, daß <sup>bei der</sup> die Unterstützung zur Schulentlassung für die betreffenden <sup>von Herrn Ratsdeputierten</sup> Familien eine Einkommengrenze von 10 000 M festgesetzt ist. Ein solches Einkommen will heute fast nichts besagen, auch diejenigen, die wöchentlich nur 200 - 180 M verdienen, kommen im Jahre auf 10 000 M, und alle diese würden unberücksichtigt bleiben. Sodann ist zu beklagen, daß im vorigen Jahre die Gesamtsumme aller Bewilligungen unter 50 000 M geblieben ist. Es scheint in diesem Jahre in derselben

Weise

Weise vorgegangen werden zu sollen, so daß von den bewilligten 100 000 M 50 000 M übrigbleiben. Es kann nicht angehen, daß man die Leute wieder so abspeist, wie es im vorigen Jahre geschehen ist, mit 20 - 30<sup>80</sup> M. das ist heutzutage kein Betrag, den man eine Unterstützung nennen kann. Die Konfirmation kostet bei dieser teuren Zeit 1000 M und mehr, wie aber sollen die Eltern heute 1000 M zusammensparen, so daß sie ihre Kinder standesgemäß ausstatten können, wenn sie aus der Schule kommen. Des Weiteren muß ich die Art der Auswahl beklagen und daß man darin nicht soweit gegangen ist, wie es möglich gewesen wäre. Ich möchte bitten, daß in Zukunft anders vorgegangen wird, und zwar in der Weise, daß die Schulinspektoren darüber berichten, wer bedürftig ist, und angeben wieviel solcher Unterstützungsbedürftiger aus der Schule entlassen werden, nicht aber, daß den Pastoren und dem Freidenkerverein die Auswahl überlassen wird. Sodann ist zu beklagen gewesen, daß im vorigen Jahre Handwerkermeister die Unterstützung in Anspruch genommen

haben.

haben, während steuerpflichtige Arbeitnehmer nichts bekommen haben, obwohl sie bedürftig waren. Das hat in manchen Kreisen Erbitterung hervorgerufen, denn die Handwerkermeister können nicht so von der Steuer erfaßt werden wie die Arbeiter und Angestellten, denn gleich 10% Steuer von ihrem Verdienst abgezogen wird. Trotzdem sich die Handwerkermeister von der Steuer drücken können, hat man sie bei der Spende für die Schulentlassenen berücksichtigt und hat gesagt: Du bekommst auch etwas von diesen Mitteln. Das halte ich nicht für richtig. Vor allem aber möchte ich bitten, diese Grenze von 10 000 M fallen zu lassen, sondern <sup>und</sup> 15 000 M als Grenze festzusetzen. Das ist auch noch sehr niedrig gegriffen. Es gibt Leute, die über 15 000 M Einkommen und dabei 6 Kinder zu ernähren haben; die sitzen bei der Konfirmation eines Kindes genau so in der Klemme wie andere. Ich bitte Sie, meinem Antrage stattzugeben.

Die

Die dringliche Beratung des Antrages wird von  
der Versammlung beschlossen.

Antrag Neu

Stadtrat von F r a n k e n b e r g : Meine verehrten Herrschaften! Es sind dem Herrn Antragsteller bei der Begründung seines Antrages einige Irrtümer unterlaufen, die ich ~~zunächst~~ berichtigen möchte. Zunächst äußerte er sich dahin, daß der Dezer-  
nent in dieser Sache Anordnung getroffen hätte, daß Familien die 15 000 M Einkommen hätten, nicht berücksichtigt werden sollten. Der Dezer-  
nent, der den Vorzug hat, vor Ihnen zu stehen, ist nicht so ver-  
messen gewesen, eine solche Anordnung zu treffen, sondern die Sache liegt so, daß im Einverständnis mit dem Rat der Stadt die geehrten Herrschaften einen Ausschuß für die Schulentlassenenspende eingesetzt haben, zu dem auch 4 Stadtverordnete gewählt sind, und diesem Ausschuß bitte ich die Be-  
stimmung zu überlassen, wer bedacht werden soll. Wenn die geehrte Versammlung sich dazu äußern will, so wird allerdings die Möglichkeit dazu gegeben sein. Bei der beantragten Festsetzung einer höheren

Gren-



Grenze ist nun aber der eine Übelstand zu bedenken: je höher man die Grenze des Einkommens der zu Berücksichtigenden hinaufrückt, um so schmaler und kärglicher wird bei der Verteilung von 100 000 M die Summe, die auf jeden einzelnen entfällt. Wenn Sie 1200 statt 600 Personen in die Verteilung der 100 000 Mark hineinziehen, so wird Ihnen die Ausrechnung des Exempels zeigen, daß eine nicht allzu freigebig hinaufgerückte Grenze auch ihre Vorzüge hat. Die Festsetzung der Grenze auf 10 000 M schließt nicht aus - und so fasse ich den Antrag des Herrn Maaß auf - daß in besonderen Ausnahmefällen, beispielsweise bei großer Kinderlast, auch bei einem Einkommen, das höher hinaufgeht, sich ungefähr an der Grenze des Festgesetzten bewegt, Zugeständnisse gemacht werden. Von dieser Befugnis haben wir auch im vorigen Jahre ausgiebig Gebrauch gemacht.

Sodann ist dem Herrn Antragsteller ein Irrtum passiert, als er meinte, daß von der ausgesetzten

Summe

Summe im vergangenen Jahre 50 000 M eingespart worden wäre und dass<sup>das</sup> in diesem Jahre auch wohl beabsichtigt wäre. Dapon kann keine Rede sein. Ich weiß aus dem Kopfe nicht ganz genau, wie hoch der eingesparte Betrag im vorigen Jahre gewesen ist, aber das weiß ich, daß er nicht entfernt an 50 000 M heranreicht, und ich bin fest überzeugt, daß wir in diesem Jahre die 100 000 M restlos verbrauchen werden, ich meinerseits wenigstens habe nach der Zahl der vorliegenden Gesuche und nach meiner Rücksprache mit der Geschäftsführerin des Wohlfahrtsamtes durchaus das Empfinden, daß die 100 000 Mark voll in Anspruch genommen werden.

Weiter vermag ich dem Vorschlage des Herrn Antragstellers nicht zu folgen, daß die Schulinspektoren - bei aller Anerkennung, die ich ihrer Sach- und Personenkenntnis zolle - die Entscheidung über die Verteilung der Schulentlassenenspende haben sollen. Wozu ist denn der Verteilungsausschuß eingesetzt?

Soll er nur ein Automat sein? Oder soll er das Vorrecht und die Befugnis haben, seinerseits nachzuprüfen, ob Bedürftigkeit vorhanden ist? Ich glaube doch, das das Letztere der richtige Weg ist. Selbstverständlich werden wir jeden Antrag, von welcher Seite er auch kommen mag - auch die von den Schulen mit Dankbarkeit entgegennehmen, weil wir uns in bezug auf die Antragstellung entlasten wollen und es den Familien möglichst bequem machen wollen, ihre Anträge zu stellen. Deshalb haben wir die Antragstellung auch für den Freidenkerverein und für die Geistlichen offengelassen. Das hat sich bewährt, und ich denke nicht daran, dem Verteilungsausschuß vorzuschlagen, davon abzugehen und die Schulen zu belasten, zumal damit eine doppelte Stellung eines Antrages von der Schule, dem Freidenkerverein oder dem Geistlichen und zu aller Sicherheit noch einmal vom Wohlfahrtsamt stattfinden könnte. So etwas würde die Verteilung außerordentlich erschweren.

Daß

Daß hier und da auch Handwerksmeister, sogar selbständige, etwas von der zu verteilenden Summe mitbekommen haben, ist bei der sehr vielen von Ihnen bekannten Lage des Handwerks durchaus erklärlich. Ich glaube, die Kopfschmerzen und Sorgen, die ein selbständiger Handwerksmeister wegen seines Auskommens sich machen muß, sind manchmal größer als die, die ein Arbeiter oder Handwerksgehilfe hat, der sein festes Einkommen bezieht und einen klagbaren Anspruch auf Lohn besitzt. Eine Bevorzugung der einen oder anderen Gruppe würde unbillig sein, und ich kann nicht das Versprechen abgeben, dass in diesem Jahre nicht wieder Handwerksmeister bedacht werden, deren Bedürftigkeit nach der pflichtmäßigen Prüfung des Verteilungsausschusses festgestellt ist. So zu verfahren, ist nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht des Verteilungsausschusses. Wir wollen die Summe so gerecht und sachgemäß verteilen, wie es uns möglich ist, und sind dabei für jeden brauchbaren Wink aufrichtig dankbar.

V o r s i t z e n d e r : Der Antrag erstreckt sich nicht auf eine Änderung in bezug auf die Empfehlung oder Zuweisung der zu Berücksichtigenden, sondern es ist nur in der Begründung des Antrages angeregt, daß die Schulinspektoren gehört werden sollen. Der Antrag selbst bezieht sich lediglich darauf, daß das Jahreseinkommen bis zu 15 000 M die Grenze bilden soll für Festsetzung der Bedürftigkeit.

Ich bitte diejenigen, die für diesen Antrag sind, sich zu melden. (Geschieht) Das ist die Mehrheit.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung.

-----  
Schluß der Sitzung 6 3/4 Uhr.  
-----



